

# **Die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz an den Universitäten der SBZ nach 1945 und deren Re-Integration an den Universitäten der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik**

Von der Fakultät für Geschichte, Kunst- und Orientalwissenschaften der  
Universität Leipzig angenommene D I S S E R T A T I O N zur Erlangung  
des akademischen Grades DOCTOR PHILOSOPHIAE (Dr. phil.)

vorgelegt

von Nadin Schmidt  
geboren am 01. Februar 1984 in Leipzig

Gutachter: Prof. Dr. Günther Heydemann  
Prof. Dr. Wolfgang Höpken

Tag der Verteidigung: 9. Juli 2015



### *Danksagung*

Diese Dissertation nebenberuflich erfolgreich abzuschließen war ein aufwendiges und anstrengendes Unterfangen, bei dem mich viele Personen über die Jahre hinweg begleitet haben. Für seine Unterstützung danke ich besonders Professor Günther Heydemann, ohne ihn hätte es dieses Projekt nie gegeben. Für ihre konstruktive Kritik und ihr stetes Vertrauen in mich sei Dr. Francesca Weil ganz herzlich gedankt. Ein wichtiger Dank geht auch an meine Familie und meine Freunde, die an mich geglaubt und oft auch Korrektur gelesen haben. Ganz besonders danke ich meinen Eltern, die selbst in den schwersten Momenten noch bereit waren, den für mich richtigen Weg mit mir zu suchen und zu gehen. Dieser besondere Dank gilt gleichermaßen Florian, der alle meine Entscheidungen mitgetragen hat und in allen Normalen, Höhen und Tiefen an meiner Seite steht.

*Leipzig, im März 2017*



## Inhaltsverzeichnis

<b>I.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
I.1	Forschungsgegenstand	1
I.2	Forschungsstand	4
I.3	Quellenlage	7
I.4	Konzeption	11
<b>II.</b>	<b>Theoretischer Hintergrund und historischer Kontext</b>	<b>14</b>
II.1	Deportation, Zwangsevakuierung, Abtransport?	14
II.2	Intellektuelle Reparationen	16
II.3	Alliierte Bestimmungen	19
II.4	Die Alliierten im Wettstreit – Großbritannien, Frankreich, USA und UdSSR	23
<b>III.</b>	<b>Jagd auf deutsche Wissenschaftler</b>	<b>29</b>
III.1	Das amerikanische Vorgehen	29
III.1.1	Strukturelle Grundlagen	29
III.1.2	Der Brain Drain aus Mitteldeutschland	31
III.1.3	Leben in der amerikanischen Besatzungszone – Die Vereinigung der Zwangsevakuierten	35
III.2.	Das sowjetische Vorgehen	46
III.2.1	Kategorisierungen und strukturelle Grundlagen	46
III.2.2	Ossawakim – die geplante Deportation	54
III.2.3	Leben und Forschen in der Sowjetunion	61
III.2.4	Rückkehr und Re-Integration in die DDR	67
<b>IV.</b>	<b>Komplex der universitären Forschung</b>	<b>74</b>
IV.1	Doppelte Besetzung Mitteldeutschlands: Halle, Jena und Leipzig – Die Eingriffe der Amerikaner	74
IV.1.1	Situation nach Kriegsende und Deportation der Wissenschaftler im Juni 1945	74
V.1.2	Bemühungen um eine Rückkehr	82

IV.1.3	Keine Rückkehr in die SBZ?	89
IV.2	Die Eingriffe der Sowjets an den Universitäten Halle, Jena und Leipzig	101
IV.2.1	Situation nach dem Besatzungswechsel und Deportation der Wissenschaftler	101
IV.2.2	Die Rückführung und Re-Integration der Spezialisten	107
IV.3	Die sowjetische Besetzung: Berlin, Dresden, Greifswald und Rostock	114
IV.3.1	Situation nach Kriegsende und Abtransport der Wissenschaftler	114
IV.3.2	Bemühungen um eine Rückkehr	120
IV.3.3	Die Rückführung und Re-Integration der Spezialisten	125
<b>V.</b>	<b>Biographische Retrospektiven</b>	<b>131</b>
V.1	Spezialisten in der amerikanischen Besatzungszone	131
V.1.1	<i>Heinrich Schmitthenner</i> – Universität Leipzig	131
V.1.2	<i>Wilhelm Troll</i> – Martin-Luther-Universität Halle	135
V.2.	Spezialisten in der UdSSR	140
V.2.1	<i>Werner Albring</i> – Technische Universität Dresden	140
V.2.2	<i>Werner Holzmüller</i> – Universität Leipzig	150
V.2.3	<i>Max Steenbeck</i> – Friedrich-Schiller-Universität Jena	156
<b>VI.</b>	<b>Schlussbetrachtung</b>	<b>164</b>
<b>VII.</b>	<b>Anhang</b>	<b>175</b>
VII.1	Abkürzungsverzeichnis	175
VII.2	Quellenverzeichnis	178
VII.3	Literaturverzeichnis	184
VII.4	Versicherung	194

## I. Einleitung

### I.1 Forschungsgegenstand

Am 29. Oktober 1946, wenige Tage nach der Deportation von rund 2.000 Spezialisten aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in die UdSSR durch die sowjetische Besatzungsmacht, konfrontierten Briten und Amerikaner den sowjetischen Vertreter im Alliierten Kontrollrat mit entsprechenden Vorwürfen. Wassili Danilowitsch Sokolowski, antwortete prompt dem amerikanischen Kommandanten für Berlin, Frank L. Howley:

„Ich frage die Amerikaner und Briten ja auch nicht, zu welcher Tages- und Nachtstunde sie Ihre Techniker abgeholt haben. Warum sind Sie so an der Uhrzeit interessiert, zu der ich meine geholt habe?“<sup>1</sup>

Sokolowskis Reaktion verdeutlicht nicht allein das Patt der Alliierten an diesem 29. Oktober 1946, sondern pointiert zugleich das Problem der intellektuellen Reparationen<sup>2</sup>. Der Terminus bezeichnet die Abschöpfung von wissenschaftlichem und technischem Wissen im Sinne geistigen Eigentums im besetzten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, wie sie durch die westlichen und den sowjetischen Alliierten erfolgte.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit eben jenen Eingriffen der Besatzungsmächte, die vorrangig dem akademischen bzw. universitären Wissen und den Wissenschaftlern galten. Der Fokus liegt hierbei auf den Universitäten der SBZ/DDR, die einerseits als Quelle von Know-how bei der Deportation und andererseits als (Re-)Integrationselement bei der Rückkehr der Spezialisten dienten. Geographische Verortung und historische Konstellation legen den Fokus auf die Deportationen der sowjetischen Besatzungsmacht, schließen jedoch eine vergleichende Beschäftigung mit dem amerikanischen Vorgehen ein. Denn die doppelte amerikanisch-sowjetische Besetzung des mitteldeutschen Raums betraf die Universitäten Leipzig, Halle und Jena, während die Universitäten Dresden, Berlin, Greifswald und Rostock gleich nach Kriegsende allein im sowjetischen Machtbereich lagen.

Die zentrale, auf die Rolle der ostdeutschen Universitäten bezüglich intellektueller Reparationen zugespitzte Fragestellung der Arbeit lautet: Wie ist das Potential der Universitäten als Quelle von Know-how und als (re-)

---

<sup>1</sup> Zitiert nach Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 284.

<sup>2</sup> Vgl. Ciesla, „Intellektuelle Reparationen“ der SBZ an die alliierten Siegermächte?

integratives Element bei der Rückkehr der Spezialisten einzuschätzen? Diese Leitfrage definiert zugleich den zeitlichen Rahmen der Untersuchung. Er reicht vom Kriegsende bis zur Re-Integration der zurückgekehrten Spezialisten aus der Sowjetunion und erstreckt sich auf die Jahre 1945 bis 1957/1958. Auf mehreren Ebenen nähert sich die Arbeit dieser Spezifik an, wobei es letztlich gilt, die Deportation der Universitätsangehörigen in den Gesamtkontext der Deportationen von Wissenschaftlern und Ingenieuren durch die amerikanische und sowjetische Besatzungsmacht einzuordnen.

Insofern geht das Projekt ein noch immer bestehendes Desiderat der Forschung für den Bereich der intellektuellen Reparationen sowie der Nachkriegsgeschichte der SBZ/DDR und der Universitätsgeschichte(n) an, zumal ein Vergleich des amerikanischen und sowjetischen Vorgehens in dieser Form in der bisherigen Forschung fehlt. Indem sich die Arbeit auf die ostdeutschen Universitäten konzentriert, ermöglicht sie sozusagen als Mikrostudie eben jene Gegenüberstellung für das Vorgehen der beiden Großmächte umzusetzen. Gleiches gilt für die Betrachtung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Spezialisten nach ihrer Deportation sowie die Umstände einer (eventuellen) Rückkehr. Die Bezüge der einzelnen Spezialisten zu einer oder mehrerer der ostdeutschen Universitäten dienen hierbei als Basis. Die Erfassung des über die Deportation hinausgehenden Zeitraums fußt auf der quellenkritischen Auswertung zeitgenössischer wie retrospektiv-verfasster Zeugnisse der Betroffenen.

Prinzipiell können die Eingriffe der Besatzungsmächte im angewandten, außeruniversitären Forschungsbereich als gut erforscht bezeichnet werden, während das Ausmaß der Entnahmen an den Universitäten eher wenig untersucht ist. Es ist daher zu klären, wie die Deportationen an den Universitäten vorbereitet wurden und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sich zur angewandten Forschung finden lassen. In diesem Zusammenhang steht die Frage, ob im Vorfeld der Deportationen Verbindungen zwischen diesen Forschungsbereichen bestanden? Überdies ist zu eruieren, inwieweit sich die deportierten Universitätsmitglieder hinsichtlich des Zeitpunkts ihres Abtransports und ihrer fachlicher Zusammensetzung im Vergleich zu den Spezialisten aus dem angewandten Forschungsbereich kategorisieren lassen.



Anhand der Erkenntnisse über die amerikanischen Eingriffe an den mitteldeutschen Universitäten und den sowjetischen Eingriffen an den ostdeutschen Universitäten soll eine Gegenüberstellung des Vorgehens der zwei Großmächte bei der erzwungenen Akquise von Wissenschaftlern herausgearbeitet werden. Welche Parallelen und Divergenzen lassen sich hier für die einzelnen Universitäten finden, die je nach Lage nur von einer Besatzungsmacht oder beiden Besatzungsmächten beeinflusst wurden? Inwieweit bemühten sich die Universitätsleitungen um die Rückkehr ihrer deportierten Mitglieder? Wie erfolgreich gestalteten sich diese Versuche? Existierten über den Abtransport hinaus Kontakte zwischen den Wissenschaftlern und ihren ehemaligen Wirkungsstätten? Gibt es Spezialisten, die erst von den Amerikanern und nach ihrer Rückkehr in die SBZ von der sowjetischen Besatzungsmacht deportiert wurden? Inwieweit spielte eine mögliche NS-Belastung für die Deportation durch die Besatzungsmächte eine Rolle? Reagierten die Betroffenen ähnlich oder unterschiedlich auf die Deportationen? Da in der Regel die von den Amerikanern aus Mitteldeutschland deportierten Spezialisten nicht in die USA transferiert wurden, sondern in der amerikanischen Besatzungszone verblieben, ist ein dezidierter Vergleich der Lebens- und Arbeitsbedingungen deutscher Spezialisten in den USA und der Sowjetunion ausgeschlossen. Die Studie versucht dennoch zu klären, wie die Betroffenen mit dem Umstand ihres Exils und der neuen Situation umgingen. So wird der Weg der Jenaer, Leipziger und Hallenser Wissenschaftler in den westlichen Besatzungszonen skizziert, indem die Umstände der Deportation, ihr Leben danach und die Rückkehrbemühungen dieser Spezialisten betrachtet werden. Weiterführend interessiert die Re-Integration der Wissenschaftler.

In diesem Zusammenhang fällt hinsichtlich der in die Sowjetunion deportierten Spezialisten auf, dass eine große Zahl nach ihrer Rückkehr in die DDR in den Bereich der „reinen“ Wissenschaft integriert wurde. Wie lässt sich dieser Wechsel von der angewandten zur universitären Forschung, der in der UdSSR begann, erklären? Ist davon auszugehen, dass die in der UdSSR geknüpften sozialen Kontakte der Spezialisten nach der Rückkehr fortbestanden und diese den weiteren beruflichen Werdegang prägten? Mehrere biographische, gleichsam vergleichend orientierte Einzelstudien vervollständigen die

analytische Darstellung und schließen diese ab.

## I.2 Forschungsstand

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz in die UdSSR nach 1945 weit weniger erforscht ist als der sogenannte Brain Drain der Amerikaner. Zum einen war man in der DDR und der Sowjetunion bestrebt, das Thema weitgehend zu tabuisieren. Zum anderen blieben ostdeutsche wie sowjetische Quellen bis 1990 für die Forschung unzugänglich, was zumindest für die russischen Archivbestände nahezu unverändert geblieben ist. Bisher existieren lediglich zwei Monographien über die sowjetischen Deportationen, die den universitären Komplex jedoch weitgehend unbeachtet lassen. Die Autoren des Buches „*Die Spezialisten*“<sup>3</sup> aus dem Jahr 1992 untersuchten die Thematik erstmals anhand der nach der Wiedervereinigung Deutschlands verwertbar gewordenen DDR-Quellen. Ihr Verdienst besteht insbesondere in der Analyse der Zusammensetzung, der Struktur und des Umfangs der deportierten Personengruppen sowie des zeitlichen Ablaufs der Deportationen. Christoph Mick veröffentlichte 2002 die zweite Monographie,<sup>4</sup> die detailliert einzelne Rüstungsbereiche betrachtet. Durch die Einsicht in ausgewählte russische Bestände und aus der zeitlichen Distanz von zehn Jahren heraus vermag es Mick, Annahmen der älteren Publikationen zu verifizieren bzw. partiell zu falsifizieren. Neben diesen beiden Publikationen liegen aus den 1990er Jahren diverse Aufsätze vor, unter anderem von Burghard Ciesla über den „*Spezialistentransfer in die UdSSR*“<sup>5</sup> sowie über *Intellektuelle Reparationen*<sup>6</sup>. Mit diesem Terminus setzt sich Ciesla im letztgenannten Aufsatz auseinander, um die neuartige Form der Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg begrifflich fassbar zu machen. Zur Geschichte der Reparationen und ihrer Entwicklung äußert sich Jörg Fisch, der in seinem Buch die veränderten politischen Grundlagen der Reparationen nach 1945 umfassend vorstellt.<sup>7</sup> Ein weiterer wichtiger Beitrag findet sich bei André Steiner, der sich mit der Re-Integration der Spezialisten in der DDR

---

<sup>3</sup> Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, *Die Spezialisten*.

<sup>4</sup> Mick, *Forschen für Stalin*.

<sup>5</sup> Ciesla, *Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR*.

<sup>6</sup> Ciesla, „*Intellektuelle Reparationen*“ der SBZ an die alliierten Siegermächte?

<sup>7</sup> Fisch, *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*.

beschäftigt.<sup>8</sup> Einen allgemeineren Überblick über die Abläufe und Hintergründe der sowjetischen Deportationen bieten Norman Naimark<sup>9</sup> und Rainer Karlsch<sup>10</sup>, deren Werke sich inhaltlich weitgehend an den genannten Monographien orientieren. Des Weiteren widmen sie sich neuen Aspekten, wenn Naimark in seine Analyse amerikanische Akten und somit die westalliierte Sichtweise einbezieht und Karlsch zumindest knapp einen Vergleich des amerikanischen und sowjetischen Handelns skizziert<sup>11</sup>. Allen Publikationen gemein ist, dass sie sich, zumeist nach Rüstungsbereichen geordnet, auf die Spezialistengruppe als Ganzes fokussieren, wobei einzelne namhafte Spezialisten exponiert werden. Für das amerikanische Vorgehen existieren hingegen diverse Publikationen.<sup>12</sup> So beleuchtet Burghard Ciesla in „*Das Projekt Paperclip*“<sup>13</sup> die Eingriffe seitens der Amerikaner in Mitteldeutschland, während sich die jüngste, von Marc Zeller verfasste Publikation mit den Auswirkungen der intellektuellen Reparationen auf die Chemische Industrie in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt<sup>14</sup>. Die umfassendste Darstellung des Transfers von Wissenschaftlern aus dem mitteldeutschen Raum in die amerikanische Besatzungszone stammt jedoch von Klaus-Dietmar Henke<sup>15</sup>. Er benennt nicht nur Ablauf und Rahmenbedingungen der Deportationen und beziffert die Abgänge in der angewandten Forschung, sondern setzt sich auch konkret mit den Eingriffen an den Universitäten auseinander. Ferner betrachtet er ausgewählt und knapp die weiteren Lebensläufe deportierter Universitätsmitglieder. Die Veröffentlichungen zur Geschichte der ostdeutschen Universitäten thematisieren die Deportationen hingegen eher marginal. So verweist Rainer Pommerin in seiner Abhandlung über die Geschichte der Technischen Universität Dresden (TUD) zwar auf die Eingriffe der sowjetischen Besatzungsmacht an der Hochschule und benennt drei Spezialisten namentlich. Allerdings verzichtet er darauf darzulegen, wie die

---

<sup>8</sup> Steiner, The Return of German “Specialists” from the Soviet Union to the German Democratic Republic.

<sup>9</sup> Naimark, Die Russen in Deutschland.

<sup>10</sup> Karlsch, Allein bezahlt?

<sup>11</sup> Vgl. ebd., S. 157.

<sup>12</sup> Eine der frühesten Publikationen zur Thematik aus den 1970er Jahren bietet Lasby, Project Paperclip.

<sup>13</sup> Ciesla, Das Projekt Paperclip.

<sup>14</sup> Zeller, Intellektuelle Reparationen und westdeutscher Wiederaufstieg.

<sup>15</sup> Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands.

Hochschule versuchte, die Spezialisten zurückzugewinnen oder wie die Dresdner Universitätsangehörigen in der Sowjetunion lebten.<sup>16</sup>

Erst seit einigen Jahren bemühen sich die Universitäten, meist im Zusammenhang mit ihren Jubiläen, um ein möglichst umfassendes Bild ihrer Geschichte. So untersucht Günther Heydemann in seinem Beitrag zum 600jährigen Jubiläum der Universität Leipzig die Deportationen von Wissenschaftlern durch die Amerikaner an der Alma Mater und – erstmals konkret – den Abtransport eines Dozenten unter der sowjetischen Besatzungsmacht.<sup>17</sup> Mit der Magisterarbeit<sup>18</sup> der Autorin aus dem Jahre 2009 liegt eine Teilstudie zu den sowjetischen Deportationen an der Universität Leipzig sowie der Technischen Universität Dresden vor. Im Ergebnis zeigte sie, dass beide Universitäten bei der Deportation und der Re-Integration der Spezialisten im Verhältnis zur angewandten Forschung eine deutlich kleinere, aber entscheidende Rolle spielten. In den jüngsten Publikationen zur Friedrich-Schiller-Universität Jena finden sich diverse Hinweise auf Deportationen, wobei zahlenmäßig bedingt die Amerikaner im Blickpunkt stehen.<sup>19</sup> Gleichzeitig belegen Untersuchungen zu einzelnen Fakultäten, dass es durchaus deutsche Spezialisten aus der Sowjetunion gab, die nach ihrer Rückkehr eine Beschäftigung an dieser Universität aufnahmen. Trotzdem finden sich kaum umfassendere Ausführungen über das Leben der Deportierten nach dem Transfer oder über die Bemühungen der Universitätsleitung, eine Rückkehr ihrer Mitglieder an die Universität zu erwirken.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die bisherige Forschung die Deportationen von Universitätsmitgliedern nur punktuell und noch nicht systematisch behandelt hat. Das überrascht umso mehr, als es in den Universitätsarchiven über die oben beschriebenen Vorgänge einen beträchtlichen Bestand an Quellen gibt. Bisher wurden diese Materialien in der Universitäts- wie auch in der allgemeinen Forschung über intellektuelle Reparationen kaum oder nur vereinzelt herangezogen.

---

<sup>16</sup> Pommerin, Geschichte der TU Dresden 1828 – 2003.

<sup>17</sup> Heydemann, Sozialistische Transformation.

<sup>18</sup> Schmidt, Die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz an den sächsischen Universitäten.

<sup>19</sup> John/Wahl/Arnold (Hg.), Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945.

### I.3 Quellenlage

Für das angestrebte Projekt stehen daher insbesondere die Archive der Universitäten Berlin, Dresden, Greifswald, Halle, Jena, Leipzig und Rostock im Vordergrund. Die hier lagernden Akten aus den Beständen der Rektorate und Dekanate umfassen u.a. Personalangelegenheiten. Ihre Auswertung war für die vorliegende Arbeit unverzichtbar.<sup>20</sup> Wiederholt lassen sich nicht abgeschlossene Berufungsverhandlungen in den Akten finden, die mit Spezialisten in der amerikanischen Besatzungszone geführt wurden und letztlich am Widerstand der Amerikaner gegen eine Rückkehr der Deportierten in die SBZ scheiterten.<sup>21</sup> Außerdem beinhalten die Personalakten betroffener Universitätsangehöriger neben Informationen zum Ablauf der Deportation beispielsweise auch Briefwechsel, die einen Einblick in die Lebensumstände und ihre Erfahrungen nach dem Abtransport geben.<sup>22</sup> Darüber hinaus zeigen die Akten, dass die Universitäten versuchten, ihre abtransportierten Mitglieder zurückzugewinnen bzw. sie ersetzendes Personal einzustellen. Ferner existieren in den Beständen Belege für die Sonderbehandlung, die den namhaften Spezialisten nach ihrer Rückkehr aus der Sowjetunion in der DDR zuteilwurde.

Einen besonders wichtigen Fundus an Quellen beherbergt das Universitätsarchiv der TU Dresden. In diesem sind u.a. Abschriften eines Briefwechsels eines Spezialisten überliefert, die nahezu den gesamten Zeitraum seines Aufenthalts in der Sowjetunion umfassen. Zudem reflektieren sie sein Bemühen und das der Universität, nach Dresden zurückzukehren bzw. ihn zurückzuholen. Darüber hinaus gewähren sie Einblick in das Leben des Spezialisten in der Sowjetunion<sup>23</sup>, wie es andere Quellen nur selten vermögen. Aufgrund seines immanenten Verwaltungscharakters offeriert das allgemeine, originäre Quellenmaterial kaum die Möglichkeit, die Lebensumstände der Spezialisten aus einer subjektiv-persönlichen Sicht zu rekonstruieren. Eine Annäherung ist zumeist nur indirekt bzw. zwischen den Zeilen zu erkennen. Persönliche Darstellungen fehlen nahezu gänzlich und sind, wenn überhaupt,

---

<sup>20</sup> Vgl. UAH Rep. 4 und Rep. 6; UAJ, BB und C.

<sup>21</sup> Vgl. UAG, Phil. Fak. II, Nr. 165; UA Rostock, Math.-Nat. Fak., Nr. 180.

<sup>22</sup> Vgl. UAH, PA 3826, Abderhalden und PA 13184, Roemer; UAG, PA 146, Schmidt; UAR, PA Lübcke; UAJ, Best. D., Nr. 571, PA Schütz und Nr. 4080, PA Steenbeck.

<sup>23</sup> UA TUD, Nachlass Prof. Berndt, Signatur 4.

nur in Form von Berichten, Briefen oder archivierten Daten in Nachlässen vorhanden. Korrelierend sei zudem auf den in den verschiedenen Archivgesetzen der Länder und des Bundes verankerten Persönlichkeitsschutz und die Sperrfristen verwiesen, die eine Akteneinsicht und die Publikation personenbezogener Daten zusätzlich erschweren. Gleichzeitig konnten gängige Methoden der zeitgeschichtlichen Forschung aus dem Bereich der Oral History wie die Zeitzeugenbefragung für die Arbeit nicht genutzt werden, da alle vorgestellten Spezialisten bereits verstorben sind.

Um sich der biographisch-persönlichen Ebene der Geschehnisse annähern und die subjektiven Erfahrungen der Spezialisten abbilden zu können, verbleibt somit allein die Analyse und Interpretation sogenannter Ego-Dokumente.<sup>24</sup> Bedingt durch ihre zeitliche Distanz zum Geschehen weisen Autobiographien jedoch eine nicht unerhebliche Diskrepanz zwischen Erlebtem und späterer Reflexion auf.<sup>25</sup> Dies gilt umso mehr für die Reflexion von Gedanken, Eindrücken und Gefühlen, aber auch für konkrete Erinnerungen. Denn Erinnerungsprozesse sind selektiv.<sup>26</sup> Verschiedene Aspekte wie die Erfahrungsmentalität der Gegenwart und/oder der Vergangenheit beeinflussen Auswahl und Intensität der Erinnerungen. Auch das politisch-gesellschaftliche Umfeld und persönliche Erfahrungen modifizieren retrospektiv Einschätzungen, Emotionen und persönliche Einstellungen. Oder wie Reinhard Sieder konstatiert: „Erinnerungen werden im Laufe des Lebens fragwürdig oder gar illegitim, oder auch bloß unbedeutend, andere geraten in neues Licht.“<sup>27</sup> Derartige bewusste oder unbewusste Modifizierungen, die Geschehnisse und Erfahrungen verfälschend darstellen, sind Ego-Dokumenten prinzipiell immanent. Sie lassen sich quellenkritisch jedoch nur schwer belegen. Ungeachtet dieser Tatsache ermöglichen Autobiographien dennoch einen vertieften Zugang zu eben jener persönlichen, biographischen Ebene. Indem diverse Ego-Dokumente und zeitgenössisches Aktenmaterial wie Briefe in die

---

<sup>24</sup> „Auch die Oral History kann nicht darauf verzichten, Quellen zu prüfen, Belege zu liefern und einzelne Zeugnisse sorgfältig abzuwägen.“ Gele, Ziellose Bewegung, S. 199.

<sup>25</sup> Sieder wertet dies als gängigen Prozess, den jeder Mensch durchläuft und anwendet, da „[Menschen] schon im Alltagsleben den Zusammenhang zwischen Früherem, Jetzigem und Künftigem herstellen“, auch um diesen im Nachhinein zu „revidieren und reformulieren.“ Sieder, Gesellschaft und Person, S. 198.

<sup>26</sup> Vgl. dazu Ritchie, Doing Oral History, S. 31-34; Bertaux/Betaux-Wiame, Autobiographische Erinnerungen, S. 151 f.

<sup>27</sup> Sieder, Gesellschaft und Person, S. 193.

Analyse mit einbezogen werden, erweitert und objektiviert sich die Basis der Aussagen.<sup>28</sup> Der Vergleich bietet somit die Chance, einzelne subjektive Aussagen und Teilaspekte persönlicher Erfahrungen und Erlebnisse auf eine generalisierende Ebene zu heben und grundsätzlichere Erkenntnisse zu gewinnen.

Zentral für die hier vorweggenommene Analyse sind die Autobiographien Werner Holzmüllers<sup>29</sup>, Werner Albrings<sup>30</sup> und Max Steenbecks<sup>31</sup>, da diese Wissenschaftler direkt vor und/oder nach ihrer Deportation bzw. Re-Integration mit einer der Universitäten der SBZ/DDR in enger Beziehung standen. Ihnen beigeordnet sind partiell zeitgenössische Schriftstücke oder andere Autobiographien beispielsweise von Kurt Magnus<sup>32</sup>, die als Vergleichsfolie für die Aussagen dienen. Berichte der Wissenschaftler über das Leben in der Sowjetunion, über ihre Erfahrungen des Abtransports als Zwang, ihre soziale und berufliche Isolation, vor allem aber das tiefempfundene Heimweh liefern inhärente Vergleichsmomente, über die sich subjektive Ausführungen einzelner Personen objektivieren lassen. Die in den Archiven vorhandenen Schriftwechsel der Spezialisten und/oder ihrer Angehörigen mit den Universitäten tangieren ebenfalls die genannten Aspekte und helfen, die Lebensumstände der Spezialisten zu rekonstruieren.

Dabei konzentriert sich die Arbeit allein auf die Gruppe der Spezialisten, um eine selektive, jedoch gleichgewichtete Darstellung sicherzustellen. Die Erfahrungs- und Erinnerungsebene um die der Ehefrauen<sup>33</sup> und Kinder<sup>34</sup> zu erweitern, wurde aufgrund der Andersartigkeit ihrer Wahrnehmung und Alltagsgestaltung in der Sowjetunion nicht intendiert. Diese zusätzliche Ebene hätte zudem den Rahmen der vorliegenden Arbeit gesprengt. Aus diesem

---

<sup>28</sup> „Es müssen auch andere subjektive Quellen [...] herangezogen werden, so dass [...] Widersprüche [...] entdeckt und interpretiert werden können.“ Vgl. v. Plato, *Oral History als Erfahrungswissenschaft*, S. 85.

<sup>29</sup> Holzmüller, *Ein Physiker erlebt das 20. Jahrhundert*.

<sup>30</sup> Albring, *Gorodomlia*.

<sup>31</sup> Steenbeck, *Impulse und Wirkungen*.

<sup>32</sup> Magnus, *Raketensklaven*.

<sup>33</sup> Die Ehefrau des namhaften Raketenspezialisten Helmut Gröttrup hat ihre Erlebnisse in der Sowjetunion bereits 1959 in der Bundesrepublik veröffentlicht. Trotz der antisowjetischen Perspektive der Darstellung liefert sie durchaus Einblicke in den Alltag der Spezialistenfrauen. Gröttrup, *Die Besessenen und die Mächtigen*.

<sup>34</sup> Die aktuellste autobiographische Publikation der Kindergeneration, die den Aufenthalt in der Sowjetunion reflektiert und ausführlich betrachtet, bietet Cornelius Weiss. Weiss, *Risse in der Zeit*.

Grund verzichtet die Darstellung auch auf Zeitzeugeninterviews mit den Angehörigen der Spezialisten.

Seitens der mitteldeutschen Fachleute, die von den Amerikanern deportiert wurden, sind keine autobiographischen Publikationen vorhanden. Dennoch soll anhand der vorhandenen Akten der Universitätsarchive Marburg, Gießen, Darmstadt, Würzburg und Mainz der Weg einzelner Wissenschaftler nachgezeichnet und im Rahmen der biographischen Retrospektiven exemplarisch herausgearbeitet werden. Weitere wichtige Quellenbestände liegen im Bundesarchiv Berlin. Sie enthalten Ausführungen zur Rückkehr der Spezialisten aus der Sowjetunion, sowie zu den Bemühungen der Hochschulen, diese zu binden bzw. ihren Weggang in die Bundesrepublik zu verhindern.<sup>35</sup> Für das amerikanische Vorgehen sind Akten im Bundesarchiv Koblenz (Bestand des Länderrates des amerikanischen Besatzungsgebiets<sup>36</sup>) relevant, die sich gesondert auf den Transfer von Wissenschaftlern aus Mitteldeutschland beziehen und sich mit deren Verbleib in der amerikanischen Besatzungszone beschäftigen. Der Thematik zugeordnet beherbergt das Hessische Hauptstaatsarchiv Wiesbaden den überlieferten Schriftwechsel des Verbandes zwangsevakuiertes Wissenschaftler und Techniker Mitteldeutschlands.<sup>37</sup> Des Weiteren sind im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt Bestände vorhanden, in denen sich neben Schriftwechseln mit amerikanischen und deutschen Behörden ebenfalls private Briefwechsel der Mitglieder sowie offizielle Briefwechsel der Verbandsgruppen untereinander finden lassen. Im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften lagern hingegen die Akten der Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in die viele Wissenschaftler nach ihrer Rückkehr aus der Sowjetunion als Mitglieder berufen wurden. So finden sich dort unter anderem die Nachlässe Werner Albrings und Max Steenbecks. Die personenbezogenen Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) über einzelne Spezialisten ergänzen die Auswertung der anderen Archivbestände. Sie belegen eine kritischere Sicht der offiziellen Stellen der DDR auf diese Personengruppe in den 1950er Jahren.

---

<sup>35</sup> BArch DO 1.

<sup>36</sup> BArch Z1, Nr. 1024.

<sup>37</sup> HHStAW, Abteilung 506, 507.



#### **I.4 Konzeption**

Die Konzeption der vorliegenden Arbeit entspricht in ihrer Ausrichtung einer Mikrostudie und referiert formal ihren vergleichenden Ansatz und ihre daraus resultierende Struktur. Das erste Hauptkapitel ist als theoretischer Abschnitt angelegt. In ihm werden relevante Termini erörtert und die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz in den historischen Kontext eingeordnet. Der terminologische Teil diskutiert hierfür die Bezeichnungen, die in der Forschung für die Inanspruchnahme deutscher Wissenschaftler durch die Alliierten verwendet werden. Mithilfe knapper Definitionen soll begründet werden, weshalb einzelne Termini im Rahmen der Studie zutreffend sind, andere nicht. Um das Handeln aller Alliierten einordnen zu können, wird in der Arbeit betrachtet, welche rechtlichen Grundlagen für Reparationen im Allgemeinen und intellektuelle Reparationen im Besonderen nach dem Zweiten Weltkrieg bestanden. Der Blick auf den alliierten Wettstreit, der um die intellektuellen Reparationen entbrannte, schließt das einführende Kapitel. Dabei wird auch das Vorgehen der britischen und französischen Besatzungsmacht skizziert, um einen vollständigen Einblick in die Komplexität des Themas zu gewährleisten. Eine weiterführende Analyse für diese zwei Besatzungsmächte ist im Rahmen der vorliegenden Arbeit im Blick auf die notwendige thematische wie zeitliche Eingrenzung nicht vorgesehen.

Das zweite stringent vergleichend angelegte Hauptkapitel konzentriert sich allein auf die USA und die UdSSR. Hier wird auch der Bereich der angewandten Forschung betrachtet, so dass existierende Parallelen zum universitären Forschungsbereich aufgezeigt werden können. Auch werden die strukturellen Grundlagen skizziert, die letztlich einen Abtransport der Wissenschaftler ermöglichten. Beginnend mit der Darstellung des „Brain Drains“ durch die amerikanische Besatzungsmacht thematisiert das Kapitel überdies die getroffenen Maßnahmen, die das Know-how im Vorfeld der Deportationen wie den Ablauf derselben sichern sollten. Auf Basis des Quellenmaterials werden anschließend die Zeit nach der Deportation und die Lebensumstände der Spezialisten rekonstruiert. Dabei zeigt die Analyse, wie sich die Spezialisten organisierten und beleuchtet gleichermaßen das bestehende Kompetenzgemenge seitens der offiziellen Behörden. Der zweite Teil des Kapitels setzt sich mit der Nutzung deutschen Know-hows durch die

sowjetische Besatzungsmacht in der SBZ und in der UdSSR auseinander. Der Aufbau des Abschnitts erfolgt analog des vorherigen, wobei zwei zusätzliche Aspekte in die Darstellung mit einbezogen werden: zum einen die in der Forschung gängigen Kategorisierungen der deutschen Spezialisten in der Sowjetunion hinsichtlich Deportations- und Rückkehrzeitpunkt; zum anderen die Rückkehr und Re-Integration der Spezialisten in die DDR, wobei auch die offiziellen Interessen und Maßnahmen berücksichtigt werden.

Das dritte Hauptkapitel ist als Analysekapitel konsequent auf den universitären Forschungsbereich ausgerichtet. Ausgehend von der doppelten Besetzung Mitteldeutschlands stehen im ersten Teilkapitel die Universitäten Halle, Jena und Leipzig im Fokus. Dabei werden zunächst die amerikanischen Eingriffe an den drei Universitäten untersucht. Nachdem die Ausgangssituation der Universitäten nach dem Zweiten Weltkrieg skizziert wurde, konzentriert sich die Analyse anschließend auf die Deportation der Universitätsangehörigen als solche und die sich aus ihr ergebenden Konsequenzen für die Personen und Institutionen. Hierbei spielen insbesondere die Bemühungen um eine Rückkehr in die SBZ, aber auch die Integrationsmöglichkeiten in der amerikanischen Besatzungszone eine Rolle. Letztlich soll eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob für die Mehrheit der Universitätsmitglieder, die von den Deportationen betroffen waren, prinzipiell Rückkehroptionen bestanden und wenn ja, in welchem Maßstab.

An die Betrachtung der amerikanischen Eingriffe in Halle, Jena und Leipzig schließt sich die Darstellung der Deportationen der Wissenschaftler durch die sowjetische Besatzungsmacht an. Auch hier stehen die Proteste seitens der Universitäten gegen die Deportationen und die versuchte Einflussnahme auf eine Rückkehr der betroffenen Universitätsangehörigen an die Hochschulorte im Fokus. Für die sowjetischen Deportationen wird zudem die Rückkehr und Re-Integration der Spezialisten, die vor dem Abtransport aus der SBZ und/oder nach ihrer Rückkehr in die DDR an den Universitäten Halle, Jena und Leipzig sozialisiert waren, dargestellt. Dafür wird auch ihr weiterer Lebens- und Wissenschaftsweg knapp umrissen. Der zweite Teil des Kapitels widmet sich den Universitäten der SBZ, die allein der sowjetischen Besatzungsmacht unterstanden: Dresden, Greifswald und Rostock. Auch hier setzt die Analyse mit der Nachkriegssituation der Universitäten unter Einbeziehung bereits 1945

erfolgter Abtransporte von Wissenschaftlern an. Weiterführend werden die sowjetischen Eingriffe im Jahr 1946 an den genannten Universitäten sowie die daraus resultierenden Konsequenzen betrachtet. Die Untersuchung der Integration der Spezialisten nach deren Rückkehr in die DDR umfasst dabei auch die Humboldt-Universität Berlin.

Das letzte Hauptkapitel der Arbeit greift die im vierten Abschnitt skizzierte Nachverfolgung des Werdegangs einzelner Universitätsmitglieder auf und stellt ausgewählte biographische Retrospektiven von Spezialisten vor, die vor dem Abtransport und/oder nach ihrer (Re-) Integration mit einer oder mehrerer der Universitäten in Verbindung standen. Dem Anspruch der Vergleichbarkeit folgend, werden Vertreter der amerikanischen und sowjetischen Eingriffe porträtiert. Die schematische Struktur der Retrospektiven ermöglicht es, das Leben deutscher Spezialisten in der amerikanischen Besatzungszone bzw. in der Sowjetunion wie auch die zwei Spezialistengruppen zu kontrastieren. Als Vergleichsaspekte sind die individuelle Situation nach dem Zweiten Weltkrieg, die Deportation selbst, die Lebens- und Arbeitsumstände nach der Deportation sowie die Rückkehrbemühungen und die (Re-)Integration an einer Universität zu benennen. Für die amerikanische Seite konnten keine autobiographischen Dokumente in die Analyse mit einbezogen werden. Es galt daher Personen auszuwählen, von denen möglichst umfassendes Quellenmaterial, wie Briefwechsel oder auch Biographien zu den Analysepunkten vorlag. Vorgestellt werden Wilhelm Troll (Halle) und Heinrich Schmitthener (Leipzig). Die Darstellung über die Wissenschaftler, die in die UdSSR transportiert wurden, basiert hingegen auf Autobiographien involvierter Spezialisten. Vorgestellt werden Werner Albring (Dresden), Werner Holzmüller (Leipzig) und Max Steenbeck (Jena).

## **II. Theoretischer Hintergrund und historischer Kontext**

### **II.1. Deportation, Zwangsevakuierung, Abtransport?**

Ausgehend vom Titel steht zuerst die Frage im Vordergrund, wie das Vorgehen der amerikanischen und sowjetischen Besatzungsmacht präzise und neutral bezeichnet werden kann. Bei der Bearbeitung zeigte sich, dass der Terminus „Deportation“ mit Verweis auf seine historische Aufladung während des Zweiten Weltkriegs partiell als provokant aufgefasst wurde. Es wurde unterstellt, die Eingriffe mit denen in Größenordnung, Art und Weise wie der Motivation nach differierenden Deportationen der Juden durch die Nationalsozialisten gleichzusetzen oder diese Vorgänge auf- bzw. abzuwerten. Eine solche Auslegung ist zu keinem Zeitpunkt intendiert gewesen.

Auf der sprachlichen Ebene erwies sich, wie noch gezeigt werden kann, der objektivierte Terminus indes als passend und korrekt. Tatsächlich scheint der Begriff, um die Interventionen im wissenschaftlichen und technischen Forschungsbereich durch die sowjetische Besatzungsmacht zu bezeichnen, in der Forschung weitgehend akzeptiert zu sein. In Kontrast dazu lässt sich für die amerikanischen Eingriffe eine Variation an Begriffen nachweisen. Dies lässt sich im Folgenden an der Publikation *„Hochschule im Sozialismus“*, die sich mit der Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena auseinandersetzt, exemplifizieren.

Jan Jeskow verwendet in seinem Beitrag über die Entnazifizierung des Lehrkörpers der Universität Jena die Formulierung „zwangsevakuert“, wenn er über den „systematischen Eingriff in den Universitätslehrkörper“ durch die Amerikaner spricht.<sup>38</sup> Matthes Christopher bezeichnet denselben Vorgang als „unfreiwillige Reise“,<sup>39</sup> wohingegen er für die sowjetische Seite betont, dass die Wissenschaftler in „die Sowjetunion deportiert wurden.“<sup>40</sup> Andere gängige Umschreibungen sind „Abtransport“ oder „Verbringung“.<sup>41</sup> Sie fungieren allein als Synonyme und werden daher nicht zu den Kernbegriffen gezählt. Mit Peter Hallpap findet sich jedoch ein Historiker, der den Begriff der „Deportation“ auch

---

<sup>38</sup> Jeskow, Die Entnazifizierung des Lehrkörpers der Universität Jena von 1945 bis 1948, S. 77.

<sup>39</sup> Matthes, Wissenschaft und Wirtschaft, S. 671.

<sup>40</sup> Ebd., S. 672.

<sup>41</sup> Vgl. ebd., S. 670; Kaasch/Kaasch, „Für das Leben der Akademie ist ihr Zentrum hier im engeren mitteldeutschen Raum von größter Bedeutung“, S. 763.

auf die amerikanische Vorgehensweise bezieht.<sup>42</sup> Oliver Lemuth hingegen arbeitet mit der klassischen Formulierung „Evakuierung“<sup>43</sup>, wie sie sich in der offiziellen Argumentation der Amerikaner und den zeitgenössischen Aussagen betroffener Personen findet. Zumeist erweitert zu „Zwangsevakuierung“.<sup>44</sup>

Als Kernbegriffe verbleiben daher lediglich „(Zwangs-)Evakuierung“ und „Deportation“. Prinzipiell fallen beide Termini als Kategorien unter den Oberbegriff „Migration“. Ausgehend vom lateinischen *migratio* wird diese im engeren Zuschnitt als „längerfristige, räumlich größere Verlagerung der Lebensschwerpunkte v[on] Individuen, oder Gruppen“<sup>45</sup> verstanden. Dabei wird per se nicht zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Wanderung unterschieden. Zum weiten Feld der Subkategorien zählt zudem der Terminus „Flucht“. Dieser stellt in Bezug auf das Thema der Arbeit einen Sonderfall dar und ist eher als marginal zu betrachten. Per Definition umreißt Flucht „ein nicht wirklich freiwillig geschehenes individuelles oder kollektives Entweichen (in aller Regel) aus dem Staat, dessen Staatsangehörigkeit man besitzt.“<sup>46</sup> Als Charakteristikum impliziert Flucht dennoch eine existierende Handlungs- bzw. Entscheidungsfreiheit des Subjekts. Um den Abtransport der Spezialisten, der in der Regel unter Zwang erfolgte, zu bezeichnen, eignet er sich nicht. Allein für die wenigen Personen, die sich freiwillig dem Abzug der Amerikaner anschlossen oder für die kleine Gruppe der Atomwissenschaftler, die sich noch 1945 in die UdSSR begab, wäre Flucht als Begriff anzudenken.

Gemessen an seiner häufigen Verwendung in der Forschung scheint der Terminus „Evakuierung“ hingegen passender. Allerdings bezieht sich der Begriff (im Sinne von „leeren“ oder „räumen“) allein auf Objekte und nicht auf Subjekte. Gegenwärtig projizieren journalistische und wissenschaftliche Texte im allgemeinen Sprachgebrauch den Begriff zwar auch auf Subjekte, doch selbst mit dieser semantischen Fehldeutung des Begriffs ist es problematisch, ihn in

---

Hallpap, Kontinuität und Wandel – Überblick über 40 Jahre Jenaer Chemie, S. 1470. Auch Emil Abderhaldens Sohn führte in seinem Tagebuchbericht vom 26.6.1945 aus: „Man hat die meisten von uns gegen unseren Willen abtransportiert, d.h. man hat uns deportiert. Wir können uns daher mit gutem Recht als Deportierte bezeichnen.“ Gabathuler, Emil Abderhalden, S. 244.

<sup>43</sup> Lemuth, Die Jenaer Hochschulphysik zwischen Entnazifizierung und ‚Dritter Hochschulreform‘ 1945 bis 1968, S. 1437.

<sup>44</sup> Vgl. Schreiben des Staatssekretärs für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen vom 3.2.1952, dass ausdrücklich von „zwangsevakuerten Wissenschaftlern und Technikern“ spricht (HHStAW, Abt.507, Nr. 3915, unpaginiert).

<sup>45</sup> Brandes/Sundhausen/Troebst (Hg.), Lexikon der Vertreibungen, S. 422.

<sup>46</sup> Ebd., S. 245.

der Arbeit zu verwenden. Einer Evakuierung im Sinne eines „mehr oder weniger planmäßig durchgeführten Unternehmens“ liegt de facto immer eine Gefahrensituation zugrunde: „[Ein] Gebäude, eine Stadt oder ein bestimmtes Gebiet“ wird „[von] den dort lebenden Menschen“ geräumt, „um sie vor einem großen Unglück oder einer Katastrophe zu bewahren“<sup>47</sup>. Eine derartige Gefahrensituation bestand für die in die amerikanische Besatzungszone verbrachten Wissenschaftler und Techniker im Juni 1945 jedoch nicht.<sup>48</sup> Einzig die Amerikaner hatten ein Interesse an ihrem Abtransport, fürchteten sie, dass das wissenschaftliche Know-how nunmehr an die sowjetische Besatzungsmacht fallen und somit für sie selbst nicht mehr nutzbar sein würde. Der Zusatz Zwangsevakuierung betont zwar den Aspekt der Unfreiwilligkeit stärker, das Fehlen einer Gefahrensituation kompensiert er indes nicht.

Im Gegensatz dazu umreißt der Terminus „Deportation“ semantisch konkret die Geschehnisse sowohl auf amerikanischer als auch sowjetischer Seite: Er bezeichnet „eine erzwungene Migration innerhalb der Grenzen eines Staates oder Machtbereichs [einschließlich] eroberter Gebiete.“<sup>49</sup> Als objektive Benennung für die Ereignisse steht er daher im Titel und wird auch im Verlauf der Arbeit entsprechend verwendet. Synonyme wie „Abtransport“ oder ‚Verbringung‘ wirken einer Monotonie entgegen, wobei der zeitgenössische Begriff der ‚Zwangsevakuierung‘ hingegen den Quellenauszügen vorbehalten bleibt. Den Begriff angelehnt an „Zwangsevakuierung“ zu „Zwangsdeportation“ zu steigern, wie es Günther Heydemann offeriert,<sup>50</sup> ist in Bezug auf die obige Definition nicht zwingend.

## II.2 Intellektuelle Reparationen

Im Folgenden steht ein weiterer, für die Arbeit unabdingbarer und dennoch in der Forschung umstrittener Terminus im Fokus. Es geht um die Frage, ob bzw. inwieweit sich die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz in den Kontext der Reparationsleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg ein- bzw. zuordnen und sich sprachlich im Begriff der „intellektuellen Reparationen“ fixieren lässt.

---

<sup>47</sup> Ebd., S. 240.

<sup>48</sup> Einzig die Angst vor den sowjetischen Truppen bzw. der sowjetischen Besatzungsmacht, bedingt durch die NS-Propaganda, könnte als subjektiv wahrgenommene Gefahr für die Argumentation herangezogen werden.

<sup>49</sup> Ebd., S. 122.

<sup>50</sup> Heydemann, Sozialistische Transformation, S. 356.

Generell sind Reparationen als „volkswirtschaftliche Zwangsleistungen, die nach einem Krieg einseitig vom Besiegten zugunsten des Siegers erbracht werden“<sup>51</sup>, zusammenzufassen. In Folge des Ersten Weltkrieges erfuhr der Begriff eine moralische Wertung, indem die Verpflichtung zu Reparationen nicht mehr allein an die Niederlage, sondern vielmehr an die Kriegsschuld geknüpft wurde.<sup>52</sup> Beide Kategorien sind für die Festlegung von Reparationen wichtig. Nach dem Zweiten Weltkrieg schuf die bedingungslose Kapitulation des „Dritten Reiches“ am 8. Mai 1945 die Voraussetzung für eine neue Art an Reparationen: nämlich intellektuelle Reparationen. Die Fragen nach Niederlage und Kriegsschuld sind im Fall des nationalsozialistischen Deutschlands zweifelsfrei zu bejahen, was die Festlegung von Reparationen legitimierte. Doch inwieweit diese zwei Aspekte die vorgenommenen Eingriffe in das intellektuelle Eigentum rechtfertigten, erscheint zumindest fragwürdig: „No matter how much damage the losers may have caused by the war, [...] they could hardly have taken notable amounts of intellectual property from the victors.“<sup>53</sup> Zudem ist zu fragen, ob und wie intellektuelle Reparationen gemessen bzw. gewertet werden können. Selbst retrospektiv ist es unrealistisch, eine Summe zu benennen, die den wirtschaftlichen Wert intellektueller Reparationen bzw. den Wert der finanziellen und wirtschaftlichen Folgelasten für die SBZ bzw. die westlichen Besatzungszonen respektive DDR und Bundesrepublik korrekt beziffert.<sup>54</sup> Es ist daher vor allem die Frage nach dem Transferwert des deutschen Know-hows und der deutscher Wissenschaftler, die die wissenschaftliche Diskussion über die Höhe der tatsächlich geleisteten Reparationen Deutschlands und die Nachkriegspolitik der Alliierten erweitert und vorangetrieben hat.<sup>55</sup> Weitere strittige Punkte in der Debatte wie die rechtlichen Grundlagen oder die Intention der Alliierten werden unter Punkt II.1.3. der Arbeit ausführlich thematisiert.

---

<sup>51</sup> Jörg, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 17.

<sup>52</sup> Längere Ausführungen zur Geschichte der Reparationen und deren Veränderungen im 20. Jahrhundert finden sich bei Jörg Fisch, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg; Liesem, Die Reparationsleistungen der Bundesrepublik Deutschland nach dem II. Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Zwangsarbeiterentschädigung.

<sup>53</sup> Vgl. Fisch, Reparations and Intellectual Property, S. 16.

<sup>54</sup> Vgl. ebd., S. 15; Ciesla, „Intellektuelle Reparationen“ der SBZ an die alliierten Siegermächte?, S. 79.

<sup>55</sup> Prinzipiell ist eine Festlegung der Reparationsleistungen kaum möglich, da das Zahlenmaterial hierfür starke Schwankungen und unterschiedliche Bewertungskriterien aufweist. Zur allgemeinen Problematik siehe Karlsch, Allein Bezahlt?; Foitzik, Entnahmen der Besatzungsmacht aus der SBZ/DDR, S. 55- 84.

Was genau lässt sich nun unter den Terminus „*intellektuelle Reparationen*“ subsumieren? Der Begriff der unsichtbaren Reparationen umfasste bei Gustav Wilhelm Harmssen „die Aneignung von in Deutschland entwickeltem wissenschaftlich-technischen Know how.“<sup>56</sup> Die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz als Faktor fehlte indes. Wilhelm Hasenack ergänzte 1961 die Definition Harmssens um den Faktor des Einsatzes deutscher Wissenschaftler und Techniker und Ingenieure im Dienst der Alliierten.<sup>57</sup> John Gimbel zählte hingegen die Nutzung wissenschaftlichen Know-hows, den Transfer der Forschungseinrichtungen sowie der Wissenschaftler selbst zu Reparationsleistungen.<sup>58</sup> Auch abseits der Forschung lässt sich der Begriff nachweisen: So bezeichnete beispielsweise der amerikanische Secretary of Commerce in einem Memorandum vom 4. Dezember 1945 die geplante Indienstnahme deutscher Wissenschaftler als „*intellectual reparations*.“<sup>59</sup> Anhand der zeitlichen Ebene ergibt sich die Schlussfolgerung, dass es sich um einen zeitgenössischen Begriff handelt, was den neuartigen Charakter dieser Reparationen hervorhebt. Nicht zuletzt werteten auch betroffene Wissenschaftler retrospektiv ihren Einsatz in der Sowjetunion direkt oder indirekt als Wiedergutmachung.<sup>60</sup> Dennoch bleibt es problematisch, die alliierten Zugriffe auf geistiges Eigentum und Know-how nach dem Zweiten Weltkrieg in den Rahmen der Reparationsleistungen einzuordnen. De facto existierten 1945 keine Erfahrungen und demnach auch keine Basis für ein solches Vorgehen. Allerdings ist laut Jörg Fisch eine denkbare Legitimation dieses Handelns nicht für alle Zeiten ausgeschlossen. Es müsste jedoch geklärt werden, wie „*property which is widely protected even under the strict conditions of wartime occupation could be up for grabs during peacetime*.“<sup>61</sup> Ein Ansatz findet sich in der Aussage Jörg Fishs, dass „wenn der Sieger Angehörige des Besiegten für sich arbeiten lässt, [...] damit zweifellos Reparationen erbracht [werden] – aber nur so lange, als sie Angehörige des besiegten Staates bleiben.“<sup>62</sup> Demnach lässt sich die Deportation der

---

<sup>56</sup> Zitiert nach Zeller, *Intellektuelle Reparationen und westdeutscher Wiederaufstieg*, S. 2.

<sup>57</sup> Ebd., S. 2.

<sup>58</sup> Vgl. Ciesla, „*Intellektuelle Reparationen*“ der SBZ an die alliierten Siegermächte, S. 82.

<sup>59</sup> Zitiert nach ebd., S. 82.

<sup>60</sup> Vgl. Holzmüller, *Ein Physiker erlebt das 20. Jahrhundert*, S. 55.

<sup>61</sup> Fisch, *Reparations and Intellectual Property*, S. 22.

<sup>62</sup> Fisch, *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 19.



wissenschaftlichen Intelligenz durchaus zu den direkten, zumindest aber zu den indirekten Reparationsleistungen zählen. Gleichwohl ist anzumerken, dass diese Aussage nicht mehr als eine Orientierung sein kann.<sup>63</sup> So untergräbt beispielsweise der Sonderstatus der meisten Spezialisten, ihre Bezahlung, ihr partiell freiwilliger Verbleib in den alliierten Staaten, die scheinbar klare Klassifizierung. Die diskutierten Argumente, die für bzw. gegen eine Verwendung des Terminus ‚intellektuelle Reparationen‘ sprechen, zeigen, wie schwierig es ist, die Geschehnisse terminologisch einzuordnen. Um diese auf der sprachlich-konkreten Ebene fassen zu können, wird die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz in der vorliegenden Arbeit bis auf weiteres trotzdem als intellektuelle Reparatur bezeichnet.

### **II.3 Alliierte Bestimmungen**

Mit dieser terminologischen Fixierung eng verknüpft, ist die Frage nach der Motivation der Alliierten. Als Teilaspekt der wissenschaftlichen Diskussion ist zudem zu prüfen, inwieweit rechtliche Grundlagen für intellektuelle Reparationen in den Protokollen und Communiqués der alliierten Konferenzen im Verlauf und am Ende des Zweiten Weltkrieges festgelegt wurden. Die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 manifestierte de facto die Überlegenheit der siegreichen Alliierten, der USA, Großbritanniens, der UdSSR und Frankreichs, und sicherte gleichzeitig ihre Forderungen nach Reparationsleistungen. In der Konsequenz konnten demnach die Siegermächte, angepasst an ihre Bedürfnisse, verschiedene Reparationen fordern. Dennoch ist zu hinterfragen, in welcher Form und aus welcher Intention heraus die Alliierten Reparationsforderungen stellten und welche Gewichtung ihnen zugemessen wurde: Wer setzte letztlich seine Position in den Verhandlungen durch und warum?

Es erscheint nachvollziehbar, dass die Sowjetunion, die während des Krieges die höchsten menschlichen Verluste und materiellen Schäden auf dem eigenen Staatsgebiet erlitten hatte, ein Interesse an finanziellen und materiellen Entschädigungen und Reparationen besaß. Doch auch die USA forderten als siegreicher Staat zweifelsohne Reparationen, obgleich sie eher aus einer

---

<sup>63</sup> Vgl. ebd., S. 214; Ciesla, „Intellektuelle Reparationen“ der SBZ an die alliierten Siegermächte?, S. 91.

Position der wirtschaftlichen Stärke heraus agierten. Mit dem Problem konfrontiert, eine florierende Kriegswirtschaft auf eine Friedenswirtschaft umstellen zu müssen,<sup>64</sup> richteten sie den Fokus daher auf eine neue Form von Reparationen. Der amerikanische Delegierte der interalliierten Reparationskommission<sup>65</sup>, Edwin E. Pauley, konkretisierte im September 1945 diese neuartigen Ansprüche der USA:

„We cannot use plants, machinery and labor. But we can take and should assert to the fullest extent of our demand for gold currencies, foreign assets, patents, processes, technical know-how of every type“,<sup>66</sup>

Dass die USA intellektuelle Reparationen favorisierte, ist deutlich zu erkennen. Bereits während des Zweiten Weltkrieges hatte der technologische Vorsprung der Deutschen die eigenen Defizite offengelegt. Diese galt es fortan auszugleichen, dominierte doch die politische Auffassung, dass „der Wissenschaft und Technologie bei der künftigen politischen Entwicklung eine zentrale Rolle zukommen würde.“<sup>67</sup> Exakt dieser Argumentation folgt das von Henry A. Wallace, dem amerikanischen Secretary of Commerce, formulierte Memorandum an Präsident Harry S. Truman vom 4. Dezember 1945:

„A positive program along the lines described is essentially intellectual reparations and may well be the most practical and enduring asset we can obtain from the prostrate German nation.“<sup>68</sup>

Im Gegensatz zu den USA intendierte die Sowjetunion, die maximal mögliche Höhe an Reparationsleistungen abzuschöpfen, wozu sie auch Entnahmen aus der laufenden Produktion und Demontagen zählte. Die ungleiche Struktur der Alliierten und ihrer Wirtschaftssysteme trat in den bestehenden Differenzen der Reparationsfrage deutlich hervor: Die USA lehnten scheinbar sämtliche Reparationsleistungen ab, die die UdSSR favorisierte und sie selbst nicht

---

<sup>64</sup> Vgl. Fisch, Reparations and Intellectual Property, S. 17.

<sup>65</sup> Die interalliierte Reparationskommission wurde infolge der Konferenz von Jalta eingerichtet und sollte die Zusammenarbeit der Alliierten auf dem Gebiet der Reparationen bereits während des Krieges und nach Kriegsende koordinieren. Darüber hinaus sollte sie allgemeingültige Standards definieren und deren Umsetzung kontrollieren.

<sup>66</sup> Pauley an Byrnes am 19.9.45, FRUS Potsdam I, 511. Zitiert nach Fisch, Reparations and Intellectual Property, S. 17.

<sup>67</sup> Ciesla, Das Projekt Paperclip, S. 291.

<sup>68</sup> Truman Library, Memorandum „Proposed Importation of German Scientists for U.S. Science and Industry Benefits, The secretary of Commerce, 4.12.1945. Zitiert nach Ciesla, „Intellektuelle Reparationen“ der SBZ an die alliierten Siegermächte?, S. 82.; Gimbel, Deutsche Wissenschaftler in britischen Gehorsam, S. 462.

gebrauchen konnte, bzw. vice versa.<sup>69</sup> Wie wichtig das Thema für die UdSSR gewesen ist, zeigte sich mit Beginn der Konferenz von Jalta im Februar 1945, auf der Josef Stalin initiativ das Thema in die Verhandlungen einbrachte<sup>70</sup> und die sowjetische Seite anschließend ihre Vorstellungen erörterte. Dabei zeigte sich, dass die Sowjetunion nicht allein bestrebt war, Reparationen für sich zu sichern, sondern auch auf die nachhaltige Schwächung Deutschlands abzielte. So sollten gut 80 Prozent der deutschen Schwerindustrie abgerüstet und 100 Prozent der Rüstungsindustrie entnommen werden, „weil die Sicherheit in Europa anders nicht gewährleistet werden könne.“<sup>71</sup> Zudem erachteten die sowjetischen Vertreter angesichts der erlittenen materiellen Schäden eine Wiedergutmachung in Höhe von zehn Milliarden Dollar als angemessen. Die sowjetischen Pläne stießen insbesondere beim britischen Premierminister Winston Churchill auf Widerspruch. Obgleich auch er das Interesse Großbritanniens an Reparationen bejahte, lehnte er einen „Ausverkauf“ des deutschen Volkes ab.<sup>72</sup> Bezeichnenderweise war es die amerikanische Seite, die zu diesem Zeitpunkt die Frage der deutschen Arbeitskräfte erneut aufgriff und betonte, dass „die Vereinigten Staaten nicht die Absicht [hätten], deutsche Arbeitskräfte zu nutzen.“<sup>73</sup> In den weiteren Verhandlungen spielten die Reparationsleistungen keine Rolle mehr. Erst das Communiqué von Jalta beschäftigte sich erneut mit dieser Frage und benennt drei wesentliche Reparationsformen: erstens „einmalige Entnahmen aus dem Nationaleigentum“, zweitens „jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion“ und drittens „die Verwendung deutscher Arbeitskräfte.“<sup>74</sup> De facto ist diese lapidare, unkonkrete Formulierung die einzige, die die menschliche Komponente im Rahmen von Arbeitsleistungen einbezieht. Das Abschlussprotokoll der Potsdamer Konferenz, das die Quintessenz der alliierten Verhandlungen bildete, erwähnte die Verwendung deutscher Arbeitskräfte hingegen nicht.<sup>75</sup> Rainer Karlsch sieht hierin die Ursache für die divergente Entwicklung bei der

---

<sup>69</sup> Vgl. Fisch, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 12.

<sup>70</sup> Eigentlich gedachte Winston Churchill sich des Themas der deutschen Regierung anzunehmen, als Stalin bedeutete „er [zöge] es vor, die Reparationsfrage zu behandeln.“ Vgl. Fischer, Teheran. Jalta. Potsdam, S. 115.

<sup>71</sup> Ebd., S. 116.

<sup>72</sup> Ebd., S. 118.

<sup>73</sup> Ebd.

<sup>74</sup> Vgl. ebd., S. 192.

<sup>75</sup> Die UdSSR erhielt nach den Festlegungen zusätzliche Entschädigungen aus der Amerikanischen und Britischen Zone. Vgl. Karlsch, Allein bezahlt?, S. 30.

Umsetzung der Reparationspolitik seitens der Alliierten. Er betont, dass „die Westmächte sich an das Potsdamer Abkommen gebunden fühlten.“<sup>76</sup> Die Sowjetunion hingegen vertrat „die Auffassung, daß die Beschlüsse von Jalta nicht durch das Potsdamer Abkommen revidiert worden wären“ und operierte auch mit den Beschlüssen von Jalta.<sup>77</sup> Diese Einschätzung mag ein Versuch sein, die sowjetischen Demontagen aus der laufenden Produktion wie auch die Verwendung deutscher Arbeitskräfte zu erklären, die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz als intellektuelle Reparationen erklärt sie nicht. Tatsächlich entbehrten 1945 die intellektuellen Reparationen, wie sie insbesondere die USA und die UdSSR in der Nachkriegszeit nutzten, einer legalen Basis. Eine solche ließ sich jedoch weder aus dem Völkerrecht, dem Reparationsbegriff, der Kriegsschuld noch aus den alliierten Bestimmungen ableiten.<sup>78</sup> Vielmehr erscheinen intellektuelle Reparationen retrospektiv betrachtet als kalkulierte, interessensmotivierte Eingriffe, die auf rechtlicher Ebene Willkürcharakter trugen. Hierin spiegelt sich auch die fehlende sprachliche Konkretisierung für den Wissenschafts-, Technologie und Wissenschaftlertransfer – ob in den Verhandlungen oder in der Folgezeit – wider, obgleich alle Alliierten intellektuelle Reparationen für sich beanspruchten. Die „systematische Indienstnahme von wissenschaftlich, technisch, militärisch und kommerziell verwertbaren Know-how und Fachleuten aus Deutschland stellte 1945 schlicht ein Novum dar.“<sup>79</sup> Die Alliierten agierten nach dem Prinzip „Legitimation durch Nutzen“<sup>80</sup> und tolerierten dabei gegenseitig und stillschweigend ihr Handeln, „without desiring to define dubious legal terms for reparation services.“<sup>81</sup>

---

<sup>76</sup> Ebd., S. 31.

<sup>77</sup> Ebd., S. 31.

<sup>78</sup> Fisch, Reparations and Intellectual Property, S. 22.

<sup>79</sup> Ciesla, „Intellektuelle Reparationen“ der SBZ an die alliierten Siegermächte?, S. 88.

<sup>80</sup> Mit dieser Formel pointieren Ciesla und Krag das alliierte Vorgehen bezüglich der Abschöpfung deutschen Know-hows nach dem Zweiten Weltkrieg. Ciesla/Krag, Der Transfer der deutschen Hochgeschwindigkeitsaerodynamik nach 1945, S. 411. Teilweise führte die Auslegung dieser Prämisse soweit, dass entgegen den getroffenen Vereinbarungen deutsche Wissenschaftler in den Besatzungszonen weiterhin an militärischen Forschungsprojekten arbeiten konnten – nunmehr im Auftrag der Alliierten.

<sup>81</sup> Heinemann-Grüder, Keinerlei Untergang, S. 43.

## **II.4 Die Alliierten im Wettstreit – Großbritannien, Frankreich, USA und UdSSR**

Demnach nutzten alle vier Besatzungsmächte ihre Möglichkeiten aus, das vorhandene, für sie zugängliche technologische Know-how. Bedingt durch die Erkenntnis, dass ein wissenschaftlich-technologischer Vorsprung insbesondere im militärischen Forschungsbereich für die politische Mitgestaltung auch nach Kriegsende unabdingbar, ja Voraussetzung war, begannen neben den USA und der UdSSR auch Großbritannien und Frankreich noch während der letzten Phase des Krieges mit der „Jagd auf deutsche Wissenschaftler“<sup>82</sup>. Burghard Ciesla deutet diese Phrase eher in „eine Jagd zwischen den Jägern“ um, da sich seiner Meinung nach viele deutsche Wissenschaftler freiwillig gemeldet hätten.<sup>83</sup>

Das Handeln der beiden Großmächte USA und UdSSR ist in der Öffentlichkeit und gleichsam im Fokus der Wissenschaft präsenter als das Agieren Großbritanniens und Frankreichs. Auch die vorliegende Arbeit, die sich auf die Eingriffe der USA und der Sowjetunion konzentriert und einen Vergleich der Vorgehensweise der beiden Mächte anstrebt, folgt dieser Ausrichtung. Dennoch sollen im folgenden Abschnitt die Handlungsräume der anderen Alliierten skizziert werden, um dem Thema in seiner Komplexität und Gesamtheit zu entsprechen.

Von etwa 6.000 bis 7.000 deutschen Wissenschaftlern, die nach dem Zweiten Weltkrieg in andere Länder übersiedelten, entfielen rund 3.000 auf die Sowjetunion. Etwa 1.000 Personen gingen bis Mitte der 1950er Jahre in die USA. In Großbritannien waren es ungefähr 800 bis 900 Wissenschaftler und für Frankreich schwanken die Angaben zwischen 2.000 und 3.000 Personen.<sup>84</sup> Entsprechend dieser Größenordnung fällt auf, dass die USA und Großbritannien die kleinste Anzahl an Wissenschaftlern auf ihr Staatsgebiet transferierten, während die UdSSR und Frankreich den Transfer in größerem Maßstab durchführten. Doch nicht nur die Zahlen differieren, sondern auch die

---

<sup>82</sup> Gleichnamiger Buchtitel aus dem Jahr 1982. Kurowski, Alliierte Jagd auf deutsche Wissenschaftler.

<sup>83</sup> Vgl. Ciesla/Krag, Der Transfer der deutschen Hochgeschwindigkeitsaerodynamik nach 1945, S. 414.

<sup>84</sup> Vgl. ebd.

Praxis der alliierten Bündnispartner. Dabei veränderten sich für die einzelnen Mächte die Rahmenbedingungen für die Nutzung deutschen Know-hows. Der sich abzeichnende Bruch der Koalition bedingte, dass sie sich in ihrem Handeln von- und gegeneinander abschotteten.

Bevor die amerikanische Policy of denial sukzessive auf alle Alliierten ausgedehnt wurde, arbeiteten zumindest die zwei englischsprachigen Alliierten während des Krieges und anfänglich auch in der Nachkriegszeit in einem gewissen Umfang zusammen. Diese Kooperation bezog u.a. die Anwerbung und Nutzung deutscher Spezialisten mit ein. Es existierten gemeinsame Target-Forces (T-Forces) wie auch Combined Intelligence Objectives Subcommittees (CIOS-Teams), die systematisch deutsche Forschungseinrichtungen aufspürten, durchsuchten und katalogisierten<sup>85</sup>: Die CIOS-Teams setzten sich dabei aus Fachleuten beider Länder zusammen. Sie wählten die Ziele aus, die die T-Forces sicherten, was es wiederum den Fachleuten der CIOS-Teams erleichterte, systematisch zu inventarisieren und deutsche Wissenschaftler zu befragen.<sup>86</sup> Unterstützt wurden diese Kräfte durch separate Geheimdienstteams, die von den jeweiligen übergeordneten Abteilungen – für die USA das Technical Industrial Intelligence Committee (TIIC), für die Briten das British Intelligence Objectives Subcommittee (BIOS) – koordiniert und geleitet wurden. Insbesondere in der Anfangsphase der Suche nach deutschem Know-how entstand somit eine unübersichtliche Gemengelage von sich überschneidenden Kompetenzen und Interessen. Daher wurde im Juni 1945 mit der amerikanisch-britischen Field Information Agency, Technical (FIAT) in den zwei anglophilen Besatzungszonen eine Institution installiert<sup>87</sup>, welche „die gemeinsame Sicherung der deutschen technologischen Beute“ wahrnahm und durchführte.<sup>88</sup> Während des Krieges hatte sich die Praxis des Ergebnisaustauschs zwischen den beiden Nationen entwickelt. Der Austausch blieb zwar über das Ende des Krieges hinaus bestehen, wurde jedoch zunehmend unverbindlicher. Burghard Ciesla zieht in diesem Zusammenhang eine „historisch gewachsenen Voreingenommenheit auf beiden Seiten“ als mögliche Erklärung heran. Demnach sei auf beiden Seiten nicht zu erwarten

---

<sup>85</sup> Vgl. Mick, *Forschen für Stalin*, S. 30.

<sup>86</sup> Vgl., ebd.

<sup>87</sup> Vgl. ebd., S. 31.

<sup>88</sup> Hermann, *Project Paperclip*, S. 365.

gewesen, dass alle Ergebnisse und Informationen offengelegt wurden.<sup>89</sup> Dennoch existierte eine Vereinbarung zwischen den USA und Großbritannien, die helfen sollte, mögliche Interessenskonflikte auszuloten. Sie sollte gewährleisten, dass beide „Partner in den Besitz der gewünschten Technologie“ kamen, wenn sie sich beispielsweise für denselben Spezialisten interessierten.<sup>90</sup> Die Umsetzung dieser Regelung erwies sich jedoch nur als bedingt praktikabel. Die Mehrheit der britischen Vorschläge, die einen längerfristigen Forschungsaustausch für die Nutzung deutscher Spezialisten intendierten, wurde von den Amerikanern weitgehend ignoriert. Das kulminierte in einer Situation, in der die Briten fortan keinen Einblick in die amerikanischen Forschungen erhielten, was „explizit die Forschung von in den USA beschäftigten deutschen Spezialisten“ einschloss.<sup>91</sup>

Daher konzentrierte sich die britische Inanspruchnahme deutschen Know-hows sukzessive allein auf die deutschen Wissenschaftler der britischen Besatzungszone bzw. diejenigen, die nach Großbritannien gebracht werden konnten. Prozentual überstieg die Zahl der deutschen Spezialisten zwar die der USA, im Vergleich zu allen Alliierten fielen die intellektuellen Reparationen der Briten jedoch am geringsten aus.<sup>92</sup> Begründet liegt dies in einem Nutzungskonzept, das vornehmlich auf einen schnellen und somit kurzfristigen Wissenschaftstransfer ausgerichtet war und blieb. Demnach beschäftigten die Briten längerfristig nur eine kleine Anzahl deutscher Wissenschaftler. Die Mehrzahl der Spezialisten wurde nur temporär herangezogen und kehrte bereits nach ein oder zwei Jahren, partiell bereits nach Wochen oder Monaten intensiver Befragung wieder nach Deutschland zurück. Teilweise überließen die Briten sie auch den Amerikanern.<sup>93</sup> Entsprechend dieser Verfahrensweise dominierte in Großbritannien die Annahme, dass eine Integration deutscher Spezialisten die Arbeitsplätze eigener Fachleute gefährden könnte. Zudem befürchteten die britischen Behörden, dass die deutschen Experten durch eine längerfristig-integrative Beschäftigung Insider-Wissen erwerben könnten, das

---

<sup>89</sup> Vgl. Ciesla/Krag, Der Transfer der deutschen Hochgeschwindigkeitsaerodynamik nach 1945, S. 450.

<sup>90</sup> Vgl. Hermann, Project Paperclip, S. 366.

<sup>91</sup> Ebd., S. 368.

<sup>92</sup> Vgl. ebd., S. 370.

<sup>93</sup> Vgl. ebd., S. 370; Ciesla/Krag, Der Transfer der deutschen Hochgeschwindigkeitsaerodynamik nach 1945, S. 450.

auch nach ihrer Rückkehr als Gefährdungspotential bestehen bleiben würde.<sup>94</sup> In Kontrast dazu stand das Interesse von BIOS, vor allem die Sowjetunion an einem systematischen Wissenstransfer in der Rüstungsindustrie zu hindern. Letztlich listeten die Briten etwa 4.000 deutsche Fachleute auf, von denen ca. 1.000 unbedingt in der britischen Besatzungszone gehalten werden sollten.<sup>95</sup> Bis 1946 hatten knapp 2.900 britische (bis Juli 1945 amerikanisch-britische) Teams ungefähr 10.000 Institutionen und Einrichtungen durchsucht und deutsche Wissenschaftler befragt. Zeitweise waren bis zu 10.000 britische Fachleute auf Erkundungsmission, agierten die Briten doch vornehmlich in Teams.<sup>96</sup> Noch im Herbst 1946 betonte der Board of Trade den vorteilhaften Input, den die britische Wirtschaft durch den vorangegangenen Wissens- und Techniktransfer erhalten habe.<sup>97</sup> Die Ablehnung der britischen Behörde, die Spezialisten längerfristig zu beschäftigen, führte bei den deutschen Fachleuten zu Abwanderungsbestrebungen. Für die Briten bedeutete dies einen Verlust an Einfluss und somit auch an technologisch-wissenschaftlich abschöpfbaren Potential, wobei die entsprechenden Stellen bestrebt waren diesen zu verhindern. Das Problem der Abwanderung konnten sie jedoch nicht adäquat lösen.<sup>98</sup>

In diesem Zusammenhang erwies sich neben der Sowjetunion vor allem Frankreich als Hauptkonkurrent bei der Anwerbung deutscher Wissenschaftler aus anderen Besatzungszonen. Zum einen hatte Frankreich einen erhöhten Nachholbedarf im technologisch-rüstungsrelevanten Forschungsbereich, zum anderen verfügte die Nation über die kleinste der Besatzungszonen. In dieser waren nur wenige relevante wissenschaftliche Forschungseinrichtungen nach Kriegsende verortet.<sup>99</sup> Trotzdem betonte der Generalstab für nationale Verteidigung die „beeindruckenden Forschungseinrichtungen im

---

<sup>94</sup> Vgl. Naimark, *Forschen für Stalin*, S. 36 und 69.

<sup>95</sup> Ebd., S. 36.

<sup>96</sup> Ebd., S. 31.

<sup>97</sup> Diese Aussage bezog sich vor allem auf materielle Entnahmen wie Geräte, Berichte, Patente etc. die gesammelt und aufgearbeitet an die britische Wirtschaft und Industrie weitergegeben wurden; im Herbst 1946 präsentierten die Briten ihre Erkenntnisse auf einer eigens organisierten Ausstellung der Öffentlichkeit.

<sup>98</sup> Vgl. ebd., S. 36 f.

<sup>99</sup> Vgl. Heinemann, *Project Paperclip*, S. 359. Auch hatte das französische Besatzungsgebiet weniger von den Betriebs- und Industrieverlagerungen während des Zweiten Weltkrieges profitieren können wie im Vergleich die SBZ oder die amerikanische Zone mit Oberbayern.



Einzugsbereich der französischen Armee.“<sup>100</sup> Deren Selektion und Durchsuchung wurde ab Juni 1945 von der ‚Section française d’information scientifique et technique‘ koordiniert.<sup>101</sup> Basierend auf dieser Ausgangslage begannen die Franzosen offensiv um die deutschen Fachleute zu werben. Dabei hatten sie „exakte Vorstellungen über Art, Methoden und Dauer der Arbeit“<sup>102</sup>, die es ihnen erlaubten, den deutschen Wissenschaftlern mehr Zugeständnisse machen zu können als die Briten. Unter anderem offerierten die Franzosen den höherrangigen Wissenschaftlern bessere Gehälter zu zahlen und garantierten ihnen ein Mindestmaß an Mitsprache- und Entscheidungsrecht bezüglich der Einstellung von Mitarbeitern. Darüber hinaus ermöglichten sie es den deutschen Spezialisten, ihre Familien in die französische Besatzungszone bzw. nach Frankreich mitzunehmen.<sup>103</sup> Zudem tolerierten die französischen Behörden wie alle Alliierten bis zu einem gewissen Grad eine NS-Belastung der Spezialisten, wenn ihnen keine konkrete Beteiligung an Kriegsverbrechen nachgewiesen werden konnte.<sup>104</sup>

Bereits im Mai 1945 reagierte der französische Generalstab auf die amerikanisch-britischen Strategie und bemühte sich, deutsche Wissenschaftler für Befragungen nach Frankreich zu bringen und ggf. zum Verbleib in Frankreich zu animieren. Parallel entwickelte das französische Generalkommissariat für deutsche und österreichische Angelegenheiten Pläne, wie die Demontage wissenschaftlicher Anlagen und die Ausnutzung deutschen Know-hows optimiert werden könnte. Es entschied sich, einen zeitlich versetzten Transfer vorzunehmen. Eher sollten die bestehenden deutschen Forschungsinstitute in der französischen Besatzungszone umstrukturiert, deutsche Wissenschaftler angeworben und „in Frankreich Einrichtungen nach deutschem Vorbild aufgebaut“ werden.<sup>105</sup> Auf Basis dieser Vorbereitungen transferierten französische Stellen bis zum November 1946 im Rüstungsbereich ca. 800 deutsche Fachleute nach Frankreich, wobei sie in der Regel komplette Teams verlagerten.<sup>106</sup>

---

<sup>100</sup> Mick, Forschen für Stalin, S. 31.

<sup>101</sup> Ebd.

<sup>102</sup> Ebd., S. 68.

<sup>103</sup> Ebd., S. 69 f.; Heinemann, Project Paperclip, S. 359.

<sup>104</sup> Vgl. ebd., S. 359.

<sup>105</sup> Mick, Forschen für Stalin, S. 74.

<sup>106</sup> Vgl. ebd., S. 74.

Die Erfolge der Franzosen bei der Rekrutierung deutscher Wissenschaftler aus anderen Besatzungszonen provozierten diverse interalliierte Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen Frankreich und den USA. Für die Amerikaner legte General Clay bei seinem französischen Pendant, General Noiret, Protest gegen den Transfer ein und forderte die Repatriierung der Fachleute ein, die ursprünglich in der amerikanischen Zone angesiedelt waren. Per se hätte die französische Besatzungsmacht bei den amerikanischen Stellen für einen Zonenwechsel favorisierter Spezialisten Ausreisegenehmigungen beantragen müssen. Im Fall deutscher Fachleute, die für die Amerikaner potentiell interessant waren, wurden diese jedoch mehrheitlich nicht genehmigt. Allerdings konnten die französischen Stellen auch auf Wissenschaftler verweisen, die aus ihrer Besatzungszone in die amerikanische gewechselt waren. Somit bestand im Vergleich ein Patt.<sup>107</sup> Noch im Mai 1946 hatten die Amerikaner aus eigenem Interesse den französischen Vorschlag zur gemeinsamen „Kontrolle deutscher Wissenschaftler durch die Siegermächte“ abgelehnt.<sup>108</sup> Nun mussten sie aus dieser Entscheidung und ihrer zunehmenden Selbstabschottung heraus akzeptieren, dass die „aus dem angelsächsischen Machtbereich abgewanderten Spezialisten für die USA zunächst verloren waren.“<sup>109</sup>

---

<sup>107</sup> Vgl. Heinemann, Project Paperclip, S. 362.

<sup>108</sup> Ebd., S. 363.

<sup>109</sup> Ebd.

### **III. „Jagd“ auf deutsche Wissenschaftler**

#### **III.1. Das amerikanische Vorgehen**

##### **III.1.1 Strukturelle Grundlagen**

Als die USA im Mai 1946 die französische Initiative und somit eine gemeinsame Nutzung des deutschen Know-hows in Form deutscher Spezialisten ablehnten, lagen knapp zwei Jahre an Bemühungen hinter ihnen, sich die wichtigsten Spezialisten zu sichern. Sie waren die ersten Alliierten, die eine Abschöpfung des deutschen wissenschaftlich-technologischen Potentials anvisierten. Bereits während des Zweiten Weltkrieges begannen sie, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Sie befürchteten, dass das „Dritte Reich“ eine Atombombe entwickeln und die amerikanischen Forschungen auf diesem Gebiet ein- bzw. überholen könnte.<sup>110</sup> Auch wenn diese Einschätzung revidiert wurde,<sup>111</sup> blieb das Interesse an den deutschen Forschungen im Atomsektor bestehen. Nunmehr galt es, eigene Forschungsprojekte zu ergänzen und zu katalysieren. Nach Kriegsende stand für die Amerikaner insbesondere die Sicherung rüstungsrelevanter Forschungsergebnisse in der Raketentechnik, im Flugzeugbau, in der Optik etc. im Fokus. Zum einen, um sich für die Zukunft eine gewisse technologische Überlegenheit im Vergleich zu anderen Nationen zu sichern. Zum anderen, um möglichst alle verwertbaren Informationen abzuschöpfen, die für ein zeitnahes Kriegsende im Pazifik relevant sein konnten. Gleichzeitig versuchten die USA die deutschen Spezialisten und Technologien dem Zugriff der anderen Alliierten zu entziehen und „wichtige Entdeckungen zu monopolisieren.“<sup>112</sup> In diese Kategorie sind zum Beispiel die Luftangriffe britisch-amerikanischer Flugverbände auf technische Forschungseinrichtungen in Berlin kurz vor Kriegsende einzuordnen. Sie zielten auf die Zerstörung der Einrichtungen ab, bevor die Rote Armee diese erreichen konnte. Christoph Micks These, wonach diese Angriffe „nicht mehr dem nationalsozialistischen Deutschland“ galten, „sondern Vorboten des Kalten Krieges“ waren,<sup>113</sup> erscheint hier zwingend. Jedoch blieben die amerikanischen

---

<sup>110</sup> Vgl. Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, S. 744.

<sup>111</sup> Vgl. ebd., S. 744; Markus Becker: „Heisenberg Würfel“ verrät Details über Hitlers Atomprogramm, *Spiegel online* vom 19.3.2009 (<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/nuklear-forensik-heisenberg-wuerfel-verraet-details-ueber-hitlers-atomprogramm-a-614227.html>, letzter Zugriff am 7.6.2013).

<sup>112</sup> Mick, Forschen für Stalin, S. 53.

<sup>113</sup> Ebd., S. 33.

Abgrenzungs- und Monopolisierungsbestrebungen nicht allein auf das konträre politische System der UdSSR beschränkt. Obgleich, wie bereits skizziert, britische und amerikanische Kräfte bei der Suche und Ausnutzung deutschen Know-hows zusammenarbeiteten, agierten die amerikanischen Kräfte im Zweifelsfall in ihrem eigenen Interesse, dem sie die bestehende Kooperation in praxi nachordneten. So beispielsweise geschehen bei der Räumung des Gebietes um Nordhausen: Die Entnahme von mehr als zehn Tonnen Dokumentationsmaterial über die Raketenproduktion brüskierte hier nicht den sowjetischen Bündnispartner, sondern den britischen.<sup>114</sup>

Erste amerikanische Planungen für eine Nutzung deutschen Know-hows lassen sich auf das Jahr 1943 datieren, in dem unabhängig von- und in Konkurrenz zueinander verschiedene Behörden und Institutionen ihr Interesse an deutschen Technologien bekundeten. Nach der Landung der Alliierten am 4. Juli 1944 in der Normandie begannen verschiedenen Teams im Auftrag der Army, Navy oder dem Office of Scientific Research and Development deutsche Institute zu lokalisieren und zu durchforschen. Die in dieser Konkurrenzsituation entstandene Unübersichtlichkeit der Lage erforderte es zunehmend, die Vorgehensweise zu strukturieren und Experten heranzuziehen. Um die eigens eingerichteten T-Forces zu unterstützen, die mit der Sichtung und Sicherstellung der Intelligence und Counterintelligence Objekte beauftragt waren, installierten die Amerikaner gemeinsam mit den Briten das CIOS. Das übergeordnete Expertengremium sollte Zielobjekte priorisieren und ein koordiniertes Vorgehen sicherstellen.<sup>115</sup> Als alleiniges Zentrum der Ausforschung deutscher Forschungseinrichtungen etablierte sich CIOS indes nicht. Andere Einheiten agierten in Eigeninitiative unter dem Einfluss des Technical Industrial Intelligence Committee (TIIC), der Marine oder der Air Force. Dieses Konglomerat paralleler Zuständigkeiten bestand bis ins Jahr 1945, in dem die Mehrheit dieser zersplitterten Gruppen in der neugegründeten amerikanisch-britischen Field Information Agency zusammen geführt und koordiniert wurden.

Die eigentliche Arbeit der verschiedenen Trupps und Abteilungen begann de facto nach dem Zusammenbruch der westlichen Front und dem beginnenden

---

<sup>114</sup> Vgl. Henke, Die Amerikanische Besatzung Deutschlands, S. 750.

<sup>115</sup> Vgl. ebd., S. 746.

Vormarsch der Alliierten in das deutsche Kernterritorium und wurde ab April 1945 ausgebaut. Als leitend etablierte sich dabei die amerikanische Prämisse neben technischen Apparaturen, Patenten oder wissenschaftlichen Erkenntnissen auch die Forscher selbst in den Fokus der Ermittlungen zu stellen und sie zu ihren Projekten und ihrem Wissenstand zu befragen.<sup>116</sup> Bedingt durch Flucht, Aus- und Umlagerung kriegsrelevanter Rüstungs- und Forschungsbetriebe mitsamt ihren Belegschaften während des Zweiten Weltkrieges waren die Wissenschaftler territorial weit zerstreut.<sup>117</sup> Daher erwuchs eine „Jagd“ auf deutsche Wissenschaftler auch in den Gebieten, die in den alliierten Plänen für ein Nachkriegsdeutschland dem amerikanischen Einfluss entzogen, weil sie einem anderen Alliierten als Besatzungsgebiet zugesprochen waren. Parallel setzte sich in den politischen Kreisen Washingtons sukzessive die Einsicht durch, dass die bis dato gültige Maxime, deutsche Wissenschaftler nicht in die USA zu überführen, angesichts der tatsächlichen Situation vor Ort nicht zu halten war. Dies korrelierte ferner mit den Forderungen der militärischen und zivilen Behörden in den USA.<sup>118</sup>

### **III.1.2 Der Brain Drain aus Mitteldeutschland**

Evident in Mitteldeutschland war das Konglomerat an wissenschaftlichen Einrichtungen – vom Flugzeugbau über die optische Industrie bis hin zur Raketenproduktion –, welches umfassend zu untersuchen den Amerikanern trotz aller Bemühungen und Ausschöpfung ihrer Kapazitäten nicht gelang:

„Die Zeit, die diese ergiebigen Gebiete unter amerikanischer Kontrolle sein werden, ist sehr kurz, zu kurz für die vollständige Erfassung oder gar Evakuierung aller erwünschten Sachen.“<sup>119</sup>

Zu diesen Sachen zählten in ihrer Funktion als lebendes Reservoir an Fachwissen nunmehr auch die Wissenschaftler selbst. Hauptargument bzw. Rechtfertigungsgrund dieser, nicht ausschließlich moralischen Handlungsmaxime war der fortwährende Kriegszustand zwischen den USA und Japan. Weshalb sich die USA darauf fokussierten, ihr Kriegspotential zu

---

<sup>116</sup> Vgl. ebd.

<sup>117</sup> So befanden sich ca. 60 Prozent der Luftfahrtindustrie bei Kriegsende auf dem Territorium der späteren SBZ. Vgl. Michels/Werner (Hg.), Luftfahrt Ost 1945 – 1990, S. 9. Die Darstellung betrachtet sowohl die amerikanischen als auch die sowjetischen Eingriffe nach 1945.

<sup>118</sup> Vgl. Henke, Die Amerikanische Besetzung Deutschlands, S. 747.

<sup>119</sup> Diese Aussage schrieb der amerikanische Offizier Holger N. Toftoy nieder. Zitiert nach Henke, Die Amerikanische Besetzung Deutschlands, S. 748.

maximieren, um den Krieg im Pazifik zeitnah beenden zu können. Die Abschöpfung deutschen Know-hows spielte in den Überlegungen eine wichtige Rolle, glaubten die Beteiligten doch an ein Zeit verkürzendes und technologisch voranbringendes Moment derselben. Bereits im Juni 1945 hatte sich die politische Führung auf das Projekt Overcast geeinigt, das die Überführung deutscher Wissenschaftler in die USA unter Wahrung strengster Geheimhaltung ermöglichte. Die Vereinbarung wurde allerdings erst nach dem Abzug der amerikanischen Truppen aus den mitteldeutschen Gebieten am 6. Juli 1945 ratifiziert. Tatsächlich schuf diese verschleppte Entscheidung ein rechtliches Vakuum. Die T-Forces konnten unter höchstem Zeit- und Konkurrenzdruck und im Bewusstsein, ihrem Land vielleicht die kriegswichtigsten Informationen sichern zu können, nahezu uneingeschränkt und kompromisslos in Mitteldeutschland agieren.<sup>120</sup> Es galt „beim Abzug alle jene deutsche Wissenschaftler und Techniker zu ‚evakuieren‘, deren Fähigkeiten und Kenntnisse Großbritannien und die Vereinigten Staaten nutzen wollten.“<sup>121</sup> Auch der Beschluss des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF) vom 10. Mai 1945, der die mögliche Notwendigkeit einer Evakuierung der Gebiete thematisiert, tangiert den Zwangscharakter der Aktion nur indirekt. Klaus-Dietmar Henke belegt, dass allein der Tenor des Beschlusses offenlegt, dass die Amerikaner Widerstand seitens der deutschen Wissenschaftler ebenso einkalkulierten wie die Tatsache, dass nicht alle Wissenschaftler allein durch wörtliche Aufforderung folgen würden. Er konstatiert:

„Es gab kaum eine Fabrik von technologischer Bedeutung, kaum ein wissenschaftliches Institut, das die Amerikaner vor ihrem Abrücken aus Mitteldeutschland nicht durchkämmt hätten, auch kaum einen Experten von Rang, den das CIC und die T-Forces in den beiden letzten Juniwochen nicht zur Abreise in den Westen aufgefordert, gedrängt, genötigt oder gezwungen hätten.“<sup>122</sup>

Als prototypisch kann das Vorgehen der amerikanischen Truppen bei Siemens & Halske in Thüringen gelten. Begleitet von diversen Versprechungen für die Zukunft der thüringischen Fachkräfte stellten die amerikanischen Offiziere dem Direktor das Ultimatum, dass alle gewünschten Personen sich binnen 48

---

<sup>120</sup> Vgl. ebd., S. 752.

<sup>121</sup> Die Anordnung lassen sich auf den 18. bzw. 19.6.1945 datieren. Ebd., S. 754.

<sup>122</sup> Ebd., S. 754 f.

Stunden für den Abtransport bereit zu halten haben. Die scheinbare Freiwilligkeit dieser Aufforderung erübrigte sich am Tag des Abzuges. Die zuständigen Offiziere erklärten, dass auch diejenigen, die in der SBZ bleiben wollten, sich dem Transport zwingend anzuschließen hätten, sofern sie auf den amerikanischen Listen zu finden seien.<sup>123</sup> Die Belegschaft selbst zeigte sich geteilt: einige Familien wollten den Amerikanern folgen, andere nicht. In einer Anordnung des Counter Intelligence Corps (CIC) in Bitterfeld hieß es:

„On orders of Military you are to report with your family and baggage [...] at the town square in Bitterfeld. [...] You will be transported by motor vehicle to the nearest railway station. From there you will travel on to the West.“<sup>124</sup>

Vergleichbare Abläufe ereigneten sich unter anderem bei Telefunken, den Siebel-Flugzeugwerken KG in Halle, bei der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG in Dessau, I.G. Farben in Bitterfeld oder Carl-Zeiss und dem Glaswerk Schott & Genossen in Jena.<sup>125</sup> Neben den Firmen gerieten auch die Universitäten der jeweiligen Städte – Halle, Jena und Leipzig – in den Fokus des Brain Drains. Die Vorgehensweise blieb stets gleich: Nachdem die ausgewählte Institution gesichtet und die relevanten Personen ausgewählt worden waren, konfrontierten die Amerikaner diese mit dem bevorstehenden Abtransport. Dabei verdeutlichten sie, dass die Personen nicht frei entscheiden konnten, ob sie abreisen wollten oder nicht.<sup>126</sup>

Wie viele Wissenschaftler mit ihren Angehörigen in die amerikanische Besatzungszone verbracht wurden, lässt sich nicht exakt benennen. Zu sehr differieren die verschiedenen Quellen in ihren Angaben. Die ungefähre Größenordnung von etwa 1.500 Spezialisten bzw. Familien ergibt im Mittel den Umfang von insgesamt 5.500 bis 6.500 Personen, die beim Abzug der amerikanischen Truppen aus Mitteldeutschland deportiert wurden.<sup>127</sup> Basierend auf diesem ungesicherten Zahlenmaterial referiert John Gimbel in seinem Aufsatz eine prozentuale Aufschlüsselung der Spezialistengruppe nach ihrer

---

<sup>123</sup> Vgl. ebd., S. 756 f.

<sup>124</sup> Gimbel, U.S. Policy and German Scientists. The Early Cold War, S. 439.

<sup>125</sup> Eine Darstellung der Situation in Jena und den Firmen Carl Zeiß sowie der Geschichte des Jenaers Glaswerk nach dem Zweiten Weltkrieg bieten Fügner, Amerikanisches Intermezzo; Steiner, Das Jenaer Glaswerk und die Folgen des Zweiten Weltkriegs (1945-1952).

<sup>126</sup> Eine ausführliche Darstellung der amerikanischen Eingriffe an den Universitäten findet sich im vierten Kapitel dieser Arbeit. Daher bleibt die Betrachtung an dieser Stelle auf diese überblicksartige Skizze beschränkt.

<sup>127</sup> Vgl. Gimbel, U.S. Policy and German Scientists, S. 443; Henke, Die Amerikanische Besatzung Deutschlands, S. 766.

Qualifikation und Zusammensetzung: Vierzig Prozent der Spezialisten „were academically-trained engineers, technicians and administrative personnel.“<sup>128</sup> Sie stammten aus dem Bereich der angewandten Forschung. Weitere vierzig Prozent verteilten sich auf Personen, die keine akademische Ausbildung besaßen. Gimbel belegt, dass die übrigen zwanzig Prozent der deportierten Wissenschaftler aus dem akademischen, sprich universitären Umfeld kamen. Sie konnten als Professoren, Dozenten und wissenschaftlichen Assistenten konkret den drei Universitäten zugeordnet werden.<sup>129</sup> Der eigentliche Grund ihrer Deportation, als wissenschaftliches Reservoir ggf. zu helfen, den Krieg im Pazifik zu beenden, entfiel rasch. Die Kapitulation Japans gut einen Monat nach dem Abtransport degradierte die mitteldeutschen Wissenschaftler quasi vom „kriegswichtigen Reservoir technischer Intelligenz zu Strandgut des Sieges.“<sup>130</sup> Die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz aus Mitteldeutschland durch die amerikanischen Streitkräfte differierte dabei in den einzelnen Orten weniger im Vorgehen als in den Begleitumständen selbst, wozu unter anderem auch die getroffenen Aussagen über das zukünftige Leben in der amerikanischen Besatzungszone zählen.

„Jobs, housing, good living conditions, laboratory facilities, work contracts, and replacement of furniture, household utensils, and the personal property they had left behind.“<sup>131</sup>

Diese und andere Versprechen sollten die Spezialisten motivieren, die sowjetische Besatzungszone zu verlassen. Oder wie der der Hallenser Professor Emil Abderhalden<sup>132</sup> berichtete:

„Am 21. Juni erschien kurz nach 21 Uhr ein Kriminalbeamter in meiner Wohnung und ersuchte mich, sofort mitzukommen. Vor meinem Haus stand ein Auto. Ich musste mich zwischen zwei Polizisten setzen. In rascher Fahrt ging es nach dem Arbeitsamt. Dort erklärten mir zwei Angehörige des CIC, dass ich mich am 22.VI. in einer Kaserne am Fliederweg einzufinden habe. Mitbringen dürfe ich nur Handgepäck im

---

<sup>128</sup> Gimbel, U.S. Policy and German Scientists, S. 443.

<sup>129</sup> Ebd.

<sup>130</sup> Henke, Die Amerikanische Besetzung Deutschlands, S. 767.

<sup>131</sup> Zitiert nach: John Gimbel, U.S. Policy, S. 439.

<sup>132</sup> Emil Abderhalden (1877-1950), Physiologe. Bis zu seiner Deportation durch die amerikanische Besatzungsmacht nach Darmstadt im Jahr 1945 leitete er den Lehrstuhl für physiologische Chemie und Physiologie an der Universität Halle. Nach ihm wurde der Transport der Wissenschaftler „Abderhalden-Transport“ genannt. Ab 1946 lehrte er an der Universität Zürich.



Gewicht so, dass ich es tragen könne, weil die Möglichkeit vorhanden sei, es über längere Strecken selbst befördern zu müssen. An sich benötige ich nichts, denn ich erhalte es von der amerikanischen Armee [...] Gehalt, eine gute Wohnung, beste Verpflegung, Kleidung, Wäsche, Laboratorium usw.“<sup>133</sup>

Demnach verließ die Mehrheit der Spezialisten, die mehrheitlich den Versprechen vertraute, die ostdeutschen Gebiete nur mit dem Notwendigsten. Allein die Realität in der amerikanischen Besatzungszone erwies sich als eine andere. Lakonisch konstatierte Emil Abderhalden diese Tatsache bereits im August 1945: „Seit Montag ist mir bekannt, dass die uns mehrfach gegebenen Versprechungen nicht eingehalten werden.“<sup>134</sup>

### **III.1.3 Leben in der amerikanischen Besatzungszone**

Anstatt geordnete Verhältnisse in der amerikanischen Besatzungszone vorzufinden, sahen sich die Wissenschaftler und Techniker mit mangelnder Vorbereitung und ungeklärten Zuständigkeiten konfrontiert; partiell negierten die offiziellen Stellen jede Verantwortung. In Folge zeigte sich Emil Abderhalden kaum verwundert, dass weder die Landräte der Kreise – Darmstadt, Groß Gerau und Dieburg – noch der Regierungspräsident von Hessen Kenntnis darüber hatten, „dass wir [die Angehörigen des Abderhaldentransports aus Halle, Anm. d. Aut.] keineswegs ‚angeworben‘ sind“, sondern „vielmehr unter Zwang hierher überführt wurden.“<sup>135</sup> Diese Unwissenheit beschränkte sich indes nicht allein auf die deutschen Stellen, auch der Militärregierung in Darmstadt schien „überhaupt nichts von der Angelegenheit bekannt.“<sup>136</sup> Diametral steht dieser Tatsache entgegen, dass die amerikanische Militärregierung nach Ankunft der Transporte den Bezirken unverzüglich die Verantwortung für dieselben übertrug, ohne dies zu reglementieren. Die Bezirke interpretierten ihre Rolle unterschiedlich, insbesondere wenn es um die finanzielle bzw. materielle Unterstützung der Spezialisten ging.

---

<sup>133</sup> Schreiben Emil Abderhaldens an den Regierungspräsidenten des Landes Hessen vom 23.8.1945 (HStAD, Bestand H1, Nr. 3800, unpaginiert).

<sup>134</sup> Schreiben vom 15.8.1945 (ebd.).

<sup>135</sup> Schreiben Abderhaldens vom 23.8.1945 (HStAD, Bestand H 1, Nr. 3800, unpaginiert).

<sup>136</sup> Vgl. Schreiben des Landrats des Landkreises Dieburg an die deutsche Regierung des Landes Hessen in Darmstadt am 25.10.1945 (HStAD, Bestand H 1, Nr. 7771, unpaginiert).

Gleichsam mit der Ankunft der Transporte an ihrem jeweiligen Bestimmungsort verlangte die Militärregierung wie im folgenden Beispiel, dass „die deutsche Regierung des Landes Hessen für ihre Versorgung aufzukommen hat.“<sup>137</sup> Diese legte den Auftrag als Teil der „Besatzungslast“ aus, so dass sich die zu gewährenden Hilfeleistungen „nach den Grundsätzen des Reichsleistungsgesetzes“ berechneten.<sup>138</sup> Insgesamt bekamen alleinstehende Personen eine Vergütung in Höhe von 70 Reichsmark, Familien je nach Personenanzahl zwischen 130 Reichsmark (zwei Personenhaushalte) bis zu 230 Reichsmark (Familie mit drei Kindern) rückwirkend zum Datum ihrer Ankunft und limitiert bis zum 30. September 1945. Ab Oktober hatten „die evakuierten Wissenschaftler usw. nach den Weisungen der amerikanischen Militärregierung selbst für sich zu sorgen.“<sup>139</sup> Allein die Befristung der Zahlungen erwies sich als kaum umsetzbar: Beispielfhaft sei darauf verwiesen, dass die Familien zumeist provisorisch untergebracht waren, das grundlegende Haushaltsgeräte fehlten und die Mehrheit sich daher in Gasthäusern verpflegte, wodurch sich die ohnehin prekäre finanzielle Lage permanent verschlechterte: „Die Mehrzahl der Personen [war] buchstäblich der Verelendung preisgegeben.“<sup>140</sup> Es galten offensichtlich, abhängig vom Bezirk, unterschiedliche Leistungssätze, wenn die Leipziger und die Jenaer Gruppe höhere Zahlungen erhielten als die Hallenser Gruppe.<sup>141</sup>

Ungeachtet möglicher Differenzen und der heterogenen Behandlung, versuchten die Spezialisten eine einheitliche Argumentationslinie aufzubauen. So tauschten die drei Spezialistengruppen – die Hallenser Gruppe im Raum Darmstadt, die Jenaer Gruppe in Heidenheim an der Brenz und die Leipziger

---

<sup>137</sup> Schreiben des Präsidenten der Deutschen Regierung des Landes Hessen an die Landräte der Landkreise Darmstadt, Dieburg und Groß-Gerau, in denen die Angehörigen des Transportes untergebracht wurden; datiert auf den 30.8.1945 (ebd.)

<sup>138</sup> Ebd.

<sup>139</sup> Schreiben des Präsidenten der Deutschen Regierung des Landes Hessen vom 30.8.1945 (ebd.).

<sup>140</sup> Schreiben Wilhelm Trolls als Sprecher der Gruppe der Zwangsevakuerten in Groß-Hessen an die Deutsche Regierung vom 30.9.1945 (ebd.). Vgl. auch das Schreiben des Hallenser Professor Fuchs an den Regierungspräsidenten vom 19.11.1945: „Da ich [insgesamt umfasst der Haushalt 6 Personen] bis 1.11. völlig auf Gasthausverpflegung angewiesen war, entstanden erhebliche Kosten, die eine Verwendung oder Unterstützung zu notwendigen Anschaffungen [Kinder- und Wintersachen, Haushaltsgeräte] unmöglich machte.“ (Ebd.).

<sup>141</sup> Vgl. Trolls Ausführungen des Schreibens vom 30.9.1945, welche die Grundversorgung in Weilburg mit 200,- Reichsmark pro Familie zzgl. der Zahlungen für jedes Kind bezifferte. Die Zahlungen in Heidenheim lagen auf einem vergleichbaren Niveau (ebd.). Vgl. auch das Schreiben Adolf Smekals vom 2.1.1946 (HStAD, Bestand H 1, Nr. 7771, unpaginiert).

Gruppe in Weilburg an der Lahn – untereinander Informationen aus.<sup>142</sup> Ziel blieb es, die Position der jeweiligen Gruppe zu optimieren. Dieser Maxime folgt unter anderem auch das Schreiben des Sprechers der „Evakuierten Wissenschaftler Heidenheim an der Brenz“, welches die zeitlich längere Verteilung der Lebensmittelzulagen in Hessen thematisiert: Die Heidenheimer Gruppe sei zwar „weit davon entfernt [ihren] Kollegen in Hessen diese Zulage zu missgönnen“, habe jedoch kein Verständnis dafür, dass die eigene Zuteilung ausgesetzt wurde. Sie forderten „wiederholt die Gleichstellung mit der Hessischen Gruppe und [die] Wiederzuteilung der Zulagen an die Heidenheimer Gruppe.“<sup>143</sup> Das Schreiben konterkariert die wiederholte Anordnung des Regional Government Coordination Office an den Länderrat. Die hatte ausdrücklich festgelegt, dass „die Gewährung der Sonderverpflegung an diese Gruppe spätestens am 1. März 1948 ein Ende findet“ und betont, dass dies „genau eingehalten werden soll.“<sup>144</sup> Die Einbeziehung des Länderrats als übergeordnete Institution in die Umsetzung der Direktive zeigt, wie schwierig es war, verlässliche Standards zu etablieren. Selbst auf der Ebene der Landkreise und darunter prägten verschiedene Interessen und Standpunkte die Handlungsweise. Einzelne Bürgermeister suchten offenbar die Belastungen für ihre Gemeinden und alteingesessenen Bürger zu mindern. Sie negierten die Notwendigkeit einer Unterstützung der Spezialisten oder gewährten diese erst nach langwierigen Auseinandersetzungen sukzessive und unmotiviert.<sup>145</sup> Ein Erlass an die Landräte Darmstadts, Dieburgs und Groß-Geraus vom 6. Oktober 1945 thematisierte die Lage der Spezialisten. Der Erlass wies nicht nur an, Bezugsscheine für Winterbekleidung und Schuhe an die Familien auszugeben, sondern erörterte auch den Mangel an Heizmaterial.<sup>146</sup> Hingegen meldete der

---

<sup>142</sup> In den Beständen des Hauptstaatsarchivs Wiesbaden, des Staatsarchivs Darmstadt und dem Bundesarchiv Koblenz finden sich diverse Belege für die Selbstorganisation der drei Spezialistengruppen.

<sup>143</sup> Schreiben der Gruppe an den Länderrat vom 27.4.1948 (BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 149).

<sup>144</sup> Die Anordnung erfolgte am 19.3.1948 (ebd., Bl. 155). Erstmals erging ein entsprechender Erlass am 6.1.1948, der ausschließlich den Wegfall der Sonderunterstützung der Gruppe intendierte (ebd., Bl. 262).

<sup>145</sup> Vgl. das Schreiben Adolf Smekals an den Regierungskommissar für das Flüchtlingswesen im Regierungsbezirk Darmstadt vom 18.3.1946. Darin heißt es: „In anderen Kreisen konnte nur ein Teil der ausgestellten Bezugsscheine in die benötigten Waren umgesetzt werden, was mit einer Besorgnis der Bürgermeister sowie einiger Einzelhandelsgeschäfte vor einer Benachteiligung der ortsansässigen Bevölkerung zusammenhängt.“ (HStAD, Bestand H 1, Nr. 4186, unpaginiert).

<sup>146</sup> Diese Anweisung der Abteilung Wiederaufbau bei der Deutschen Regierung des Landes Hessen erging am 6.10.1945 (HStAD, Bestand H1, Nr. 7771, unpaginiert).

Bürgermeister von Berkau (Groß-Gerau) im Januar 1946, dass „die Angehörigen des Abderhalden-Transportes in Berkau wirtschaftlich gut gestellte und vermögende Leute“ seien und eine „Auszahlung von Unterstützungsbeiträgen (auch einmalige) hier nicht in Betracht“ komme.<sup>147</sup> Im Zeitraum zwischen Oktober und Dezember 1945 dominierten prinzipielle Überlegungen über die weitere Versorgung der Spezialisten die Briefwechsel zwischen den Landkreisen und der Deutschen Regierung des Landes Hessen. Der Landrat des Kreises Darmstadt mahnte bereits im September 1945 an, dass es notwendig sei, die zwangsevakuieren Personen weiterhin durch die öffentliche Fürsorge zu unterstützen, sofern nach dem Wegfall der anfänglichen Vergütung nicht ein beruflicher Einstieg erfolge. Allerdings sei dies eher unwahrscheinlich, da „es sich bei denjenigen, die es fertigbrachten sich wieder eine Stellung zu verschaffen, um einzelne Ausnahmen handele.“<sup>148</sup> Gleichzeitig verdeutlicht er, dass der in Frage kommende Fürsorgesatz nicht ausreiche, um die Situation der Spezialisten grundlegend zu stabilisieren bzw. zu verbessern. Ferner könne es „weder den Gasthäusern noch den privaten Personen, die Hallenser Wissenschaftler und ihre Familien aufgenommen haben, zugemutet werden, diese zum allgemeinen Fürsorgesatz zu unterhalten.“<sup>149</sup>

Am 31. August 1945 deklarierte eine Verfügung der Militärregierung, dass „the support for the [...] scientists will be preliminary paid by the Public Welfare.“ Sie setzte den Betrag auf 200 Reichsmark pro Familie fest, „as the Public Welfare has only limited means on hand.“<sup>150</sup> Dem Appell folgend und weil sich die finanzielle Lage der meisten Familien verschlechtert hatte, bemühte sich die deutsche Regierung des Landes Hessen um eine erneute, gesonderte Unterstützung. Diese galt jedoch allein für politisch unbelastete Personen.<sup>151</sup> Bedingt durch interne Wirrnisse – ein Sachbearbeiter verunglückte, die zuständige Abteilung bei der Militärregierung wurde aufgelöst, das Schreiben ging verloren und Einzelne stellten die erhöhte Unterstützung per se in Frage –

---

<sup>147</sup> Schreiben des Landratsamts an das Regierungspräsidium in Darmstadt vom 11.1.1946 (ebd.).

<sup>148</sup> Das Schreiben des Landrats des Landkreises Darmstadt an die deutsche Regierung des Landes Hessen vom 22.9.1945 (ebd.).

<sup>149</sup> Ebd.

<sup>150</sup> Ebd.

<sup>151</sup> Das Schreiben stammt vom 15.12.1945 und verweist auf einen Antrag, der der Militärregierung zur Prüfung vorliege (ebd.).

verzögerte sich die Bearbeitung der Initiative.<sup>152</sup> Ein Schreiben Adolf Smekals<sup>153</sup> vom 2. Januar 1946 lässt indessen den Rückschluss zu, dass die Regierung angesichts der zeitintensiven Entnazifizierungsverfahren eine Sonderunterstützung für die Spezialisten im Dezember 1945 anwies, die interimswise erst einmal unabhängig von der politischen Belastung gezahlt wurde.<sup>154</sup>

Der rechtliche Status der Gruppe blieb faktisch bis in die 1950er Jahre hinein umstritten. Zwar verfügten die Spezialisten über Gemeinsamkeiten mit den wichtigsten Flüchtlingsgruppen in der Bundesrepublik, allein identisch war sie nicht, wie es Adolf Smekal als Sprecher der gesamten Gruppe pointiert.

„Mit den Heimatvertriebenen haben wir gemeinsam, Wohnsitz und Existenzgrundlagen durch Diktat einer Besatzungsmacht verloren zu haben, mit den aus eigenem Entschluss aus der deutschen Ostzone abgewanderten Sowjetzonenflüchtlings, dass wir in Gebieten ansässig waren, die [...] zur Sowjetzone gehören.“<sup>155</sup>

Tatsächlich bürgerte sich im Lauf der Jahre der Terminus „Zwangsevakuierete“ im offiziellen Schrift- und Rechtsverkehr ein. Dies implizierte auch eine Gleichstellung der Gruppe mit den Heimatvertriebenen in den drei Ländern der amerikanischen Besatzungszone.<sup>156</sup> Allerdings blieb „die Rechtstellung der Zwangsevakuiereten [...] weder einheitlich im gesamten Bundesgebiet noch eindeutig innerhalb der Länder geregelt.“<sup>157</sup> Insbesondere der Weggang der Spezialisten in die (ehemalige) französische oder britische Zone brachte langfristig Nachteile mit sich.

Permanent versuchten die Vertreter und Sprecher der Spezialistengruppen über die Nachkriegsjahre bis in die Anfänge der Bundesrepublik hinweg, sich gegenüber den offiziellen Stellen für ihre besondere Situation zu rechtfertigen und ihre Ansprüche zu legitimieren. Dass die Apelle nicht unwirksam blieben,

---

<sup>152</sup> Dies geht aus dem Schreiben des Referats für Soziale Dienste an die Abteilung für Allgemeine und Innere Verwaltung vom 29.12.1945 hervor (ebd.).

<sup>153</sup> Adolf Smekal (1895-1959), Physiker. Bis 1945 war er Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für theoretische Physik an der Universität Halle. Nach der Deportation durch die amerikanische Besatzungsmacht agierte er als Sprecher der Wissenschaftler-Gruppe und lehrte ab 1946 an der Universität Darmstadt.

<sup>154</sup> Vgl. Schreiben Adolf Smekals an den Regierungspräsidenten von Hessen vom 2.1.1946 (ebd.).

<sup>155</sup> Undatiertes Schreiben Adolf Smekals, vermutlich 1952 verfasst (HHStAW, Abteilung 507, 3915, unpaginiert).

<sup>156</sup> Schreiben der Spezialistengruppe an den Bundestagsausschuss für Heimatvertriebene und den Bundestagsausschuss für den Lastenausgleich vom 18.5.1952 (ebd.).

<sup>157</sup> Ebd.

indiziert das Handeln der hessischen Regierung, die die Spezialisten bereits im April 1946 der Flüchtlingsfürsorge unterstellte. Gleichzeitig lässt sich das Vorgehen als skeptische Replik der örtlichen Behörden lesen:

„Es hat sich als notwendig ergeben, klarzustellen und festzulegen, dass die [...] aus Mitteldeutschland in unser Gebiet zwangsevakuieren Wissenschaftler der Flüchtlingsvorsorge und –betreuung unterstehen. An sich wären sie zwar nur den Evakuierten gleichzustellen, allein die Umstände [der] Evakuierung [...] sind so schwerwiegend und beachtlich, dass eine Versorgung [...] nach den Richtlinien der Flüchtlingsvorsorge gerechtfertigt erscheint.“<sup>158</sup>

Nachdrücklich tritt die Aufforderung an die zuständigen Stellen hervor, die Gruppe den Flüchtlingen gleichzustellen und entsprechend zu behandeln. Das Schreiben benennt konkret Aspekte wie „Unterbringung, Verpflegung, ärztliche Betreuung“, „die Ausstattung mit Haushalts- und Bekleidungsgegenständen [und] geldliche Fürsorgeleistungen“ sowie die Ausstellung der Flüchtlingsausweise.<sup>159</sup> Konsequentermaßen suchten die Spezialisten zudem in Eigeninitiative eine Unterstützung ihrer Familien, einen Ausgleich ihrer materiellen Verluste sowie eine Verbesserung ihrer realen Lebenssituation in den westlichen Besatzungszonen auszuloten. Dabei verwiesen sie stets auf die singulären Umstände ihres erzwungenen Weggangs aus der SBZ. Seit 1947 argumentierten sie überdies mit der amerikanischen Intention. Demnach sei die Deportation ihrer Gruppe „exclusively in the interest of the United States“ und „certified by American Officials as a forceable action“<sup>160</sup> erfolgt, „um diese Fachkräfte der Inanspruchnahme durch die östliche Besatzungsmacht zu entziehen.“<sup>161</sup> Hinsichtlich „Form der Benachrichtigung, der Stärke des ausgeübten Zwanges“ variierten die Erfahrungen laut Smekal zwar, der Zwangscharakter war für die Spezialisten jedoch aus dem militärischen Charakter der Befehle erkennbar gewesen.<sup>162</sup> Dies verdeutlichte u.a. die Drohung, dass eine Verweigerung analog der „Nichtbefolgung militärischer

---

<sup>158</sup> Das Schreiben des Regierungskommissars für das Flüchtlingswesen richtete sich an die Landräte und Flüchtlingskommissare der betroffenen Kreise und datierte auf den 6.4.1946 (HStAD, Bestand H1, Nr. 4186, unpaginiert).

<sup>159</sup> Ebd.

<sup>160</sup> Schreiben Smekals an den Länderrat vom 3.2.1948 (BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 264).

<sup>161</sup> Schreiben der Zwangsevakuieren Akademiker Mitteldeutschlands in Groß-Hessen an den Finanzminister des Landes vom 12.3.1947 (HHStAW, Abteilung 506, 168, unpaginiert).

<sup>162</sup> Memorandum Adolf Smekals aus dem Jahr 1949 (HHStAW, Abteilung 507, 3896, unpaginiert).

Befehle“ geahndet werden würde.<sup>163</sup> In allen Fällen, unabhängig vom Ausgangsort, bedeutete die Deportation den wirtschaftlichen Ruin der meisten Familien. Sie ließen nicht nur ihre berufliche Stellung, ihr Einkommen und Privateigentum zurück, sondern wurden in vielen Fällen auch angehalten, nicht mehr als 300 Reichsmark in bar mitzunehmen.<sup>164</sup> Somit verblieben die Konten und Ersparnisse wie andere Vermögenswerte in der SBZ und außer Reichweite der Inhaber. Die Heidenheimer Gruppe schätzte ihr transferiertes Barvermögen in Summe auf rund 1,8 Millionen Reichsmark im Vergleich zu sieben Millionen Reichsmark an Einlagen, die mit persönlichen Wertgegenständen in der SBZ lagerten.<sup>165</sup> Allerdings durften einige Jenaer erheblich höhere Summen an Bargeld mitnehmen als die Spezialisten in Halle, was wiederum die differente bzw. mangelnde Koordination und die Spontaneität der Deportationen belegt. Der vermeintliche Vorteil dieser Gruppe relativierte sich jedoch durch das Ausbleiben einer finanziellen Unterstützung in den ersten Wochen nach der Ankunft, was die mitgebrachten Beträge sukzessive reduzierte und eine Unterstützung der Gruppe notwendig werden ließ. „Those members of our group who had managed to take along larger sums“ initiierten diese Unterstützung und nahmen so „care of the most primitive needs of those who otherwise would have suffered.“<sup>166</sup>

Die aus Jena deportierten Wissenschaftler und Techniker wurden zudem entgegen den Versprechungen und der Zusicherung, dass „nobody would have to live at a lower standard than before“<sup>167</sup> nach ihrer Ankunft in Heidenheim konzentriert. „The evacuees were collected in a large camp and after registration billeted in private house and mass-quarters in town and country of Heidenheim.“<sup>168</sup> Ferner erhielten sie die Auflage, sich zweimal wöchentlich bei der lokalen Polizei zu melden, so dass unmöglich war, sich unkontrolliert in der amerikanischen Besatzungszone zu bewegen. Vielmehr waren sie angehalten, „not to leave their places without a special permit of the Military Government

---

<sup>163</sup> Ebd.

<sup>164</sup> Ebd.

<sup>165</sup> Vgl. Memorandum der Heidenheimer Gruppe vom 12.4.1948 (BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 167-176). Das zurückgelassene Privateigentum betrug ungefähr 37 Millionen Reichsmark, wobei die Schätzungen laut Aussage der Gruppe die geschäftlichen Verluste nicht berücksichtigten.

<sup>166</sup> Vgl. ebd.

<sup>167</sup> Ebd.

<sup>168</sup> Ebd.

Heidenheim.“<sup>169</sup> Bis 1948 wurde diese Regelung aufgeweicht und die Meldepflicht auf einmal in der Woche reduziert. Trotz der strikten Auflagen, welche die Spezialisten in der amerikanischen Zone festhielten, unternahm die Militärregierung nur marginale Versuche, die Wissenschaftler in ihre Dienste zu stellen. Die Selbstanalyse der beruflichen Perspektiven offenbart daher eine pessimistisch-realistische Einschätzung, denn die „sofortige Wiederbeschäftigung in amerikanischen Diensten [...] hat in den verflissenen 20 Monaten nicht stattgefunden“ und „sie wird wohl überhaupt nicht mehr in Betracht kommen.“<sup>170</sup> Gleichzeitig bedeutete die „Unmöglichkeit, durch berufliche Beschäftigung alsbald wieder ausreichende Einkommen zu erhalten“ eine zusätzliche finanzielle und psychische Belastung. Sich mit den notwendigsten Materialien (Kleidung, Schuhe, Haushaltsgeräte etc.) aus eigener Kraft und Rücklage zu versorgen, war kaum möglich. Aus dieser Sicht heraus werteten die Spezialisten beispielsweise die Versorgung mit Lebensmitteln vor allem als Notwendigkeit. Die spätere Erhöhung der Rationen sahen sie hingegen lediglich als Reaktion der Militärregierung auf die grundsätzlich bessere Versorgung vergleichbarer Berufsgruppen in der SBZ und der französischen Besatzungszone ab.<sup>171</sup> „Every scientist and every technical expert in the Russian Zone is in a considerably better food situation.“<sup>172</sup>

Eine mögliche Rückkehr in die SBZ, motiviert durch die bessere Versorgung und emotionale Nähe zum „alten Leben“, verweigerte die amerikanische Militärregierung den Betroffenen indes. Angesichts der Rahmenbedingungen in der SBZ fügten sich die Spezialisten zumeist, da „infolge der dort eingetretenen Veränderungen die meisten Evakuierten dort übrigens weder Stellung, Wohnung noch sonstigen Besitz vorfinden“ würden.<sup>173</sup> Potentiell interessanter und lukrativer als eine Rückkehr in die SBZ war für sie überdies, in die französische Besatzungszone abzuwandern. Dort existierten neben höheren

---

<sup>169</sup> Ebd.

<sup>170</sup> Brief Adolf Smekals an den Finanzminister des Landes Hessen vom 12.3.1947 (HHStAW, Abteilung 506, 168, unpaginiert).

<sup>171</sup> Vgl. Memorandum der Heidenheimer Gruppe (BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 167-176); Schreiben Adolf Smekals vom 12.3.1947 (HHStAW, Abteilung 506, 168, unpaginiert).

<sup>172</sup> Memorandum der Heidenheimer Gruppe vom 12.4.1948 (BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 167-176).

<sup>173</sup> Brief Adolf Smekals an den Finanzminister des Landes Hessen vom 12.3.1947 (HHStAW, Abteilung 506, 168, unpaginiert)



Lebensmittelrationen auch diverse Berufsofferten. Ein Zonenwechsel implizierte jedoch für die Amerikaner die (mehrfach erfahrene) Gefahr des Transfers der Spezialisten nach Frankreich selbst, wodurch diese endgültig dem Einflussbereich der USA entzogen wurden. Deshalb praktizierte die amerikanische Militärregierung in der Folge eine „strikte Abweisung aller Passansprüche.“<sup>174</sup> Intensiviert wurde die prekäre Lage durch die limitierten Arbeitsmöglichkeiten in den westlichen Besatzungszonen, zumal das britische Kontingent ebenfalls ausgeschöpft war. Zum anderen wirkte sich die dezentrale Unterbringung der Spezialisten in zumeist abgelegenen Ortschaften dörflichen Charakters als nachteilig aus. Sie lebten in der Regel weit entfernt von wissenschaftlichen oder universitären Forschungseinrichtungen, was eine adäquate Beschäftigung der Spezialisten bzw. Nutzung ihres Know-hows stark eingeschränkte. Aus dieser Tatsache heraus strebten die Spezialisten eine höhere finanzielle Unterstützung an, u.a. durch „berufsnahe Arbeitsaufträge.“<sup>175</sup> Auch die „Möglichkeit des Bezugs wissenschaftlicher Zeitschriften sowie von Fahrten zur Benutzung wissenschaftlicher Büchereien“ sollte ihre Chancen verbessern.<sup>176</sup>

Am 6. Januar 1948 änderte das Regional Government Coordination Office seine offizielle Position grundlegend: Es sprach nunmehr den Spezialisten „ohne [Eingliederung] in die Wirtschaft dieser Zone“ jeden Anspruch auf eine Sonderstellung ab, da diese zu Lasten der Bevölkerung gehe.<sup>177</sup> Es liege „im Interesse [...], dass sie ihren Fähigkeiten entsprechend im Westen eingesetzt oder ermächtigt werden, an ihren Wohnsitz in der Sowjet-Zone zurückzukehren.“<sup>178</sup> Für eine Rückkehr in die SBZ würden ihnen „entsprechende Transportmöglichkeiten“ gewährt. Sollten sie in der amerikanischen Besatzungszone bleiben wollen, würden sie bei der Suche nach geeigneter Beschäftigung „seitens der deutschen Behörden“ unterstützt.<sup>179</sup> Zudem wurde der Länderrat verpflichtet, die Spezialisten zu

---

<sup>174</sup> Ebd.; vgl. Memorandum der Heidenheimer Gruppe vom 12.4.1948 (BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 167-176).

<sup>175</sup> Schreiben der Zwangsevakuierter Akademiker Mitteldeutschlands in Groß-Hessen an den Finanzminister vom 12.3.1947 (HHStAW, Abteilung 506, 168, unpaginiert).

<sup>176</sup> Ebd.

<sup>177</sup> Das Schreiben des Regional Government Coordination Office vom 6.1.1948 richtete sich an den Generalsekretär des Länderrats (BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 262).

<sup>178</sup> Ebd.

<sup>179</sup> Ebd.

unterrichten, dass sie „nach dem 1. März 1948 wie die übrigen Bürger und Einwohner des Landes, in dem sie sich befinden, behandelt werden und dass alle Sonderprivilegien in Wegfall kommen.“<sup>180</sup>

Insbesondere die Formulierung „Privilegien“ provozierte Wut und Unverständnis unter den Betroffenen und kulminierte in eine nahezu zynische Kommentierung. Adolf Smekal betonte (in seiner Funktion als Sprecher der hessischen Gruppe), dass angesichts der als Interim geplanten und nun als Langzeitlösung konstituierten behelfsmäßigen Unterbringung ohne ausreichend Koch- und Heizmöglichkeiten, „die Evakuierten dankbar sein würden, wenn die ‚Privilegien‘, die sie in dieser Hinsicht genossen hätten, baldmöglichst aufhörten.“<sup>181</sup> Und die Vertreter der Heidenheimer Gruppe konterkarierten den Unmut der Bevölkerung über die Sonderprivilegien der Spezialisten, wenn sie reüssierten, „that we did not find a native person who would be willing to exchange his situation with ours.“<sup>182</sup> Tatsächlich konstatiert Adolf Smekal in der Retrospektive, dass die Umsetzung der ursprünglich offerierten Versprechungen augenscheinlich nur den Wissenschaftlern und Technikern galten, die über das Landshut Housing Project akquiriert wurden.<sup>183</sup> „Gleichgültig ob sie dem Personenkreis der Zwangsevakuierten angehörten oder nicht.“<sup>184</sup>

Ungeachtet der Debatte über die angewiesene Einstellung der Unterstützungen erließ General Lucius D. Clay am 16. April 1948 ein sogenanntes Claims Project, „[which] was proposed to grant claims payments for lost property and salary“ für den gesamten Zeitraum nach der Deportation. „Loss of pension rights, claims for personal damages and for real estate, however“ blieben in Zusammenhang mit dem Schadensatz unberücksichtigt.<sup>185</sup> Obgleich die Gruppe die Einschränkungen negativ bewertete, akzeptierte sie letztlich die Bedingungen, da sie im Fall einer Ablehnung des Projektes die prinzipielle Absage der Schadensvergütung seitens der Amerikaner fürchtete.<sup>186</sup> Die

---

<sup>180</sup> Ebd.

<sup>181</sup> Notiz des Länderrats vom 24.1.1948 (ebd., Bl. 242).

<sup>182</sup> Memorandum der Heidenheimer Gruppe vom 12.4.1948 (ebd., Bl. 167-176).

<sup>183</sup> Memorandum Adolf Smekals von 1949 (HHStAW, Abteilung 507, 3896, unpaginiert). Eine kurze Abhandlung über das Landshut Housing Project bietet Herrmann, Project Paperclip, S. 273-277.

<sup>184</sup> Memorandum Adolf Smekals von 1949 (HHStAW, Abteilung 507, 3896, unpaginiert).

<sup>185</sup> Memorandum Adolf Smekals, das er am 15.9.1948 an das Office of German and Austrian Affairs, Department of State richtete (HHStAW, Abteilung 507, 3911, unpaginiert).

<sup>186</sup> Vgl. Memorandum Smekals aus dem Jahr 1949 (HHStAW, Abteilung 507, 3896, unpaginiert).

Zustimmung bedeutete auch, dass die Summen in Reichsmark ausgezahlt wurden, wobei der als Stichtag festgelegte 1. Mai 1948 vor der Währungsreform lag. In den Augen der Spezialisten verfehlte das Projekt seinen eigentlichen Zweck, denn die „Inflationerscheinungen vor der Währungsreform und die eingetretene radikale Verminderung der Beträge“ verwehrte der Mehrheit eine adäquate „compensation which would help the evacuees to reestablish normal household-conditions.“<sup>187</sup>

Zu diesem Zeitpunkt befanden sich laut eigenen Angaben etwa 60 Prozent bereits wieder in Beschäftigungsverhältnissen, die ihrer Ausbildung entsprachen. Weitere 20 Prozent „are working at least in a preliminary way.“<sup>188</sup> Die Versorgung der restlichen alters-, krankheits- und belastungsbedingten Arbeitsunfähigen hingegen blieb auch in der Bewertung der deutschen Behörden eine „Sonderfrage“<sup>189</sup> und für die Spezialistengruppe ein Scheitern „[as] we feel our efforts to be insufficient.“<sup>190</sup>

Ungeachtet aller Differenzen arrangierte sich das Gros der Spezialisten mit einem Leben in den westlichen Besatzungszonen und der späteren Bundesrepublik Deutschland, nicht allein deshalb, weil ihrer quasi alternativlosen Situation lediglich ein perspektivloses Leben in der SBZ/DDR gegenüberstand.

---

<sup>187</sup> Memorandum Adolf Smekals vom 15.9.1948 (HHStAW, Abteilung 507, 3911, unpaginiert).

<sup>188</sup> Ebd. Im Jahr 1952 seien rund 85 Prozent der Gruppe ihrer Ausbildung entsprechend tätig, 14 Prozent fachfremd beschäftigt und 1 Prozent arbeitslos gewesen. Vgl. Schreiben Smekals an den Bundesminister für Vertriebene am 18.12.1952 (HHStAW, Abteilung 507, Nummer 3915).

<sup>189</sup> Notiz des Länderrats vom 24.1.1948 (BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 242).

<sup>190</sup> Memorandum Adolf Smekals vom 15.9.1948 (HHStAW, Abteilung 507, 3911, unpaginiert).

## **III.2 Das sowjetische Vorgehen**

### **III.2.1 Kategorisierungen und strukturelle Grundlagen**

Die UdSSR nutzte das technische Know-how der deutschen Wissenschaftler in weitaus größerem Maßstab als die USA. Charakteristisch für das sowjetische Vorgehen bei der Suche nach technisch-wissenschaftlichem Know-how – egal welcher Form – war, dass sich Kompetenzen und Zuständigkeiten überschneiden. Eine exakte Analyse der Besatzungspolitik in diesem Bereich der Reparationen ist daher nahezu unmöglich. Es sei unter anderem darauf verwiesen, dass selbst aktuelle Schätzungen der Reparationsleistung der SBZ nicht die Arbeitsleistungen der in die UdSSR verbrachten Personen, zu denen die deutschen Spezialisten gezählt werden müssen, umfassen.<sup>191</sup> Trotzdem lassen sich auf administrativer Ebene in der SBZ drei Institutionen kennzeichnen, die Demontagen und Deportationen als Reparationsleistungen forcierten und intensivierten: das 1944 eingerichtete und bis 1947 existierende sogenannte „Sonderkomitee“ (auch „Spezkomitee“), dem Ministerrat der UdSSR unterstehend; die sogenannte ‚Gruppe der Besatzungskräfte in Deutschland‘, dem Verteidigungsministerium der UdSSR untergeordnet; die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD).<sup>192</sup> Allein das Sonderkomitee vereinigte Mitarbeiter diverser sowjetischer Ministerien in sich, so dass divergierende Interessen seine Aktionen prägten. Die einzelnen Abteilungen, respektive Ministerien und Branchen standen sich in Planerfüllung und Reparationsleistungen jeweils stets selbst am nächsten und agierten eher gegen- als miteinander.

Abgesehen von der internen Gemengelage konkurrierten die Institutionen auch untereinander. Unterschiedliche Funktionszuweisungen, divergierende Ziele und ein komplexes Hierarchiegeflecht verursachten permanente Spannungen. Insbesondere der Antagonismus zwischen Sonderkomitee und SMAD barg großes Konfliktpotential: Einerseits galt es, ein Maximum an Demontagen durchzuführen, andererseits strebte man einen Wiederaufbau der SBZ an, auch um die alliierten Bestimmungen zu erfüllen. Der Auftrag der SMAD, die Entnahme von Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion zu koordinieren und zu initialisieren, verstärkte die Auseinandersetzungen. Denn

---

<sup>191</sup> Foitzik, Entnahmen der Besatzungsmacht aus der SBZ/DDR, S. 74.

<sup>192</sup> Vgl. Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, Die Spezialisten, S. 28. Eine umfassende Abhandlung über die SMAD und ihre Wirken bietet Foitzik, SMAD-Handbuch.

die Sonderkomitees, die unabhängig von der SMAD agierten, gefährdeten die termingemäß angeordneten Demontagen, die durch die SMAD durchgeführt werden sollten.<sup>193</sup> Um Willkür und Konkurrenz einzudämmen wurde das Sonderkomitee 1946 der SMAD unterstellt. Allerdings eliminierte die Maßnahme nicht die Egoismen, sondern transferierte sie auf die Ebene der SMAD. Mit dem NKVD<sup>194</sup> agierte zudem eine nahezu unantastbare Macht im Hintergrund, deren Interessen und Ansprüche es zu bewahren und erfüllen galt.<sup>195</sup>

Parallel zur SMAD und dem Sonderkomitee operierten die „Trophäenbrigaden“ der Roten Armee. Diese waren in ihrer Funktion als Abteilungen für Kriegsbeute ebenfalls an einer raschen, quantitativen Beschlagnahme relevanter Güter und Technologien interessiert. Partiiell erforschten drei bis vier voneinander unabhängige Einheiten das besetzte deutsche Territorium, um deutsches Know-how zu sichern. Allerdings überstieg die rasche, umfangreiche wie wahllose und bisweilen willkürliche Sicherung des Materials die Kapazitäten der Infrastruktur und konterkarierte jeden Anschein eines strukturierten Vorgehens bzw. Nutzungskonzeptes.<sup>196</sup>

Bei den Angehörigen der in der Regel militärisch organisierten Komitees handelte es sich zumeist um Zivilpersonen, – sowjetische Wissenschaftler, Techniker oder Ingenieure – die ausgestattet mit militärischen Rängen nach Deutschland entsandt wurden.<sup>197</sup> Unterstützt von der Roten Armee durchsuchten sie wissenschaftliche Einrichtungen und Laboratorien nach Informationen, Materialien und Geräten. Diese „Militarisierung“ kann als Charakteristikum aller Sondereinheiten benannt werden: Sie vereinfachte einerseits ihren Schutz durch die Truppen sowie die Geheimhaltung ihrer Aktionen, andererseits unterlagen sie im Fall eines Fehlschlags der

---

<sup>193</sup> Vgl. Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, Die Spezialisten, S. 30.

<sup>194</sup> Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR. 1946 erfolgte die Umbenennung in Ministerium für Innere Angelegenheiten.

<sup>195</sup> Vgl. ebd., S. 31.

<sup>196</sup> Infolge der unkoordinierten Transporte in die UdSSR – bisweilen wurden Verwendungszweck und Zielort überhaupt nicht definiert – stapelten sich die Güter entlang der überlasteten, durch den Krieg beschädigten, Bahntrassen in die Sowjetunion, so dass partiell Anlagen und Geräte unbrauchbar wurden. Vgl. ebd., S. 30; Mick, Forschen für Stalin, S. 42.

<sup>197</sup> Ebd., S. 33. Laut Rainer Karlsch erfolgte die Erhebung in die militärischen Ränge schematisch nach Qualifikation: Techniker – Leutnant, Ingenieur – Major und Direktor – Oberst. Vgl. Karlsch, Allein bezahlt?, S. 60.

Militärgerichtsbarkeit.<sup>198</sup> Allen Sondereinheiten war ferner gemein, dass ihre Entsendung nicht zielgerichtet oder strukturiert erfolgte, sondern „ad hoc zum Beutemachen.“<sup>199</sup> Als einzige Ausnahme ist hier die optimierte Suche im Bereich der Atomforschung zu nennen. Obgleich die Sowjetunion bei Kriegsende in ihrem Atomprogramm nicht so weit fortgeschritten war wie die USA, besaß der Sektor Vorrang. Tatsächlich erfolgte hier bereits im Frühjahr/Sommer 1945 unter strikter Geheimhaltung die strukturiert-initialisierte Verschickung deutscher Wissenschaftler in die UdSSR. Andere rüstungsrelevante Sektoren wie der Raketen- oder Flugzeugbau „genossen bei Kriegsende keine innersowjetische Priorität.“<sup>200</sup> Sie rückten jedoch sukzessive in den Fokus der Spezialeinheiten ebenso wie zivile Forschungen. Dies belegen exemplarisch deutsche Patentlisten in russischen Archiven, unter anderem auf dem Gebiet der Optik.<sup>201</sup> In der Schnittstelle zwischen rüstungsrelevanter und ziviler Forschung agierten mit den separaten „Kultur-Komitees“ zusätzliche Einheiten, die sich auf wissenschaftliche Einrichtungen und Universitäten spezialisiert hatten. Zudem entsandten einzelne sowjetische Hochschulen quasi in Eigeninitiative eigene Gruppen, um sich ihren Anteil zu sichern.<sup>202</sup> De facto indiziert die mannigfache Gemengelage und die „fieberhafte“ Aktivität der sowjetischen Besatzungsmacht, dass kein stringent-strukturiertes Programm zur Nutzung des Know-hows deutscher Wissenschaftler und Fachleute im Sinne intellektueller Reparationen existierte. In der Folgezeit erfuhr diese Option eine theoretische Aufwertung und insbesondere seit 1946 auch in praxi ihre Umsetzung. Tatsächlich bildete die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz retrospektiv einen wichtigen Teilaspekt der Reparationsleistungen. Die Angabe der Gesamtzahl und Zusammensetzung der deutschen Spezialisten<sup>203</sup> unterliegt quellenbedingt Schwankungen, wobei im Mittel eine relativ gesicherte Schätzung steht. Es ist davon auszugehen, dass insgesamt

---

<sup>198</sup> Vgl. Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, Die Spezialisten, S. 29.

<sup>199</sup> Mick, Forschen für Stalin, S. 33.

<sup>200</sup> Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, Die Spezialisten, S. 34.

<sup>201</sup> Vgl. Mick, Forschen für Stalin, S. 33. Nach Micks Einschätzung wurden sich von den deutschen Erfindungen „modernisierende Impulse“ erhofft. Als Beispiele nennt er Ferngläser, Mikroskope oder Fotoapparate von Zeiss.

<sup>202</sup> Vgl. ebd., S. 290.

<sup>203</sup> Die sowjetische Besatzungsmacht unterschied nicht zwischen Spezialisten deutscher bzw. österreichischer Staatsbürgerschaft vor 1938. Der Einfachheit halber folgt die Arbeit dieser Prämisse und spricht prinzipiell von deutschen Spezialisten. In Einzelfällen wird eine Unterscheidung konkret gekennzeichnet und aufgeschlüsselt.

etwa 2.900 bis 3.000 Spezialisten in der UdSSR tätig waren. In dieser Rechnung fehlen jedoch die Familienangehörigen. Letztlich kann eine Personengruppe von maximal 8.000 Personen als wahrscheinlich gelten, wie Christoph Mick, der auf die Ergebnisse Albrechts, Heinemann-Grüders und Wellmanns verweisend, in seiner eigenen Analyse bilanziert.<sup>204</sup> Als Beleg kann hier auch die Spezialisten-Kartei im Bundesarchiv Berlin angeführt werden.<sup>205</sup> Ältere, zumeist nah am zeitgenössischen Geschehen liegende Angaben unter anderem der Amerikaner, der Regierung der Bundesrepublik oder des Suchdienstes der DRK variierten partiell zwischen 20.000 und 30.000 Personen absolut und sind demnach deutlich zu hoch angesetzt.<sup>206</sup>

In der Zusammensetzung präsentiert sich die Gruppe der Spezialisten heterogen. So verteilten sich die Spezialisten prozentual absteigend unter anderem auf Forschungs- und Tätigkeitsfelder wie Luftfahrtforschung, Hochfrequenztechnik und Elektronik, Raketenforschung, Optik, Atomforschung oder Chemie.<sup>207</sup> Wie die Zusammensetzung differieren auch Forschungsherkunft und der Bildungshintergrund der Spezialisten. Die Mehrheit stammte aus der angewandten, zumeist auch rüstungsrelevanten Forschung. Der universitäre Bereich spielte eine eher marginale Rolle.<sup>208</sup> Korrespondierend teilte sich die Gruppe nahezu paritätisch in Akademiker und Nichtakademiker. In der Analyse der Akademiker fällt indes auf, dass, analog der schwerpunktmäßigen Entnahme aus der angewandten Forschung, Ingenieure und Diplom-Ingenieure dominierten. Doktoren oder Professoren waren hingegen kaum vertreten.<sup>209</sup> Dennoch prägte dieser kleine Teil der Spezialisten

---

<sup>204</sup> Vgl. Mick, *Forschen für Stalin*, S. 15, 94; Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, *Die Spezialisten*, S. 177 f.

<sup>205</sup> Die Datei umfasst neben den Transportlisten auch eine alphabetische Aufschlüsselung der Spezialisten mitsamt ihrer Familien und kann als relativ vollständig angesehen werden.

<sup>206</sup> Vgl. Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, *Die Spezialisten*, S. 177 f; Mick, *Forschen für Stalin*, S. 15.

<sup>207</sup> Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, *Die Spezialisten*, S. 180. Vgl. auch Ciesla, *Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR*, S. 26 f. Ciesla differenziert hier noch weiter, indem er auf die prozentuale Verteilung der Firmen eingeht, die je nach Fachbereich die Spezialisten stellten.

<sup>208</sup> Vgl. ebd., S. 27. Laut Ciesla stammten lediglich drei Prozent der Spezialisten aus wissenschaftlichen Einrichtungen und Universitäten. Allerdings waren viele Wissenschaftler während des Zweiten Weltkrieges in rüstungsrelevante Forschungen involviert. Daher kann von einem höheren Anteil an Wissenschaftlern im angewandten Forschungsbereich ausgegangen werden.

<sup>209</sup> Vgl. Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, *Die Spezialisten*, S. 181. Der Anteil der Ingenieure betrug gut 34 Prozent, der Doktoren 16 Prozent und der Professoren zwei Prozent, die restlichen

die Tätigkeit derselben in der Sowjetunion nachhaltig. Demnach lassen die quantitativen Zahlen nicht zwingend Rückschlüsse auf Qualität und Einfluss einzelner Fachspezialisten zu. Tatsächlich ermöglicht es die Heterogenität der Spezialistengruppe, den zeitlichen Rahmen ihrer Verbringung in die Sowjetunion wie ihrer Rückführung in die DDR relativ verlässlich zu klassifizieren. Die in der Forschung gängige Kategorisierung basiert auf dem von Albrecht, Heinemann-Grüder und Wellmann entwickelten zweistufigen Modell, das „Migrationstypen“ und „Migrationsschübe“ unterscheidet.<sup>210</sup> Christoph Mick optimierte das frühere Modell, indem er Komponenten ergänzte und kombinierte, so dass er letztlich „nach Art und Zeitpunkt der Rekrutierung [...] fünf Typen von Spezialisten“ veranlagt.<sup>211</sup> Der Typologie Micks entsprechend, sollen die Charakteristika der jeweiligen Gruppen im Folgenden skizziert werden.

Die erste Gruppe umfasste insbesondere Atomwissenschaftler,<sup>212</sup> die gemeinsam mit ihren Familien bereits im Sommer 1945 in die Sowjetunion verbracht wurden. Faktisch limitierte der Zeitpunkt der Transfers jede Wahlmöglichkeit, so dass bei den Deportationen der namhaften Wissenschaftler – unter anderem Manfred von Ardenne<sup>213</sup>, Gustav Hertz<sup>214</sup> oder Nikolaus Riehl<sup>215</sup> – kaum eine graduelle Freiwilligkeit anzudenken ist. Mit zeitlichem Abstand transferierte die sowjetische Besatzungsmacht am 22. Oktober 1946 in einer koordinierten Aktion die zweite, zahlenmäßig größte Gruppe an Wissenschaftlern und Technikern. Hauptsächlich handelte es sich bei den rund 2.200 Spezialisten um Fachleute aus angewandten Forschungen wie „Flugzeugzellen- und Flugzeugtriebwerksbau<sup>216</sup>, Optik, ballistische und

---

48 Prozent waren Nicht-Akademiker.

<sup>210</sup> Ebd., S. 11 f.

<sup>211</sup> Mick, *Forschen für Stalin*, S. 16.

<sup>212</sup> Für eine nähere Beschäftigung mit dem Einsatz deutscher Spezialisten in der sowjetischen Atomforschung empfiehlt sich der Beitrag Oleynikov, *German Scientists in the Soviet Atomic Project*.

<sup>213</sup> Manfred Baron von Ardenne (1907-1999), Physiker. 1945 bis 1955 war er als Spezialist in der Sowjetunion. Er blieb nach seiner Rückkehr in der DDR und leitete sein privates Forschungsinstitut in Dresden.

<sup>214</sup> Gustav Hertz (1887-1975), Physiker, Nobelpreisträger für Physik (1925). Deportation in die Sowjetunion erfolgte 1945; er blieb bis 1954 als Spezialist in der Sowjetunion. Nach seiner Rückkehr war er Lehrstuhlinhaber und Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Leipzig.

<sup>215</sup> Nikolaus Riehl (1901-1990), Physiker. 1945 bis 1955 war er als Spezialist in der Sowjetunion. Er verließ nach seiner Rückkehr die DDR und lehrte u.a. an der Technischen Hochschule München.

<sup>216</sup> Eine nach Orten in der Sowjetunion aufgeschlüsselte deutsch-russische Darstellung des Lebens



Lenkraketen, Chemie<sup>217</sup>, Elektrotechnik und Marinewaffen.“<sup>218</sup> Im Rahmen der Aktion erfolgte auch die Deportation der Hochschulangehörigen aus Halle, Jena, Dresden, Rostock und Greifswald.<sup>219</sup> Zwischen 1946 und 1947 verbrachte die sowjetische Besatzungsmacht vereinzelt weitere Spezialisten in die UdSSR. Diese waren mit Zeitverträgen ausgestattet und wurden für den Wiederaufbau demontierter Anlagen oder die Anleitung der Arbeiter vor Ort eingesetzt. Insgesamt handelte es sich um ca. 250 Spezialisten aus der chemischen<sup>220</sup> bzw. der Textilindustrie. Charakteristisch für die drei genannten Typen ist, dass Bewegungsfreiheit in der Sowjetunion eingeschränkt blieb, obgleich sie offiziell als Gäste der Sowjetunion und nicht als Gefangene galten – im Gegensatz zu den folgenden beiden Gruppen. 1946 und 1947 rekrutierte die sowjetische Besatzungsmacht ungefähr 50 bis 60 Internierte aus den Speziallagern<sup>221</sup>, die über technisches Know-how verfügten. Sie wurden „zur Arbeit in Konstruktionsbüros des NKVD/MVD“ herangezogen, beispielsweise „im elektrotechnischen Bereich“, später auch „bei der Entwicklung von Flugabwehrraketen.“<sup>222</sup> Wie die vierte setzte sich auch die fünfte Gruppe aus Häftlingen zusammen. In diesem Fall handelte es sich jedoch um Kriegsgefangene, die partiell zu Arbeiten in der atomaren Forschung überführt und in bereits existierende deutsche Forschungsgruppen eingegliedert wurden. Inwieweit diese zwei Typen zahlenmäßig den Spezialisten zugerechnet werden können, ist in der Forschung umstritten.<sup>223</sup> Als gesichert gilt, dass die zwei Häftlingsgruppen in Behandlung und Status ein gänzlich anderes Ansehen erfuhren als die anderen Spezialisten: Die sowjetischen Behörden praktizierten hier eine strikte und kompromisslose Trennung. Unabhängig von der typologischen Zuordnung einte alle Spezialisten, dass der Zeitpunkt einer möglichen Rückkehr für sie nicht abzusehen war.

---

und der Arbeit deutscher Flugzeugspezialisten liefern Michels/Kuschinow/Srelow/Woronkov, Deutsche Flugzeug-Spezialisten im sowjetischen Russland.

<sup>217</sup> Alfred Neubauer widmet seinen Aufsatz dieser Spezialistengruppe. Alfred Neubauer, Im hohlen Zahn des Löwen.

<sup>218</sup> Ebd., S. 16.

<sup>219</sup> Siehe Kapitel IV.2.1 der Arbeit.

<sup>220</sup> Neubauer verweist in seinem Aufsatz unter anderem auf das Wirken Hermann Klares. Neubauer, Im hohlen Zahn des Löwen, S. 17.

<sup>221</sup> Eine ausführliche und quellengestützte Darstellung über die zehn, 1945 auf dem Gebiet der SBZ eingerichtete Speziallager liefert Plato von, Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950.

<sup>222</sup> Christoph Mick, Forschen für Stalin, S. 16. Zu dieser Gruppe zählte auch Kurt Berner der seine Erfahrungen autobiographisch festgehalten hat. Berner, Spezialisten hinter Stacheldraht.

<sup>223</sup> Vgl. Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, Die Spezialisten, S. 178.

Die Rückkehrphasen gestalteten sich zeitlich uneinheitlicher als die Phasen der Rekrutierung und sind ungleich schwieriger zu kategorisieren. De facto existierte für die Spezialisten und ihre Familien ein (Auslands-) Reiseverbot, an dem die sowjetischen Stellen allen gegenteiligen Bitten der Spezialisten oder anderer Institutionen wie den Universitäten zum Trotz ausnahmslos festhielten.<sup>224</sup> Selbst erkrankten Personen oder Angehörigen verstorbener Spezialisten blieb die Ausreise verboten.<sup>225</sup> Erst 1950 schuf der Ministerrat eine entsprechende Maßgabe, die eine „alleinige Rückkehr von Familienangehörigen“ erlaubte.<sup>226</sup> Das Jahr 1950 markiert ferner den Beginn der sukzessiv einsetzenden Rückführung der Spezialisten. Die Phase, in der das Potential der Spezialisten abgeschöpft wurde, endete zumeist nach vier bis fünf Jahren. Daran schloss sich die sogenannte Abkühlungsphase an. Je nach Relevanz der Spezialisten konnte diese Phase bis 1958 andauern, insbesondere in den rüstungsrelevanten Bereichen.<sup>227</sup> Faktisch indiziert der Zeitpunkt der Rückkehr die Bedeutung der jeweiligen Spezialistengruppe hinsichtlich fachlicher Qualifikation und Nutzen: je relevanter die Forschung desto länger die Abkühlungsphase; je wichtiger der Spezialist desto später seine Rückkehr.

In die einsetzenden Rückkehrprozesse zeigten sich die staatlichen Stellen der DDR durchaus involviert. Für sie zählte vor allem der Bedarf der Industrie an Fachkräften, jedoch sahen sie sich im Rahmen der Re-Integration zunehmend mit den Realitäten konfrontiert. Insbesondere die Fachleute aus rüstungsrelevanten Bereichen wie dem Raketenbau ließen sich in der DDR nicht adäquat einsetzen, da ihre Fachbereiche dort nicht existierten. Hier sollte quasi ausgleichend ein Transfer in zivile Industrien wie dem Schiffsbau erfolgen: „In these cases, it was usually not possible to immediately assign the returnees a new position.“<sup>228</sup> Zudem erschwerte der hohe Spezialisierungsgrad vieler Fachleute eine reibungslose Integration der Rückkehrer. Politische und

---

<sup>224</sup> Als Beispiel können hier die Bemühungen der Technischen Universität Dresden angeführt werden, die eine alsbaldige Rückkehr ihrer deportierten Mitglieder intendierten und sämtlich scheiterten. Siehe hierzu Kapitel IV.3.2 der Arbeit.

<sup>225</sup> Christoph Mick thematisiert das Scheitern der Gesuche exemplarisch an mehreren Beispielen. Vgl. Mick, *Forschen für Stalin*, S. 287 f.

<sup>226</sup> Ebd., S. 288.

<sup>227</sup> Vgl. Ciesla, *Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR*, S. 28.

<sup>228</sup> Steiner, *The Return of the German „Specialists“ from the Soviet Union to the German Democratic Republic*, S. 121.

industrielle Ansprüche auf der einen und die Erwartungen der Spezialisten auf der anderen Seite führten vermehrt zu Konflikten.<sup>229</sup> Höhere Gehälter, Einzelverträge oder Sonderprivilegien vermochten das Ziel, den Bedarf der Wirtschaft an Fachkräften zu decken, nur bedingt zu erreichen. Zudem schufen sie gleichsam Folgeprobleme, etwa eine negative Resonanz unter der einheimischen Bevölkerung.<sup>230</sup>

Bis 1955 war „das Gros der Spezialisten aus dem Maschinenbau, der Elektroindustrie, Feinmechanik/Optik“<sup>231</sup> zurückgekehrt, wenn auch zeitlich gestaffelt: beginnend mit der Mehrheit der Fachleute aus dem Bereich Feinmechanik/Optik. Wissenschaftler höherer akademischer Grade folgten seit 1954.<sup>232</sup> Korrelierend mit diesem Prozess intensivierten die offiziellen Stellen der DDR ab 1953 ihre Bemühungen, die namhaften und hochrangigen Spezialisten zu integrieren. Dabei forderte auch die sowjetische Seite vehement einen Verbleib dieser Fachleute in der DDR.<sup>233</sup> Sie fürchtete, dass diese Spezialisten in die Bundesrepublik abwandern könnten. Inwieweit dieses Engagement als erfolgreich gekennzeichnet werden kann, ist fraglich, verließen doch etwa elf Prozent der Rückkehrer in der Folgezeit die DDR.<sup>234</sup>

Im Fall der renommierten Spezialisten ist zu konstatieren, dass sie, sofern sie in der DDR blieben, durchaus einen Innovationsschub für den wissenschaftlichen Bereich leisteten. Sie übernahmen in der Regel Verantwortung in ihren Forschungen und übten auf ihrem jeweiligen Fachgebiet einen beachtlichen Einfluss aus.<sup>235</sup> Somit profitierten insbesondere wissenschaftliche Institutionen und Universitäten von der Rückkehr der deutschen Spezialisten aus der

---

<sup>229</sup> Vgl. ebd., S. 120.

<sup>230</sup> Vgl. Ciesla, Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR, S. 28.

<sup>231</sup> Ebd.

<sup>232</sup> Vgl. ebd.

<sup>233</sup> André Steiner verweist auf eine Liste, welche die Personen, die zwingend in der DDR verbleiben sollten, namentlich benannte. André Steiner, The Return of the German „Specialists“ from the Soviet Union to the German Democratic Republic, S. 124.

<sup>234</sup> Die Dunkelziffer liegt vermutlich höher. Als wahrscheinlich gilt, dass bis zum Bau der Mauer 1961 ca. 20 bis 30 Prozent der Spezialisten die DDR verließen. Vgl. Ciesla, Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR, S. 29.

<sup>235</sup> Vgl. Axel Dossmann, Geistige Reparationen. Zur „Beschlagnahme“ deutscher Wissenschaftler durch die Alliierten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.11.1996, S. 15; Tandler, Geplante Zukunft, S. 58.

Sowjetunion; der erhoffte Input für die Industrie variierte jedoch branchenspezifisch und blieb zumeist hinter den Erwartungen zurück.<sup>236</sup>

### III.2.2 Ossawakim – die geplante Deportation

Die Nutzung deutschen Know-hows durch die sowjetische Besatzungsmacht basierte auf einem auf „nachholenden Kompetenzerwerb ausgerichtete[n] Transferkonzept“,<sup>237</sup> das sich methodisch und konzeptionell von den der anderen Alliierten unterschied. Der Wissenstransfer intendierte zum einen die Rekonstruktion von technisch-militärischen Entwicklungen des nationalsozialistischen Deutschlands und zum anderen, dass sowjetische Fachleute in die Forschungs- und Fertigungsprozesse durch ihre deutschen Pendanten eingewiesen wurden. Als Ziel war ausgegeben, bestehende Defizite auszugleichen, um darauf aufbauend, die Projekte und Technologien durch die sowjetischen Fachleute ohne deutsche Hilfe fortzuführen bzw. weiterentwickeln zu können.<sup>238</sup> Um den angestrebten Transfer zu beschleunigen, die Rekonstruktion der Technologien zu koordinieren und Forschungsergebnisse zu optimieren, beließ die sowjetische Besatzungsmacht die Produktionsstätten mitsamt den deutschen Fachleuten vorerst in der SBZ, was den alliierten Vereinbarungen über die Demilitarisierung Deutschlands widersprach. Letztlich mündete diese Unvereinbarkeit 1946 in die Deportationsaktion „Ossawakim“, die rüstungsrelevante Industrien und Forschungen in die Sowjetunion verlagerte.

Christoph Mick benennt vier Stufen, um die sowjetische Politik zur Nutzung deutschen Know-hows in Form intellektueller Reparationen zu charakterisieren. Der erste Schritt ist mit dem ersten Kategorisierungstypus der Spezialisten gleichzusetzen. Er umfasst den Abtransport von „Laboreinrichtungen und Schlüsselwissenschaftler der Atomforschung“ in die Sowjetunion.<sup>239</sup> Die Formulierung Schlüsselwissenschaftler soll nicht marginalisieren, dass die Sowjets „mehrheitlich nicht zur Führungsgarde gehörende Physiker und Chemiker“ anwerben konnten.<sup>240</sup> Die Auswahl relevanter Wissenschaftler, die

---

<sup>236</sup> Burghard Ciesla exemplifiziert das Scheitern der hohen Erwartungen (beider Seiten) am Flugzeugbau in der DDR in den fünfziger Jahren. Ciesla, Die Transferfälle.

<sup>237</sup> Ciesla/Mick/Uhl, Rüstungsgesellschaft und Technologietransfer (1945 – 1958), S. 191.

<sup>238</sup> Vgl. ebd.

<sup>239</sup> Mick, Forschen für Stalin, S. 91.

<sup>240</sup> Heinemann-Grüder, Die sowjetische Atombombe, S. 24. Darunter befand sich auch der Dozent

rekrutiert werden sollten, erfolgte im Vorfeld der Suche und basierte auf der Auswertung einschlägiger Forschungsliteratur.<sup>241</sup> Die Mehrheit der Atomwissenschaftler entzogen die Sowjets den Instituten. So existierte zwischen den Institutsleitern Gustav Hertz, Heinz Pose<sup>242</sup>, Manfred von Ardenne und Peter Adolf Thiessen<sup>243</sup> zum Beispiel eine Vereinbarung, sich gegenüber den sowjetischen Einheiten füreinander einzusetzen.<sup>244</sup> Partiiell konnten Fachleute auch aus Kriegsgefangenlagern akquiriert werden.<sup>245</sup> Diese frühen Deportationen suggerieren vermeintlich, dass die Spezialisten freiwillig zustimmten, wie es offizielle Statements kolportierten. Diese Annahme kann nicht belegt werden, vielmehr dominierte im Fall der Atomwissenschaftler ein latenter Zwang, wie Pavel Oleynikov veranschaulicht:

„Could Nikolaus Riehl have slammed the door [...] when they came to take him [...]? He probably could have, but he must also have been aware of the consequences in the form of soldiers coming to arrest him, and all the trouble this could create for him and his family.“<sup>246</sup>

Motive für die Kooperation mit den sowjetischen Truppen gab es indes verschiedene. Vorrangig intendierten die führenden Wissenschaftler, ihre laufenden Projekte in möglichst unveränderten personeller Zusammensetzung fortzuführen, wobei sie partiell darauf spekulierten, dass ihr wissenschaftlicher Wert eine etwaige NS-Belastung in den Hintergrund rücken ließe.<sup>247</sup> Tatsächlich deportierten die Sowjets den Nationalsozialisten Peter Adolf Thiessen ebenso wie Gustav Hertz, der jüdischer Herkunft war.

Dieser offensichtliche Pragmatismus prägte auch die zweite Stufe der Nutzung deutschen Know-hows, in der sich die Sowjets bemühten, weitere deutsche Fachleute anzuwerben, darunter „selbst stark belastete frühere NSDAP-

---

Robert Döpel (Universität Leipzig). Heinz Pose, Gustav Hertz, Peter Adolf Thiessen wurden nach ihrer Rückkehr auch als Universitätsdozenten tätig.

<sup>241</sup> Vgl. ebd., S. 23.

<sup>242</sup> Heinz Pose (1905-1975), Kernphysiker. 1945 bis 1959 Spezialist in der Sowjetunion. Vor seiner Deportation gehörte er dem Lehrkörper der Universität Halle an, nach seiner Rückkehr lehrte er an der Technischen Hochschule in Dresden.

<sup>243</sup> Peter Adolf Thiessen (1899-1990), Chemikers. 1945 bis 1956 als Spezialist in der Sowjetunion, nach seiner Rückkehr war er als Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin tätig. Vgl. Heinemann-Grüder, Die sowjetische Atombombe, S. 24.

<sup>245</sup> Zu diesen Fachleuten gehörte auch der spätere Jenaer Professor Max Steenbeck, der in einem Kriegsgefangenlager aufgefunden und in die Sowjetunion gebracht wurde. Siehe Kapitel V.2.3.

<sup>246</sup> Oleynikow, German Scientists in the Soviet Atomic Project, S. 8.

<sup>247</sup> Als Beispiel ist hier Peter Adolf Thiessen zu nennen. Tatsächlich thematisierte lediglich die Humboldt-Universität Berlin bei seiner Berufung seine NS-Belastung, ohne dass diese weiter verfolgt wurde. Siehe Kapitel IV.3.3.

Mitglieder.“<sup>248</sup> Ein Fokus der sowjetischen Bemühungen richtete sich u.a. auf die Wissenschaftler und Techniker in der amerikanischen und britischen Zone und somit auch auf die aus Mitteldeutschland deportierten Fachleute. Die Versuche, diese Spezialisten für die SBZ zu gewinnen, provozierten zunehmend Spannungen unter den Alliierten. Konfrontiert mit dem Phänomen „Flucht in den Osten“ stellten in der Folge die angloamerikanischen Alliierten partiell ihre Politik in Frage, speziell im Bereich der Entnazifizierung und Lebensmittelversorgung.<sup>249</sup> „For less well-to-do Germans, working for the Russians was really a ‚flight from hunger‘.“<sup>250</sup> Kurt Magnus<sup>251</sup> schreibt in der Retrospektive von „märchenhaften Bedingungen“ wie „Sonderverpflegung, Wohnungen, hohe Gehälter“ und der Aussicht „Forschungsstätten, Entwicklungsbüros [und] Fertigungs- Erprobungseinrichtungen“ mit aufzubauen.<sup>252</sup> Die Skepsis, ob nicht auch die Sowjets anstrebten, analog der amerikanischen Programme deutsche Wissenschaftler in ihrem eigenen Territorium zu nutzen, zerstreuten entsprechend ausgearbeitete Arbeitsverträge. Diese legten einen deutschen Arbeitsort fest und gestatteten den Fachleuten ausdrücklich, im Fall einer Verlegung des Ortes zu kündigen.<sup>253</sup> Auf diese Offerten vertrauend, begannen die deutschen Fachleute bei der Anwerbung ihnen bekannter Wissenschaftler mitzuwirken: Kurt Magnus beispielsweise setzte sich für einen Zonenwechsels Werner Albrings<sup>254</sup> ein und kontaktierte ihn persönlich.<sup>255</sup> Im Wissen, wie verwurzelt die meisten Wissenschaftler in ihrem Lebens- und Arbeitsbereich waren, setzte die Sowjetische Besatzungsmacht bei Anwerbung und Beschäftigung deutscher Fachleute in der SBZ auf freiwillige Mitarbeit. Aus sowjetischer Sicht hemmte ein erzwungenes Engagement die Rentabilität „schöpferisch-kreativer Menschen“, zu denen die Wissenschaftler zählten.<sup>256</sup>

---

<sup>248</sup> Mick, *Forschen für Stalin*, S. 91.

<sup>249</sup> Vgl. Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 276.

<sup>250</sup> Oleynikow, *German Scientists in the Soviet Atomic Project*, S. 8.

<sup>251</sup> Kurt Magnus (1912-2003), technischer Mechaniker. Zwischen 1946 und 1952 war er als Spezialist in der Sowjetunion. Er verließ nach der Rückkehr die DDR.

<sup>252</sup> Magnus, *Raketensklaven*, S. 21. Vgl. auch Albring, *Gorodomlia*, S. 40.

<sup>253</sup> Vgl. Magnus, *Raketensklaven*, S. 24.

<sup>254</sup> Werner Albring (1914-2007), Aerodynamiker. 1946 bis 1952 war er als Spezialist in der Sowjetunion. Nach seiner Rückkehr übernahm er den Lehrstuhl für angewandte Strömungslehre an der Technischen Hochschule Dresden.

<sup>255</sup> Vgl. Albring, *Gorodomlia*, S. 38.

<sup>256</sup> Mick, *Forschen für Stalin*, S. 45.

Nach Abschluss der Anwerbungsphase forcierte die sowjetische Besatzungsmacht die Dokumentation und Rekonstruktion der Technologien. Dabei umfasste der Terminus Rekonstruktion, wie Kurt Magnus in seinen Erinnerungen ausführt, nicht allein die beschreibend-dokumentierende Darstellung, „sondern auch das Begründen [...] weshalb die Konstruktion gerade so und nicht anders gewählt worden ist.“<sup>257</sup> Darüber hinaus implizierten die Arbeitsaufträge, umfassende Arbeitsberichte zu erstellen und Auskünfte über Organisation, Berechnungen, Vorüberlegungen und erarbeitende Konzepte zu erteilen. Faktisch intendierten die Sowjets, sich Leitfäden, die auch die theoretischen Grundlagen umfassten, für die jeweilige Technik erstellen zu lassen, analog dem praktizierten Transferkonzept. In diesem Zusammenhang evident sind die Verbindungen zwischen Forschungen im angewandten Wissenschaftsbereich und den Aufträgen an den Universitäten. So führten die Dresdener Professoren Hellmut Frieser<sup>258</sup> und Walther Pauer<sup>259</sup> beispielsweise Forschungen im Auftrag des Zentralwerks in Bleicherode durch.<sup>260</sup> Die Zentralwerke Bleicherode gehörten zu den sogenannten Konstruktionsbüros (OKBs). Im Zuge der systematischen Aneignung deutschen Know-hows in den wichtigsten Industriezweigen (im Fall der Zentralwerke dem Raketenbau) waren die OKBs im August 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht errichtet und finanziell ausgestattet worden.<sup>261</sup> Sie fungierten zunächst als Konzentrationselement des technisch-wissenschaftlichen Potentials sowie als gesicherte Arbeitsstätten, um weitere Fachkräfte anwerben zu können. In ihrer bipolaren Organisation – neben deutschen Fachleuten arbeiteten sowjetische Spezialisten vor Ort; deutschen Verantwortlichen war eine sowjetische Leitung übergeordnet – spiegelten sie in praxi das Transferkonzept unter sowjetischer

---

<sup>257</sup> Magnus, Raketensklaven, S. 25.

<sup>258</sup> Hellmut Frieser (1901-1988), Photochemiker. 1946 bis 1952 als Spezialist in der Sowjetunion; davor arbeitete er als Direktor für wissenschaftlich Photographischen Instituts an der THD. Er verließ die DDR nach seiner Rückkehr.

<sup>259</sup> Walther Pauer (1887-1991), Wärmewirtschaftler. 1946 bis 1952 als Spezialist in der Sowjetunion; vor 1946 und nach 1952 war er als Dozent an der Technischen Hochschule Dresden tätig.

<sup>260</sup> Der Auftrag beschrieb die Entwicklung neuer Auswertungsgeräte und deren mathematische wie experimentelle Überprüfung auf Funktionalität (UA TUD, Rektorat 834, Bl. 5).

<sup>261</sup> Vgl. Mick, Forschen für Stalin, S. 47. Der Befehl „über die Organisation der Arbeiten zur Nutzung der deutschen Technik durch die Industrie der UdSSR“ datiert auf den 4.8.1945. Christoph Mick benannte eine Summe von 9,5 Millionen Mark, die für die Schaffung der OKBs zur Verfügung stand.

Führung wider.<sup>262</sup> Dem offiziellen Duktus folgend, beschreibt eine DDR-Publikation aus dem Jahr 1962 diese (Zusammen-)Arbeit deutscher Wissenschaftler beispielhaft am OKB Bleicherode:

„Gemeinsam mit den sowjetischen Wissenschaftlern arbeiten sie Entwicklungsprogramme aus und von der Arbeitsfreude der sowjetischen Kollegen angesteckt, beginnen Sie mit der Rekonstruktion der A4.“<sup>263</sup>

Insgesamt erhöhte sich die Zahl der deutschen Belegschaft, verteilt auf 201 Labors und Konstruktionsbüros, bis 1946 auf 8.350 Personen.<sup>264</sup> Die OKBs bildeten somit die strukturelle Grundlage für die Deportation der Wissenschaftler. Ihr Handeln und ihre Handlungsspielräume zu koordinieren gelang indes nicht gänzlich, weil sie zu viele Interessensgruppen – analog den unter III.2.1 dargestellten Strukturen – auf sich vereinten. Tatsächlich beschleunigte diese heterogene Struktur, in der insbesondere die einzelnen Branchenministerien ihre Interessen vorantrieben, die Verlagerung rüstungsrelevanter Forschungen inklusive der deutschen Mitarbeiter in die Sowjetunion. So forderten einerseits die Branchenministerien in der Sowjetunion ihre sowjetischen Fachleute aus der SBZ zurück, weil sie diese nicht langfristig entbehren konnten. Gleichzeitig bemängelten die Dependancen der Branchenministerien in der SBZ, dass die Anzahl der sowjetischen Fachleute zu gering sei, um den Transfer umfassend und zügig abzuwickeln. Als Lösung für diesen Interessenskonflikt bot sich die Verlagerung der OKBs in die Sowjetunion an.<sup>265</sup> Amerikanische Beobachter werteten die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz in die Sowjetunion indes als Reaktion der Sowjets auf die Befürchtung, die OKBs könnten „im Rahmen einer Viermächteinspektion unter die Lupe genommen werden“<sup>266</sup>. Demnach erfolgten die Deportationen, um eine mögliche Anklage zu vermeiden, auch wenn das Vorgehen einen Imageschaden verursachen könnte.<sup>267</sup> Angesichts der eigenen Praxis, intellektuellen Reparationen für sich zu beanspruchen,

---

<sup>262</sup> Vgl. ebd., S. 47; Karlsch/Ciesla, Vom ‚Kathargo-Frieden‘ zum Besatzungspragmatismus, S. 82. Sie werten die OKBs als „neues Element der sowjetischen Reparationspolitik“ mit dem „der deutsche Technologievorsprung für den Transfer in die Sowjetunion vorbereitet wurde.“

<sup>263</sup> Hardt, Geheimnisse um Raketen, S. 55.

<sup>264</sup> Mick, Forschen für Stalin, S. 47.

<sup>265</sup> Vgl. ebd., S. 80.

<sup>266</sup> So schrieb es der Berater der amerikanischen Militärregierung, Robert Murphy an James Francis Byrnes, Außenminister der USA, am 26.10.1946. Zitiert nach Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 283 f.

<sup>267</sup> Ebd., S. 284. Auch dies ist eine Einschätzung Robert Murphys.



evozierte die Debatte nach der Deportation deutscher Spezialisten in die Sowjetunion im Alliierten Kontrollrat das Patt unter den Alliierten, so dass „dies keine weiteren Folgen für das Verhältnis zur Sowjetunion“ hatte.<sup>268</sup>

Fest steht, die Planungen für die vierte Phase der Nutzung deutschen Know-hows, sprich der Deportation der Wissenschaftler und Techniker begannen bereits im Frühjahr 1946. So thematisierte der Ministerrat seit April in diversen geheimen Verordnungen, einzelne Branchen zu transferieren. Selbst die sowjetischen Leitungen der betroffenen OKBs, die die Spezialisten selektieren und listen sollten, erfuhren erst wenige Wochen vor der geplanten Umsetzung von den Plänen.<sup>269</sup> Die Planungen der Aktion oblagen Malenkow, die Durchführung und Leitung dem stellvertretenden Innenminister und stellvertretenden Leiter der SMAD Serow. Die SMAD als Institution war hingegen nur partiell über und in die Aktion involviert.<sup>270</sup>

Schließlich erfolgte die sorgfältig geplante und in der gesamten SBZ simultan ablaufende Aktion „Ossawakim“<sup>271</sup> am 22. Oktober 1946, in deren Verlauf rund 2.300 Spezialisten mitsamt ihren Familien in die Sowjetunion deportiert wurden.<sup>272</sup> Der synchrone Zugriff an verschiedenen Orten der SBZ sowie die infrastrukturelle Vorbereitung – Züge standen bereit, Bahntrassen wurden freigehalten, sowjetische Soldaten übermittelten fortlaufend Informationen – verhinderten etwaige Fluchtversuche.<sup>273</sup>

„Wir müssen Ihnen mitteilen“, so fängt der Sowjetmensch [...] an, „daß das sowjetische Ministerium für Bewaffnung angeordnet hat, die Zentralwerke [OKB Bleicherode, Anm. d. Aut.] in die Sowjetunion zu verlegen, Die Fachkräfte des Werkes, also auch Sie, werden deshalb in den nächsten Jahren in der Sowjetunion arbeiten. Die Abreise beginnt noch heute“.<sup>274</sup>

---

<sup>268</sup> Vgl. ebd., S. 284; Mick, *Forschen für Stalin*, S. 86.

<sup>269</sup> Vgl. ebd., S. 83.

<sup>270</sup> Vgl. ebd., S. 82 f. Mick verweist darauf, dass der Abteilung für Arbeitskräfte bei der SMAD selbst neun Monate nach Ossawakim keine Aufstellung der Spezialisten vorlag.

<sup>271</sup> Ossawakim bezeichnet an sich die sowjetischen Jugend- und Massenorganisation zur Förderung des Militärs. Vgl. Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 277. Laut Christoph Mick taucht dieser Codename nur in der Sprache der britischen und amerikanischen Geheimdienste auf. In den russischen Akten ist er nicht zu belegen. Vgl. Mick, *Forschen für Stalin*, S. 82.

<sup>272</sup> Sowohl Mick als auch Naimark verweisen bei der Festlegung des Termins auf die Landtagswahlen in der SBZ am 20.10.1946, die von der Aktion unberührt bleiben sollten. Vgl. ebd., S. 83; Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 283.

<sup>273</sup> Vgl. Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, *Die Spezialisten*, S. 39.

<sup>274</sup> Magnus, *Raketensklaven*, S. 38.

Mit dieser Aufforderung sah sich Kurt Magnus in den frühen Morgenstunden des 22. Oktobers 1946 konfrontiert. Seine Proteste, er hätte laut Arbeitsvertrag im Fall eines Transfers der Arbeitsstätte das Recht zu kündigen, wurden ignoriert bzw. mit der Aussage „Sie werden sein Gast in der Sowjetunion“ ad acta gelegt.<sup>275</sup> In der Regel erhielten die Spezialisten die Aufforderung abzureisen und dabei ihre Familien mitzunehmen zwischen drei und fünf Uhr morgens. Die zweite Anweisung stand konträr zum Vorgehen der Amerikaner und Briten, die beim Transfer der Spezialisten in die USA oder nach Großbritannien die Begleitung der Familien nicht vorgesehen hatten. Allerdings führten die Sowjets den humanitären Aspekt ihres Handelns ad absurdum, indem sie die Anweisung überformalisiert wie pedantisch auslegten und letztlich die Mitnahme der Familienangehörigen erzwangen: They „left no place for freedom of choice.“<sup>276</sup> Um die Einhaltung des Plans zu gewährleisten, boten die sowjetischen Soldaten zum Beispiel ledigen Spezialisten an, eine weibliche Begleitung ihrer Wahl zu bestimmen. Darüber hinaus nahmen sie in Einzelfällen auch Personen des gleichen Namens anstelle mit, wenn der vorgesehene Spezialist für sie nicht greifbar war.<sup>277</sup> Auch das Verpacken des persönlichen Besitzes und das Verladen der Möbel initiierten und übernahmen sowjetische Soldaten. Sie überwachten ferner, wie die Spezialisten mit ihrem Besitz von der Wohnung zum Bahnhof befördert wurden: Die Spezialisten „saßen [nach eigenem Empfinden] in der Falle“<sup>278</sup> bzw. für den mehrtätigen Transport (der bis zu drei Wochen dauern konnte) in einem „rollenden Käfig.“<sup>279</sup> Die Verbringung erwies sich bei einer ausreichenden Lebensmittelversorgung und regelmäßigen Fahrtunterbrechungen als gut organisiert. Abgeschlossene Abteile, verriegelte Züge sowie die permanente Überwachung belegten jedoch den Zwangscharakter der Reise.<sup>280</sup> Proteste der Spezialisten, die sich bei Halt der Züge untereinander austauschen konnten, blieben unbeachtet. Ohnehin verhinderten heterogene Formulierungen und Forderungen eine einheitliche

---

<sup>275</sup> Vgl. ebd., S. 39.

<sup>276</sup> Oleynikow, *German Scientists in the Soviet Atomic Project*, S. 8.

<sup>277</sup> Vgl. Magnus, *Raketensklaven*, S. 40.

<sup>278</sup> Ebd., S. 42.

<sup>279</sup> Ebd., S. 17.

<sup>280</sup> Vgl. ebd., S. 18.

Argumentation der Spezialisten.<sup>281</sup> Die Frage, ob und wann es eine Rückkehr für sie geben würde, einte sie.<sup>282</sup>

### III.2.3 Deutsche Spezialisten in der Sowjetunion<sup>283</sup>

Obgleich von offizieller Seite keine Statements zur Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz im Oktober 1946 vorgesehen waren, erforderten es Gerüchte im Umfeld der großflächigen Aktion, die Ereignisse im Sinne der sowjetischen Linie durch Organe der SED einzuordnen.<sup>284</sup> So kommentierte der Präsident der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialsorge, um Presse und Rundfunk eine Vorlage zu geben, dass die Aktion sich mit dem amerikanischen Handeln in Mitteldeutschland decken würde. Zudem wäre es „fast mit Verständlichkeit“ anzunehmen, dass sich die Spezialisten, auf ihren wissenschaftlichen Wert berufend, mit dem Wechsel in die Sowjetunion eine Verbesserung der Lebensumstände erhofften.<sup>285</sup> Daher hätten sie freiwillig entsprechende Verträge abgeschlossen, die nachdem sie erfüllt würden, die „freie und ungehinderte Rückkehr nach Deutschland“ sowie in der Zeit davor (Heimat-) Urlaube vorsähen.<sup>286</sup> Die Stellungnahme schließt mit dem Verweis auf die zu erwartende Korrespondenz der Spezialisten mit ihren Angehörigen, die jedweden Zweifel an Ossawakim und den offiziellen Aussagen ausräumen würden.<sup>287</sup>

Die Spezialisten hingegen widersprachen der offiziellen Argumentation. Dabei wehrten sie sich auch gegen Darstellungen der Presse, die partiell Briefe und

---

<sup>281</sup> So setzten die Angehörigen der Zentralwerke auf der Fahrt ein zehnsseitiges Schreiben auf, das von Helmut Gröttrup, dem deutschen Generaldirektor, unterzeichnet wurde. Ein Konsens über die verschiedenen Argumente und Verhaltensoptionen erwies sich jedoch als schwierig. Vgl. ebd., S. 49 f.; Mick, *Forschen für Stalin*, S. 85.

<sup>282</sup> Vgl. Albring, *Gorodomlia*, S. 76; Magnus, *Raketensklaven*, S. 51.

<sup>283</sup> Die Darstellung orientiert sich dabei weitgehend an den zeitgenössischen Briefen des Dresdener Spezialisten und Universitätsprofessors Walther Pauer, die sich im Besitz des Universitätsarchivs der Technischen Universität Dresden befinden. Sie thematisieren diverse Aspekte der Lebens- und Arbeitswelt der Spezialisten und umfassen nahezu den gesamten Zeitraum seines Aufenthalts in der Sowjetunion. Prinzipiell ist zu berücksichtigen, dass der Postverkehr der Spezialisten in die SBZ/DDR, der seit 1947 möglich war, der Zensur unterlag. Dennoch vermitteln die Briefe ein konkretes, scheinbar nahezu ungefiltertes Bild, wie es auch durch die retrospektiv verfassten Autobiographien der Spezialisten oder durch die Forschung gestützt und skizziert wird. Die Analyse der Akten lieferte hinsichtlich dieses Aspekts kaum oder keine Hinweise.

<sup>284</sup> Vgl. Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 285; Koop, *Besetzt*, S. 73.

<sup>285</sup> Artikel des Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge vom 3.11.1946 (BArch, DQ 2, Nr. 142, Bl. 10-12, hier Bl. 12).

<sup>286</sup> Artikel vom 3.11.1946 (ebd., Bl. 10 f).

<sup>287</sup> Artikel vom 3.11.1946 (ebd., Bl. 12).

durch Auswahl und Interpretation einzelner Passagen die ursprüngliche Aussage der Briefe verfälschte.<sup>288</sup> „Trotz der in Deutschland gegebenen Zusicherungen und entgegen der dort verbreiteten Nachrichten hat niemand von uns einen Vertrag. Wir sind ‚Gäste der Sowjetunion‘ ohne irgendwelche Rechte, auf vollkommen unbestimmte Zeit.“<sup>289</sup>

Die ersten Informationen, über die Situation der Spezialisten belegen, dass scheinbar geordnete Verhältnisse in der Sowjetunion existierten, wie sie bereits für den Transport festzustellen waren: „Sind alle gesund und munter und es geht ihnen gut. Auch Verpflegung sehr gut. Sachen sind auch gut angekommen.“<sup>290</sup>

Christoph Mick verweist in diesem Zusammenhang auf die Vorbereitungen, die eigentlich zu kurzfristig initiiert, der Ankunft der Spezialisten vorausgingen. So stand in der Nähe der vorgesehen Arbeitsstätten nur begrenzter Wohnraum zur Verfügung. Daher errichteten die Sowjets eigens für die Spezialisten Wohnhäuser, räumten Werkwohnungen oder stellten frühere Sanatorien als Unterkünfte bereit. Einrichtungsgegenstände wie Möbel, Geschirr oder Matratzen sollten ebenfalls vor Ort vorhanden sein. Finanziert wurde die Basisausstattung vom Ministerrat, der die Gelder den zuständigen Branchenministerien zuwies.<sup>291</sup>

Obwohl die Deportation der deutschen Fachleute an sich branchenspezifisch in den in bereits in der SBZ formierten wissenschaftlichen Kollektiven erfolgte,<sup>292</sup> bedeute dies nicht zwingend, dass die Gruppen zusammen blieben.<sup>293</sup> Tatsächlich verlagerten die Sowjets einzelne Kollektive in der Zeit ihres Aufenthalts und variierten auf diese Weise die Konzentration der Spezialisten je nach Qualifikation und Nutzen – und auch die Wohnsituation. „Unsere Kolonie vergrößert sich immer mehr, allmählich wird der Wohnraum sehr knapp [...] in kleineren Familien geht es sehr eng zu.“<sup>294</sup> Zudem differierte die

---

<sup>288</sup> „Es werden Auszüge aus unseren Briefen in der Presse veröffentlicht, die unsere Lage vollkommen entstellt wiedergeben und den Anschein erwecken, wir hätten Deutschland verlassen, um uns hier bessere Lebensbedingungen zu sichern.“ Brief Walther Pauers vom 8.8.1947 (UA TUD, Nachlass Prof. Berndt, Signatur 4, Bl. 28).

<sup>289</sup> Brief Pauers vom 08.08.1947 (ebd.).

<sup>290</sup> Schreiben einer Angehörigen Norbert Elsners, der als Assistent Pauers ebenfalls deportiert wurde, an seine frühere Hauswirtin vom 12.12.1946 (ebd., Bl. 33).

<sup>291</sup> Vgl. Mick, *Forschen für Stalin*, S. 129-131.

<sup>292</sup> Vgl. Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, *Die Spezialisten*, S. 175.

<sup>293</sup> Vgl. Magnus, *Raketensklaven*, S. 54.

<sup>294</sup> Brief Walther Pauers vom 25.3.1948 (UA TUD, Nachlass Prof. Berndt, Signatur 4, Bl. 23).

Versorgungssituation, – die Atomwissenschaftler waren per se am besten gestellt<sup>295</sup> – jedoch ohne eine prinzipiell umfassende Notlage zu gerieren.

„Obwohl die Ernährungsverhältnisse in den letzten Monaten erheblich schlechter geworden sind, stehen sich doch die Spezialisten und kleinen Familien noch gut, sofern die zustehenden Produkte einigermaßen regelmäßig und vollständig geliefert werden, was in Moskau der Fall ist, während das hier immer mangelhafter wird.“<sup>296</sup>

Die Lebensmittelversorgung schwankte ferner saisonal bedingt:

„Wir haben erheblichen Winterspeck angesetzt, denn die Ernährung hat sich in den letzten Monaten erheblich verbessert. Einzelne Dinge wie Brot gibt es jetzt praktisch frei, andere werden kopfweise verteilt, manche gibt es gar nicht, die Lage ändert sich eigentlich von Tag zu Tag, aber gehungert haben wir wirklich nie.“<sup>297</sup>

Dagegen veränderten sich nur allmählich die Bedingungen, um Kleidung, insbesondere Winterkleidung, zu erwerben.<sup>298</sup> Grundlegende Schwankungen wies zudem die Stromversorgung auf, die insbesondere in den Abendstunden wiederholten Störungen bzw. Unterbrechungen unterlag.<sup>299</sup> Neben diesen praktischen, lebensnahen Schwierigkeiten offenbart vor allem das Ringen um die schulische Ausbildung der Spezialistenkinder die Unzulänglichkeiten der sowjetischen Planungen, die in diesem Fall nicht existierten. In Eigeninitiative installierten die Spezialisten daher einen provisorischen Unterricht in deutscher Sprache, wofür sie u.a. auch die Lehrmaterialien aus eigenen Bücherbeständen zusammenstellten.<sup>300</sup> Der Schulunterricht für die Kinder wurde später durch die sowjetischen Behörden fortgeführt und ausgebaut.<sup>301</sup> Als ungeklärt schlossen sich die fehlenden beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten an, bedingt

---

<sup>295</sup> Matthias Uhl konstatiert, dass die priorisierten Raketenspezialisten neben den Atomwissenschaftlern am besten versorgt wurden. Vgl. Uhl, Stalins V2, S. 165.

<sup>296</sup> Brief Walther Pauers vom 8.8.1947 (UA TUD, Nachlass Prof. Berndt, Signatur 4, Bl. 23).

<sup>297</sup> Brief vom 28.3.1948 (ebd.). Zwischen diesem und dem vorigen Schreiben liegt somit ein halbes Jahr.

<sup>298</sup> „Wesentlich schwieriger ist die Versorgung mit Textilien, die knapp und sehr teuer sind.“ Brief vom 28.3.1948 (ebd.).

<sup>299</sup> „Und wenn man sich abends hinsetzt, so geht mit Sicherheit nach den ersten Sätzen das Licht aus.“ Brief vom 28.12.1947 (ebd., Bl. 26).

<sup>300</sup> In einem ironischen Brief an den Brockhaus Verlag bedankt sich Walther Pauer für die 21 Brockhausbände, die er mit in die Sowjetunion genommen hatte und betonte, dass sie als Lehrmaterial für seine Kinder und in der Schule eine wichtige Rolle gespielt hätten. Brief vom 29.3.1948 (ebd., Bl. 25).

<sup>301</sup> „Der Schulbetrieb wird jetzt von russischer Seite sehr gefördert, doch wird die große Mehrzahl der Stunden von deutschen Spezialisten und deren Angehörigen gegeben.“ Brief vom 27.3.1948 (ebd., Bl. 23).

durch die gemischte Altersstruktur der deutschen Wissenschaftler und ihrer Familien.<sup>302</sup>

Motivation zogen die Spezialisten aus den sozialen Kontakten innerhalb ihrer Gruppe und den postalischen Schriftwechseln nach Deutschland. Letztgenannte funktionierten nicht immer reibungslos. Lange Zustellfristen von partiell bis zu drei Monaten und die Zensur beschränkten nicht allein den privaten, sondern ebenso den wissenschaftlichen Austausch.<sup>303</sup> Auch der Empfang deutscher Radiosender ließ „die Verbindung mit der Heimat enger“ werden.<sup>304</sup> Insbesondere belastete sie ihre persönliche Unfreiheit.<sup>305</sup> Die Erfahrung „daß man in keiner Richtung Herr seiner Entschlüsse ist“, beschränkte ihren persönlichen Raum zusätzlich zu der ohnehin praktizierten Abschirmung der deutschen Fachleute in der Sowjetunion. Kontakte zur einheimischen Bevölkerung waren nicht intendiert und wurden erschwert durch die bestehende Sprachbarriere. Selbst auf der wissenschaftlichen Ebene „an die Stelle der früheren Kooperation strenge Isolation.“<sup>306</sup> So erhielten die Spezialisten, konträr zu den Bedingungen in der SBZ, nur marginal Zugang zur eigentlichen „Versuchsfertigung.“<sup>307</sup> Außerdem beschränkte sich der wissenschaftliche Austausch zwischen sowjetischen und deutschen Fachleuten auf ein Minimum. Eine kollegial-paritätische Zusammenarbeit existierte in der Praxis nicht. Wirken und Funktion reduzierten sich auf die Rolle „als Ideengeber für theoretische Projekte und Berechnungen“<sup>308</sup>, ohne die praktische Realisierung ihrer Ergebnisse beeinflussen zu können. So charakterisierte ein Spezialist den „Wirkungsgrad“ seiner Arbeit als „bedauerlich gering.“<sup>309</sup> Auch der fehlende Zugang zu Fachliteratur, die „Schwierigkeiten der Verständigung

---

<sup>302</sup> Brief vom 2.5.1951 (ebd., Bl. 20).

<sup>303</sup> „Hoffentlich erreicht auch dieser Brief sein Ziel, im allgemeinen hat sich die Beförderungsdauer und Sicherheit verbessert, aber es gehen leider immer noch sehr viele Briefe besonders an dienstliche Stellen verloren.“ Brief vom 2.5.1951 (ebd.). Walther Pauer kritisierte in seinen Briefen die offensichtlich erschwerte Kommunikation mit seinen Verwandten, die in den westlichen Zonen und der späteren Bundesrepublik lebten. Brief vom 21.6.1947 (ebd., Bl. 21). Eine ähnliche Einschätzung gibt Magnus, Raketensklaven, S. 233.

<sup>304</sup> Brief Walther Pauer vom 26.10.1947 (UA TUD, Nachlass Prof. Berndt, Signatur 4, unpaginiert).

<sup>305</sup> Brief vom 27.3.1948: „Am meisten fällt die immer stärkere Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf die Nerven, selbst der Verkehr auf den Markt in Ostaschkow ist so gut wie aufgehoben, obwohl kein Grund dafür vorliegt.“ (Ebd., Bl. 23).

<sup>306</sup> Uhl, Stalins V2, S. 136.

<sup>307</sup> Ebd.

<sup>308</sup> Ebd., S. 139.

<sup>309</sup> Brief der Ehefrau Ernst Lübckes über seine Sichtweise der Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion, die er ihr schriftlich mitgeteilt hatte, vom 13.8.1947 (UAR, PA Ernst Lübcke, Bl. 45).

und viele hinderliche Faktoren organisatorischer Art“ stützten diese Einschätzung.<sup>310</sup> Die vage Formulierung impliziert auch die „Ineffizienz und Funktionsdefizite des Plansystems.“<sup>311</sup> Die rigide Zeitbegrenzung, utopische Planziele oder der erhöhte bürokratische Aufwand behinderten sie anfänglich in ihrer gewohnten Arbeitsweise, was die Effektivität ihres Einsatzes für die sowjetischen Stellen jedoch nicht minderte.<sup>312</sup> De facto lässt sich der Einfluss deutscher Fachleute und Wissenschaftler für die sowjetischen Entwicklungen im technologischen Bereich kaum ermessen. Es ist angesichts des Transferkonzeptes jedoch anzunehmen, dass sie in der eigentlichen Fertigung und Umsetzung keine bzw. eine marginale Rolle spielten. Vielmehr beschleunigten sie Prozesse, welche die Sowjets auch eigenverantwortlich hätten umsetzen können.<sup>313</sup> Denn, „die für die UdSSR typische Vorgehensweise [...] verhinderte im Unterschied zu den USA eine weitgehende Integration der deutschen Wissenschaftler und Technikspezialisten in die sowjetischen Forschungsstrukturen.“<sup>314</sup>

Die intendierte Abschöpfung des theoretischen Potentials der Spezialisten endete zumeist nach drei bis vier Jahren und wechselte in die Abkühlungsphase, welche die deutschen Spezialisten aus den sowjetischen Forschungsstrukturen verdrängte. Letztlich ist davon auszugehen, dass sie von Wissenschaft und Forschung abgeschottet wurden. Selbst der rudimentäre Wissensaustausch zu Beginn des Aufenthalts ließ sie nunmehr resignieren und frustrierte sie: „Über meine beruflichen Freuden möchte ich lieber nicht schreiben, keine Antwort ist auch eine.“<sup>315</sup> Mit der einsetzenden Abkühlungsphase intensivierte sich diese negative Beurteilung der Situation: „Denn ich weiß es aus den Erfahrungen der letzten Jahre wie zermürend der Mangel einer solchen [befriedigenden Tätigkeit] ist, besonders wenn dazu eine vollkommene persönliche Unfreiheit dazukommt.“<sup>316</sup>

---

<sup>310</sup> Ebd.

<sup>311</sup> Mick, Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsforschung nach 1945, S. 379.

<sup>312</sup> Ebd. S. 379.

<sup>313</sup> So schätzte Nikolaus Riehl, selbst ein hochrangiger deutscher Spezialist im sowjetischen Atomprojekt ein: „The Soviets would have achieved their goals one or most two years later without the Germans.“ Riehl/Seitz (Hg.), *Stalins Captive*, S. 172.

<sup>314</sup> Ciesla/Mick/Uhl, *Rüstungsgesellschaft und Technologietransfer (1945 – 1948)*, S. 191.

<sup>315</sup> Brief Walther Pauers vom 20.6.1948 (UA TUD, Nachlass Prof. Berndt, Signatur 4, Bl. 20).

<sup>316</sup> Brief vom 2.5.1951 (ebd.).

Ihre wissenschaftliche und soziale Isolation suchten die Spezialisten zu kompensieren, indem sie aktiv ihre Freizeit gestalteten.<sup>317</sup> Obgleich der Zusammenhalt der Gruppe untereinander prinzipiell funktionierte,<sup>318</sup> provozierte der begrenzte Bewegungsraum und die erzwungene Unproduktivität sukzessive Spannungen und Konflikte, die mit der fortschreitenden Dauer des Aufenthaltes zunahmen. Möglichkeiten zur Entspannung außerhalb des Kollektivs, wie zum Beispiel einen räumlich separaten Urlaub innerhalb der sowjetischen Grenzen zu verbringen, existierten nicht. Das Warten darauf verschlechterte vielmehr die ohnehin angespannte psychische Konstitution.<sup>319</sup> De facto stellten Ungewissheit, Perspektivlosigkeit und (Handlungs-) Unfreiheit die größte psychische Belastung für die Spezialisten dar, woran auch Briefwechsel und Freizeitaktivitäten nichts änderten.

„Aber man kennt auf dem verfügbaren Gelände, das etwa die Größe des Großen Gartens in Dresden hat, allmählich jeden Weg und Steg, jeden Baum und Strauch und jeder Blick in die Ferne geht durch schwedische Gardinen. Außerdem kennt man jeden seiner lieben Mitmenschen in- und auswendig und die Anhäufung von Wesen, die alle mit den gleichen Unlustgefühlen geladen sind, wird auf die Dauer immer schwerer erträglich.“<sup>320</sup>

Heimweh blieb das dominierende Moment in Form steter Zweifel, ob bzw. wann eine Rückkehr möglich war. Im August 1951 beendete der Ministerrat der UdSSR per Direktive die weitere Mitarbeit deutscher Spezialisten an rüstungsrelevanten Forschungen „mit geheimen und Verteidigungscharakter.“<sup>321</sup>

Während die Spezialisten versuchten, den Rückkehrprozess bei den zuständigen Stellen zu beschleunigen, verfestigte sich ihr Eindruck, dass „die Widerstände gegen eine Rückkehr immer größer werden.“<sup>322</sup> Die sowjetischen Bestrebungen verliefen entgegengesetzt, wollte man einen denkbaren direkten

---

<sup>317</sup> Vgl. Brief vom 27.3.1948 (ebd., Bl. 23).

<sup>318</sup> Als Beispiel sei hier auf die in Eigeninitiative erfolgte Einrichtung sogenannter Hilfskassen verwiesen, die finanziell schlechter gestellte Spezialistenfamilien unterstützte. Vgl. Christoph Mick, Nur das Fachwissen zählte. Die Verschleppung deutscher Wissenschaftler und Techniker in die Sowjetunion vor fünfzig Jahren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.10.1996.

<sup>319</sup> „Im übrigen warte ich auf den lange fälligen Urlaub, der aber immer wieder verschoben wird.“ Brief Walther Pauers vom 28.12.1947 (UA TUD, Nachlass Prof. Berndt, Signatur 4, Bl. 20).

<sup>320</sup> Brief vom 2.5.1951 (ebd.).

<sup>321</sup> Vgl. Uhl, Stalins V2, S. 168.

<sup>322</sup> Brief Walther Pauers vom 2.5.1951 (UA TUD, Nachlass Prof. Berndt, Signatur 4, Bl. 20).



bzw. indirekten Transfer relevanter Informationen in die Bundesrepublik bzw. die USA nach der Rückführung der deutschen Fachleute minimieren bzw. vermeiden. Im Fall hochrangiger Wissenschaftler oder Personen, bei denen aus politischen Gründen heraus eine Flucht in die Bundesrepublik als sicher galt, verlängerten die sowjetischen Stellen den Aufenthalt und somit die Abkühlungsphase maßgeblich.<sup>323</sup> Für die Mehrheit der Spezialisten war ein konsequent strukturiertes Vorgehen der sowjetischen Seite hinsichtlich ihrer Rückkehr nicht erkennbar: „Natürlich ist es auch möglich, dass von heute auf morgen sich eine veränderte Einstellung durchsetzt und an diesen Strohhalm klammert man sich immer noch.“<sup>324</sup>

### III.2.4 Rückkehr und Re-Integration in der DDR

Obgleich für die Spezialisten selbst kaum wahrnehmbar, veränderten sich seit 1950 tatsächlich die Rahmenbedingungen für ihre Rückführung in die DDR und ließen den „Strohhalm“ realer werden. Im Vorfeld begannen die offiziellen Stellen der DDR Anweisungen und Regelungen zu treffen, die eine Re-Integration in die ostdeutsche Industrie, Wirtschaft und Wissenschaft erleichtern und „die Betreuung der [...] außerordentlich wichtigen Spezialisten in jeder Weise [...] sichern“ sollten.<sup>325</sup>

Entsprechende Direktiven verpflichteten die Gemeinden beispielsweise die früheren Wohnungen für die Ankunft bereit zu stellen bzw. vergleichbaren Wohnraum anzubieten.<sup>326</sup> Allein diese vermeintlich simple Anordnung führte in der praktischen Umsetzung zu Missverständnissen, denn nunmehr waren „in vielen Fällen für jeden Spezialisten 2 Wohnungen vorhanden.“<sup>327</sup> Einerseits wurden den Spezialisten Wohnungen an potenziellen, zukünftigen Arbeitsorten reserviert, zum anderen die „Wohnungen frei gemacht, die die Spezialisten vor ihrer Abreise inne“ hatten.<sup>328</sup> Die Deckungsgleichheit war indes nicht gewährleistet, da frühere Arbeitsplätze nicht mehr existierten. Zudem erfolgte die Freistellung der Unterkünfte hektisch und ohne dass die Gemeinden einen

---

<sup>323</sup> Vgl. Uhl, Stalins V2, S. 168.

<sup>324</sup> Brief Walther Pauers vom 2.5.1951 (UA TUD, Nachlass Prof. Berndt, Signatur 4, Bl. 20).

<sup>325</sup> Undatierte Anweisung der Landesstelle an alle Kreisstellen, betr. aus der Sowjet-Union heimkehrende Spezialisten (BArch, DC 3, Nr. 25, Bl. 37).

<sup>326</sup> Vgl. undatierte Anweisung (ebd.).

<sup>327</sup> Undatierte Aktennotiz betreffs der Wohnungsbereitstellung für die zu erwartenden Spezialisten (BArch, DO 1, Nr. 8414, unpaginiert).

<sup>328</sup> Undatierte Aktennotiz (ebd.).

exakten Rückkehrtermin kannten.<sup>329</sup> Je mehr sich die Transporte verzögerten, desto mehr verlängerte sich die Zeit des Wohnungsleerstands, was „zu entsprechenden Missfallenskundgebungen der wohnungssuchenden Bevölkerung“ führte.<sup>330</sup> Partiiell kollidierte die Zuteilung der Wohnungen auch mit den Interessen der zurückkehrenden Spezialisten, wie im Fall Werner Holzmüllers.<sup>331</sup> Holzmüller wurde zwar von Berlin aus in die Sowjetunion deportiert, wünschte aber in Leipzig re-integriert zu werden, wo die Familie ein Haus besaß. Als seine Familie, die ohne ihn aus der Sowjetunion bereits 1950 zurückkehrte, das Haus beziehen wollte, war dieses vermietet. Die offiziellen Stellen zeigten sich machtlos, da „Zwangmaßnahmen in diesem Fall nicht angewendet werden“ konnten.<sup>332</sup> Der Konflikt, bei dem auch Werner Holzmüller von der Sowjetunion aus mehrfach intervenierte, konnte allerdings relativ zügig mit dem Einzug der Familie Holzmüller in ihr Leipziger Haus zur „vollsten Zufriedenheit“ des Spezialisten gelöst werden.<sup>333</sup>

Darüber hinaus äußerten die zurückkehrenden Fachleute, die sich ihres Status als Spezialisten durchaus bewusst waren, eigene, teils anmaßend erscheinende Wohnungswünsche. So erhoffte sich ein Spezialist, dass um „unnötige Laufereien zu vermeiden und einen reibungslosen Einzug zu gewährleisten“, für ihn und seine Familie eine geeignet erscheinenden Wohnung bereit gestellt werden würde.<sup>334</sup> Andere sorgten sich, dass die „besten“ Wohnungen bei ihrer Ankunft bereits vergeben sein könnten und informierten die städtischen Stellen präventiv, wie sie sich ihre zukünftige Unterkunft vorstellten: „Hauptfront nicht nach Norden, in der Nähe des Bahnhofs“ oder „auch Einfamilienhaus, Bad Bedingung, Balkon erwünscht“ sowie „eigene Garage [...], mindestens unmittelbare Nähe einer Großgarage.“<sup>335</sup>

---

<sup>329</sup> Vgl. undatierte Aktennotiz (ebd.).

<sup>330</sup> Undatierte Aktennotiz (ebd.).

<sup>331</sup> Werner Holzmüller (1912-2011), Physiker. Von 1946 bis 1952 war er als Spezialist in der Sowjetunion, nach seiner Rückkehr Professor am Physikalischen Institut der Universität Leipzig.

<sup>332</sup> BArch, DO 1, Nr. 9544, unpaginiert.

<sup>333</sup> Vgl. Schreiben des Ministeriums des Innern des Landes Sachsen vom 18.1.1951 (ebd.); Schreiben Werner Holzmüllers vom 10.2.1951, sowie vom 25.2.1951 (ebd.).

<sup>334</sup> Schreiben eines Spezialisten an die Oberbürgermeisterin der Stadt Dessau vom 28.1.1953 (BArch, DO 1, Nr. 8417, unpaginiert).

<sup>335</sup> Schreiben eines Spezialisten aus der Sowjetunion an den Rat der Stadt Dessau vom 29.1.1953 (ebd.).

Im Fall der namhaften Spezialisten erschien es besonders dringlich, ihre Wünsche zu erfüllen, sollte ihr möglicher Weggang in die Bundesrepublik nicht in mangelnder Betreuung oder Versorgung begründet liegen. Bei ihnen legten die offiziellen Stellen besonderes Augenmerk auf einen frühzeitigen Auszug der bisherigen Mieter aus den vorgesehenen Wohnungen und Häusern. Diese sollten renoviert und bezugsfertig bei der Ankunft der Spezialisten in der DDR zur Verfügung stehen.<sup>336</sup> Ferner unterstützten die Behörden sie ausdrücklich bei der Ausstellung benötigter Einreisepapiere oder der Einfuhr benötigter wissenschaftlicher Materialien auch aus der Bundesrepublik Deutschland.<sup>337</sup> Manfred von Ardenne wurde als Angehöriger „des Kreises der bedeutendsten Wissenschaftler“ zudem beim Kauf eines großen Cabriolets für seine zukünftigen Forschungs- und Vortragsreisen in der DDR unterstützt. Letztlich erhielt er ein Ausstellungsexponat der Leipziger Messe, weil diese Fahrzeugklasse nur über Importe in die DDR eingeführt werden konnte.<sup>338</sup>

Ungeachtet der Sonderwünsche der renommierten Spezialistengruppe beschäftigten sich die Behörden ebenso mit Problemen, die näher an der Lebensrealität der Mehrheit der zurückkehrenden Fachleute lagen. Die Kreisstellen regelten beispielsweise notwendige Kreditvergaben oder die Auszahlung des sogenannten Überbrückungsgeldes. Das sollte beispielsweise für das Restaurieren der Wohnungen eingesetzt werden.<sup>339</sup> Diese Interimszahlungen wurden notwendig, weil die Mehrheit der Spezialisten ihre Rubel-Bargeldbeträge beim Grenzübergang gegen Quittung abgeben mussten und diese Belege erst nach mehrwöchiger Bearbeitung in Deutsche Mark eingelöst werden konnten.<sup>340</sup>

Einen finanziellen Aspekt anderer Art stellten die bestehenden Rentenansprüche sowie die zusätzliche Altersvorsorge dar, die es zu bearbeiten galt.<sup>341</sup> Bereits 1948 erließen die Behörden, abgestimmt mit der SMAD, aber in Abwesenheit der deutschen Fachleute, den Erlass, dass alle

---

<sup>336</sup> Vgl. Anweisung an das Magistrat von Groß-Berlin vom 1.3.1955, hier die Räumung und Vorbereitung des Wohnhauses Nikolaus Riehls (BArch, DO 1, Nr. 13947, unpaginiert).

<sup>337</sup> Vgl. die Schriftwechsel Manfred von Ardennes über die Visabeantragung wegen eines geplanten Besuchs seiner Mutter in Dresden oder der Überführung geschenkter Gegenstände aus West-Berlin nach Dresden (BArch, DO 1, Nr. 9529, unpaginiert).

<sup>338</sup> Vgl. Schriftwechsel über den Antrag Ardennes, ihn beim Kauf eines Fahrzeugs zu unterstützen (ebd.).

<sup>339</sup> Undatierte Anweisung der Landesstelle an die Kreisstellen (BArch, DC 3, Nr. 25, Bl. 37).

<sup>340</sup> Schreiben der Deutschen Notenbank vom 25.9.1950 (BArch, DN 6, Nr. 1119, unpaginiert).

<sup>341</sup> Anweisung des Ministeriums für Finanzen und Arbeit vom 3.6.1954 (BArch, DC 3, Nr. 25, Bl. 1).

bisherigen Ansprüche im Sozialversicherungsbereich für die deutschen Fachleute bestehen blieben und die Jahre in der Sowjetunion als Wartezeit für die Rente angerechnet würden.<sup>342</sup> Nach der Rückkehr zahlten die Behörden den älteren, pensionsberechtigten Spezialisten seit dem Datum ihrer Ankunft in der DDR die Renten aus, partiell rückwirkend zum Stichtag ihres regulär anzusetzenden Renteneintritts in der SBZ/DDR.<sup>343</sup>

Wie die Ausführungen skizzieren, umfasste der Aufgabenbereich der administrativen Stellen bei der Betreuung der zurückgekehrten Spezialisten in der DDR ein vielseitiges Spektrum. Darüber hinaus waren die Behörden auch in die Organisation bzw. Versorgung der Rückführungstransporte involviert. Ein Vergleich der offiziellen Berichte aus den Jahren 1950 und 1952 verdeutlicht, wie der Ablauf der Transporte, soweit sie in die ostdeutsche Zuständigkeit fielen, kontinuierlich optimiert wurde: Das Ministerium für Arbeit zeigte sich dabei nicht allein für die Unterbringung der Spezialisten verantwortlich, sondern auch „federführend für die Abwicklung der Transporte.“<sup>344</sup> Ein erster Transportbericht vom 21. September 1950 offenbarte bestehende Mängel in der Organisation: verwanzte Züge, fehlende warme Verpflegung (Essen und Trinken) sowie eine lange Fahrzeit von sieben Tagen.<sup>345</sup> Für einen Transport im Dezember 1950 fehlten beheizbare Eisenbahnwagen, was vereinzelt zu Erkrankungen führte.<sup>346</sup> Im Vergleich zu früheren, kritisierten Transporten stattete seit 1952 die Mitropa die Züge ab Brest zusätzlich mit Speisewagen und Schlafwagen aus, so dass fortan „eine gute Betreuung zur allseitigen Zufriedenheit erfolgte.“<sup>347</sup>

Anfänglich erhielten die deutschen Behörden erst bei der Ankunft der Züge in Frankfurt/Oder Einsicht in die Namenslisten, was zum Beispiel die

---

<sup>342</sup> Vgl. Deutsche Wirtschaftskommission an die Sozialversicherungsanstalt des Landes Brandenburgs am 01.7.1948. Diese Regelung wurde 1951 wiederholt bestätigt (ebd., Bl. 3).

<sup>343</sup> Vgl. Ministerium für Arbeit an das Ministerium der Finanzen, undatiert (ebd., Bl. 5). Kontrastierend und scheinbar dem ‚sozialistischen Ideal und Frauenbild‘ folgend, sprachen die Behörden den Ehefrauen verstorbener Spezialisten indes den Erhalt ihrer Witwenrenten ab, sofern sie altersmäßig noch selbst erwerbstätig sein konnten. Vgl. Schreiben des Hauptreferenten der Sozialversicherung vom 11.8.1952 (ebd., Bl. 15).

<sup>344</sup> Aktenvermerk des Ministeriums für Arbeit vom 26.9.1951 (BArch, DQ 2, Nr. 818, S. 40).

<sup>345</sup> Berichte 1950-1955, hier der Bericht vom 21.9.1950 (BArch, DO 1, Nr. 8671, unpaginiert).

<sup>346</sup> Vgl. Bericht vom 29.12.1950 (ebd.).

<sup>347</sup> Bericht über die 7. Aktion vom 12.05.1952 (BArch, DO 1, Nr. 8688, unpaginiert). Zudem deckte sie den Bedarf an „Getränken [sowie] Rauch- und Süßwaren.“ Schreiben MITROPA an das Ministeriums des Innern vom 29.10.1952 (BArch, DO 1, Nr. 8414, unpaginiert).

versprochene Wohnungsbereitstellung verzögerte.<sup>348</sup> Diese Informationslücken verringerten sich in der Praxis der Folgejahre angesichts der steigenden Anzahl der Transporte ebenso wie mit der Rückkehr der prominenteren Spezialisten. Für das Jahr 1953 existierten konkrete Empfangspläne, die beispielsweise Musterverträge umfassten, Hotels in diversen Städten bzw. Ansprechpartner für die Spezialisten benannten. Sie beinhalteten auch Operativpläne darüber, wie der Weitertransport der Spezialisten an ihren Bestimmungsort inklusive ihres Eigentums vorzubereiten war.<sup>349</sup>

Die hohe Aufmerksamkeit und partielle Sonderbehandlung, die den Spezialisten nach ihrer Rückkehr zuteilwurde, signalisierten den hohen Stellenwert dieser Gruppe an Fachkräften und Wissenschaftlern für die DDR. Gleichzeitig verdeutlichten sie immanently die Bestrebungen, eine Flucht derselben in die Bundesrepublik zu verhindern. Insbesondere das letztgenannte Motiv führte zur Überwachung der Spezialisten durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Allein die Kombination und Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Mittel konnten indes Fluchten nicht gänzlich verhindern. Laut den Statistiken verließen knapp elf Prozent der Spezialisten die DDR<sup>350</sup> – eine höhere Dunkelziffer ist anzunehmen –, wobei insbesondere die Fachbereiche der Physik, Chemie, Mathematik und Medizin unter diesem generellen Exodus (auch im Nachwuchsbereich) litten.<sup>351</sup> Auch namhafte Spezialisten wie Nikolaus Riehl, Theodor Schmidt<sup>352</sup> oder Kurt Magnus, die bereits vor ihrer Rückkehr im Fokus der ostdeutschen Bemühungen standen, ließen sich trotz ihrer bevorzugten Behandlung nicht daran hindern, die DDR zu verlassen.

De facto kann bereits während des Aufenthalts in der Sowjetunion von einer konstanten Überwachung der Spezialistengruppe ausgegangen werden, die sich in der DDR fortsetzte. Das Ziel blieb dabei identisch. Es galt, die politische

---

<sup>348</sup> Bericht vom 29.12.1950 (ebd.).

<sup>349</sup> Vgl. Empfangspläne 1953 (Vgl. BArch, DO 1, Nr. 8410).

<sup>350</sup> Vgl. Ciesla, Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR, S. 26.

<sup>351</sup> Dies indiziert die Statistik für die Republikfluchten allein aus dem Bereich der Akademie der Wissenschaft zu Berlin, die sich zwischen 1961 und 1964, sprich nach dem Mauerbau, noch ereigneten. In diesem Zusammenhang machte die Gruppe der unter 40jährigen knapp 87 Prozent aus. Eine interne Aufschlüsselung nach Fachbereichen belegt den überproportionalen Anteil der Naturwissenschaftler unter den Flüchtlingen, sowohl vor 1961 als auch danach (vgl. BStU, MfS, HA XVIII, Nr. 16227, Bl. 54 f und 123).

<sup>352</sup> Theodor Schmidt (1908-1986), Physiker. Zum Zeitpunkt seiner Deportation durch die sowjetische Besatzungsmacht 1946 war er Professor für theoretische Physik an der Universität Greifswald. Nach seiner Rückkehr 1956 verließ er die DDR und lehrte an der Universität Freiburg.

Meinung und Einstellung der Spezialisten zur Sowjetunion und der DDR zu eruieren und gleichsam die Chancen auf einen Verbleib in der DDR bzw. die Gefahr eines Wechsels in die Bundesrepublik einzuschätzen. Je wichtiger der Wissenschaftler, je kritischer seine Einstellung, je deutlicher die Absicht seines Weggangs, desto intensiver seine Überwachung, die mittels Geheimer Informatoren (GI) abgesichert werden sollte.<sup>353</sup> Es erscheint naheliegend, dass innerhalb des Prozesses auch Spezialisten selbst als GIs bzw. Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS agierten. Darüber hinaus interessierten die internationalen Kontakte, die einzelne Wissenschaftler im Rahmen des wissenschaftlichen Diskurses und Erfahrungsaustausches unterhielten. In zielgerichteten Aussprachen mit den jeweiligen Personen wurden diese Kontakte partiell thematisiert.<sup>354</sup> Stets implizierten die Untersuchungen den latenten Spionageverdacht für ausländische Geheimdienste seitens der Spezialisten.<sup>355</sup> Ebenso strikt kontrollierte das MfS die Kontakte, die zwischen den Spezialisten in der DDR und denen, die die DDR verlassen hatten, bestanden. Als Kontakte zählten u.a. ein persönlicher Austausch auf internationalen Forschungskonferenzen<sup>356</sup>, aber auch Briefwechsel.<sup>357</sup> Selbst nach einer Flucht versuchte das MfS seinen Einfluss auf die geflüchteten Wissenschaftler geltend zu machen, auch um sie ggf. zu einer Umkehr zu bewegen, wie im Fall Heinz Barwichts.<sup>358</sup> Barwich hatte in der Sowjetunion mit

---

<sup>353</sup> Als Beispiel sei hier auf die Überwachung Nikolaus Riehls verwiesen, der bereits in seiner Zeit als Spezialist der Spionage verdächtigt und entsprechend bespitzelt wurde. Riehl war einer der namhaftesten Atomwissenschaftler – er erhielt als einziger die Auszeichnung „Held der sozialistischen Arbeit“ sowie den Stalinpreis I. Klasse. Er galt indes als durchaus kritisch und verließ die DDR nach seiner Rückkehr trotz offerierten Arbeitsmöglichkeiten im Jahr 1955. (vgl. BStU, MfS, AOP 646/57, Band 1, S. 22-33, 80 und 199-202). Seine Autobiographie trägt den bezeichnenden Titel „Zehn Jahre im goldenen Käfig“, in der englischen Übersetzung unter folgendem Titel publiziert: Riehl/Seitz, Stalin's captive.

<sup>354</sup> So berichtet die Objektdienststelle in Leuna über die wissenschaftlichen Kontakte des Spezialisten Friedrich Asingers (vgl. BStU, MfS, BV Dresden, AP 50/59, Bl. 57-60).

<sup>355</sup> Vgl. ebd.

<sup>356</sup> So registrierten Beobachter die Gespräche und Gesprächspartner Heinz Barwichts auf der Atomkonferenz in Genf und identifizierten sie partiell als ehemaligen Spezialisten (vgl. BStU, MfS ZAIG, Nr. 942, Bl. 9.).

<sup>357</sup> Bericht über den Arbeitsvorgang „Insulaner“, der die bestehenden Kontakte zwischen Spezialisten in der DDR und der Bundesrepublik thematisiert. Unter dem Arbeitsvorgang suchte das MfS eine Spionageorganisation, wobei sie den Namen über die Gruppe der Spezialisten ableitete, die auf Gorodomlia gelebt hatte. Letztlich erwies sich der Verdacht als „fehlgeschlagen“. (BStU, MfS, BV Dresden, AP 494/53, Bl. 1 und 7).

<sup>358</sup> Heinz Barwich (1911-1966), Physiker. 1945 bis 1955 als Spezialist in der Sowjetunion, nach seiner Rückkehr war er Direktor des Instituts für Kernforschung Rossendorf bei Dresden. 1964 flüchtete er in die Bundesrepublik.

Gustav Hertz zusammen gearbeitet. Im September 1964 flüchtete er „unter Ausnutzung der 3. Atomkonferenz in Genf“, obwohl dem MfS seit 1962 bekannt war, dass er beabsichtigte, die DDR zu verlassen und er deswegen unter operativer Kontrolle stand.<sup>359</sup> Das MfS versuchte nach seiner Flucht die Deutungshoheit über das Geschehen zu erlangen, um u.a. auf Barwichts Darstellung in den westlichen Medien<sup>360</sup> reagieren zu können. Darüber hinaus kontaktierte es Gustav Hertz, um zu eruieren, ob Chancen auf eine Rückkehr Barwichts bestünden und welche Meinung Hertz dazu habe. Inwieweit Gustav Hertz kooperierte oder welche Meinung er tatsächlich vertrat, lässt sich aus den Akten nicht zweifelsfrei rekonstruieren, zu manipulativ und heterogen präsentiert sich die Gemengelage.<sup>361</sup>

Die Mehrheit der Spezialisten verblieb nach ihrer Rückkehr aus der Sowjetunion, teils unter großem Aufwand der offiziellen Behörden, in der DDR. Die Universitäten der DDR fungierten insbesondere für die naturwissenschaftlichen Experten der Fachgebiete Physik, Mathematik und Chemie, die bereits in der Sowjetunion über ein gewisses Ansehen und Relevanz verfügten, als Integrationselement, auch wenn ihre quantitativen Kapazitäten limitiert waren.

---

<sup>359</sup> Undatierter Bericht (MfS, HA XVIII, Nr. 16227, Bl. 58). Heinz Barwich erklärt seine Entscheidung unter anderem in seiner Autobiographie. Barwich, *Das rote Atom*.

<sup>360</sup> Auszüge aus Artikel des *Tagesspiegel* und der *BZ* vom 12.9.1964 (BStU, MfS SAA, AOP, 10660/67, Band 2, Bl. 37, 39).

<sup>361</sup> Hier die Berichte über die Unterredungen des MfS mit Gustav Hertz (vgl. BStU, MfS SAA, AOP10660/67, unpaginiert; BStU, MfS ZAIG, Nr. 942, Bl. 14f).

#### **IV. Komplex der universitären Forschung**

##### **IV.1. Die doppelte Besetzung Mitteldeutschlands: Halle, Jena und Leipzig – Die Eingriffe der Amerikaner**

###### **IV.1.1 Situation nach Kriegsende und Deportation der Wissenschaftler im Juni 1945**

Als am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands den Zweiten Weltkrieg zumindest auf dem europäischen Kontinent beendete, verteilten sich die alliierten Truppen weit gestreut auf deutschem Gebiet – ungeachtet der auf der alliierten Konferenz von Jalta vereinbarten Bestimmungen, in denen das Territorium eingeteilt und als Besatzungszonen an die einzelnen Siegermächte zugewiesen worden war. Militärstrategische Überlegungen hatten zur Besetzung Mitteldeutschlands durch amerikanische Truppen geführt. Beim Vorrücken quer durch Deutschland versuchten sie eine Verbindung zur sowjetischen Armee ebenso wie ein möglichst effizientes und rasches Ausschalten der potenten Industriegebiete zu erreichen.<sup>362</sup>

Um einen koordinierten Truppenabzug und die Installation der festlegten Besatzungsmacht zu ermöglichen, setzten die Alliierten den 1. Juli 1945 als Stichtag für den notwendigen Besatzungswechsel fest. Insbesondere die mitteldeutschen Gebiete, die per se durch rüstungsrelevante Betriebe und Forschungsstätten geprägt wurden, gerieten im Zuge dieser doppelten Besetzung zwischen die Fronten des noch latenten Konflikts zwischen den USA und der UdSSR. Das durch amerikanische Truppen eroberte mitteldeutsche Gebiet umfasste neben vielen Einrichtungen der angewandten Forschung auch die drei Universitätsstädte Halle, Leipzig und Jena. Deren Institute gerieten nunmehr ebenso in den Fokus wie ihre Wissenschaftler. Wie bereits ausgeführt, deportierten die amerikanischen Streitkräfte bei ihrem Abzug aus diesem Teil der SBZ Material sowie Wissenschaftler und Technik vor allem aus strategischen Überlegungen heraus, auch „um dem ungeliebten Verbündeten Sowjetunion kein militärisch-wissenschaftliches Potenzial zu überlassen.“<sup>363</sup> Die drei Universitäten verloren während der Deportationen wichtige Mitglieder ihres Lehrkörpers. Im Verhältnis wogen die Eingriffe ebenso schwer wie im

---

<sup>362</sup> Vgl. Heydemann, Sozialistische Transformation, S. 348; John/Stutz, Die Jenaer Universität von 1918-1945, S. 585.

<sup>363</sup> Eberle, Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945, S. 254.



angewandten Forschungsbereich, obgleich die absoluten Personenzahlen niedriger waren.

Der Einmarsch der amerikanischen Truppen in Halle begann am 17. April 1945, nach der weitgehend kampflosen Kapitulation der Stadt.<sup>364</sup> Obgleich Halle im Krieg erhebliche Schäden erlitten hatte, blieb die Universität selbst weitgehend verschont. Somit war sie „eine der wenigen deutschen Hochschulen, die den Krieg so gut wie unzerstört überstanden hatte.“<sup>365</sup> Henrik Eberle analysiert diesen Umstand angesichts der geographischen Lage der Universität in der Stadt als „unverdientes Glück.“<sup>366</sup> Trotz der gut erhaltenen universitären Infrastruktur schlossen die Amerikaner am 24. April 1945 die Universität.<sup>367</sup> In diesem rechtlichen Vakuum bemühten sich die verbliebenen Mitglieder des Lehrkörpers die während des Zweiten Weltkriegs aus Sicherheitsgründen ausgelagerten wertvollen Besitztümer aus den Sammlungen, Bibliotheken und Kunstschätzen der Universität zurückzuführen. Ebenso strebten sie einen Neuaufbau der universitätsinternen Verwaltungsebene und die Neuwahl des Rektors an. Letztlich, so konstatiert Henrik Eberle, verlief der Rücktransport der ausgelagerten Güter relativ unproblematisch, weitgehend vollständig sowie unversehrt.<sup>368</sup> Nachdem die Amerikaner noch am 19. Juni 1945 sich mit den Wahlmodalitäten einverstanden erklärten, konnten die Hallenser mit Otto Eißfeldt<sup>369</sup> ihren zukünftigen Rektor ernennen. Seine Wahl fand jedoch unter gänzlich veränderten Voraussetzungen statt, da am 21. Juni 1945 die amerikanische Militärregierung begann, ihren Abzug aus Halle vorzubereiten, was für das Gros der wahlberechtigten Professoren nicht folgenlos blieb.

Wie die Stadt Halle eroberten die Verbände der 4. Panzer- und 80. Infanteriedivision der 3. US-Armee bereits am 12./13. April 1945 auch Jena weitgehend kampflos, wobei sich wohl ebenfalls Mitglieder der Friedrich-

---

<sup>364</sup> In die Bemühungen um die frühe, friedliche Übergabe Halles war u.a. auch der Chemiker Theodor Lieser involviert, der mit Flugblättern unter der Bevölkerung für Einsicht in die notwendige Kapitulation warb, auch um die per Ultimatum angedrohte Zerstörung der Stadt durch amerikanische Luftangriffe zu verhindern. Vgl. ebd., S. 250-252; UAH, PA 10115 (Lieser).

<sup>365</sup> Eberle, Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945, S. 252. Eberle gibt an dieser Stelle eine detaillierte Auflistung der Schäden, basierend auf Aktenmaterial des UAH.

<sup>366</sup> Ebd., S. 252.

<sup>367</sup> Henrik Eberle verweist darauf, dass aus juristischer Sicht lediglich der weggefallene Vorlesungsbetrieb durch die Amerikaner untersagt wurde. Ebd., S. 253.

<sup>368</sup> Vgl. ebd., S. 252f.

<sup>369</sup> Otto Eißfeldt (1887-1973), Theologe. 1945 bis 1948 war Rektor der Martin-Luther-Universität Halle.

Schiller-Universität in deren Namen für eine friedliche Kapitulation Jena eingesetzt hatten.<sup>370</sup> Im Gegensatz zur Hallenser Universität wies die Universität Jena zum Zeitpunkt des Einmarschs der amerikanischen Truppen einen weit höheren Zerstörungsgrad auf. Insbesondere bei den Luftangriffen am 9. Februar und 19. März 1945 entstanden Schäden am Hauptgebäude der Universität, den Universitätskliniken und der Universitätsbibliothek.<sup>371</sup> Zudem wurden naturwissenschaftliche Einrichtungen wie das Botanische, das Physiologische oder das Psychologische Institut zerstört.<sup>372</sup> Prozentual verlor die Universität rund zwölf Prozent ihrer baulichen Substanz.<sup>373</sup> Eine nahtlose Fortführung der Universitätsgeschäfte und eines universitären Alltags war insofern utopisch, obgleich sich nach dem Suizid des letzten Rektors am 4. April eine Gruppe engagierter Professoren bemühte, die Funktionsfähigkeit der Universität zügig wiederherzustellen.<sup>374</sup> Friedrich Zucker<sup>375</sup>, der am 9. April 1945 kommissarisch das Amt des Rektors übernommen hatte, wurde sowohl von der amerikanischen als auch später von der sowjetischen Besatzungsmacht in seiner Funktion bestätigt. Obwohl die Universität ebenfalls durch die Amerikaner geschlossen wurde, ein Vorgang der de facto sämtliche Lehr- und Unterrichtsanstalten betraf,<sup>376</sup> begann eine erste Entnazifizierung an der Universität unter amerikanischer Obhut. Dabei galt die Leitlinie der sogenannten Selbstreinigung, wobei sich die Universität um ein differenziertes Vorgehen bemühte und in diesem Zusammenhang u.a. die sogenannten „weißen Listen“ für die amerikanische Besatzungsmacht erstellte, die unbelastete Mitglieder des Lehrkörpers erfassen sollten. Allerdings entschied oftmals nicht allein die Nichtbelastung über einen Vermerk in den Listen, sondern vielmehr „die wissenschaftliche Kompetenz.“<sup>377</sup> Auch um die intendierte wissenschaftliche Kontinuität an den Instituten, Fakultäten und somit

---

<sup>370</sup> Vgl. John/Stutz, Die Jenaer Universität von 1918-1945, S. 586.

<sup>371</sup> Ebd., S. 585.

<sup>372</sup> Zwei ausgewählte Berichte zu den Bombenschäden der Jenaer Universität vom 15.2.1945 sowie vom 7.3.1945, deren Originale im UAJ lagern, finden sich in: Wege der Wissenschaft im Nationalsozialismus, S. 306-308.

<sup>373</sup> Vgl. John/Stutz, Die Jenaer Universität von 1918-1945, S. 585.

<sup>374</sup> Kaiser/Mestrup, Die Universität Jena in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, S. 598f.

<sup>375</sup> Friedrich Zucker (1881-1973), Papyrologe und Philologe. 1945 bis 1948 Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

<sup>376</sup> Fügner, Amerikanisches Intermezzo. S. 45.

<sup>377</sup> Jeskow, Die Entnazifizierung des Lehrkörpers an der Universität Jena von 1945 bis 1948, S. 75.

die Universität selbst zu erhalten.<sup>378</sup> Bezeichnenderweise folgten die Amerikaner beim Verlassen der Stadt diesem „Kriterium der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit“, da nahezu alle weggeführten Personen in den Listen entsprechend geführt wurden.<sup>379</sup>

Mit Leipzig als viertgrößte deutsche Stadt nahmen die amerikanischen Truppen am 18./19. April die letzte der drei Universitätsstädte, teilweise gegen Widerstand, ein. Durch ihre verkehrsgünstige Lage und als Produktionsstandort für Luftrüstung und Waffen war Leipzig wiederholt das Ziel alliierter Luftangriffe gewesen, so dass die in der Innenstadt verortete Leipziger Universität im Vergleich die höchste Schadensbilanz (gut 64 Prozent der Gebäudesubstanz<sup>380</sup>) aufwies. Allein der alliierte Luftangriff vom 4. Dezember 1943 hatte über 58 Universitätsinstitute und Universitätskliniken wie auch das Hauptgebäude mit Ausnahme der Universitätskirche gänzlich zerstört oder stark geschädigt.<sup>381</sup> Der letzte nationalsozialistische Rektor hatte die Stadt verlassen und somit faktisch sein Amt niedergelegt. Um die Universitätsinteressen gegenüber der amerikanischen Militärregierung wahren zu können, sorgte sich der Prorektor, zeitnah Neuwahlen für das Amt des Rektors abzuhalten. Obgleich auch in Leipzig die Universität für den Lehrbetrieb geschlossen blieb, erlaubten die Amerikaner die Wahl am 16. Mai 1945 durchzuführen. Der gewählte Archäologe und Altertumsforscher Bernhard Schweitzer<sup>382</sup> bemühte sich in der Folge, die Arbeitsfähigkeit der Universität herzustellen. Die Festnahme nationalsozialistisch belasteter Universitätsmitglieder im Zuge der einsetzenden Entnazifizierung durch die Amerikaner kritisierte er daher als Eingriff in die Autonomie der Universität. Er favorisierte wie die Jenaer Universitätsleitung ein Konzept der Selbstreinigung. Dabei ging es ihm vorrangig um den Erhalt der wissenschaftlichen und personellen Substanz, zumal letztere kriegsbedingt zahlreiche Verluste zu verzeichnen hatte.<sup>383</sup> Die weitere Reduktion des Personalbestandes durch die fortschreitende Entnazifizierung war für die Verantwortlichen der Universität absehbar, das

---

<sup>378</sup> Jeskow, Die Entnazifizierung des Lehrkörpers an der Universität Jena von 1945 bis 1948, S. 75.

<sup>379</sup> Vgl. ebd., S. 76.

<sup>380</sup> Vgl. John/Stutz, Die Jenaer Universität von 1918-1945, S. 585; Heydemann, Sozialistische Transformation, S. 351.

<sup>381</sup> Vgl. ebd., S. 338.

<sup>382</sup> Bernhard Schweitzer (1892-1966), Archäologe. 1945 bis 1946 war er Rektor der Universität Leipzig.

<sup>383</sup> Vgl. ebd., S. 351.

überraschende Eingreifen der Amerikaner in Struktur und Umfang der Dozentenschaft jedoch nicht. Bereits wenige Tage nach dem Einmarsch der Amerikaner in Leipzig hatten Einheiten des CIC die für sie relevanten Institute inspiziert, Gespräche und Materialsichtungen durchgeführt.<sup>384</sup> Der CIC sichtete relevante Wissenschaftler an der Universität und führte letztlich auch ihre Deportation durch.<sup>385</sup> Eine nüchterne Beschreibung der Ereignisse des 22. Juni 1945 liefert Bernhard Schweitzer in der Rekapitulation seiner Amtszeit:

„Über 40 Professoren, Dozenten, Assistenten und Angehörige des technischen Personals wurden von einer Stelle der Besatzungsmacht genötigt, unter Mitnahme ihrer Familie und ihres Forschungsmaterials auf hierzu bereit gestellten Lastkraftwagen die Stadt zu verlassen.“<sup>386</sup>

Von der Deportation betroffen war nahezu das gesamte wissenschaftliche Personal der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der philosophischen sowie partiell die medizinische und die veterinärmedizinische Fakultät.<sup>387</sup> Eine erste Stellungnahme gab der Rektor vor den verbliebenen Mitgliedern des Lehrkörpers am 25. Juni 1945, auch „um irrigen Gerüchten vorzubeugen.“<sup>388</sup> Das Statement verdeutlicht die Ohnmacht der Universität ebenso wie den Zwangscharakter der Vorgänge. Die Aufforderung an die betroffenen Personen, sich mit „ihrem wissenschaftlichen Stab, ihren Familien und wenigem Gepäck“ für die Abreise am 23. Juni 1945 bereitzuhalten, war „von dem Rat begleitet, sich freiwillig zu fügen. Geschähe dies nicht, so habe die Militärregierung Mittel, die Herren zu zwingen.“<sup>389</sup> Prinzipiell kann von einem relativ ähnlichen Ablauf der Deportationen ausgegangen werden, der exemplarisch anhand des Berichts eines Leipziger Dozenten umrissen werden soll:

---

<sup>384</sup> Vgl. Borusiak, Die Universität Leipzig nach der Zerschlagung des faschistischen Staates und ihre Neueröffnung am 5.2.1946, S. 366.

<sup>385</sup> Scheinbar orientierte sich der CIC bei der Auswahl in Leipzig anhand der sogenannten ‚Osenberg-Liste‘, die 1943 von Werner Osenberg erstellt rund 6.000 Personen aufführte, die mit Kriegsrelevanten Forschungen beauftragt waren. Vgl. ebd., S. 368; Heydemann, Sozialistische Transformation, S. 354.

<sup>386</sup> Bericht über die Vorgänge an der Universität Leipzig vom 16.5.1945 bis zum 21.1.1946, erstattet vom damaligen Rektor Bernhard Schweitzer. Zitiert nach: Welsh, Entnazifizierung und Wiedereröffnung der Universität Leipzig 1945-1946, S. 365.

<sup>387</sup> Eine namentliche Liste der deportierten Professoren, Dozenten und Assistenten, aufgeschlüsselt nach Fakultätszugehörigkeit, findet sich im Universitätsarchiv Leipzig (UAL, Phil. Fak. A 1/13, Bd. 1, Bl. 23).

<sup>388</sup> UAL, PA 89 Kautsky, Bl. 115.

<sup>389</sup> Ebd., Bl. 115.

Der amerikanische Offizier erklärte, dass die ausgewählten Personen zukünftig für die USA arbeiten würden und sie der Schutzwürdigkeit unterlägen. Um den zeitnahen Abtransport vorzubereiten, hätten die Betroffenen das Recht, zwei Koffer mit privaten Sachen mitzunehmen. Darüber hinaus sollten sie Kisten, Apparaturen und wissenschaftlichen Material angeben, die dann ebenfalls abtransportiert wurden. Weigerte sich ein Spezialist, verwiesen die Offiziere auf den Befehlscharakter der Aufforderung seitens der Militärregierung und deuteten eine mögliche Verhaftung auf Basis entsprechend mitgeführter Haftbefehle an. Persönliche Sorgen bezüglich Kleidung, Geld, Wohnung etc. suchten die Offiziere mit Aussagen – wie „Geld brauchen Sie keins, Sie werden für uns arbeiten und sehr viel verdienen“ oder „Sie werden alles bekommen und sich alles kaufen können“ – abzuschwächen.<sup>390</sup>

Oftmals blieb den Professoren, um die Universitätsleitung über ihren Abtransport zu informieren bzw. ihre administrativen Amtsgeschäfte an ihre Vertreter zu übergeben, nur der Weg schriftlicher Verfügungen, die zumeist Notizcharakter trugen. In einer solchen handschriftlichen Notiz „beehrte“ sich beispielsweise Professor Arthur Scheunert<sup>391</sup> dem Rektor mitzuteilen, dass er „auf Wunsch der amerikanischen Militärregierung auf unbestimmte Zeit zur Anfertigung wissenschaftlicher Arbeiten verreisen“ müsse. Parallel benennt er seine Vertreter als Prodekan und Institutsdirektor.<sup>392</sup> Als einzigem der aufgeforderten Professoren vor Ort gelang es Friedrich Hund<sup>393</sup>, Prorektor der Universität, sich dem Befehl zu entziehen, wobei er „Grund zur der Annahme [habe], dass er zur Zeit von der Polizei gesucht werde.“<sup>394</sup>

In Halle begannen die Vorbereitungen für die Deportation der Universitätsangehörigen ebenfalls am 22. Juni 1945, an dem die betroffenen

---

<sup>390</sup> Das Protokoll über die eigene Wegführung aus Leipzig wurde am 15.9.1945 in Weilburg an der Lahn verfasst, unter Zuhilfenahme handschriftlicher Aufzeichnungen und der sinngemäßen Wiedergabe der Gespräche (UAL, Phil. Fak. A 1/13, Bd. 1, (F 1310), unpaginiert.).

<sup>391</sup> Arthur Scheunert (1879-1957), Veterinärmediziner. Bis zu seiner Deportation durch die amerikanische Besatzungsmacht nach Weilburg an der Lahn 1945 war er Professor für Veterinärphysiologie an der Universität Leipzig. Seit 1946 lehrte er an der Universität Gießen Veterinärphysiologie und Tierernährung.

<sup>392</sup> Handschriftliche Notiz vom 23.6.1945 (UAL R 208 (F 1100), Bl. 388).

<sup>393</sup> Friedrich Hund (1896-1997), Physiker. Professor für Physik an der Universität Leipzig 1945. Er entzog sich 1945 der Deportation durch die Amerikaner.

<sup>394</sup> Handschriftliche Notiz, undatiert (ebd., Bl. 390). Eine spätere Notiz des Universitätsoberinspektors lautet in diesem Zusammenhang: „Heute früh war Prorektor Professor Dr. Hund in der Fakultät und teilte mit, dass er wieder in der Öffentlichkeit erschienen sei.“ (UAL, PA 006 Hund (F 835), unpaginiert).

Personen vorgeladen wurden. Insgesamt fehlten der Universität nach Abzug der amerikanischen Truppen 82 Wissenschaftler an der mathematisch-naturwissenschaftlichen und der medizinischen Fakultät.<sup>395</sup> Prof. Leopold Wolf<sup>396</sup>, Leiter des Instituts für Physikalische Chemie, informierte noch am 22. Juni 1945 den Kurator der Universität und teilte ihm mit, dass „ich überraschend, hoffentlich für kurze Zeit, abreisen muss und auch meine wissenschaftlichen Assistenten fortfahren.“<sup>397</sup> Neben den Wissenschaftlern und ihrem wissenschaftlichen Stab selbst ordnete die amerikanische Militärregierung auch den Abtransport wissenschaftlicher Geräte, Apparaturen, Spezialliteratur etc. aus Privat- bzw. Universitätseigentum an.<sup>398</sup> Ein Bericht des Instituts für theoretische Physik über die Evakuierung von Institutsangehörigen skizzierte, wie die amerikanische Besatzungsmacht in Halle vorging: Am Vormittag des 22. Juni 1945 wurden sämtliche Mitarbeiter auf amerikanischen Befehl, begleitet von Hallenser Polizisten, in einem Fahrzeug zum Arbeitsamt (Sitz der amerikanischen Militärregierung in Halle) gebracht. Dort wurden sie informiert, dass sie am 23. Juni 1945 „zur Evakuierung nach dem Westen abgeholt würden.“<sup>399</sup> Inwieweit „die Möglichkeit einer Entscheidung, ob [sie] mitgehen wollen oder nicht“, gegeben war, sei „aus der Form der Informierung nicht ersichtlich“ gewesen;<sup>400</sup> sie seien jedoch „Gäste der amerikanischen Armee.“<sup>401</sup>

Die Universität selbst verfügte über keinerlei Handlungsspielräume, die den Transport verhinderten oder zumindest verzögerten. Rektor Eißfeldt äußerte in seiner Ansprache vor dem Generalkonzil der Universität drei Tage nach der Deportation einerseits die Sorge um die Zukunft der Universität wie auch der

---

<sup>395</sup> Eine entsprechende, nach einzelnen Fachgebieten sortierte, Liste der weggeführten Personen findet sich im Universitätsarchiv Halle (vgl. UAH, Rep. 6, Nr. 2638).

<sup>396</sup> Leopold Wolf (1896-1974), Chemiker. 1945 Lehrstuhlinhaber an der Universität Leipzig. Wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht nach Weilburg an der Lahn deportiert, kehrte noch im selben Jahr nach Leipzig zurück.

<sup>397</sup> Brief Wolfs an den Kurator vom 22.6.1945 (UAH, Rep. 6, Nr. 2598). In dieser Akte finden sich weitere Schriftwechsel, die die Leitung bzw. Vertretung der nunmehr vakanten Stellen thematisieren.

<sup>398</sup> In den Akten des Universitätsarchivs finden sich hierfür zahlreiche Belege, beispielsweise entsprechende Berichte des Instituts für experimentelle Physik (6.7.1945), des Pharmakologischen Instituts (6.7.1945) bzw. des Instituts für technische Chemie (16.7.1945) (vgl. UAH, Rep. 6, Nr. 2598, unpaginiert).

<sup>399</sup> Vgl. ebd.

<sup>400</sup> Ebd.

<sup>401</sup> So beschreibt ein vergleichbarer Bericht des Instituts für experimentelle Physik vom 6.7.1945 den Status der vorgeladenen Institutsangehörigen (ebd.).

Deportierten, andererseits die Loyalität und Solidarität der Universität gegenüber ihren Angehörigen. Er selbst sei wie andere auch bei der Abreise vor Ort gewesen, um Präsenz zu zeigen. Auch wenn sich die Unterstützung auf „leider nur ganz geringfügige letzte Dienste“ wie das „Tragen von Gepäck, Entgegennahme von Aufträgen hinsichtlich der Wohnungen und Möbel sowie Überbringung von Grüßen“ beschränkt habe.<sup>402</sup> Der eigentliche Abtransport der Hallenser Spezialisten erfolgte am 23. Juni 1945 mit dem Ziel Darmstadt:

„Gegen 8 Uhr morgens auf dem Hof der Kaserne am Vogelherd versammelt, sind sie zwischen ½ 11 und ½ 1 Uhr auf amerikanische Militärkraftwagen zum Güterbahnhof gebracht, dort in bänkelose Güterwagen verladen und kurz nach 3 Uhr nachmittags in Richtung Süd oder Südwest abgefahren.“<sup>403</sup>

In ähnlicher Größenordnung wie in Halle verringerten die Amerikaner auch den Personalbestand der Universität Jena, als sie zwischen dem 21. und 25. Juni 1945 mehr als 80 Professoren und Mitarbeiter nach Heidenheim an der Brenz wegführten. Auch hier war die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät überproportional betroffen (14 Institute von 28), in kleinerem Maß auch die medizinische Fakultät.<sup>404</sup> In der Analyse gelangte die Universität zu dem Fazit, dass es sich bei den deportierten Wissenschaftlern „im Wesentlichen“ um die diejenigen Forscher handelte, „die auf Veranlassung oder mit Zustimmung des Professors Osenberg für Forschung vom Wehrdienst freigestellt waren.“<sup>405</sup> Der Abtransport der Professoren erfolgte in Jena gemeinsam mit ihren Familien und ihren wissenschaftlichen Mitarbeitern. Parallel bemühten sich die Lehrstuhlinhaber um eine Fortführung ihrer administrativen Aufgaben, indem sie diese an andere Dozenten oder Professoren übertrugen.<sup>406</sup> Die massiven Eingriffe führten partiell dazu, dass die kommissarische Leitung mehrerer Institute in die Verantwortung eines einzelnen Dozenten fiel.<sup>407</sup>

---

<sup>402</sup> Ansprache Eißfeldts vor dem Generalkonzil am 25.6.1945 (UAH, Rep. 4, Nr. 703).

<sup>403</sup> Ebd.

<sup>404</sup> Ein Verzeichnis der betroffenen Professoren, Dozenten und Mitarbeiter findet sich im Universitätsarchiv Jena (vgl. UAJ, Bestand C, Nr. 128, Bl. 1-6).

<sup>405</sup> Verzeichnis der betroffenen Professoren (ebd.). Ein ähnlicher Rückschluss ist, wie bereits dargestellt, für die Auswahl an der Universität Leipzig zulässig.

<sup>406</sup> In den Akten lassen sich diverse Festlegungen dieser Art finden (vgl. UAJ, Bestand C, Nr. 128, Bl. 8, Bl. 35.)

<sup>407</sup> So übernahm Wilhelm Schütz ab dem 25.6.1945 die kommissarische Leitung des Physikalischen, Technisch-Physikalischen, Theoretisch-Physikalischen Instituts, des Instituts für Mikroskopie und angewandte Optik, der Sternwarte, des Astrophysikalischen Instituts und des Meteorologischen

Proteste gegen die Deportation seitens der Betroffenen blieben erfolglos, auch weil zumindest ein Teil der Professoren dazu angehalten wurde, über ihren bevorstehenden Weggang aus Jena Stillschweigen gegenüber der Universitätsleitung zu wahren.<sup>408</sup> Zudem suchte die amerikanische Militärregierung Zukunftssorgen mit den bereits dargelegten Versprechen zu mindern. Demnach sei die berufliche Perspektive aufgrund der fachlichen Kompetenz und dem amerikanischen Interesse an einer Arbeitsaufnahme zeitnah gesichert. Ebenso seien Forschungsinstitute vorhanden wie komplett eingerichtete Wohnungen. Beim Packen hätten die Spezialisten daher weniger Wert auf private Gebrauchsgegenstände, denn auf das wissenschaftliche Material zu legen.<sup>409</sup>

Grundlegend lässt sich für alle drei Universitäten festhalten, dass die Eingriffe der Amerikaner in den Lehrkörper massive Konsequenzen für den Wiederaufbau der Lehre und Forschung hatten. Sie warfen die Bemühungen der Universitäten, sich rasch neu zu konstituieren, deutlich zurück, zumal neben dem personellen Know-how oftmals auch die materielle Basis der Institute verloren ging. In den Tagen der Deportation ließ sich die Intensität des Moments kaum fassen, wie Otto Eißfeldt ausführte: „Was der Verlust dieser Kollegen und ihrer Mitarbeiter für unsere Universität bedeutet, ist gar nicht abzusehen.“<sup>410</sup> In der Folge bemühten sich die Universitäten, unterstützt von der sowjetischen Besatzungsmacht, die entstandenen Lücken im Lehrkörper zu kompensieren, ihre deportierten Mitglieder zurückzuführen und gleichzeitig den Lehrbetrieb neu aufzubauen.

#### **IV.1.2 Bemühungen um eine Rückkehr**

Der Rektor der Leipziger Universität widersprach dem Vorgehen der Amerikaner bereits einen Tag nach dem Abtransport der Universitätsangehörigen, wobei er insbesondere die Singularität der Eingriffe

---

Instituts (ebd., S. 35-38).

<sup>408</sup> So findet sich in der Notiz, in der Professor Brederick die Übergabe seiner Amtsgeschäfte des Chemischen Instituts anordnet, kein Verweis auf den bevorstehenden Abtransport. Vielmehr fehlt eine Begründung zur Gänze. Jens Fügner zitiert in diesem Zusammenhang einen Bericht aus den National Archives, den ein Hallenser Professor am 30.10.1945 über die Deportation verfasst hat. Vgl. Fügner, *Amerikanisches Intermezzo*, S. 49.

<sup>409</sup> Vgl. ebd. Eine exakte Angabe über abtransportiertes Instituteigentum lässt sich in den Akten nicht belegen.

<sup>410</sup> Ansprache Eißfeldts vor dem Generalkonzil am 25.6.1945 (UAH, Rep. 4, Nr. 703, unpaginiert).



betonte, die „in der 500jährigen Geschichte unserer Universität ohne Beispiel [seien].“<sup>411</sup> In ihrer Antwort teilte die amerikanische Militärregierung mit, dass sie mit dem Protest der Universität erstmals Kenntnis über die Geschehnisse erhalten habe und sie daher auch keine Vorab-Informationen an den Rektor hätte weiter geben können, wie es sonst der Fall gewesen wäre.<sup>412</sup> Diese Unwissenheit ist charakteristisch für das Kompetenzwirrwarr in der Phase des Besatzungswechsels und die sich überlagernden Interessen innerhalb der einzelnen Stellen der amerikanischen Besatzungsmacht. So lässt sich auch der Schluss der Mitteilung lesen, in der Rektor Schweitzer darauf hingewiesen wird, „daß es andere militärische Stellen in Leipzig gibt, über die die Militär-Regierung keine Gewalt hat.“<sup>413</sup>

Trotz dieser negativen Reaktion verfasste Schweitzer Ende Juni 1945 gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Leipzig, Dr. Vierling, ein weiteres Protestschreiben, das er an die amerikanischen Militärregierung Deutschlands adressierte. Der Bürgermeister begründete sein Engagement mit dem Imageschaden, welcher der Stadt, dem kulturellen Leben wie auch der intellektuellen Szene der Stadt durch den Abtransport der namhaften Wissenschaftler zugefügt worden war.<sup>414</sup> Die emotional aufgeladene Argumentation seitens der Universität folgte dabei einem ähnlichen Muster: Die historische Linie der über 500jährigen Geschichte der Universität Leipzig betonend, wird die Grundaussage getroffen, dass auch eine besiegte Nation über „goods and forces“ verfüge, „that belong to mankind and its future.“<sup>415</sup> In den Augen der Universität nahm der Eingriff der Amerikaner ihr und den Studenten die Zukunft, da die Verluste an Know-how, insbesondere der physikalischen Institute, „are bound to be insufficient or at best uneven for a long time.“<sup>416</sup> Die Universität führte weiterhin aus, dass selbst der Zweite Weltkrieg nicht zu einem derartigen personellen Verlust geführt hätte, so dass die Lehre stets aufrechterhalten werden konnte. Dies sei nun nicht mehr gegeben. Das Schreiben schließt mit der Hoffnung, „that a return of the

---

<sup>411</sup> Mitteilung des Rektors an die Mitglieder des Lehrkörpers der Universität vom 25.6.1945 (UAL, PA 80 Kautsky, Bl. 115).

<sup>412</sup> Vgl. ebd.

<sup>413</sup> Ebd.

<sup>414</sup> Vgl. Protestbrief vom 28.6.1945 (UAL, R 208 (F 1100), unpaginiert).

<sup>415</sup> Ebd.

<sup>416</sup> Eine vergleichbare Formulierung findet sich etwas später nochmals: „A cut like the present one may perhaps be mended but can hardly be repaired in decades.“ (Ebd.).

transported members of the Faculty and of the employees of the University of Leipzig will soon be effected.“<sup>417</sup> Eine konkrete Reaktion der amerikanischen Militärregierung blieb indes aus. Obgleich die Leitungsebene der Universität sich bemühte, den Kontakt zu den nach Weilburg an der Lahn verbrachten Professoren und somit die Optionen für eine Rückkehr in den persönlichen Beziehungen aufrechtzuhalten, erlahmten die offiziellen Bemühungen sukzessive. Erst mit einem an die Universität gerichteten Schreiben der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ im September 1945 schien erneut Bewegung in den stockenden Prozess zu kommen. In ihm wurde die Universität aufgefordert, schnellstmöglich eine Liste der abtransportierten Universitätsmitglieder zu erstellen, wobei besonders relevante Personen unter Angabe ihrer eventuellen NS-Belastungen hervorzuheben waren. Denn nach Aussage der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung bestand zu diesem Zeitpunkt „eine gewisse Möglichkeit der Rückkehr der von den Alliierten seinerzeit nach Westdeutschland abtransportierten Angehörigen des Lehrkörpers.“<sup>418</sup> Die Resonanz der Universität zeugt von Resignation, denn „bisher [sind] keine [...] der genannten von der amerikanischen Besatzungsmacht weggeführten wissenschaftliche Kräfte der Universität Leipzig zurückgekehrt.“<sup>419</sup> Somit blieb Leopold Wolf vorerst der einzige Professor, der in Eigenregie und ohne Initiative der Universität noch im Jahr der Deportation aus der amerikanischen Zone nach Leipzig zurückkehrte.<sup>420</sup>

Mangelndes Engagement im Bemühen um die Rückkehr der deportierten Wissenschaftler bescheinigt Henrik Eberle auch der Martin-Luther-Universität Halle.<sup>421</sup> Diese Einschätzung scheint weitgehend korrekt. Trotz des dringenden Handlungsbedarfs aufgrund verwaister Lehrstühle lassen sich kaum Belege für ein dezidiertes Vorgehen der Universität Halle in dieser Hinsicht finden, obwohl das Thema in einzelnen persönlichen Briefwechseln durchaus eine Rolle spielte. Lediglich ein Schreiben des Dekans der naturwissenschaftlichen Fakultät vom Oktober 1945 verweist auf die notwendige Neubesetzung der

---

<sup>417</sup> Ebd.

<sup>418</sup> Liste der abtransportierten Universitätsmitglieder (UAL, R 208 (F 1100), unpaginiert). Die angeforderte Liste findet sich ebenfalls in den Beständen (UAL, Phil. Fak. A 1/13, Bd. 1 (F 1310), unpaginiert).

<sup>419</sup> Schreiben der Universität an die Landesverwaltung Sachsen, undatiert (UAL, R 208 (F1100), unpaginiert).

<sup>420</sup> Entsprechende Notiz zu Wolfs Rückkehr (ebd.).

<sup>421</sup> Vgl. Eberle, Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945, S. 255.

Lehrstühle, deren eigentliche Inhaber sich in der amerikanischen Besatzungszone aufhielten. Der Präsident der Provinz Sachsen übte dabei zuerst den Druck aus, die NS-Belastung der abwesenden Professoren zu berücksichtigen und eine Wiedereinsetzung allein auf unbelastete Personen zu beschränken.<sup>422</sup>

Tatsächlich kann hier jedoch mehr von einer Selektion nach wissenschaftlicher Relevanz ausgegangen werden, da im Fall der namhaften Spezialisten wie Emil Abderhalden, Wilhelm Troll<sup>423</sup> oder Theodor Roemer<sup>424</sup> durchaus entsprechende Bestrebungen belegbar sind. So teilte der Rektor dem Schweizer Konsulat auf Anfrage mit, dass „alle für die Frage [der Rückkehr Emil Abderhaldens, Anm. der Autorin] in Betracht kommenden hiesigen deutschen Stellen“ wie „auch die Sowjetische Militäradministration der Provinz Sachsen“ eine Rückkehr des Schweizer Wissenschaftlers positiv unterstützen würden.<sup>425</sup> Ähnlich vehement klingt ein Schreiben der naturwissenschaftlichen Fakultät, in dem sie den Rektor aufforderte, „bei allen in Frage kommenden Stellen möglichst energische Schritte zu unternehmen“, die eine baldige Rückkehr der Professoren Roemer und Troll ermöglichen würde.<sup>426</sup> Die Ausführungen lassen erkennen, dass vakante bzw. interimswise besetzte Lehrstühle an der Fakultät die Lehre einschränkten. Wiederholt wurde die praktische Bedeutung Theodor Roemers für den Lehrbetrieb, aber auch für die SBZ hervorgehoben, was eine klare Präferenz erkennen lässt. Aufgrund der NS-Belastung Roemers verweigerte die SMAD anfänglich die Unterstützung des Gesuches. Nach seiner Rückkehr in die SBZ intensivierte die Universität Halle ihre Bemühungen, ihn zu berufen, zumal sie u.a. mit der Universität Rostock konkurrierte.<sup>427</sup> Auch die offiziellen Stellen relativierten nunmehr Roemers NS-Belastung und stellten fortan seinen wissenschaftlichen Nutzen heraus, indem sie zugleich betonten,

---

<sup>422</sup> Vgl. hier die Schreiben des Dekans der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät an den Rektor vom 13.10.1945 und das vorangegangene Schreiben Nummer 750 des Rektors vom 5.10.1945 (UAH, Rep. 31, Nr. 70, unpaginiert).

<sup>423</sup> Wilhelm Troll (1897-1978), Botaniker. Er war bis 1945 Dozent an der Universität Halle und Leiter des Botanischen Gartens und wurde 1945 von den Amerikanern deportiert. Ab 1946 übernahm er die Professur für Botanik an der Universität Mainz.

<sup>424</sup> Theodor Roemer (1883-1951), Agrarwissenschaftler. Lehrte bis 1945 an der Universität Halle und wurde durch die amerikanische Besatzungsmacht nach Darmstadt deportiert. Er kehrte 1946 an den Lehrstuhl für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung in Halle zurück.

<sup>425</sup> Schreiben vom 12.6.1946 (UAH, PA 3826 Abderhalden, unpaginiert).

<sup>426</sup> Vgl. diverse Briefwechsel zur Personalie Roemer (UAH, PA 13184 Roemer).

<sup>427</sup> Vgl. Schreiben der Provinzialregierung Sachsen-Anhalts an die Zentralverwaltung für Volksbildung vom 25.2.1947 (ebd.).

dass es ohnehin keinen politisch unbelasteten Vertreter des Fachs geben würde.<sup>428</sup> Abgestimmt mit der SMAD gelang es der Hallenser Universität im Juli 1947 Theodor Roemer wieder einzusetzen.<sup>429</sup>

Für die Friedrich-Schiller-Universität Jena lässt sich ebenfalls eine enge Kooperation mit den sowjetischen Stellen nach dem Besatzungswechsel in den Verhandlungen über die in die amerikanische Besatzungszone deportierten Wissenschaftler belegen. Demnach wandte sich der stellvertretende Rektor Anfang Juli 1945 an den nunmehr sowjetischen Stadtkommandanten, um ihn auf den Abtransport der Professoren und der materiellen Werte aus der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät hinzuweisen. Er verdeutlichte, dass „besonders wichtige Fächer betroffen und die Lehre und Forschung an der Universität [...] auf diese Weise schwer geschädigt“ wäre. Ferner forderte er, „die Rückführung der Personen und Gegenstände veranlassen zu wollen.“<sup>430</sup> Ein früherer Antrag, der direkt an die amerikanische Militärregierung gerichtet war hatte – wohl in der Annahme größerer Erfolgschancen – allein auf die Rückführung der Universitätsangehörigen abgezielt, die nicht in rüstungsrelevante Forschungen involviert gewesen waren.<sup>431</sup>

Faktisch verliefen in Jena mehrere Prozesse parallel, die das Dilemma der Universität veranschaulichen: Auf der einen Seite existierte der offizielle Schriftverkehr mit den sowjetischen Stellen sowie der persönliche Briefwechsel mit den Deportierten, der sukzessiv und nach anfänglichen Schwierigkeiten (Unklarheit über den Aufenthaltsort) aufgebaut werden konnte. Auf der anderen Seite wurde die Wiedereröffnung der Universität und die damit erforderliche Wiederbesetzung der vakanten Lehrstellen geplant. Die abtransportierten Mitarbeiter betrachteten sich weiterhin zum Lehrkörper der Universität zugehörig. Dagegen hatte die Universität formal nichts einzuwenden, war sie doch grundlegend an der Rückkehr der wichtigen Fachvertreter interessiert. Auf finanzieller Ebene ließ sich dieser Ansatz indes nicht berücksichtigen. Die Frage, ob die zwangsweise nicht mehr anwesenden – formal als solche akzeptierten – Mitglieder der Universität für die Zeit ihrer Abwesenheit (Stichtag

---

<sup>428</sup> Internes Schreiben der Zentralverwaltung für Volksbildung vom 15.11.1946 (ebd.).

<sup>429</sup> Schreiben vom 5.9.1947 (ebd.).

<sup>430</sup> Das Schreiben Friedrich Zuckers an den sowjetischen Stadtkommandanten datiert auf den 9.7.1945 (UAJ, Bestand BB, Nr. 1, unpaginiert).

<sup>431</sup> Vgl. Senatsprotokoll der Sitzung vom 29.6.1945 (UAJ, Bestand BB, Nr. 36, Bl. 22).

1. Juli 1945) Anspruch auf eine Besoldung oder Vergütung seitens der Universität hätten, stand im Raum. Parallel intendierte die Universitätsleitung, die Vakanzen zur geplanten Wiedereröffnung zu kompensieren. Dies hätte eine finanzielle Doppelbelastung durch die quasi zweifach besetzten Lehrstühle nach sich gezogen, was die Universität nicht finanzieren konnte.<sup>432</sup> Im Fall des Direktors des Instituts für Physikalische Chemie, Kurt Bennewitz<sup>433</sup>, hatte die Universität die Auszahlung seiner Dienstbezüge bereits am 8. Juli 1945 durch eine gesonderte Kassenverfügung rückwirkend gestoppt.<sup>434</sup>

Trotzdem bekundete die Majorität der nach Heidenheim verbrachten Professoren und Dozenten den Wunsch, nach Jena zurückkehren zu wollen.<sup>435</sup> Um den Prozess der Berufung zu beschleunigen, modifizierte das Landesamt für Volksbildung das Verfahren, das nunmehr eine vorherige „Durchprüfung der Weggeführten im Hinblick auf die Fortsetzung ihrer Verwendung“ auf Basis von Fragebögen vorsah.<sup>436</sup> Das veränderte Verfahren ermöglichte es nicht nur die fachliche Relevanz zu prüfen, sondern auch die NS-Belastung festzustellen, bevor konkrete Schritte für eine Rückführung eingeleitet wurden. Somit umfasste die Entnazifizierung an der Universität selektiv auch die nicht anwesenden Mitglieder.<sup>437</sup> Als einziger Wissenschaftler kehrte Franz Hein<sup>438</sup>,

---

<sup>432</sup> Vgl. Schreiben des Ministeriums für Volksbildung Thüringen an das Landesamt für Finanzen, am 17.9.1945 (UAJ, Bestand C, Nr. 128, Bl. 66). Im Zusammenhang mit den finanziellen Überlegungen wird in dem Schreiben auch auf das Handling der Frage bei den Firmen Zeiß und Schott verwiesen, die laut Auskunft noch für drei Monate Gehalt an die Mitarbeiter vor der Abreise ausbezahlt hätten, womit die Verpflichtungen erfüllt seien.

<sup>433</sup> Kurt Bennewitz (1887-1964), Chemiker. Er war bis 1945 Professor und Direktor des Institutes für Physikalische Chemie der Universität Jena. Nach seiner Deportation lehrte er ab 1947 an der Universität Würzburg.

<sup>434</sup> Vgl. Notiz in Personalakte (UAJ, Bestand D, Nr. 265, PA Bennewitz, Bl 10).

<sup>435</sup> Vgl. Senatsprotokolle (UAJ, Bestand BB, Nr. 36, Bl. 53, 58); Briefwechsel mit Kurt Bennewitz (UAJ, Bestand BB, Nr. 97, Bl. 26 f) oder die Personalakten betroffener Dozenten wie Brintzinger, Bennewitz oder Bredereck. Herbert Brintzinger (1898-1967), Chemiker. Bis zur Deportation durch die amerikanische Besatzungsmacht 1945 war Brintzinger war Professor und Direktor des Institutes für Technische Chemie an der Universität.

<sup>436</sup> Schreiben des Rektors an das Landesamt für Volksbildung am 12.12.1945. Zitiert nach: John/Wahl/Arnold, Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945, S. 353. Vgl. auch das Senatsprotokoll vom 23.11.1945 (UAJ, Bestand BB, Nr. 36, Bl. 53).

<sup>437</sup> So wurde Herbert Brintzinger, Professor für Anorganische und Physikalische Chemie, am 15.3.1945 in Abwesenheit aus dem Lehramt entlassen. Eine Wiederbesetzung des Lehrstuhls mit seiner Person kam somit nicht in Frage. Stattdessen intendierte die Universität, den Lehrstuhl für Physikalische Chemie an Professor Bennewitz zu übertragen, sollte er sich für eine Rückkehr entscheiden. (Vgl. UAJ, Bestand D, Nr. 318, PA Brintzinger, Bl. 108; UAJ, Bestand D, Nr. 265, PA Bennewitz, Bl. 13.)

<sup>438</sup> Franz Hein (1892-1976), Chemiker. 1945 lehrte er als Professor für Anorganische Chemie an der Universität Jena und wurde 1945 jedoch von Leipzig nach Weilburg an der Lahn deportiert. Er kehrte 1946 an seinen Lehrstuhl in Jena zurück.

der kein NSDAP-Mitglied war und somit als politisch unbelastet galt, 1946 an die Friedrich-Schiller-Universität zurück, die ihn auf das Ordinariat für Anorganische Chemie berief.<sup>439</sup> Neben den wissenschaftlichen Kriterien und der fehlenden politischen Belastung spielte seine selbst erklärte, ununterbrochene Zugehörigkeit zur Universität Jena für die Universität eine unabdingbare Rolle.<sup>440</sup> Die formal anerkannte Zugehörigkeit der „in Heidenheim sich aufhaltenden Dozenten“,<sup>441</sup> blieb für die universitären Bemühungen ausschlaggebend. Im eigenen Rollenverständnis schloss die Universität Jena einen freiwilligen Verzicht auf diese Mitglieder des Lehrkörpers oder ihre Entlassung in Eigeninitiative de facto aus.<sup>442</sup>

Das Scheitern der Initiativen der drei Universitäten zur Rückführung ihrer Mitglieder aus der amerikanischen Besatzungszone – bis 1946 kehrte jeweils immer nur ein Mitglied zurück – ist nur partiell mit der Einschätzung Henrik Eberles erklärbar: Eine gewisse Ausdauer in der Sachlage lässt sich zumindest für Leipzig und Jena und deutlich nachgeordnet auch in Halle nachweisen. Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass die Eingriffe der Amerikaner während der institutionellen Neuorientierung der Universitäten, d. h. zum Zeitpunkt ihrer (formalen) Schließung erfolgten. Die institutionelle Konsolidierung, die ein konsequenteres Handeln bereits während der Vorgänge ermöglicht hätte, war demnach ebenso wenig gegeben, wie eine strukturelle Ordnung durch die Besatzungsmächte selbst. Darüber hinaus bedingte die Entfernung zwischen den Universitäten in der SBZ und den deportierten Mitgliedern in der amerikanischen Besatzungszone, dass die gemeinsame Erfahrungsebene durchtrennt wurde, was die Beziehungen und Entscheidungen auf beiden Seiten beeinflusste – stets auch in Abhängigkeit von der Politik der jeweiligen Besatzungsmacht. Inwieweit sich die meisten Wissenschaftler in der amerikanischen Besatzungszone und der späteren Bundesrepublik „heimisch fühlten“<sup>443</sup> oder dort „ohne größere Schwierigkeiten Fuß fassten und attraktive

---

<sup>439</sup> Vgl. Schreiben des Kurators vom 25.3.1946 (UAJ, Bestand D, Nr. 1160, PA Hein, unpaginiert).

<sup>440</sup> Vgl. Schreiben des Kurators (ebd.).

<sup>441</sup> Senatsprotokoll vom 8.2.1947 (UAJ, Bestand BB 36, Bl. 114).

<sup>442</sup> Ebd.

<sup>443</sup> Kaiser/Mestrup, Die Universität Jena in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, S. 600.

Stellungen erhielten,<sup>444</sup> wodurch sich die originären Bemühungen ihre Rückkehr alsbald erübrigten, bleibt zu klären.

### IV.1.3 Keine Rückkehr in die SBZ?

Einen unverfälschten Eindruck der Ankunftssituation in Heidenheim, dem Ziel des Jenaer Transports, offeriert das noch am 24. Juni 1945 an den Rektor gerichtete Schreiben Professor Helmuth Kulenkampffs<sup>445</sup>:

„[Wir] kamen spät nachts hier an, und zwar sind wir untergebracht in einem großen Barackenlager. [...] Die Unterbringung ist äußerst primitiv: zwar massive, 2-stöckige Barackenbauten, mit Räumen von [...] etwa 5x8m, aber pro Raum 12-16 Personen.“<sup>446</sup>

Die von ihm vermuteten ‚Verhöre‘, um den Nutzen der Deportierten für die amerikanische Besatzungsmacht zu eruieren, scheinen nicht unrealistisch. So berichtete der Jenaer Professor Hellmut Brederock<sup>447</sup> im April 1946, dass „laufend [...] Herren von uns nach England oder USA kommen.“<sup>448</sup> Auch die auferlegten bürokratischen Hürden wie die wöchentliche polizeiliche Meldepflicht der Spezialisten oder das prinzipielle Ausreiseverbot aus der amerikanischen Besatzungszone<sup>449</sup>, indizieren, dass diese Personengruppe für die Amerikaner wichtig war. Jedoch wandelte sich das Interesse merklich in Desinteresse. Eine Tatsache, die für die Spezialisten bereits früh zu erkennen war: „Noch in der Nacht [...] wurde mir gesagt, die Amerikaner seien an uns nicht interessiert [und] ich solle sehen, wo ich mit den Deportierten bleibe.“<sup>450</sup> Die sofortige Rückkehr nach Halle wurde den deportierten Wissenschaftlern

---

<sup>444</sup> Eberle, Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945, S. 255.

<sup>445</sup> Helmuth Kulenkampff (1895-1971), Physiker. Bis 1945 arbeitete er am Physikalischen Institut der Universität Jena und wurde nach Heidenheim deportiert. 1946 erfolgte die Berufung als Leiter des Physikalischen Instituts an die Universität Würzburg.

<sup>446</sup> Brief Kulenkampffs vom 24.6.1945 (UAJ, Bestand BB, Nr. 85, Bl. 130). Kulenkampff berichtet ebenfalls, dass auch andere Kollegen vor Ort (zum Beispiel von Zeiss) seien und dass Gerüchte eine Gesamtzahl von rund 1.500 Personen nannten.

<sup>447</sup> Hellmut Brederock (1904-1981), Chemiker. Leitete bis 1945 das Institut für Organische Chemie und Biochemie an der Universität Jena und wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht deportiert. 1948 berief ihn die Technische Hochschule Stuttgart auf den Lehrstuhl für Organische Chemie.

<sup>448</sup> So schreibt es Brederock in einem Brief vom 4.4.1946 (UAJ, Bestand S, Abt. XXVI, unpaginiert).

<sup>449</sup> Vgl. Brief Brederocks (ebd.); Bericht Professor Scheumann an den Rektor der Universität Leipzig am 2.12.1945 (UAL, R 208 (F 1100), unpaginiert).

<sup>450</sup> Brief Abderhaldens vom 15.9.1947 (UAH PA 3826 Abderhalden, unpaginiert).

wiederholt verboten.<sup>451</sup> In einer Anweisung der amerikanischen Militärregierung heißt es im Oktober 1945, dass

„all refugees who fled from the Russian zone have to be returned by mutual agreement, with the exception of the German Scientists coming from Halle ordered here by the Americans.“<sup>452</sup>

Ende des Jahres 1945 wurde die eingeschränkte Freizügigkeit zumindest innerhalb der amerikanischen Besatzungszone gelockert, so dass „Professoren, die bis Mitte Februar [1946] nicht benachrichtigt worden sind [seitens der Alliierten, Anm. d. Aut.] sich als frei betrachten und sich selbst nach einer Stelle umsehen [konnten].“<sup>453</sup> Ein Wechsel in die britische Besatzungszone musste jedoch weiterhin durch die FIAT geprüft und genehmigt werden.<sup>454</sup> Als Optionen boten sich für die Jenaer Professoren im Raum Heidenheim die Städte Stuttgart, Ulm, München oder Augsburg an; für die Hallenser im Raum Darmstadt die Städte Darmstadt, Würzburg, Mainz, Koblenz und für die Leipziger Dozenten in Weilburg die Städte Gießen, Marburg und Bonn. Allerdings gehörte Bonn zur britischen und Mainz zur französischen Besatzungszone, so dass hier das Problem des Zonenwechsels auftrat.

Daher beschränkten sich die die Bemühungen der Spezialisten, sich beruflich zu integrieren, vornehmlich auf die amerikanische Besatzungszone. Dabei erwies es sich für die Angehörigen der drei Universitäten ungleich schwerer, entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. Sie lebten zumeist außer Reichweite wissenschaftlicher Einrichtungen in der amerikanischen Besatzungszone.<sup>455</sup> Erste Aktivitäten der Wissenschaftler verfolgten vorerst das Ziel, den Universitäten ihre Anwesenheit mitzuteilen, damit sie als „wertvolle Reserve für die Aufgaben des zu beginnenden Wiederaufbaus“ im Rahmen künftiger Lehrstuhlbesetzungen der Universitäten überhaupt berücksichtigt

---

<sup>451</sup> Vgl. Brief vom 15.9.1947 (ebd.).

<sup>452</sup> Abschrift eines Schreibens der Militärregierung an den Präsidenten des Landes Hessen vom 12.10.1945 (HStAD, Bestand H 1, Nr. 3800, unpaginiert).

<sup>453</sup> Abschrift einer Unterredung zwischen der amerikanischen Militärregierung und dem Regierungspräsidenten Hessens vom 25.1.1946 (HStAD, Bestand H 1, Nr. 7771, unpaginiert).

<sup>454</sup> Vgl. Bericht Professor Scheumann an den Rektor der Universität Leipzig am 2.12.1945 (UAL R 208 (F 1100), unpaginiert).

<sup>455</sup> Bereits am 15.8.1945 betonte Emil Abderhalden in einem handschriftlichen Brief an den deutschen Regierungspräsidenten Hessens, dass es „sehr schlimm mit den Angehörigen von Universitäten und Technischen Hochschulen“ stünde. (StAD, Bestand H 1, Nr. 3800, unpaginiert).



werden konnten.<sup>456</sup> Für diesen Zweck erstellten sie Listen, die alphabetisch Professoren und Dozenten, ihre Fachgebiete, ihre frühere Arbeitsstätten und ihren aktuellen Wohnsitz benannten.<sup>457</sup> Aktualisierungen umfassten ferner Angaben zum Beschäftigungsstatus.<sup>458</sup> Die im Auftrag der amerikanischen Militärregierung erstellten Fragebögen, die von März bis Mai 1946 an die Spezialisten verteilt wurden, erfassten ferner die fachliche Qualifikation, den beruflichen Werdegang, Publikationen, mögliche Tätigkeitsfelder und Sprachkenntnisse der Spezialisten. Sie erfragten auch, ob die Spezialisten bereit waren, in den USA und/oder der amerikanischen Zone zu arbeiten. Die ausgefüllten Bögen belegen, dass die Mehrzahl der Wissenschaftler aus Mitteldeutschland sich eine Tätigkeit in den USA vorstellen konnte.<sup>459</sup> Die potentielle NS-Belastung der Spezialisten erschwerte indes mögliche Berufungsverfahren ebenso wie andere berufliche Perspektiven. Neben den persönlichen Angaben aus den Fragebögen<sup>460</sup> oder gegenseitigem Bezeugen,<sup>461</sup> spielten Gutachten der früheren Arbeitgeber eine maßgebliche Rolle. So wandten sich die Spezialisten oftmals an ihre früheren Hochschulen, um Belege gegen eine NS-Belastung zu erbitten.<sup>462</sup> Für die Überprüfung zogen

---

<sup>456</sup> Vgl. Schreiben Wilhelm Trolls an die deutsche Regierung des Landes Hessen vom 27.10.1945. (HStAD, Bestand H1, Nr. 7771, unpaginiert).

<sup>457</sup> Vgl. u.a. die Aufstellung der in Hessen lebenden Dozenten aus Leipzig bzw. Halle vom 2.12.1945 (HHStAW, Abteilung 504, 6861, unpaginiert). Eine entsprechende Liste der Gruppe in Heidenheim an der Brenz findet sich ebenfalls im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW, Abteilung 507, 3904, unpaginiert).

<sup>458</sup> Vgl. hier die Auflistungen aus dem Jahr 1948 für Hessen (HHStAW, Abteilung 507, 3917, unpaginiert; HHStAW, Abteilung 507, 3899, unpaginiert). Für das gleiche Jahr existiert auch eine Übersicht, welche die Spezialisten in der britischen Besatzungszone benennt (vgl. HHStAW, Abteilung 507, Nr. 3906, unpaginiert) ebenso wie eine Aufstellung, der noch nicht beschäftigten Wissenschaftler und Spezialisten, hier die Punkte a) Professoren und b) Dozenten und Assistenten (BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 80).

<sup>459</sup> In den Beständen finden sich unter anderem die Fragebögen der Hallenser Professoren und Dozenten wie Adolf Smekal, Hellmuth Stamm, Heinz Dunken, Wilhelm Kast oder Walter Fuchs. Bis auf den letztgenannten erklärten sich alle prinzipiell bereit, in den USA zu arbeiten. (Vgl. HHStAW, Abteilung 507, 3902, unpaginiert). Hellmuth Stamm (1901-1977), Chemiker. Er war Dozent für anorganische Chemie an der Universität Halle bis 1945; wurde nach seiner Deportation 1946 aus dem Lehrkörper entlassen. Wilhelm Kast (1896-1980), Physiker. Er lehrte bis 1945 an der Universität Halle. Auch er wurde 1946 in Abwesenheit entlassen. Ebenso wie Walter Fuchs (1891-1982), Phytomediziner. Er lehrte bis 1945 Phytopathologie an der Universität Halle.

<sup>460</sup> Vgl. hier die Angaben zu den Hallenser Professoren Walter Fuchs, Wilhelm Kast oder Fritz Laves, die als „politisch untragbar“ eingestuft wurden (StAD, Bestand H 1, Nr. 3801 und 3802).

<sup>461</sup> So bescheinigte Emil Abderhalden seinem Hallenser Kollegen Wilhelm Troll am 27.10.1945, dass dieser bei der NSDAP „auf der schwarzen Liste“ stand (UAMz, Bestand S 64/68-1 PA Troll, Bl. 51).

<sup>462</sup> Schreiben Walter Fuchs an den Rektor der Universität Halle vom 2.8.1946 (UAH, PA Fuchs, unpaginiert). Vgl. auch das Schreiben Heinrich Schmitthenners an den Rektor der Universität Leipzig vom 23.4.1947 (UAL, F 1428 PA Schmitthenner, unpaginiert).

die Amerikaner auch die Bestände des Document Center Berlin heran; in Einzelfällen, bei denen die Recherchen keine konkreten bzw. unzweifelhaften Ergebnisse lieferten, kontaktierten die verantwortlichen Stellen auch die Universitäten in der SBZ.<sup>463</sup> Diese prinzipielle Einzelfallüberprüfung, auf dem die Entnazifizierungsverfahren in der amerikanischen Besatzungszone basierten, bedingte für einen endgültigen Bescheid ein Verfahren, das eine lange Bearbeitungszeit in Anspruch nahm. Im August 1947 bemühten sich die Spezialisten, die laufenden Verfahren insbesondere für die Professoren und Dozenten zu beschleunigen. Grund hierfür war das enge, noch verbleibende Berufungszeitfenster der hessischen Hochschulen, die „bis zum nahe bevorstehenden Beginn des Wintersemesters alle Lücken ihrer Lehrkörper ausgefüllt haben müssen.“<sup>464</sup> Die Sorge, dass

„auf Jahre hinaus eine Wiederbeschäftigung der zwangsevakuerten Hochschullehrer in akademischen Lehrämtern aus Mangel an offenen Stellen nicht möglich sein wird“<sup>465</sup>,

erschien berechtigt. Gleichwohl wurde in Gesprächen der Ministerpräsidenten der US-Zone mit General Clay der Beschluss gefasst, dass „die deutschen Stellen sich besonders für eine geeignete Wiederbeschäftigung der Betroffenen einsetzen sollen.“<sup>466</sup> Die angespannte finanzielle Situation und die Sparmaßnahmen im Vorfeld der Währungsreform minderten die ohnehin schlechten Aussichten, die noch unbeschäftigten Wissenschaftler aus Mitteldeutschland in die akademischen Einrichtungen der amerikanischen Besatzungszone adäquat einzubinden. Die unbelasteten Mitglieder der Gruppe waren oft in Form von Gastprofessuren „bei der Durchführung von Berufungen auf freigewordene Lehrstühle weitgehend berücksichtigt worden“, so dass

---

<sup>463</sup> So geschehen im Fall des Jenaer Professor Hellmut Bredereck, bei dem die Überprüfung zwar negativ ausfiel, es dennoch Zweifel an seiner NS-Belastung aufgrund anderer Indizien gab. Die Spruchkammer wies somit der Aussage der Universität Jena eine hohe Bedeutung bei, da „im bejahenden Fall [durch die Universität Jena, Anm. d. Aut.] ein neues Verfahren gegen ihn [Bredereck, Anm. d. Aut.] eingeleitet werden müsste.“ Abschrift Zentralspruchkammer Nord-Württemberg an die Universität Jena am 14.1.1949 (UAJ, Bestand D, Nr. 337 PA Bredereck, Bl. 55).

<sup>464</sup> Schreiben Adolf Smekals als Sprecher der Spezialisten in Hessen an das Ministerium für politische Befreiung in Hessen vom 20.8.1947 (HHStAW, Abteilung 503, Nr. 484a, unpaginiert). Vgl. auch sein Schreiben an das Landesamt für Flüchtlinge vom 1.8.1945, das eine ähnliche Argumentation aufweist (ebd.).

<sup>465</sup> Hier das Schreiben vom 20.8.1945 (ebd.).

<sup>466</sup> Generalsekretariat des Länderrats an das Kultusministerium Stuttgart vom 23.7.1948 (BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 28).

„diese Möglichkeiten aber jetzt leider erschöpft [waren].“<sup>467</sup> Dieses Problem beschränkte sich nicht allein auf den universitären Bereich, sondern betraf auch andere Forschungseinrichtungen wie die Max-Planck-Institute. Obgleich sich der Präsident ob der großen „Anzahl durchaus ernst zu nehmender, gut ausgebildeter Menschen, [die] jetzt mehr oder weniger arbeitslos herumsitzen müssen“, erschüttert zeigte, lehnte er unter Verweis auf die anstehende Währungsreform und dem zu erwartenden Stellenabbau weitere Neueinstellungen ab.<sup>468</sup>

Die finanziellen Schwierigkeiten tangierten dabei nicht nur die Schaffung neuer Stellen, sondern auch die Spezialisten, die bereits eine Beschäftigung an einer Universität inne hatten: Ausbleibende Gehaltszahlungen, befristete Verträge, die unabhängig von der Aufgabenstellung (wie der Einrichtung eines neuen Instituts) ausgestellt wurden oder niedrige Gehälter können als Beleg hierfür herangezogen werden.<sup>469</sup> Aus dieser Situation heraus erscheint die Forderung der Spezialisten nach einer adäquaten Bezahlung ihrer Arbeit konsequent. Sie umfasste allerdings den Ansatz, die bis 1945 erbrachten Leistungen anzurechnen und das ‚alte‘ Arbeitsverhältnis – hier der Beamtenstatus – wiederherzustellen. Zumindest beabsichtigten sie eine Vergütung, die „ihre früheren Stellung und ihr Dienstalter“ berücksichtigte.<sup>470</sup> In der Praxis scheiterte die Umsetzung, wie im Fall des 68jährigen Leipziger Professors Arthur Scheunert, an den gesetzlichen Bestimmungen, die besagten, dass

„Personen die das 55. Lebensjahr vollendet haben und Versorgungsansprüche gegen das Land Hessen aus einem früheren Beamtenverhältnis nicht besitzen, nicht in ein Beamtenverhältnis übernommen werden sollten.“<sup>471</sup>

---

<sup>467</sup> Schreiben des Kultusministeriums an den Länderrat vom 9.9.1947 (ebd., Bl. 2).

<sup>468</sup> Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften an den Länderrat in einem Schreiben vom 8.7.1948 (ebd., Bl. 59). Einzig dem Hallenser Professor Walter Fuchs stellte er eine Beschäftigung in Aussicht.

<sup>469</sup> Vgl. Schreiben Adolf Smekals an den Kulturpolitischen Ausschuss des Länderrates Stuttgart vom 29.4.1948. Als Beispiele benennt er seine eigene Situation an der Technischen Hochschule Darmstadt (noch ohne Gehalt) oder die Lage des früheren Leipziger Professor Kautskys an der Universität Marburg (befristete Verträge und geringes Einkommen). (Vgl. BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 141).

<sup>470</sup> Vgl. Schreiben vom 29.4.1948 (ebd.).

<sup>471</sup> Schreiben vom 4.2.1948 (Uni A GI, Pers. Abt. 1. Lieferung, Karton 35, PA Scheunert, unpaginiert). Zum Zeitpunkt des Schreibens war Arthur Scheunert bereits 68 Jahre alt und hatte das Mindestalter (unabhängig von den territorialen Beschränkungen) um 13 Jahre überschritten. Er verließ noch im selben Jahr die Universität Gießen und die amerikanische Besatzungszone in Richtung SBZ.

Das Festhalten am Beamtenstatus implizierte auch die erworbenen Pensionsansprüche, die insbesondere für die älteren Spezialisten eine große Relevanz besaßen. Ein Wegfall derselben verschlechterte ihre finanzielle Situation erheblich, waren sie – häufig nahe an der Emeritierung – nunmehr „mittellos“ und ohne sichere Existenz.<sup>472</sup> Daher werteten die Spezialisten ihre neuen Arbeitsverhältnisse in der amerikanischen Zone als Interimslösung, auch in der anfänglichen Hoffnung, in die SBZ zurückkehren zu können und somit nicht auf die Beamtenrechte verzichten zu müssen. Vielmehr sollten diese „ruhend“ aufrechterhalten werden, zumal die Neubeschäftigung zumeist unter dem Lohnniveau der früheren Tätigkeiten lag und die erworbenen Pensionsrechte nicht anerkannt wurden.<sup>473</sup>

Per se veränderte eine neue Beschäftigung in den westlichen Zonen die Situation der Spezialisten. Oftmals schuf sie gleichsam andere, bis dato weniger ersichtliche Probleme. Die abseitige Lage der Unterkünfte bedeutete zumeist ein Pendeln „mit Zeitverlusten von mehreren Stunden täglich. [D]ie Einfachheit der Unterbringung,<sup>474</sup> die „Enge der Wohnverhältnisse [erschwerte] jede häusliche Erledigung von Berufsgeschäften.“<sup>475</sup> Dabei verursachte die Abwesenheit vom Wohnort bzw. die Anwesenheit am Dienort höhere Ausgaben für Fahrten und Verpflegung<sup>476</sup> und die Führung zweier paralleler Haushalte, was „begrifflicherweise in vieler Hinsicht erhebliche Mehrkosten verursacht[e].“<sup>477</sup> Zuzugsgenehmigungen für die jeweiligen Arbeitsorte stellten somit ein wichtiges Moment für die Spezialisten einerseits und andererseits für die offiziellen Stellen dar, um potenzielle Arbeitsangebote annehmen und die

---

<sup>472</sup> Vgl. Schreiben Emil Abderhaldens vom 15.8.1945 an den Hessischen Regierungspräsidenten, in dem er auf sein hohes Alter (er war wie Arthur Scheunert zu diesem Zeitpunkt 68 Jahre alt) und seine aussichtslose Lage eingeht, wenn er „in Bälde in die Schweiz gebracht“ werde und es ihm „schleierhaft ist, wie [er] in der Schweiz existieren soll.“(HStAD, Bestand H 1, Nr. 3800, unpaginiert).

<sup>473</sup> So schreibt es Theodor Roemer an den Rektor der Universität Halle bereits am 7.9.1945 (vgl. UAH, PA 13184 Roemer, unpaginiert).

<sup>474</sup> So hatte der Drei-Personen-Haushalt Adolf Smekals noch 1948 einen Raum ohne Kochgelegenheit und Wasseranschluss in Nieder-Roden zur Verfügung. Vgl. Schreiben Adolf Smekals an das Hessische Staatsministerium vom 1.7.1948, indem er um die Zuzugserlaubnis für seine Familie von Nieder-Roden nach Darmstadt bittet (Uni A DA, Bestand 702, Nr. 7, PA Smekal, unpaginiert).

<sup>475</sup> Vgl. Smekals Schreiben vom 1.7.1948 (ebd.).

<sup>476</sup> Vgl. ebd.

<sup>477</sup> Schreiben Kautskys an die Verwaltungsdirektion der Universität Marburg vom 31.1.1949, indem er die sogenannte Trennungsentschädigung beantragt. Die Universität gewährte ihm letztlich eine Unterstützung des Umzugs von Weilburg an der Lahn nach Marburg (Uni A Ma, 310, acc. 1992/55, Nr. 6250, PA Kautsky, unpaginiert).

Spezialisten integrieren zu können, auch über Zonengrenzen hinweg<sup>478</sup> – ausgenommen der SBZ. Der Jenaer Professor Bredereck fasste die unsichere Perspektive der Spezialisten kurz und prägnant zusammen: „Es sind wundervolle Frühlingstage, die wir [...] erleben. Wir könnten sie genießen, wenn die Zukunft ein wenig klarer vor uns läge.“<sup>479</sup>

Ungeachtet der Erfahrungen in der amerikanischen Besatzungszone, den Zukunftsängsten, der materiellen wie wissenschaftlichen Verluste Einzelner durch die Deportation, der vagen Absicherung sowie der anfänglichen Hoffnung der meisten Spezialisten auf eine Rückkehr in die SBZ, hatte sich auch die Sachlage in der SBZ nachhaltig, für die Majorität der Spezialisten negativ, verändert.

In Bezug auf das Engagement der ostdeutschen Universitäten ist eine zunehmend ernüchtert-resignative Haltung erkennbar, zudem blieben sämtliche Bestrebungen ihrerseits wirkungslos. Im Gerangel der Forschungseinrichtungen, Spezialisten für sich zu gewinnen, blieben sie situationsbedingt – politisch und territorial – außen vor: persönlichen Einfluss vor Ort auszuüben, war ihnen schlichtweg nicht möglich. Symptomatisch für die Ohnmacht der ostdeutschen Universitäten ist folgende Situationsbeschreibung Emil Abderhaldens aus dem Jahr 1946:

„Als ich gestern [...] gerufen wurde, verließ ein noch ziemlich junger Mann [das] Zimmer. [Das] war der Rektor von Frankfurt a.M.! Könnten Sie nicht auch einmal im Interesse der Universität Halle hierher kommen? Es scheint, dass bald alle deutschen Rektoren hier gewesen sind. Der Rektor von Mainz war schon im Frühjahr hier.“<sup>480</sup>

In praxi reagierten die Spezialisten angesichts Pläne der mitteldeutschen Universitäten, ihre Lehrstühle anderweitig zu vergeben enttäuscht. Sie sahen sich nicht entsprechend berücksichtigt bzw. unzureichend informiert. So kritisierte der Leipziger Professor Scheunert die forcierte Neubesetzung seines

---

<sup>478</sup> Demnach arbeitete der Länderrat der amerikanischen Zone mit dem der britischen Zone bei der Sichtung möglicher Beschäftigungsmöglichkeiten für die Spezialisten zusammen, dies belegen u.a. Die Schreiben des Generalsekretärs des Länderrats der amerikanischen Zone an sein Pendant vom 3.6.1948 und sein Schreiben an das Zentralamt für Arbeit in Lemgo/Lippe desselben Tages. In letztgenanntem Schreiben geht es explizit um die Frage der Zuzugsgenehmigungen in die britische Zone, welche die amerikanische Seite unterstützte und im Gegenzug den Briten das gleiche Vorgehen empfahl. (Vgl. BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 78, 86).

<sup>479</sup> Bredereck in einem Brief vom 4.4.1946 (UAJ, Bestand S, Abt. XXVI, unpaginiert).

<sup>480</sup> Schreiben Emil Abderhaldens an den Hallenser Rektor vom 13.11.1946 (UAH, PA 3826 PA Abderhalden, unpaginiert).

Lehrstuhls in Leipzig, die er aufgrund seiner erzwungenen Deportation und seinem Ausreiseverbot aus der amerikanischen Besatzungszone heraus nicht verhindern konnte. Er fühlte sich weiterhin der Universität Leipzig zugehörig und seinem Leipziger Lehrstuhl verpflichtet, wie es ihm auch der ehemalige Rektor Bernhard Schweitzer bestätigt hatte. 1946 allerdings sprach Scheunert den offiziellen Stellen in der SBZ diesen Willen, die Interessen der Spezialisten zu wahren, ab:

„Weder vom dortigen Rektorat noch von der Sächsischen Landesregierung oder sonst einer maßgeblichen Dienststelle ist eine Mitteilung über eine Veränderung der Sachlage oder eine Aufforderung zur Rückkehr an mich oder einen anderen zwangsevakuierten Universitätsangehörigen ergangen.“<sup>481</sup>

Doch die Universitäten selbst zweifelten die realen Chancen auf eine Rückkehr ihrer deportierten Mitglieder an. Sie marginalisierten gleichsam ihren Einfluss auf den Prozess, denn „wir [glauben] auch nicht, dass diese Erlaubnis [zur Rückkehr] eine Folge unserer Schritte ist.“<sup>482</sup> Einsicht in die Gegebenheiten praktizierten nicht allein die Universitäten, sondern auch die Spezialisten, die sich von der sowjetischen Besatzungsmacht zunehmend diskreditiert fühlten. So wurden in diversen Fällen die Wohnungen der deportierten Universitätsangehörigen mitsamt Inventar beschlagnahmt, was einer Enteignung der früheren Bewohner entsprach.<sup>483</sup> Die offiziellen Stellen klassifizierten ihr Vorgehen indes als befristete Vergabe der Wohnungen „während der Dauer der Abwesenheit.“<sup>484</sup> Dem Einspruch der Universitäten zum Trotz führten die „unbestimmte Rückkehr“ und die ausbleibenden Mietzahlungen der Spezialisten letztlich dazu, dass die Wohnungen endgültig an andere Mieter vergeben wurden.<sup>485</sup> Der Abtransport privaten Eigentums in die Sowjetunion erweiterte die Enteignungen der Spezialisten zusätzlich. Dieser begrenzte sich nicht nur auf die beruflich-wissenschaftliche, sondern berührte vor allem die private und persönliche Ebene, so dass viele Spezialisten jeden

---

<sup>481</sup> Schreiben Arthur Scheunerts an Rektor Gadamer und den Dekan der veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig vom 3.11.1946 (UAL, PA 159 Scheunert, Bl. 134).

<sup>482</sup> Vgl. Schreiben Professor Hunds aus Leipzig an Professor Hein in Jena vom 13.4.1946 (UAJ, Bestand S, Abt. XXVI, unpaginiert).

<sup>483</sup> Vgl. die Schreiben betroffener Professoren vom 6.1.1946 und 12.1.1946 (UAH, Rep. 6, Nummer 2638, unpaginiert).

<sup>484</sup> Vgl. Schreiben des Wohnungsamts an den Rektor der Universität Halle vom 31.1.1946 (ebd.).

<sup>485</sup> Ebd.

Privatbesitz in der SBZ verloren, wie auch Emil Abderhalden: „Ich besitze gar nichts mehr. Manuskripte, Aufzeichnungen, viele persönliche Erinnerungen usw.“<sup>486</sup>

Diese Umstände führten zu einer Zerrissenheit auf der emotional-psychischen Ebene, die eine klare Entscheidung, die eigene Zukunft zu gestalten, maßgeblich beeinflusste. In der Tendenz favorisierte die Mehrheit der Spezialisten sukzessive eine Integration in den westlichen Zonen, nicht ohne Bedauern oder Zweifel, doch letztlich im eigenen Interesse und in Akzeptanz der veränderten Konzessionen. Argumente wie „wäre ich nicht so alt und hätte ich nicht alles eingebüßt, so lägen die Verhältnisse anders“<sup>487</sup> oder „unter diesen Umständen ist es für uns umso betrüblicher, daß Wohnungen und Besitz [...] weiterhin aufs Schwerste gefährdet gelten, ja zum Teil [...] bereits verloren sind“,<sup>488</sup> charakterisieren den Zwiespalt ebenso wie die Entscheidungen selbst. So veränderte sich die zahlenmäßige Verteilung in den Spezialistengruppen bezüglich des Rückkehrwunsches proportional zum äußeren Kontext, wie im Fall der Leipziger Universitätsangehörigen. Es kristallisierten sich drei hauptsächliche Meinungen heraus, die die Heterogenität der Gruppe (nicht allein in dieser Frage) aufzeigt. Demnach existierte von Beginn an eine Fraktion, die unter allen Umständen eine Rückkehr in die SBZ favorisierte, solange dies einen weiteren Verlust des verbliebenen Eigentums ausschloss. Die Unsicherheit der Existenz in der amerikanischen Zone vergrößerte die Gruppe, obwohl das Leben in der SBZ vergleichbare Unwägbarkeiten erkennen ließ. Eine zweite Gruppe lehnte die Rückkehr in die SBZ grundlegend ab, während sich der dritte Teil angesichts der problematischen

---

<sup>486</sup> Brief Emil Abderhalden vom 25.5.1947 (UAH, PA 3826 Abderhalden, unpaginiert). Abderhalden hatte seinen Privatbesitz wie auch die wissenschaftliche Bibliothek des physiologischen Instituts der Universität Halle und der Leopoldina zurückgelassen. Der Schriftwechsel im Universitätsarchiv umfasst eine Liste, die auf 15 Blatt die Gegenstände auflistet, die von der Sowjetischen Besatzungsmacht in 500-600 Kisten verpackt aus Wansleben abtransportiert wurden. Darunter befanden sich auch private Korrespondenz, seine Tagebücher und Fotoalben der Familie (ebd.) Der Auseinandersetzung um sein Eigentum und einer Entschädigung widmen sich auch Michael und Joachim Kaasch in ihrem Beitrag. Kaasch/Kaasch, Die Auseinandersetzung des XX. Leopoldina-Präsidenten.

<sup>487</sup> Schreiben Emil Abderhaldens an einen Kollegen vom 25.5.1947, indem er seine Entscheidung gegen eine Rückkehr und somit für den Verbleib in Zürich begründet (UAH, PA 3826 Abderhalden, unpaginiert).

<sup>488</sup> Brief Adolf Smekals an den Rektor der Universität Halle von 19.5.1946 (UAH, PA Smekal, unpaginiert).

Rahmenbedingungen in Ost und West eher in eine abwartende Grundhaltung flüchtete, um sich zweierlei Optionen offen zu halten.<sup>489</sup>

Die Stimmung der Betroffenen variierte ausgehend von der anfänglichen Ohnmacht während der Deportation, über Hoffnung angesichts der amerikanischen Versprechen<sup>490</sup>, über Ernüchterung durch die Nichteinhaltung derselben hin zu zynischer Enttäuschung und Wut über die Ausweglosigkeit ihrer Situation in der amerikanischen Zone. Vor allem nachdem die offiziellen Stellen sukzessive ihre Zuwendungen limitierten bzw. einstellten. Ein anonym Bericht eines Leipziger Professors lässt erahnen, wie diese Aspekte das Leben und vor allem das Selbstverständnis der Wissenschaftler prägten:

„Am 24. Juni wurden meine Frau und ich vom CIC Leipzig nach Weilburg zwangsevakuert. Mein energischer Einspruch [...] gegen den Abtransport wurde mit der Drohung beantwortet, bei Weigerung notfalls Gewalt anzuwenden und uns zu bestrafen. Auch die Klarlegung, dass wir politisch unbelastet waren, ich selbst nur [...] kriegsunwichtige Forschungen betrieben hätte und wir als Mediziner in der allgemeinen gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung eingesetzt und benötigt wären, konnte den Befehl nicht ändern. Die in wenigen Stunden erzwungene Evakuierung hatte den Verlust des größten Teils unserer Habe zur Folge.

Als Positivem stand demgegenüber die feste Zusage der evakuierenden CIC-Stelle, dass 1. alle erlittenen Schäden voll ersetzt würden, 2. Stellungs- und einkommensmäßig mindestens gleichwertiger Einsatz erfolgen würde, 3. uns amerikanische Militärverpflegung zugesichert wurde. [...] Die Folgen für uns in der dann gekommenen Zeit sind leicht auszumalen, da von allen diesen Zusagen praktisch nichts gehalten wurde. [...] Zu unserem Glücke waren der hiesige Landrat und Bürgermeister für unsere offenbare Notlage einsichtig und unterstützten uns für die ersten Monate. Dann hörten auch diese Zuwendungen auf. Sowohl die Besatzungsmacht als auch die Bevölkerung waren mit wenigen Ausnahmen mehr als unfreundlich gesinnt. Lassen Sie mich über alle Nadelstiche, Kränkungen, Hintenansetzungen schweigen, die uns das Leben vergifteten.

---

<sup>489</sup> Vgl. Bericht Professor Scheumanns als Sprecher der Leipziger Gruppe über die Lage in Weilburg an Rektor Schweitzer vom 15.12.1945 (UAL, R 208 (F 1100), unpaginiert).

<sup>490</sup> Bisweilen trugen diese Versprechen skurrile Züge: Der Hallenser Professor Wolf wandte sich am 12.9.1945 an die deutsche Regierung in Hessen, um die versprochene Entschädigung für sein Auto einzufordern, das ihm ein amerikanischer Offizier in Halle gegen eine schriftliche Beglaubigung abgenommen hatte. (Vgl. HStAD, Bestand H 1, Nr. 7771, unpaginiert).



Mittellos, ohne Verankerung im Wirtschaftsleben und in der Bevölkerung, der Bewegungsfreiheit beraubt, ohne Möglichkeit einer beruflichen Weiterbildung – und das als Wissenschaftler! – lebten wir unter kümmerlichsten Wohn- und Lebensverhältnissen. [...] Meine öfters unternommenen Versuche in mein Amt zurückzukehren wurden unterbunden. Erst September 1947 gelang es mir, nach vielen Bemühungen [...] einen Reisepass nach Leipzig durchzusetzen, der mir die Möglichkeit gab, beruflich zu sondieren und zu verhandeln. Jetzt werde ich eine Gastprofessur in Leipzig antreten, die vielleicht die notwendige finanziellen Grundlagen [sic] für eine Rückkehr schaffen lässt. Denn unsere Werte, von deren Verkauf wir bisher lebten, sind praktisch aufgebraucht.“<sup>491</sup>

Trotz des gemeinsamen Erlebnisses der Deportation und der Folgebehandlung differierten die persönliche Wahrnehmung und Bewertung der einzelnen Beteiligten. Die Sprecher der Spezialistengruppen strebten zwar eine prinzipielle Rückkehrerlaubnis in die SBZ für die Wissenschaftler und Techniker an, wobei sie auch auf eine möglichst umfassende Hilfe der Amerikaner setzten. Jedoch sollte das pro und contra einer Rückkehr dem Einzelnen selbst überlassen bleiben; hatte sich die Lage für viele doch grundlegend verändert, wie Karl Hermann Scheumann<sup>492</sup> nach Leipzig berichtet:

„Nun ist aber soviel Geschichte nach unserem Abtransport vergangen und auch psychisch soviel geändert, daß ‚Dasselbe nicht mehr Dasselbe‘ ist [...]. Nicht bloß, daß hier viele im weicheren Westen zu bleiben wünschen, [...] sondern auch die alten Lücken, in die wir Andern wieder kommen wollen, sind neu konturiert.“<sup>493</sup>

Entgegen der früheren Intention, in die SBZ zurückzukehren, verblieb die Majorität der Professoren in den westlichen Zonen. Ihre Integration erfolgte, sofern sie als politisch unbelastet galten, meist an den Hochschulen bzw. Universitäten, die territorial in engerem Radius zu den Unterbringungsorten

---

<sup>491</sup> Auszug aus dem Schreiben eines Professors der Universität Leipzig (BArch, Bestand Z 1/1024, Bl. 131). Dieser Auszug sollte die Argumentation der Spezialisten im Länderrat in ihren Verhandlungen stützen, wurde jedoch seitens des Regional Coordination Office als nicht verwertbares Material zurückgewiesen (vgl. ebd., Bl. 126). Bei dem Verfasser handelt es sich vermutlich um Prof. Strack, der im März 1948 an die Universität Leipzig zurückkehrte. In dem Bestand findet sich überdies sein Antrag auf Umzugsunterstützung (ebd., Bl. 205).

<sup>492</sup> Karl Hermann Scheumann (1881-1964), Mineraloge. Er lehrte bis 1945 Mineralogie und Petrographie an der Universität Leipzig. Seit 1946 war er Professor an der Universität Bonn.

<sup>493</sup> Scheumanns Bericht an den Rektor vom 15.12.1945 (UAL, R 208 (F 1100), unpaginiert).

lagen. Dies lässt sich allein im Blick auf die Leipziger Professoren in Weilburg an der Lahn konstatieren, von denen Heinrich Schmitthenner,<sup>494</sup> Hans Kautsky<sup>495</sup> an der nächstgelegenen Universität Marburg, Arthur Scheunert<sup>496</sup> in Gießen und Burckhard Helferich<sup>497</sup> an der Universität Bonn bereits ab 1946 Gastprofessuren erhielten bzw. in der Folge berufen wurden. Mit Adolf Smekal<sup>498</sup> und Wilhelm Troll<sup>499</sup> fanden auch Hallenser Professoren in direkter Nachbarschaft eine neue Anstellung: Smekal an der Technischen Universität Darmstadt, Troll an der Universität Mainz – ein Beispiel dafür, dass auch ein Zonenwechsel möglich war. Fritz Laves<sup>500</sup> entsprach mit seinem Weggang nach Marburg eher der Leipziger denn der Hallenser Linie. Die Jenaer Professoren wie Helmuth Kulenkampff<sup>501</sup> und Hellmut Brederock<sup>502</sup> hingegen blieben in der amerikanischen Zone und gingen an die Universität Würzburg bzw. an die Technische Hochschule in Stuttgart. Die Berufung der Spezialisten aus Mitteldeutschland folgte dabei in der Regel dem Schema, dass in den Jahren 1946 oder 1947 zunächst interimswise Lehraufträge oder Gastprofessuren übernommen wurden. Eine mögliche Rückkehr in die SBZ blieb zumeist als Option erhalten. Letztlich erfolgte 1947/1948 ihre vollständige Integration in die Lehrkörper der westdeutschen Universitäten als ordentliche Lehrstuhlinhaber.

---

<sup>494</sup> Heinrich Schmitthenner (1887-1957), Geograph. Professor an der Universität Leipzig. Nach seiner Deportation durch die amerikanische Besatzungsmacht übernahm er 1946 den Lehrstuhl für Geographie an der Universität Marburg. Vgl. Personalakte Schmitthenners in Marburg (Uni A Ma, 305a, acc. 1976/19, Nr. 2230, PA Schmitthenner; Uni A Ma, 310, acc. 1992/55, Nr. 6421, PA Schmitthenner).

<sup>495</sup> Hans Kautsky (1891-1966), Chemiker. Bis zu seiner Deportation leitete Kautsky das Institut für anorganische Chemie der Universität Leipzig. 1946 übernahm er eine Lehrtätigkeit an der Universität Marburg. Personalakte Hans Kautskys an der Universität Marburg (Uni A Ma, 305a, acc. 1992/55, Nr. 4309; ebd. acc. 305a, 1992/55, Nr. 662; ebd. 307e, acc. 1971/35, Nr. 38 sowie 310, acc. 1992/55, Nr. 6250).

<sup>496</sup> Personalakte Arthur Scheunerts an der Universität Gießen (Uni A GI, Pers. Abt. 1. Lieferung, Karton 35).

<sup>497</sup> Burckhard Helferich (1887-1982), Chemiker. Bis 1945 leitete er das Chemische Institut an der Universität Leipzig. Nach der Deportation erhielt er 1945 eine Professur in Bonn. Personalakte Burckhard Helferichs an der Universität Bonn (UA Bonn, PA 3026).

<sup>498</sup> Personalakte Adolf Smekals an der Technischen Universität Darmstadt (Uni A DA, Best. 304, Nr. 7; Uni A DA, Best. 702, Nr. 7).

<sup>499</sup> Personalakte Wilhelm Trolls an der Universität Mainz (UAMz, Best. S 64/69-1 sowie UAMz, Best. S 64/69-2).

<sup>500</sup> Fritz Laves (1906-1978), Mineraloge. Lehrte bis 1945 an der Universität Halle und übernahm 1945 nach seiner Deportation eine Professur in Marburg. Personalakte Fritz Laves an der Universität Marburg (Uni A Ma, 310, acc. 1978/15, Nr. 2984, Bd.1-2).

<sup>501</sup> Personalakte Helmuth Kulenkampffs an der Universität Würzburg (UWü, PA 455, Kulenkampff).

<sup>502</sup> Auskunft des Universitätsarchivs der Technischen Hochschule Stuttgart.

Als feste Mitglieder der Lehrkörper prägten die Wissenschaftler den Aufbau von Wissenschaft und Lehre an ihren neuen Wirkungsstätten zumeist nachhaltig.<sup>503</sup> Egal wie sehr die Spezialisten anfänglich eine Rückkehr favorisierten, das denkbare Szenario einer erneut oktroyierten Handlung durch die sowjetische Besatzungsmacht suchten sie zwingend zu verhindern, gemäß dem Credo: „Wir sind einmal gegen unsern Willen wie Pakete deportiert worden, [...] vermeiden Sie [...] wieder eine befehlsmäßige Reportation.“<sup>504</sup>

Für die Universitäten der SBZ schuf die sowjetische Besatzungsmacht einen neuen, veränderten Handlungsrahmen, indem nicht allein die durch die amerikanischen Entnahmen entstandenen Lücken im Lehrkörper kompensiert werden mussten, sondern auch weitere personelle Verluste, bedingt durch Entnazifizierung und weitere Deportationen – nunmehr von sowjetischer Seite – eintraten.

## **IV.2 Die Eingriffe der Sowjets an den Universitäten Halle, Jena und Leipzig**

### **IV.2.1 Situation nach dem Besatzungswechsel und Deportation der Wissenschaftler**

Die im Zuge des Wechsels der amerikanischen zur sowjetischen Besatzung Mitteldeutschlands erfolgte Deportation der Professoren und Dozenten veränderte die Situation an den Universitäten Halle, Jena und Leipzig nachhaltig. Obgleich die prozentualen Verluste dieser Deportationen im Vergleich zu anderen Parametern wie Kriegsverlusten, politische Entlassungen oder Entnazifizierungen bei der Reduktion der Lehrkörper quantitativ eher als marginal zu kennzeichnen sind,<sup>505</sup> war ihre qualitative Auswirkung exorbitant. Die entstandenen Lücken in den Lehrkörpern zu kompensieren, erwies sich für die Universitäten und die neuen Besatzer als schwierig, denn „die Verluste

---

<sup>503</sup> Vgl. Nachruf des Rektors der Würzburger Universität auf Kulenkampff (UWü PA 455, unpaginiert); Pressemitteilung der Universität Marburg zu Schmitthenners 65. Geburtstag (Uni A Ma, 305a, acc, 1976/19, Nr. 2230, PA Schmitthenner, Bl. 13).

<sup>504</sup> Scheumanns Bericht an den Rektor vom 15.12.1945 (UAL, R 208 (F 1100), unpaginiert).

<sup>505</sup> Für die sächsischen Universitäten betrug der Anteil der Abgänge durch amerikanische Deportationen lediglich 7,4 Prozent. Vgl. Parak, Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen, S. 297. Die sozialgeschichtliche Studie beleuchtet ausführlich den Elitenaustausch an den sächsischen Hochschulen der Jahre 1933 bis 1952.

wurden noch deutlicher sichtbar“, da es „gerade die bedeutendsten Wissenschaftler waren, die die Universitäten verlassen hatten.“<sup>506</sup>

Aus diesem Grund versuchten die sowjetischen Stellen in den ersten Wochen, möglichst ganzheitlich die abtransportierten Güter aus den Forschungseinrichtungen zu erfassen und das wissenschaftliche Potential der deportierten Personen zu sondieren. So fragte die sowjetische Militärregierung in Halle konkret nach Fachleuten aus dem Bereich der Aerodynamik. Indem sie prüfte, ob die Fachleute ihr wissenschaftliches Forschungsmaterial mitgenommen hätten, versuchte sie sich einen Einblick in die bisherigen Forschungen der deportierten Universitätsmitglieder zu verschaffen.<sup>507</sup> Parallel informierten die einzelnen physikalischen und chemischen Institute der Universität Halle über mögliche Verbindungen zwischen universitären und angewandten Forschungen, sprich über eine Zusammenarbeit der Institute mit der Industrie. In der Regel konnten aufgrund der Deportation der Forschungsleiter und ihrer Materialien ein Konnex mangels entsprechender Belege nicht indiziert werden.<sup>508</sup> Dieselbe Prüfung praktizierten die Sowjets zeitversetzt an der Friedrich-Schiller-Universität Jena mit derselben „Fehlanzeige“ als Ergebnis. „Es entzieht sich im Einzelnen unserer Kenntnis, was für Arbeiten in den Kriegsjahren in den [...] Instituten ausgeführt wurden.“<sup>509</sup> Einzig das Institut für Experimentelle Physik der Universität Halle konnte eine projektbezogene Kooperation mit dem angewandten Forschungsbereich belegen, ohne jedoch über konkrete, schriftlich fixierte Ergebnisse zu verfügen.<sup>510</sup>

Es ist davon auszugehen, dass diese Praxis nicht nur die Vakanzen klären, sondern auch der sowjetischen Besatzungsmacht potenziell wichtige Forschungsarbeiten offenlegen sollte. Letzteres erscheint logisch, da die

---

<sup>506</sup> Nikitin, Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand, S. 62.

<sup>507</sup> Besprechung mit der russischen Militärregierung vom 24.7.1945 (UAH, Rep. 4, Nr. 49, Bl. 4). Im Fall der Aerodynamiker verneinte dies die Universität und verwies darauf, dass hier eher die Technischen Hochschulen denn die Universitäten als Reservoir an Know-how fungieren würden.

<sup>508</sup> Das Institut für experimentelle Physik meldete dem Rektorat der Martin-Luther-Universität Halle am 27.7.1945: „Nach Abtransport des Institutsleiters sowie sämtlicher Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter können Feststellungen einer Zusammenarbeit mit der Industrie nicht mehr getroffen werden. Meldungen desselben Inhalts sendeten die Chemischen Institute am 31.7.1945 und am 10.9.1945 (vgl. UAH, Rep. 4, Nr. 49, Bl. 9, 13, 20).

<sup>509</sup> Schreiben des physikalischen Instituts vom 4.2.1946 sowie Schreiben der chemischen Instituts vom 4.2.1946 (UAJ, Bestand C, Nr. 16, Bl. 21 und 25).

<sup>510</sup> Schreiben vom 12.9.1945 (UAH, Rep. 4, Nr. 49, Bl. 17).

Sowjets selbst zeitnahe Deportationen vorbereiteten. So registrierten sie seit 1945 die verbliebenen Mitglieder der Lehrkörper mittels einer standardisierten „Kartei des wissenschaftlichen Arbeitens.“<sup>511</sup> Die Registrierung erfasste unter anderem den akademischen Grad, das Fach, die Spezialgebiete und die Publikationen der Universitätsangehörigen. Trotz der amerikanischen Eingriffe ermittelte die sowjetische Besatzungsmacht auch in Halle, Jena und Leipzig diverse Wissenschaftler, die für sie als intellektuelle Reparationen Relevanz besaßen. Die sowjetischen Deportationen variierten dabei zeitlich korrelierend zur fachlichen Qualifikation der Personen, so dass sich die in Kapitel III.2.1 dargestellten Kategorisierungen auch für die Universitätsmitglieder belegen lassen.

Die erste Deportation eines Universitätsangehörigen durch die sowjetische Besatzungsmacht ereignete sich an der Universität Leipzig bereits im Juli 1945 und betraf mit Robert Döpel<sup>512</sup>, Leiter der Abteilung für Strahlungsphysik am Physikalischen Institut<sup>513</sup>, folglich einen Atomwissenschaftler. Der frühe Zeitpunkt entsprach der Priorisierung dieses Wissenschaftsfeldes durch die Sowjetunion. Für die Universität, die erst am 5. Februar 1946 eröffnen sollte, bedeutete die Deportation den weiteren Verlust eines wichtigen Mitglieds, ohne dass sie exakte Kenntnis über den Grund oder den Verbleib Döpels hatte. „Robert Döpel [...] hat sich auf Anordnung der Militärregierung am 28. Juli 1945 nach Moskau begeben. Näheres ist hier nicht bekannt.“<sup>514</sup> Döpels Weggang

---

<sup>511</sup> Schreiben des stellvertretenden Rektors der Universität Jena an den Kommandanten der russischen Militärregierung vom 9.7.1945 (UAJ, Bestand BB, Nr. 1, unpaginiert). Das Muster der Kartei findet sich ebenfalls in dieser Akte.

<sup>512</sup> Robert Döpel (1895-1982), Physiker. Bis 1945 Professor für Radiophysik an der Universität Leipzig. Zwischen 1945 und 1957 war er als Spezialist in der Sowjetunion und übernahm nach seiner Rückkehr den Lehrstuhl für angewandte Physik an der Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau.

<sup>513</sup> Döpel war ein Schüler Werner Heisenbergs und hatte mit diesem gemeinsam seit 1940 „Untersuchungen zur Neutronenvermehrung bei Kernreaktionen“ in Leipzig durchgeführt und zuletzt mit Uranoxid experimentiert. Vgl. Krause, *Alma Mater Lipsiensis*, S. 311; Flöter, *Leipziger Universitätsgeschichte(n)*, S. 169.

<sup>514</sup> Schreiben vom 9.12.1945 (UAL, F 511/94, unpaginiert). Döpel, dessen Ehefrau beim Bombenangriff vom 6.4.1945 ums Leben gekommen war, galt infolge dessen als psychisch labil, wie seine Beurlaubung durch die Universitätsleitung im Juni 1945 und die Aufforderung, sich in der Psychiatrischen Klinik die Dienstfähigkeit bescheinigen zu lassen, belegt. Vgl. Schreiben vom 7.6.1945 (UAL, F 511/94). Inwieweit die psychischen Probleme sein Wirken in der Sowjetunion tangierten, ist nicht zu klären, vermeintlich setzten sie sich jedoch fort, wie Heinemann-Grüder ausführt. Vgl. Heinemann-Grüder, *Die sowjetische Atombombe*, S. 48. Zudem scheinen die sowjetischen Stellen 1955 für ihn die Option des Heimaturlaubs diskutiert zu haben, allerdings lässt sich die Realisierung des Vorschlags nicht belegen. Vgl. Schreiben des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an das Staatssekretariat für Innere

reihete sich in einen umfangreichen Aderlass von Universitätsangehörigen ein, der durch die Entnazifizierungspraxis zwischen dem Besatzungswechsel bis zum Ende des Jahres 1945 intensiviert wurde. Dabei reduzierten sie den Lehrkörper auf letztlich noch 44 Professoren, was die einzige Deportation der sowjetischen Besatzungsmacht überlagerte und gleichsam marginalisierte.

Eine vergleichbar frühzeitige Deportation nach dem Besatzungswechsel erfuhr auch die Martin-Luther-Universität Halle im Fall des Atomwissenschaftlers Heinz Pose. Er wurde im Oktober 1945 „dank russischer Offiziere [...] für Forschungsarbeiten nach Rußland verpflichtet“, wie er selbst der Universität in einem Schreiben vom 11. Februar 1946 mitteilte.<sup>515</sup> Das Institut für experimentelle Physik hatte dies bereits Ende Oktober 1945 der Universitätsleitung gemeldet und sie über den Ablauf der Deportation informiert. Demnach wurde Heinz Pose von der Kriminalpolizei zur Militärregierung gebracht und „aufgefordert, seine früheren Arbeiten unter günstigen Bedingungen in der Sowjetunion fortzuführen.“<sup>516</sup> Hierfür habe er am 30. Oktober 1945 „in Begleitung eines Majors“ Apparaturen des Instituts verladen, die „ihm früher [...] für seine Arbeiten zur Verfügung gestellt wurden.“<sup>517</sup>

Für die Deportation selbst besaß die NS-Belastung Heinz Poses, der laut Eigenauskunft sowohl NSDAP als auch SA-Mitglied gewesen ist, scheinbar keine Relevanz. Im Zuge der Entnazifizierung des Lehrkörpers der Universität spielte sie trotzdem eine Rolle. So stellte die Universität die Gehaltszahlungen an Heinz Pose im August 1945 ein. Mit dem Verweis auf die noch nicht abgeschlossene politische Überprüfung und der Tatsache, dass er aufgrund einer SMAD-Verfügung als NSDAP-Mitglied ohnehin nicht mehr zum Lehrkörper zu zählen sei, verweigerte die Universität auch die nachträgliche Auszahlung der vermeintlich ausstehenden Gehälter.<sup>518</sup>

Charakteristisch und mit der Leipziger Situation vergleichbar erfolgte auch die Deportation Heinz Poses zu einem Zeitpunkt, an dem die Universität noch

---

Angelegenheiten vom 5.7.1955, das die Ausstellung eines Reisepasses in Aussicht stellt, vorbehaltlich der „Genehmigung der Ausreise aus der UdSSR.“ (BArch, DO 1, Nr. 9535, unpaginiert).

<sup>515</sup> Schreiben Heinz Poses an den Kurator der Universität vom 11.2.1946(UAH, PA 12588 Pose, unpaginiert).

<sup>516</sup> Schreiben des Instituts für experimentelle Physik an den Kurator vom 31.10.1945 (ebd.).

<sup>517</sup> Ebd.

<sup>518</sup> Antwortschreiben des Kurators an Frau Pose vom 15.3.1946 (ebd.). Die Nachzahlung hatte Pose in seinem Schreiben vom 11.2.1946 an den Kurator der Universität eingefordert (ebd.).

geschlossen war. Die Wiedereröffnung durch die SMAD erfolgte in Halle knapp vier Monate später am 1. Februar 1946. Im Gegensatz zur Universität Leipzig griffen die Sowjets mit einer weiteren Deportation im Zuge der Operation Ossawakim am 22. Oktober 1946 nochmals in den Lehrkörper der nunmehr konsolidierten und eröffneten Universität Halle ein. Der betroffene Friedrich Asinger<sup>519</sup>, Chemiker, ist aufgrund seiner NS-Belastung ebenfalls als problematische Personalie charakterisieren.<sup>520</sup>

Die Naturwissenschaftliche Fakultät thematisierte seine NSDAP-Mitgliedschaft in einer Stellungnahme vom November 1945. Parallel argumentierte sie, dass Asinger als Bindeglied zwischen zwei Forschungsbereichen, „die für unsere Provinz von besonderer Wichtigkeit sind“,<sup>521</sup> fungierte, weil er neben seiner Lehrtätigkeit auch ein Laboratorium der Leuna Werke leitete. Nähere Angaben zur Deportation Friedrich Asingers ließen sich aufgrund der strikten Datenschutzrichtlinien, die eine Schutzfristverkürzung nicht gewährten, im Universitätsarchiv Halle nicht recherchieren.<sup>522</sup> Laut einer Fakultätsmeldung wurde Friedrich Asinger zwar als Honorarprofessor im Dezember 1945 entlassen, konnte seine Arbeit in den Leuna Werken jedoch fortsetzen. Am 22. Oktober 1946 wurde er nach Berlin geflogen und von dort mit anderen deutschen Spezialisten der Leuna Werke in die Nähe von Gorki in die Sowjetunion deportiert. Entgegen der gängigen Routine der sowjetischen Besatzungsmacht verließ Asinger die SBZ ohne seine Familie.<sup>523</sup>

Im Rahmen der zentralen Aktion Ossawakim im Oktober 1946 erfolgten auch die Deportationen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die sich ebenfalls auf die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät konzentrierten. Obgleich die Universität als erste in der SBZ bereits am 1. Dezember 1945 (wieder)

---

<sup>519</sup> Friedrich Asinger (1907-1999), Chemiker. Dozent für Organisch-chemische Technologie an der Universität Halle bis 1945. Wurde 1945 entlassen und leitete das Hauptlaboratorium der Leuna-Werke. 1946 bis 1954 war er als Spezialist in der Sowjetunion. 1955 wurde er Professor an der Universität Halle.

<sup>520</sup> Recherchen im BDC der Bundesarchivs belegen, dass der Österreicher Friedrich Asinger seit dem 7.10.1932 NSDAP-Mitglied und seit dem 1.3.1933 Mitglied der SA gewesen ist. (BArch, BDC, PK/Partei Korrespondenz, Film A 87, Bl. 1300).

<sup>521</sup> Schreiben der Fakultät vom 12.11.1945 (UAH, Rep. 4, Nr. 49, Bl. 221).

<sup>522</sup> In der Kompensation stützt sich die Autorin auf das Manuskript der Gedenkrede Egon Fanghähnels, einem Schüler Asingers, die er am 29.6.2007 anlässlich des 100. Geburtstages Friedrich Asingers in Aachen gehalten hat. Seine Ausführungen verweisen auf die existierende Personalakte im Universitätsarchiv ebenso Gerstengarbe /Hennig, Opposition, Widerstand und Verfolgung, S.62. Die Personalakte ist unter der Signatur UAH, PA 3994 Asinger im Universitätsarchiv Halle gelistet.

<sup>523</sup> Vgl. Fanghähnel, Leben und Wirken von Friedrich Asinger, S. 5.

geöffnet wurde, erwies sich die Personalsituation angesichts der amerikanischen Eingriffe und der Entnazifizierung durch die sowjetische Besatzungsmacht als angespannt. Zumal die Versuche, die deportierten Universitätsangehörigen aus der amerikanischen Besatzungszone zurückzuführen, wie bereits thematisiert, „fast durchweg ins Leere“ liefen.<sup>524</sup> Die Berufungsverhandlungen fokussierten sich daher in den neuralgischen Disziplinen auf anwesende Wissenschaftler in der SBZ. Die Dringlichkeit der Wiederherstellung der Lehrtätigkeit spiegelte sich darin wieder, dass die NS-Belastung der Professoren partiell negiert wurde wie im Fall des Experimentalphysikers Wilhelm Schütz<sup>525</sup>, der aus Königsberg nach Jena gekommen war. Basierend auf der Verfügung der SMAD, alle „ehemaligen NSDAP-Mitglieder im öffentlichen Dienst“ zu entlassen, entzog ihm die Universität im November 1945 aufgrund seiner Partei- und SA-Mitgliedschaft die Lehrerlaubnis. In seiner Personalakte finden sich diverse Belege, die als Reaktion auf seine Absetzung, seine Aktivität während der NS-Zeit relativierten. Letztlich wurde er als Professor und stellvertretender Leiter des Physikalischen Instituts wieder eingesetzt.<sup>526</sup> Mit der Berufung des Physikers Konrad Kühne<sup>527</sup> sollte eine weitere Vakanz, die Leitung des Instituts für Optik und Mikroskopie, behoben werden. Noch am 7. Oktober 1946, knapp zwei Wochen vor der Deportation Konrad Kühnes in die Sowjetunion, erhielt die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät vom Landesamt für Volksbildung die positive Rückmeldung für diese Personalie.<sup>528</sup> Am 28. Oktober 1946 meldete die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät, dass neben dem „für einen Lehrauftrag und die Wahrnehmung der Leitung des Instituts [...] vorgeschlagenen Dr. Kühne“ auch die Experimentalphysiker Wilhelm Schütz

---

<sup>524</sup> Lemuth, Die Jenaer Hochschulphysik zwischen Entnazifizierung und ‚Dritter Hochschulreform‘ 1945 bis 1968, S. 1403.

<sup>525</sup> Wilhelm Schütz (1890-1972), Experimentalphysiker. Kam von der Universität Königsberg nach Jena und wurde dort im Oktober 1946 in die Sowjetunion deportiert. Nach seiner Rückkehr 1952 übernahm er den Lehrstuhl für Experimentalphysik und den Direktorenposten des Physikalischen Instituts an der Universität Jena.

<sup>526</sup> Vgl. diverse Briefwechsel in der Personalakte (UAJ, Bestand D, Nr. 571, PA Schütz, unpaginiert).

<sup>527</sup> Konrad Kühne (1903-1986), Optiker. 1946 bis 1954 Spezialist in der Sowjetunion. Kühne übernahm 1954 die Professur für Angewandte Optik.

<sup>528</sup> Vgl. Schreiben vom 7.10.1946 (UAJ, Bestand BB, Nr. 85, unpaginiert). Der Antrag der Fakultät vom 2.10.1946 findet sich ebenfalls in der Akte.



sowie drei (teilweise unbestätigte) Lehrbeauftragte und zwei Assistenten deportiert wurden.<sup>529</sup>

In der Folge schien die Universität die sowjetischen Eingriffe eher zu verschweigen, denn außer der o.g. Meldung der Fakultät indizieren nur wenige Schriftstücke das Geschehen. In der Personalakte Wilhelm Schütz' findet sich beispielsweise ein Entwurf an das Universitätsrentenamts, der die Zahlungen der „für ihn angewiesenen Besoldung“ aufhebt.<sup>530</sup> Begründet wird die Anweisung damit, dass „durch Maßnahmen der russischen Besatzungsmacht“ Wilhelm Schütz und seine Familie Jena verlassen hätten.<sup>531</sup> Das Senatsprotokoll vom 22. Oktober 1946 erwähnt indes die Deportation der Universitätsangehörigen und ihrer Familien nicht. Lediglich das Protokoll der Sitzung am 13. November 1946 verweist darauf, dass „der beantragte Lehrauftrag für mikroskopische Optik für Dr. Kühne [...] hinfällig geworden [ist]“, ohne die Ursachen konkret zu benennen.<sup>532</sup>

#### **IV.2.2 Die Rückführung und Re-Integration der Spezialisten**

Der zweite Brain Drain an den drei Universitäten reduzierte erneut die Zahl der Lehrkörpermitglieder, wenn auch in deutlich geringerem Umfang als die amerikanischen Eingriffe. Allerdings beschränkten sich die Bemühungen, eine Rückkehr der in die Sowjetunion deportierten Spezialisten zu initiieren, auf ein Minimum. Faktisch lässt sich eine gesteigerte Aktivität der Universitäten für die Rückführung und Re-Integration der Spezialisten erst ab den 1950er Jahren belegen, was mit dem Beginn der Abkühlungsphase korrelierte. Es ist anzunehmen, dass die augenscheinliche Ineffizienz bei den Bestrebungen, die die von den Amerikanern deportierten Universitätsmitglieder zurückzugewinnen, sich negativ auf das Handeln der Universitäten angesichts der sowjetischen Entnahmen auswirkte. Somit lässt sich die Passivität zumindest partiell begründen. Dennoch verschlechterte die großflächige Deportation deutscher Spezialisten im Oktober 1946 die ohnehin angespannte Personalsituation in der

---

<sup>529</sup> Schreiben an den Dekan der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung vom 28.10.1945 (ebd.).

<sup>530</sup> Entwurf an das Universitätsrentenamts vom 29.10.1945 (UAJ, Bestand D, Nr. 571 Schütz, unpaginiert).

<sup>531</sup> Ebd.

<sup>532</sup> Sitzungsprotokolle vom 22.10.1946 und 13.11.1946 (UAJ, Bestand BB, Nr. 36, Bl. 93 und 102).

Wissenschaft, bedingt durch einen seit 1945 bestehenden Mangel an Fach- und Lehrkräften, zusätzlich.

Das Staatssekretariat für Hochschulwesen suchte diesen Mangel im Zuge der Re-Integration zurückkehrender Spezialisten zu kompensieren. Dafür wurden prophylaktisch entsprechende Fragebögen erstellt, die Auskunft über den akademischen Grad, die frühere Beschäftigung und den künftigen Beschäftigungswunsch der Spezialisten geben sollten.<sup>533</sup> Darüber hinaus standardisierte das Staatssekretariat für Hochschulwesen entsprechende Empfehlungsschreiben an die Hochschulen, die auf den Fragebögen basierten und mögliche Berufungsverhandlungen beschleunigen sollten – stets mit Verweis auf die fachliche Qualifikation der Spezialisten und die Unterstützung des Staatssekretariats.<sup>534</sup> Zudem kontaktierte das Staatssekretariat die zurückgekehrten Spezialisten, „die [...] für die Hochschullehrerlaufbahn als geeignet genannt wurden“ und lud sie zu persönlichen Gesprächen ein.<sup>535</sup> Der bestehende Bedarf an Lehrkräften konzentrierte sich dabei „an allen [...] Universitäten und Hochschulen in allen technischen und naturwissenschaftlichen Fachrichtungen“ und lag schwerpunktmäßig auf „Mathematik, Physik, Chemie, Mineralogie, Geologie.“<sup>536</sup>

Der erste Rückkehrer unter den deportierten Professoren und Dozenten der drei Universitäten war der Jenaer Experimentalphysiker Wilhelm Schütz, der mit dem Transport am 18. Juni 1952 in der DDR eintraf.<sup>537</sup> Bereits vor Ende seines Aufenthalts in der Sowjetunion signalisierte er seine Intention an die Universität Jena und seinen früheren Lehrstuhl zurückzukehren.<sup>538</sup> Dies belegt der Antrag der Universitätsleitung vom Januar 1952, ihn auf den Lehrstuhl für Experimentalphysik zu berufen und ihm einen Direktorposten des Physikalischen Instituts anzubieten.<sup>539</sup> Fortan forcierte die Universität seine

---

<sup>533</sup> Vgl. Schreiben der Staatssekretariats für Hochschulwesen an das Ministerium des Innern vom 22.10.1952 (BArch, Bestand DO 1, Nr. 8415, unpaginiert).

<sup>534</sup> Entwürfe möglicher Empfehlungsschreiben vom 8.11.1952 (ebd.).

<sup>535</sup> Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten vom 17.3.1954 (BArch, Bestand DO 1, Nr. 9573, unpaginiert).

<sup>536</sup> Schreiben vom 22.10.1952 (BArch, Bestand DO 1, Nr. 8415 unpaginiert).

<sup>537</sup> Die Karteikarte benennt neben der früheren Adresse und Arbeitsstätte auch den aktuellen Arbeits- und Wohnort sowie eine Auflistung der mit dem Umzug verbundenen Kosten (BArch, DO 1, Nr. 17291, unpaginiert).

<sup>538</sup> Auf einem Personalbogen findet sich der handschriftliche Vermerk: „nach Jena Universität.“ (BArch, DO 1, Nr. 8679, unpaginiert).

<sup>539</sup> Schreiben des Dekans der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Jena

Berufung, indem sie auf die „großen Schwierigkeiten im Lehr- und Forschungsbetrieb“ verwies.<sup>540</sup> Es sei „in der augenblicklichen Lage ein besonderer Glücksfall [...], einen Experimentalphysiker von anerkannten Fähigkeiten zu gewinnen“, der „hier eine Lücke schließen [könne], die zur Zeit zu unerfreulichen Ausfallerscheinungen führt.“<sup>541</sup> Nach der Rückkehr Wilhelm Schütz‘ in die DDR drängte auch das Staatssekretariat auf eine rasche Berufung, die mit der Übertragung eines Direktorpostens und dem Abschluss eines „begehrten Einzelvertrags“<sup>542</sup> vollzogen wurde. Der Vertrag gewährte Schütz zum Beispiel ein hohes monatliches Grundgehalt, das auch im Krankheitsfall für mehrere Monate ausgezahlt wurde und durch das Staatssekretariat optional verlängert werden konnte. Des Weiteren unterstützte das Staatssekretariat seine Lehr- und Forschungstätigkeit „durch die bevorzugte Versorgung mit wissenschaftlicher Literatur“ und sicherte ihm die notwendige Arbeitsräume und wissenschaftliches Personal zu. Ferner trug es „Sorge für angemessene [...] Ausbildungsmöglichkeiten der Kinder“ und half bei der „Suche nach einer angemessenen Wohnung.“<sup>543</sup> Es erstattete ihm auch die entstandenen Kosten für Fahrt, Möbeltransport, Renovierung der Wohnung und Mietauslagen der Interimswohnung in Jena.<sup>544</sup> Wilhelm Schütz selbst empfand die Unterstützung der Dienststellen als „entgegenkommend und großzügig.“<sup>545</sup> Mit Konrad Kühne kehrte am 21. November 1953 ein Jahr nach Wilhelm Schütz auch der zweite für die Lehre der Universität Jena relevante Spezialist an seine vorgesehene Wirkungsstätte zurück. Auch er erhielt einen Zuschuss für Möbelreparaturen und Wohnungsrenovierung.<sup>546</sup> Bereits am 11. Dezember 1953 hatte die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät „in Zusammenhang mit der Neugründung des Instituts für angewandte Optik“ beschlossen, eine nunmehr mögliche Berufung Konrad Kühnes

---

an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 10.1.1952 (UAJ, Bestand D, PA 571 Schütz, unpaginiert).

<sup>540</sup> Schreiben vom 10.1.1952 (ebd.).

<sup>541</sup> Ebd.

<sup>542</sup> Lemuth, Die Jenaer Hochschulphysik zwischen Entnazifizierung und ‚Dritter Hochschulreform‘ 1945 bis 1968, S. 1412.

<sup>543</sup> Einzelvertrag für Schütz mit Wirkung vom 1.7.1955 (UAJ, Bestand BC, Nr. 922, unpaginiert).

<sup>544</sup> Schreiben der Abteilung für Bevölkerungspolitik an Wilhelm Schütz vom 17.11.1952 (ebd.). Sein Antrag zur Kostenrückerstattung vom 26.10.1952 findet sich ebenfalls hier.

<sup>545</sup> Ausgefüllter Vordruck vom 26.12.1952 (BArch, Bestand DO 1, Nr. 9564, unpaginiert).

<sup>546</sup> Vgl. Vermerk auf Personalbogen (BArch, DO 1, Nr. 8679, unpaginiert); Schreiben der Abteilung für Bevölkerungspolitik vom 25.6.1954 (BArch, Bestand DO 1, Nr. 17289, unpaginiert).

voranzubringen.<sup>547</sup> Sie verwies auf die Tatsache, dass die Fakultät bereits 1946 „seine engere Bindung an die Universität ernsthaft in Erwägung gezogen [hatte].“<sup>548</sup> 1954 übernahm Konrad Kühne schließlich die Leitung des Instituts. Mit seiner parallelen Tätigkeit für den VEB Zeiss praktizierte er letztlich die Verbindung der Wissenschaft in Theorie und Praxis.<sup>549</sup>

Neben diesen zwei Spezialisten, die bereits vor ihrer Deportation mit der Universität Jena verbunden waren, wurden zudem Heinz Dunken<sup>550</sup> und Max Steenbeck<sup>551</sup> nach ihrer Rückkehr in die DDR in Jena integriert. Der sich hinziehende Prozess der Verhandlungen für Heinz Dunken belegt, dass entgegen der vorhandenen Bestrebungen der offiziellen Stellen die Re-Integration der Spezialisten auf universitärer Ebene nicht immer reibungslos verlief. Heinz Dunken, Assistent an der Universität Halle und bis Mai 1945 als Abteilungsleiter am Institut für Grenzflächenforschung in Halle beschäftigt, hatten die Amerikaner am 23. Juni 1945 mit den anderen Universitätsangehörigen in den Raum Darmstadt deportiert. Im September 1946 kehrte er mangels beruflicher Perspektiven nach Halle zurück. Im Zuge der Aktion Ossawakim deportierten ihn die Sowjets zum zweiten Mal.<sup>552</sup> Bereits im November 1953 aus der Sowjetunion zurückgekehrt, verzögerte sich seine Re-Integration. Er „wartete vergeblich auf eine [ihm] in Aussicht gestellte Möglichkeit zur Wiederaufnahme [seiner] Hochschultätigkeit.“<sup>553</sup> Wer die zeitliche Verschleppung zu verantworten hatte, ließ sich aus den Akten nicht eindeutig rekonstruieren. In der Gemengelage dominierten sich überlagernde Schuldzuweisungen. Demnach wandte sich das Staatssekretariat für

---

<sup>547</sup> Schreiben der Fakultät an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 11.12.1953 (UAJ, Bestand D, PA 1810 Kühne, Bl. 32).

<sup>548</sup> Dekan der Fakultät in einem Schreiben an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 7.7.1954 (ebd., Bl. 36).

<sup>549</sup> Schreiben des Rektors an die Kaderabteilung vom 6.4.1954 (ebd., Bl. 35). Lemuth beleuchtet das Wirken Kühnes und die Verlinkung der Universität Jena zu Zeiss in seinem Beitrag. Vgl. Lemuth, Die Jenaer Hochschulphysik zwischen Entnazifizierung und ‚Dritter Hochschulreform‘ 1945 bis 1968, S. 1415.

<sup>550</sup> Heinz Dunken (1912-1974), Chemiker. Bis 1945 war er Dozent an der Universität Halle und wurde von den Amerikanern nach Darmstadt deportiert. Er kehrte 1946 in die SBZ zurück und wurde im Oktober in die Sowjetunion deportiert, wo er bis 1953 als Spezialist arbeitete. 1955 wurde er als Professor für Physikalische Chemie an die Universität Jena berufen.

<sup>551</sup> Max Steenbeck (1904-1981), Physiker. Wurde aus der Kriegsgefangenschaft heraus 1945 als Spezialist in die Sowjetunion verbracht. Nach seiner Rückkehr 1956 übernahm er das Institut für magnetische Werkstoffe der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Jena und die Professur für Plasmaphysik an der Universität Jena.

<sup>552</sup> Vgl. Lebenslauf Dunkens (UAJ, Bestand D, Nr. 3308 Dunken, unpaginiert).

<sup>553</sup> Lebenslauf seit 1954 (ebd.).

Hochschulwesen im April 1954 an die Universität Jena, informierte sie über die Rückkehr Heinz Dunkens und empfahl, ihn auf den vakanten Lehrstuhl für Physikalische Chemie zu berufen. Dabei zeigte sich das Staatssekretariat verwundert, „dass von Ihrer Seite [der Fakultät, Anm. d. Aut.] bisher noch keine Schritte unternommen worden sind, um Herrn Dunken für die Arbeit in Jena zu gewinnen.“<sup>554</sup> Kontrastierend liest sich die Beschwerde der Physikalischen Gesellschaft in der DDR, die „eine Reihe von Unzulänglichkeiten bei der Wiedereingliederung von Spezialisten“ feststellte. In Heinz Dunkens Fall konstatierte sie, dass „keine maßgebliche Stelle der Behörden [...] sich um [ihn] gekümmert“ habe.<sup>555</sup> Dunken habe vielmehr in Eigeninitiative Kontakt zur Jenaer Universität aufgenommen, um „wieder in Forschung und Lehre tätig zu sein.“<sup>556</sup> Die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät hingegen listete Heinz Dunken nachweislich im 1954 als Kandidaten für die Besetzung des Lehrstuhls für Physikalische Chemie.<sup>557</sup> Den Berufungsantrag stellte sie im November desselben Jahres.<sup>558</sup> Die ungesicherte Finanzierung des Lehrstuhls verhinderte zunächst eine zeitnahe Berufung Heinz Dunkens,<sup>559</sup> der im August 1954 eine Stelle als Leiter der Forschungsabteilung im Zentralinstitut für Schweißtechnik in Halle angenommen hatte. Die Berufung an die Universität Jena als Professor mit Lehrauftrag und als kommissarischer Leiter des Instituts für Physikalische Chemie gelang rückwirkend zum 1. Januar 1955.

Der Physiker Max Steenbeck zählte zu den renommiertesten deutschen Spezialisten in der Sowjetunion und wurde als „sehr bedeutender Wissenschaftler“ charakterisiert.<sup>560</sup> Seine Rückführung im August 1956 basierte „auf direkten Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung der DDR und der Sowjetunion.“<sup>561</sup>

---

<sup>554</sup> Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen an den Fachrichtungsleiter für Chemie an der Universität Jena vom 15.4.1954 (UAJ, Bestand N, Nr. 121, unpaginiert).

<sup>555</sup> Schreiben der Physikalischen Gesellschaft in der DDR an das Ministerium des Innern vom 1.7.1954 (BArch, DO 1, Nr. 9535, unpaginiert).

<sup>556</sup> Ebd.

<sup>557</sup> Schreiben der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 29.5.1954 (UAJ, Bestand D, Nr. 3308 Dunken, unpaginiert).

<sup>558</sup> Schreiben vom 22.11.1954 (ebd.).

<sup>559</sup> Schreiben der Kaderabteilung der Universität Jena an den Dekan der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät vom 15.12.1954 (ebd.).

<sup>560</sup> Schreiben des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik am Ministerium des Innern an die Abteilung für Innere Angelegenheiten vom 2.11.1958 (BArch, DO 1, Nr. 13947, unpaginiert).

<sup>561</sup> Vgl. undatierter Bericht (BArch, DO 1, Nr. 9566, unpaginiert). Die Rückreise Steenbecks erfolgte

Die Friedrich-Schiller-Universität hatte sich vergleichbar zügig den zurückkehrenden Atomwissenschaftler gesichert. Entsprechende Bemühungen lassen sich bereits für Juli 1956 belegen. Die Universität übertrug ihm mit Wirkung vom 1. November 1956 ein persönliches, sprich an seine Person gebundenes, Ordinariat der Physik des Plasmas. Steenbeck übte die Lehrtätigkeit nebenamtlich aus. Hauptamtlich leitete er in Jena das Institut für Magnetische Wirkstoffe der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.<sup>562</sup>

Gustav Hertz, ein weiterer Atomwissenschaftler, wurde als Spezialist und einziger Nobelpreisträger der DDR bei seiner Rückkehr aus der Sowjetunion im Jahr 1954 ebenso hofiert wie Max Steenbeck. Die Leipziger Universität beantragte für ihn am 3. November 1954 „die Errichtung einer weiteren Professur mit Lehrstuhl für Experimentalphysik, verbunden mit einer Direktorenstelle.“<sup>563</sup> Zudem stattete sie die neu zu errichtende Professur mit wissenschaftlichen Hilfskräften und einer verbesserten Finanzierung aus.<sup>564</sup> Mit der Berufung intendierte die Universität zum einen, die Kapazitäten des Physikalischen Instituts auszuweiten, zum anderen ihr Renommee zu erhöhen, da es ihr „zur ganz besonderen Ehre gereiche, einen so hervorragenden Mann wie Herrn Prof. Dr. Hertz bei sich wirken zu sehen.“<sup>565</sup> Zum 15. Oktober 1954 erfolgte die Berufung Gustav Hertz' an die Karl-Marx-Universität Leipzig (KMU). Interimsweise zahlte die Universität ihm ein monatlichen Grundgehalt in Höhe von 3.200 Mark, wie es den gängigen Sätzen für Lehrstuhlinhaber entsprach. „Die Genehmigung des Sondergehalts [...] durch Beschluss des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik“ stand noch aus.<sup>566</sup> Ab März 1955 erhielt Gustav Hertz basierend auf einem für ihn geschlossenen Einzelvertrag

---

aufgrund seines Status als „besonderer Spezialist“ per Flugzeug inklusive persönlicher Begrüßung auf dem Flughafen und Unterbringung in einem Regierungshotel. Desweiteren wurde an seinem Bestimmungsort Jena „die vorgesehene Wohnung vollkommen instand gesetzt und mit Gardinen usw. versehen.“ Ebd.

<sup>562</sup> Oliver Lemuth beziffert Steenbecks Maximalgehalt mit 15.000 Mark, welches ihm als Sondervergütung für das Ordinariat zustand. Vgl. Lemuth, Die Jenaer Hochschulphysik zwischen Entnazifizierung und ‚Dritter Hochschulreform‘ 1945 bis 1968, S. 1416. Eine detaillierte Darstellung des Lebens Max Steenbecks in der Sowjetunion findet sich unter Punkt V.1.3 der Arbeit.

<sup>563</sup> Schreiben an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 3.11.1954 (UAL, PA 1184 Hertz, unpaginiert).

<sup>564</sup> Ebd.

<sup>565</sup> Ebd.

<sup>566</sup> Rektorat an die Kaderabteilung der Universität am 22.1.1955 (ebd.).

und rückwirkend zum Tag seiner Berufung ein Sondergehalt in Höhe von monatlich 15.000 Mark.<sup>567</sup> Sein Gehalt betrug somit das Fünffache des Üblichen. In Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat hatte das Rektorat der KMU die hierfür notwendigen bürokratischen Formalitäten weitgehend im Vorfeld seiner Ankunft geregelt. Nachdem die ursprünglich für Gustav Hertz vorgesehene Wohnung nicht „seinen Vorstellungen entsprach“, stellte die Universitätsleitung ihm „einen Mitarbeiter der Bauabteilung zur Seite“ und brachte das Ehepaar Hertz „behelfsmäßig in zwei Räumen des Hauses der Wissenschaft unter.“<sup>568</sup> Die Vorgehensweise der offiziellen Stellen indiziert die partiell grotesk erscheinenden Bemühungen der DDR, die namhaften Spezialisten nach ihrer Rückkehr an einem Weggang in die Bundesrepublik zu hindern. Die ihnen offerierten Konditionen manifestierten dabei ihre materielle wie statusgebundene Sonderbehandlung in der DDR. Dennoch beeinflussten nicht allein die renommierten Spezialisten Lehre und Forschung an den Universitäten, weniger bekannte Fachleute übten ebenso eine stimulierende Wirkung aus.

So wurde mit Werner Holzmüller bereits am 1. September 1952 ein Physiker an der Universität Leipzig re-integriert, der mittels seiner Sonderstellung als Spezialist den Ausbau seiner Abteilung für Technische Physik auf „vergleichsweise unbürokratische Art“ vorantreiben konnte.<sup>569</sup> Auch Friedrich Asinger, der aus Halle deportierte Chemiker, kehrte am 2. März 1954 in die DDR und nach Halle zurück.<sup>570</sup> Beim Rücktransport kam es auf dem Leipziger Hauptbahnhof nach der Ankunft des Zuges zu einem Zwischenfall, bei dem offenbar mehrere Bücher aus dem Besitz Friedrich Asingers entwendet und sein Besitz durch den Zoll mehrfach überprüft wurde.<sup>571</sup> Trotzdem Friedrich Asinger die österreichische Staatsbürgerschaft besaß, seine Familie in Österreich lebte und seine Papiere bei der Rückführung auf Österreich

---

<sup>567</sup> Anweisung an die Gehaltsabteilung der Universität Leipzig zur Auszahlung des neu festgelegten Gehalts vom 8.3.1955 (ebd.).

<sup>568</sup> Bericht an die Zentrale Parteileitung über die Betreuung von Herrn Prof. Hertz vom 8.11.1954 (UAL, R 210, Band 5, Bl. 58).

<sup>569</sup> Vgl. Holzmüller, Ein Physiker erlebt das 20. Jahrhundert, S. 83. Siehe auch die biographische Retrospektive zu Werner Holzmüller unter Punkt V.2.2 der Arbeit.

<sup>570</sup> Vgl. Spezialisten-Kartei A-H (BArch, DO 1, Nr. 17288, unpaginiert).

<sup>571</sup> Bericht des Rats der Stadt Leipzig über den Spezialistentransport vom 9.3.1954 (BArch, DO 1, Nr. 8674, unpaginiert).

ausgeschrieben waren, blieb Friedrich Asinger in der DDR und in Halle.<sup>572</sup> Die Universitätsleitung hatte während seines Aufenthalts in der Sowjetunion den Kontakt zu Asinger partiell aufrechterhalten und ihm ihr Interesse an seiner Wiederbeschäftigung bekundet.<sup>573</sup> In der Konsequenz berief die Universitätsleitung ihn im Juni 1954 „nebenamtlich als Professor mit Lehrauftrag für das Fach Organische Chemie“, hauptamtlich bekleidete er das Ordinariat seit März 1955.<sup>574</sup>

Im Gegensatz zu den bisherigen Spezialisten kehrten die zwei Atomwissenschaftler, die als Angehörige der Universitäten Leipzig und Halle noch 1945 in die Sowjetunion deportiert wurden, nicht an ihre früheren Wirkungsstätten zurück: Robert Döpel, der sich noch 1953 als „beurlaubtes Mitglied der Universität Leipzig“<sup>575</sup> bezeichnet hatte, übernahm 1958 die Leitung des Instituts für Angewandte Physik an der Hochschule für Elektrotechnik in Ilmenau.<sup>576</sup> Der frühere Hallenser Professor Heinz Pose wurde indes nach seiner Rückkehr im Jahr 1959 an der Technischen Hochschule Dresden re-integriert.<sup>577</sup>

### **IV.3. Die sowjetische Besetzung: Berlin, Dresden, Greifswald und Rostock**

#### **IV.3.1 Situation nach Kriegsende und Abtransport der Wissenschaftler**

Die zusätzliche Integration Heinz Poses an der Technischen Hochschule in Dresden beschloss einen langjährigen Prozess, der für die ausschließlich sowjetisch besetzte Hochschule mit der Deportation einiger ihrer Lehrkörpermitglieder begann und sich mit dem Ringen um ihre Rückkehr nach Dresden fortsetzte. Für die drei ausschließlich sowjetisch besetzten Universitäten Dresden, Greifswald und Rostock ist zu konstatieren, dass alle

---

<sup>572</sup> Vgl. Aktennotiz des Leiters des Förderungsausschusses der technischen Intelligenz über ein Gespräch mit Friedrich Asinger am 24.5.1954 (BArch, DC 3, Nr. 32, Bl. 130). Als Problem erwies sich die fehlende Möglichkeit Geld aus der DDR nach Österreich zu überweisen, wie es aus der Sowjetunion zur Unterstützung der Familie möglich gewesen ist.

<sup>573</sup> Vgl. Gerstengarbe/Hennig, *Opposition, Widerstand und Verfolgung*, S. 62; Fanghänel, *Leben und Wirken von Friedrich Asinger*, S. 7.

<sup>574</sup> Vgl. ebd.

<sup>575</sup> Handschriftlicher Brief Robert Döpels aus der Sowjetunion an den Rektor vom 29.4.1953 (UAL, R 298, Bl. 25).

<sup>576</sup> Vgl. Heydemann, *Sozialistische Transformation*, S. 356.

<sup>577</sup> Eine ausführlichere Darstellung der Re-Integration Heinz Poses an der Technischen Hochschule Dresden findet sich im Kapitel IV.3.3 der Arbeit.



Universitätsangehörigen sämtlich im Rahmen der Aktion Ossawakim im Oktober 1946 deportiert wurden. Als einzige Ausnahme ist hier die Berliner Universität zu benennen, für die keine Deportation belegt werden konnte. Durch den späten Deportationszeitpunkt griff die sowjetische Besatzungsmacht demnach in funktionsfähige, konsolidierte Lehrkörper ein, die Forschung und Lehre an den eröffneten Universitäten und Hochschulen tragen sollten.<sup>578</sup> Entnazifizierung und Umstrukturierung der Universitäten galten ebenso wie die Demontagen als weitgehend abgeschlossen.<sup>579</sup> Umso stärker wirkte sich der Impetus der Deportationen für die betroffenen Universitäten aus, zumal sich wiederholt ausschließlich naturwissenschaftliche Fachbereiche betroffen sahen. Dadurch verschärfte sich der bereits bestehende Mangel an Lehrkräften dieser fachlichen Qualifikation in der SBZ zusätzlich und vergrößerte den universitären Konkurrenzdruck. Wie bereits an den drei ursprünglich amerikanisch besetzten Universitäten beschränkten sich die sowjetischen Eingriffe quantitativ auf ein Minimum, was allerdings den qualitativen Verlust für die Universitäten nicht minderte.

So verlor die Universität Rostock nicht nur einen Lehrstuhlinhaber, sondern wie in der Mehrheit der Fälle ein Universitätsmitglied, das eine Leitungsfunktion ausübte. Bei dem deportierten Professor handelte es sich um Ernst Lübcke<sup>580</sup>, der erst zum 1. Oktober 1946 zum ordentlichen Professor und zum Direktor des Physikalischen Instituts ernannt worden war. Im Rückblick konstatierte die Universität, dass „es ihm nicht beschieden war, längere Zeit dort zu wirken“, weil er nur wenige Tage später „zu wissenschaftlicher Arbeit nach Rußland verpflichtet [wurde] und seit dem in Leningrad tätig [ist].“<sup>581</sup> Wie auch Friedrich Asinger ging Ernst Lübcke ohne seine Familie in die Sowjetunion.<sup>582</sup>

---

<sup>578</sup> Die vier sowjetisch besetzten Hochschulen und Universitäten wurden in folgender Reihenfolge eröffnet: Berlin (20.1.1946), Rostock (15.2.1946), Greifswald (25.2.1946) und Dresden (1.10.1946).

<sup>579</sup> Vgl. hierzu die Darstellung Alexandr Haritonows, der die sowjetische Hochschulpolitik am Beispiel Sachsen untersucht hat. Er verweist ausführlich auf die vorgenommenen Demontagen an der Technischen Hochschule Dresden und der Universität Leipzig. Haritonow, Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945-1949, hier S. 100-129.

<sup>580</sup> Ernst Lübcke (1890-1971), Physiker. 1946 als Professor für Experimentalphysik an die Universität Rostock berufen. 1946 bis 1953 war er als Spezialist in der Sowjetunion. Nach seiner Rückkehr verließ er die DDR und übernahm eine Lehrtätigkeit an der Technischen Universität Berlin.

<sup>581</sup> Schreiben zum 60. Geburtstag Lübkes 1950 (UAR, PA Ernst Lübcke, Bl. 4).

<sup>582</sup> Die Gründe lassen sich aus der Personalakte nicht entnehmen.

An der Universität Greifswald agierte seit Oktober 1946 eine „russische ‚Spezialistengreifkommission‘“, die vor allem an Wissenschaftlern aus der Chemie und Physik seltener an der Medizin interessiert war.“<sup>583</sup> Letztlich wählte diese Kommission nur einen Wissenschaftler für die Deportation in die Sowjetunion aus: Theodor Schmidt, „der zum hoffnungsvollen Nachwuchs der deutschen Atomphysik gezählt wurde“<sup>584</sup> und seit Januar 1946 an der Greifswalder Universität vertretungsweise den Lehrstuhl für theoretische Physik als außerordentlicher Professor und das Seminar für Theoretische Physik leitete.<sup>585</sup> Der Ablauf seiner Deportation weist alle für das Vorgehen der sowjetischen Besatzungsmacht typischen Charakteristika auf: Am Morgen des 22. Oktober 1946 suchte ihn eine sowjetische Kommission auf, die ihm seine Abberufung in die Sowjetunion mitteilte und ihn aufforderte, sich mitsamt seiner Familie und seinem Privateigentum für den Transport bereitzuhalten. „Seine Bereitwilligkeit“ wurde nicht diskutiert, da „eine Weigerung, die Reise auszuführen“ für die sowjetischen Vertreter nicht akzeptabel war und es sich somit um eine erzwungene Maßnahme handelte.<sup>586</sup> In der Konsequenz hinterließ der Abtransport und das damit verbundene Ausscheiden Theodor Schmidts aus dem Lehrkörper einen vakanten Lehrstuhl für Theoretische Physik, der langfristig nicht neu besetzt werden konnte.

Im Unterschied zu den zwei nördlichen Universitäten der SBZ betrafen die sowjetischen Eingriffe an der Technischen Hochschule Dresden zwar primär Naturwissenschaftler, dennoch befand sich unter ihnen nur ein Physiker. Dafür deportierten die Sowjets aus Dresden eine vergleichbare Anzahl an Wissenschaftlern wie in Jena: insgesamt fünf Universitätsangehörige, davon zwei Professoren, zwei Dozenten und einen Assistenten. Als Basis nutzten die sowjetischen Stellen ein konkretes, zielführendes Auswahlverfahren, dass die Personen nach wissenschaftlichem Nutzen priorisierte. Dabei spielte die Erfassung der bearbeiteten Projekte zu Kriegszeiten eine Rolle, wie sie auch in Halle und Jena praktiziert wurde. In diesem Zusammenhang rückte insbesondere der Professor für Wärmetechnik an der Fakultät für

---

<sup>583</sup> Katsch/Alvermann (Hg.) Greifswalder Tagebuch 1946-47, S. 20.

<sup>584</sup> Ebd., S. 20.

<sup>585</sup> Schreiben des Rektors an Schmidt vom 15.1.1946 (UAG, PA 148 Schmidt, Band 1, unpaginiert).

<sup>586</sup> Kurator der Universität Rostock an den Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern am 23.10.1946 – mit dem Vermerk „Eilt!“ gekennzeichnet (ebd., Band 4, unpaginiert).

Maschinenwesen, Walther Pauer, in den Fokus. Er hatte für die Heeresversuchsanstalt in Peenemünde die „Triebwerksentwicklung für Flüssigkeitsraketen“ auf dem Spezialgebiet „Flüssigkeitszerstäubung“ theoretisch wie praktisch untersucht und hierfür auch geeignete Versuchsapparaturen entwickelt.<sup>587</sup> Sämtliche Unterlagen über die Versuche und die Apparaturen wurden beim Bombenangriff auf Dresden im Februar 1945 zwar vernichtet.<sup>588</sup> Trotzdem listete im Dezember 1945 das „Verzeichnis von Professoren, die zu Forschungsarbeiten befähigt sind“ Walther Pauer ebenso wie Hellmut Frieser und Gustav Schulze<sup>589</sup> auf. Es war ein erstes gemeinsames Indiz für die drei Spezialisten.<sup>590</sup> Im Rahmen der Forschungsaufträge für die sowjetische Besatzungsmacht arbeiteten sowohl Walther Pauer als auch Hellmut Frieser, der den Lehrstuhl für wissenschaftliche Photographie an der Technischen Hochschule leitete, für die Zentralwerke in Bleicherode.<sup>591</sup> Dies belegt eine Verknüpfung von universitärem und industriellem Forschungskomplex in der SBZ. Fortschritte wurden über eine regelmäßige Berichterstattung überprüft und abgeschöpft.<sup>592</sup> Weiterführend fragten die Sowjets über entsprechende Fragebögen, die Personaldaten, den akademischen Grad, die politische Einstellung und Vergangenheit, frühere und aktuelle Tätigkeiten (unter Angabe der Mitarbeiter), ab. Ebenso eruierten sie den Spezialisierungsgrad der Wissenschaftler.<sup>593</sup> Zu den Adressaten der Datenerhebung, die im Zeitraum vom 15. bis 20. Oktober 1946 stattfand, gehörte neben den zu vermutenden Professoren Pauer und Frieser auch

---

<sup>587</sup> Vgl. Bericht Walther Pauer zur Entwicklung des Instituts vom August 1945 (UA TUD, Fak. F. Masch.-Wesen, Nr. 374, Bl. 4 f). Im Museum auf dem Gelände des Kraftwerks der ehemaligen Heeresversuchsanstalt in Peenemünde finden sich Berichte von 1941, die Pauer namentlich erwähnen. Die Originale liegen im Archiv des Deutschen Museums in München.

<sup>588</sup> Vgl. Bericht Walther Pauer zur Entwicklung des Instituts vom August 1945 (UA TUD, Fak. F. Masch.-Wesen, Nr. 374, Bl. 4 f).

<sup>589</sup> Gustav Schulze (1911-1974), Physiker. Lehrte bis 1946 als Privatdozent an der TH Dresden. Er kehrte 1954 aus der Sowjetunion zurück und wurde Professor mit Lehrauftrag für Sondergebiete der Physik.

<sup>590</sup> Verzeichnis der Professoren, die zu Forschungsarbeiten befähigt sind (UA TUD, Rektorat Nr. 839, unpaginiert).

<sup>591</sup> Liste der „z. Zt. laufenden Forschungsarbeiten“ (UA TUD, Rektorat Nr. 834, unpaginiert).

<sup>592</sup> Vgl. Angaben in den Berichten über den Stand der Forschungsarbeiten im Juni und Juli 1946 (UA TUD, Rektorat Nr. 834 und 840, unpaginiert).

<sup>593</sup> Es sei darauf verwiesen, dass eine Vielzahl der Professoren und Dozenten der Technischen Hochschule Dresden die Fragebögen erhielten und sich die Ausgabe nicht auf die zukünftigen Spezialisten beschränkte. Vgl. Fragebögen der Spezialisten und ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiter (UA TUD, Rektorat Nr. 835, unpaginiert).

Walther Pauers Assistent Norbert Elsner<sup>594</sup>, der wenig später ebenfalls die Aufforderung erhielt, sich in die Sowjetunion zu begeben.

Der erstmalige Beginn eines regulären Lehrbetriebs am 21. Oktober 1946, der erst am 1. Oktober 1946 eröffneten Technischen Hochschule Dresden, lässt die Hochschule weitgehend geordnet erscheinen. Doch beschäftigte sich die THD auch noch in dieser Phase mit der Konsolidierung des durch Krieg und Entnazifizierung dezimierten Lehrkörpers. Zudem sah sie sich mit einer verschlechterten Ausgangssituation für notwendige Berufungen konfrontiert. Rainer Pommerin begründet dies einerseits mit der seit April 1946 eröffneten Technischen Universität Berlins, die sich als Konkurrenz etablierte, andererseits mit den „deutlicher werdenden kommunistischen Repressionen“ in der SBZ im Vergleich zur Entwicklung in den westlich besetzten Gebieten.<sup>595</sup>

Ansichts der laufenden Berufungsverhandlungen der THD und ihrer augenscheinlich dünnen Personaldecke zeigte sich die Universitätsleitung frustriert über die Deportation Walther Pauers und Hellmut Friesers, die in der Sowjetunion ihre in der SBZ begonnenen Arbeiten fortführen sollten. Auch die Abtransporte des als Privatdozent beschäftigten Physikers Gustav Schulze, des Mathematikers Helmut Heinrich<sup>596</sup> und Norbert Elsners wertete sie als nicht gerechtfertigt. Die Bemühungen des Rektors, den Transport zu verzögern, markieren den Beginn einer langfristigen Ein- und Widerspruchspolitik, welche die Universitätsleitung in den Folgejahren im Ringen um eine Rückkehr ihrer deportierten Mitglieder – insbesondere für Pauer und Frieser – verfolgte. Die ersten Einwände thematisierten die bisherigen Aufträge der Spezialisten, die als eher marginales und detailliertes Zuarbeiten charakterisiert wurden. Im Ermessen des Rektors sollten daher die „in Russland zu lösenden Aufgaben“ präzisiert werden.<sup>597</sup> Zudem reduzierte der für die Hochschule unerwartete Verlust wichtiger Dozenten den verbliebenen Lehrkörper qualitativ. Ferner stellte er in Bezug auf laufende Berufungsverhandlungen, insbesondere mit

---

<sup>594</sup> Norbert Elsner (1917-2001), Thermodynamiker. Assistent Walther Pauers an der Technischen Hochschule Dresden. 1946-1952 war er als Spezialist in der Sowjetunion. Nach seiner Rückkehr lehrte er Thermodynamik an der THD

<sup>595</sup> Pommerin, Geschichte der TU Dresden 1828 – 2003, S. 234.

<sup>596</sup> Helmut Heinrich (1904-1997), Mathematiker. Bis 1946 arbeitete er als Dozent an der Technischen Hochschule Dresden. Von 1946 bis 1954 war er als Spezialist in der Sowjetunion und wurde nach seiner Rückkehr zum Professor für Spezialgebiete der Mathematik an der THD berufen.

<sup>597</sup> Schreiben des Rektors an die Landesverwaltung Sachsen vom 23.10.1946 (UA TUD, Personalakte Pauer, II/7799, Bl. 23).

Wissenschaftlern aus den westlichen Besatzungszonen, ein unkalkulierbares Risiko dar. „Es besteht vor allem die Befürchtung, dass die Kunde von diesen Abkommandierungen sich sehr schädlich auswirken wird.“<sup>598</sup> Ein begründeter Verdacht, der sich in der Praxis auch für andere Universitäten der SBZ bestätigte: So weigerte sich ein Habilitand aus Tübingen, seine vereinbarte Assistentenstelle an der Universität Halle anzutreten, nachdem er es nur dem Aufenthalt in Tübingen verdankte, „noch in Freiheit zu sein.“<sup>599</sup> Und das Institut für angewandte Physik der Universität Halle, das einen für die Lehre geeigneten Atomwissenschaftler suchte, konstatierte bereits im April 1946 resigniert, dass „namhafte Vertreter der Kernphysik im russischen Sektor z.Zt. im Osten [sind]“ und „die sich im Westen aufhaltenden Kollegen deshalb keine Neigung zeigen, nach Halle zu kommen.“<sup>600</sup> Auch die Sowjetische Militäradministration in Sachsen (SMAS), die inzwischen die Eingriffe als Standortnachteil wertete und als einen entstandenen Imageschaden realisierte, argumentierte ähnlich. Ein formal ausgestelltes Schriftstück, das vorsah, neuberufenen Dozenten den Verbleib in der SBZ zu garantieren, sollte die Gefahr weiterer Abtransporte ausloten. Allein die SMAD lehnte diese Option ab und verwies auf das eigene wissenschaftliche Potential, ungeachtet der geschaffenen Realitäten.<sup>601</sup>

Somit avancierten die Bemühungen um die Rückführung der deportierten Wissenschaftler zunehmend zur einzigen Hoffnung der Universitäten und Hochschulen, den bestehenden Mangel an Lehrpersonal in den naturwissenschaftlichen Fächern zu beheben. Charakteristisch für das Agieren der Universitäten Greifswald und Rostock und der Technischen Hochschule Dresden ist, dass sie kontinuierlich an dieser Option festhielten. Demzufolge zeigten sich die ausschließlich sowjetisch besetzten Hochschuleinrichtungen im Vergleich zu den Universitäten Halle, Jena und Leipzig in diesem Punkt aktiver, wenn auch graduell abgestuft. Als Differenzierungsmoment kann hier die fehlende Erfahrung mit der Langwierigkeit und Perspektivlosigkeit dieses Prozesses, der eine Rückkehr der deportierten Universitätsangehörigen intendierte, angenommen werden, wie sie die anderen Universitäten im Hinblick

---

<sup>598</sup> Ebd.

<sup>599</sup> Schreiben aus Gelsenkirchen vom 29.10.1946 (UAH, Rep. 31, Nr. 218, unpaginiert).

<sup>600</sup> Schreiben des Instituts für Angewandte Physik an das Dekanat der Naturwissenschaftlichen Fakultät vom 15.4.1946 (ebd.).

<sup>601</sup> Vgl. Parak, Hochschule Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen, S. 306.

auf die amerikanischen Deportationen bereits in praxi durchlaufen hatten. Das Erlebnis der eigenen, institutionellen Ohnmacht sollte jedoch auch die Ambitionen der Technischen Hochschule Dresden und der zwei Universitäten dämpfen und die Bemühungen um eine Rückkehr sukzessive prägen.

### **IV.3.2 Bemühungen um eine Rückkehr**

Eine wichtige Voraussetzung, um in der Auseinandersetzung mit den offiziellen Stellen der SBZ und der SMAD zielgerichtet argumentieren zu können, war ein permanenter Kontakt zu den Spezialisten. Besonders relevant war dabei, Einblick in die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der Sowjetunion zu erhalten. Der koordinierte Informationsaustausch illustrierte die Sinnlosigkeit des Verbleibs der Spezialisten in der Sowjetunion gleichsam in Kontrast zu ihrem Fehlen in der SBZ und an den Universitäten. Gemessen an diesem Parameter scheint es wenig erstaunlich, dass die Universität Greifswald relativ früh ihre Anstrengungen, eine Rückkehr Theodor Schmidts zu erwirken, einstellte. Zumindest in einer ersten Reaktion vermuteten die Verantwortlichen in Greifswald, dass es Schmidt in der Sowjetunion – angesichts des organisierten Ablaufs der Deportation – „materiell gut und wahrscheinlich besser wie [sic!] in Deutschland haben wird.“<sup>602</sup> Auf die prinzipiell umfassende Versorgungslage der Spezialisten und ihre weitgehend finanziell gesicherte Existenz in der Sowjetunion verweisend, zeigte die Universität Greifswald einen nüchternen Sinn für die Realitäten. Ebenso wenig irrte sie, wenn sie von einem zeitlich limitierten Zustand ausging. Es darf dennoch bezweifelt werden, dass die Formulierung „einige Zeit“ den tatsächlichen Zeitraum von sieben Jahren vorwegnehmen sollte.<sup>603</sup> Trotzdem bemühte sich die Universitätsleitung, eine berufliche Perspektive für Theodor Schmidt zu erhalten und implizit auch eine wissenschaftliche Perspektive für die Universität für die Zeit nach seiner Rückkehr zu schaffen. 1947 sollte er offiziell zum „außerordentlichen Professor der theoretischen Physik an der Universität Greifswald“ mit vollem Lehrauftrag ernannt werden. Das geschah einerseits, um sein Wirken bis zur Deportation anzuerkennen, andererseits bezeugte man auf diese Weise den Wert des Verlusts für die Universität. Bei der Ernennung handelte es sich um einen rein

---

<sup>602</sup> Schreiben des Rektors vom 27.11.1946 (UAG, PA 146 Schmidt, Band 4, unpaginiert).

<sup>603</sup> Vgl. ebd.

symbolischen Akt, der durch Schmidts fehlende Präsenz der Universität keine zusätzlichen Kosten verursachte, weil die Zahlung eines Gehalts an einen aus dem Lehrkörper ausgeschiedenen Professor nicht möglich war.<sup>604</sup>

Im Gegensatz zu ihrer Nachbarin gelang es der Universität Rostock, wenn auch unregelmäßig, die Verbindung zu Ernst Lübcke aufrechtzuerhalten, begünstigt durch seine in der SBZ verbliebene Ehefrau. Nach der Deportation stellte die Universitätsleitung pragmatische Überlegungen an, die sich mit der Frage nach einer „Beurlaubung zu Forschungszecken“ als Status für Ernst Lübcke und der damit verbundenen interimswweisen Besetzung „dieses so wichtigen Lehrstuhls für längere Zeit immer nur durch einen Lehrbeauftragten“ beschäftigten.<sup>605</sup> In der Folge bestätigten die offiziellen Stellen Lübckes Status für unbestimmte Zeit. Sie betonten, dass die Position in Rostock an keinerlei Vergütung geknüpft sei und nur solange Bestand habe, wie Ernst Lübcke auf seine Ansprüche nicht verzichte.<sup>606</sup> Faktisch handelte es sich bei der erzwungenen Lösung ebenfalls um eine vergleichbar symbolische Geste nuanciert formaleren Charakters als in Greifswald. Offenbar vertrauten die Verantwortlichen der Universität auch auf die Option einer frühen Rückkehr Lübckes, wie sie die SMAD im Anfang November 1946 signalisiert hatte.<sup>607</sup> Ernst Lübcke selbst zeigte sich „sehr dankbar“ für die formale Lösung seiner „unverschuldeten Abwesenheit.“<sup>608</sup> Er fühlte sich gleichsam „noch immer als Angehöriger [des] Lehrkörpers“, zumal er in der Sowjetunion unzufrieden war.<sup>609</sup> 1948 hatte Lübcke „noch keinen Schritt in ein physikalisches oder anderes Laboratorium getan“ oder eine adäquate Tätigkeit für sich gefunden.<sup>610</sup> Seine begrenzten wissenschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten in der Sowjetunion konterkarierten die intensive Suche des Instituts für Theoretische Physik nach (s)einem potenziellem

---

<sup>604</sup> Vgl. Schreiben des Kurators an den Rektor vom 27.10.1947 (ebd.). Die vorausgegangene Beantragung der Ernennung durch den Rektor vom 9.1.1947 wie auch die positive Resonanz der Landesregierung vom 17.2.1947 befindet sich ebenfalls in der Personalakte Theodor Schmidts.

<sup>605</sup> Schreiben des Rektors an den Präsidenten der Abteilung Kultur und Hochschulen in Mecklenburg vom 15.11.1946 (UAR, PA Ernst Lübcke, Bl. 52).

<sup>606</sup> Vgl. Antwortschreiben des Ministerialdirektors an den Präsidenten der Abteilung Kultur und Hochschulen in Mecklenburg vom 18.11.1946 (ebd.).

<sup>607</sup> „Frau Lübcke teilte heute mit, dass Sie durch die SMA dahin verständigt sei, ihr Mann werde in ungefähr einem halben Jahr zurück sein.“ Mitteilung des Kurators an den Präsidenten der Abteilung Kultur und Hochschulen in Mecklenburg vom 9.11.1946 (ebd., Bl. 53).

<sup>608</sup> Schreiben Lübckes an den Rektor vom 4.2.1948 (ebd., Bl. 93).

<sup>609</sup> Ebd.

<sup>610</sup> Ebd.

Nachfolger, die sukzessiv verzweifelte Züge annahm. Nachdem eine „vorzeitige Freistellung“ Lübckes<sup>611</sup> ebenso wie diverse Verhandlungen mit Personen aus den westlichen Besatzungszonen scheiterten, wandte sich das Institut zwecks möglicher Vorschläge an den Jenaer Rektor und Physiker Hund. Hund suchte jedoch für die Friedrich-Schiller-Universität selbst nach wissenschaftlichem Personal des Fachgebiets, um das Fehlen Wilhelm Schütz' zu kompensieren. Mit der vertraulichen Offerte, Hund eine Rückkehr „an die Stelle [seiner] früheren, so erfolgreichen Wirksamkeit“ zu ermöglichen,<sup>612</sup> führten die Rostocker die Konkurrenzsituation der ostdeutschen Universitäten- endgültig ad absurdum.

Korrelierend zur Ergebnislosigkeit einer Neubesetzung stagnierten auch in Rostock die Erfolgsaussichten, dass der eigentliche Lehrstuhlinhaber aus der Sowjetunion zeitnah zurückkehren würde. Ernst Lübcke, dessen eigene Anträge auf Rücksendung der Jahre 1949 bis 1951, unbeachtet blieben, zeigte sich zunehmend frustriert. Neben seinen wiederholten Bitten an die Universitätsleitung, „alle Ihnen geeigneten Schritte“ zu initiieren, bezweifelte er den Wert seiner Mitarbeit für die Universität.<sup>613</sup> Den impliziten Vorwurf, untätig zu sein, konterte die Universität mit dem Argument, dass die Umstände „von jedem außerhalb der DDR Wohnenden nur schlecht beurteilt werden“ könnten.<sup>614</sup> Die Fakultät hatte ihre Möglichkeiten der Einflussnahme analysiert und konstatierte ferner, dass sie „nur ein kleiner und keineswegs entscheidender Faktor“ sei.<sup>615</sup> Trotzdem versuchte sie, indem sie auf die Wichtigkeit Lübckes „im Rahmen des technischen Ausbaus [des] Hochschulunterrichts“ verwies, mehrmals über die Regierung der DDR bei der Regierung der Sowjetunion, dessen Rückführung zu beschleunigen – erfolglos.<sup>616</sup>

Ähnlich resistent zeigte sich die Technische Hochschule Dresden (THD), die vehement bei den offiziellen Stellen für die Rückkehr ihrer zwei wichtigsten

---

<sup>611</sup> Mitteilung der Landesregierung an den Rektor, dass die Deutsche Verwaltung für Volksbildung über keine Möglichkeit einer vorzeitigen Freistellung verfüge, vom 11.3.1948 (ebd., Bl. 42).

<sup>612</sup> Anfrage aus Rostock an Hund vom 23.12.1948. Hund lehnt dieses Angebot (UAR, Math.-Nat.-Fak. Nr. 299, unpaginiert).

<sup>613</sup> Schreiben Lübckes an den Rektor vom 13.1.1951 (UAR, PA Ernst Lübcke, Bl. 72).

<sup>614</sup> Antwortschreiben des Rektors an Lübcke vom 2.2.1951 (ebd., Bl. 69).

<sup>615</sup> Antwortschreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät an Lübcke vom 27.4.1948 (ebd., Bl. 25).

<sup>616</sup> Ebd.



Spezialisten, Walther Pauer und Hellmut Frieser, eintrat. Ein erster Kontakt zwischen den deportierten Mitgliedern des Lehrkörpers und ihrer Hochschule lässt sich für das Jahr 1947 belegen.<sup>617</sup> Eine mögliche Rückkehr der Dresdner Professoren blieb vorerst ausgeblendet und spielte faktisch erst zwei Jahre später eine erkennbare Rolle, insbesondere seit März 1949. Die Argumentation der Technischen Hochschule gegenüber den staatlichen Stellen folgte schematisch dem gängigen Dreiklang – gescheiterte Berufungsverhandlungen, Bedeutung des Lehrstuhls, notwendige Rückkehr des früheren Lehrstuhlinhabers. Im Folgenden exemplifiziert am Lehrstuhl für Wärmetechnik und Wärmewirtschaft:

„Da alle Verhandlungen, die sich auch mit auf Wissenschaftler aus dem Westen erstreckten, bisher vergebens waren, andererseits der Lehrstuhl für die Industrie und Wirtschaft der Ostzone von besonderer Bedeutung ist, bittet die Abteilung [für Maschinenwesen] die Landesregierung sich um die Rückkehr von Herrn Professor [...] Pauer zu bemühen. Es wird vorgeschlagen, die SMAS unter Darlegung des dringenden Bedarfs hier um eine Prüfung der Frage zu bitten, ob die weitere Anwesenheit des Professor Pauer in der SU noch erforderlich ist.“<sup>618</sup>

Allerdings sah sich die SMAS in den Verhandlungen „nicht in der Lage, in dieser Frage zu helfen“ oder zu intervenieren und verwies die Technische Hochschule für eine Weiterbearbeitung ihres Anliegens nach Berlin.<sup>619</sup> In der Konsequenz modifizierte die THD ihre Strategie, indem sie den Kreis ihrer Adressaten erweiterte. Zwei Jahre später, 1951, als sich die Hinweise auf eine Rückkehr potenziell verdichteten, wurde die Fakultät für Maschinenwesen und Elektrik über das Ministerium für Schwerindustrie aktiv und drängte auf eine „baldige Rückkehr“ Walther Pauers, um den Wiederaufbau der Hochschule

---

<sup>617</sup> So thematisierten das Rektorat der THD und die Verbindungs- und Betreuungsstelle Ost in einem Schriftwechsel wie die zentral organisierten Versorgungstransporte in die Sowjetunion realisiert werden konnten. In diesem Zusammenhang fragte die Universitätsleitung an, ob mit diesen Transporten auch Post und Privateigentum der Spezialisten in die Sowjetunion gebracht werden könnten. .Vgl. Abschrift des Verbindungs- und Betreuungsstelle Ost an das Rektorat der THD vom 23.4.1947 (UA TUD, Sektion 12 Pauer, unpaginiert). Ein Brief Walther Pauers vom 1.1.1947 an die Universität listete diverse Gegenstände, Materialien aus seinem Privatbesitz, die „bei der plötzlichen Abreise“ vergessen wurden (ebd.).

<sup>618</sup> Schreiben der Fakultät an die Landesregierung Sachsen vom 31.3.1949 (UA TUD, Fak.-Masch.-wesen, Nr. 376, unpaginiert).

<sup>619</sup> Antwortschreiben der Landesregierung Sachsen an den Rektor der THD vom 12.5.1949 (UA TUD, Personalakte Walther Pauer, II/7799, Bl. 28).

fortsetzen zu können.<sup>620</sup> Parallel mühten sich die Verantwortlichen, das Verfahren in Kooperation mit dem Förderungsausschuss für die deutsche Intelligenz zu beschleunigen, um beim Auswärtigen Amt ihre Ansprüche geltend machen zu können.<sup>621</sup> Hatte die Universität Walther Pauer doch schriftlich versichert, „sich laufend [zu] bemühen“, um [...] zu einem erfolgreichen Ende zu gelangen.“<sup>622</sup> Die unternommenen Schritte der Hochschule bedeuteten für Walther Pauer zwar „eine psychologische Erleichterung“, gleichzeitig wusste er, wie langwierig sich diese Anstrengungen gestalteten und dass „unmittelbarer Erfolg“ kaum zu erwarten sei.<sup>623</sup> In Eigeninitiative versuchte ein Kollege und Freund Walther Pauers und Hellmut Friesers seinerseits deren Rückkehr aus der Sowjetunion bei Wilhelm Pieck zu erwirken.<sup>624</sup> Die sogenannte Abkühlungsphase für die Raketenspezialisten auf der Insel Gorodomlia intensivierte die Isolation der Spezialisten. Mit dem Warten auf die erste Rückführungsaktion wuchs auch die psychische Belastung innerhalb der Gruppe. Erst im Mai 1952 schien eine Veränderung absehbar, nachdem den Spezialisten „wiederholt mitgeteilt wurde, daß bis 1.7. alle Spezialisten zurück sein müssen.“<sup>625</sup> Hellmut Frieser konstatierte, dass „das neue Jahr [1952] doch einige Lichtblicke gebracht“ habe und bat die Hochschule offiziell anzufragen, ob er seine Beschäftigung in Dresden nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion fortführen könne.<sup>626</sup> Diese Option hatte das Ministerium für Hüttenwesen und Bergbau der DDR auf Nachfrage der THD und in Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt bereits im Dezember 1951 als Maxime ausgegeben.<sup>627</sup> In der Realität erwies sich die Umsetzung der Pläne als nichtig. Entgegen seiner Bitte und dem Bestreben der offiziellen Stellen der DDR wie des Rektorats der Technischen Hochschule flüchtete Hellmut Frieser wie viele andere Spezialisten noch im Jahr seiner Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland.

---

<sup>620</sup> Schreiben der Fakultät für Maschinenwesen (ebd., Bl. 36).

<sup>621</sup> Vgl. Schreiben des Rektorats an die Kreisstelle Dresden des Förderungsausschusses für die deutsche Intelligenz vom 6.7.1951 (ebd., Bl. 30).

<sup>622</sup> Entwurf eines Briefes an Walther Pauer vom 18.7.1951 (ebd., Bl. 34).

<sup>623</sup> Brief Walther Pauers an den Prorektor der THD vom 27.8.1951 (ebd., Bl. 35).

<sup>624</sup> Vgl. Schreiben des Instituts für Schwachmechatronik der THD an den Präsidenten der DDR vom 7.6.1951 (BArch, DO 1, Nr. 9557, unpaginiert).

<sup>625</sup> Schreiben Walther Pauers vom 19.5.1952 (ebd.).

<sup>626</sup> Brief Hellmut Friesers vom 29.1.1952 (UA TUD, Fak. Math.-NW, Dekanat 038, unpaginiert).

<sup>627</sup> Vgl. Mitteilung des Prorektors vom 3.12.1951 (UA TUD, Sektion 12 Pauer, unpaginiert).

### IV.3.3 Rückkehr und Re-Integration

Für eine Flucht in die Bundesrepublik entschieden sich auch die zwei ehemaligen Professoren der Greifswalder und Rostocker Universität nach ihrer Rückkehr in die DDR. Faktisch spielten beide Universitäten im Norden der DDR, nachdem schwerpunktmäßig die physikalischen Fächer an andere Universitäten der SBZ/DDR verlagert wurden, in den Planungen für eine Re-Integration der Spezialisten keine Rolle mehr. Vielmehr avisierten die offiziellen Stellen der DDR, die vakanten Lehrstühle an den favorisierten Universitäten wie der THD, Jena und Leipzig wiederzubesetzen.<sup>628</sup> Eine entsprechende Offerte erging auch an Theodor Schmidt.<sup>629</sup> Für Ernst Lübcke, der am 21. Februar 1953 in die DDR zurückgekehrt war, gab es Überlegungen, ihn wie gewünscht in einem „Forschungsinstitut oder [einer] Universität mit eingerichtetem Laboratorium“ einzusetzen. Als alternative Arbeitsstätten galten hier die Universitäten in Halle oder Leipzig.<sup>630</sup> Sein undatierter „Westabgang“ verhinderte letztlich eine entsprechende Re-Integration in der DDR.<sup>631</sup>

Theodor Schmidt, der mit dem Transport am 25. November 1953 in die DDR zurückkehrte,<sup>632</sup> lehnte die ihm offerierte Professur für Theoretische Physik an der Technischen Hochschule Dresden ebenfalls ab.<sup>633</sup> Augenscheinlich präferierte er eine Stellung an der Humboldt Universität Berlin. Die verantwortlichen Stellen verlagerten daher ihre vorbereitenden Maßnahmen räumlich nach Berlin, wo ihm „sofort ein Villengrundstück [...] mit allem Komfort und Garage zur Verfügung gestellt wurde.“<sup>634</sup> Die Vermutung, dass Theodor Schmidt beabsichtige, die DDR zu verlassen, hatte sich wohl bereits in den Verhandlungen über seine Integration angedeutet.<sup>635</sup> Gut zwei Monate nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion verließ Theodor Schmidt mit seiner

---

<sup>628</sup> Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom 17.3.1954 (BArch, DO 1, Nr. 9573, unpaginiert).

<sup>629</sup> Ebd.

<sup>630</sup> Personalbogen Ernst Lübckes (BArch, DO 1, Nr. 8699, unpaginiert).

<sup>631</sup> Karteikarte Ernst Lübckes (BArch, DO 1, Nr. 17289, unpaginiert). Es findet sich hier lediglich der handschriftliche Vermerk seines „Westabgangs.“ Laut einem Nachweis in seiner Personalakte lehrte er nach seinem Weggang an der Technischen Universität Berlin. (UAR, PA Ernst Lübcke, Bl. 5).

<sup>632</sup> Karteikarte für Theodor Schmidt (BArch, DO 1, Nr. 17289, unpaginiert).

<sup>633</sup> Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom 17.3.1954 (BArch, DO 1, Nr. 9573, unpaginiert).

<sup>634</sup> Schreiben des Magistrats von Groß-Berlin, Abt. Bevölkerungspolitik an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten vom 18.2.1954 (ebd., Nr. 9565, unpaginiert).

<sup>635</sup> Vgl. Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom 17.3.1954 (ebd., Nr. 9573, unpaginiert).

Familie die DDR in einer als geplant und organisiert zu charakterisierenden Aktion am 10. Februar 1954.<sup>636</sup> Nach einem Ablenkungsmanöver – Schmidt hatte den Verwalter geschickt, einige Dinge für ihn zu erledigen – fand dieser die Villa am Abend erleuchtet, „aber alle Türen weit geöffnet und alle Räume verlassen“ vor.<sup>637</sup> Der Weggang Theodor Schmidts belegt zudem, dass die sozialen, zwischenmenschlichen Bindungen, die innerhalb der Spezialistengruppe in der Sowjetunion entstanden waren, sich über den Aufenthalt hinaus auswirkten. So führten offizielle Stellen die spätere Flucht des Spezialisten Kurt Magnus, dem ebenfalls eine Lehrtätigkeit an der THD angeboten worden war,<sup>638</sup> konkret auf die Einflussnahme Theodor Schmidts zurück: „Wie wir bei den Besprechungen und Besuchen festgestellt haben, bestand ein besonderes enges Verhältnis zur Familie des Prof. Schmidt, der bereits [...] illegal [...] nach dem Westen gegangen ist.“<sup>639</sup> Inwieweit die Freundschaft der zwei Spezialisten tatsächlich als alleiniges Motiv für die Flucht Kurt Magnus‘ gelten kann, bleibt zweifelhaft. Beide Spezialisten waren mit dem gleichen Transport in die DDR zurückgekehrt. Und auch Kurt Magnus hatte in den Verhandlungen seine Intention angedeutet, aus der DDR weggehen zu wollen.<sup>640</sup> In einem an die THD und Walther Pauer gerichteten Schreiben vom März 1954 bedauerte Magnus, das Lehrangebot ablehnen zu müssen und deutete schwerwiegende Gründe für seine Entscheidung an, ohne sie genauer zu erläutern.<sup>641</sup> Es ist davon auszugehen, dass Walther Pauer die Berufung von Magnus an die THD unterstützt hatte,<sup>642</sup> hatten sich die zwei Spezialisten doch auf Gorodomlia kennengelernt.

---

<sup>636</sup> Er setzte seine unterbrochene Lehrtätigkeit an der Universität Freiburg fort. Auskunft des Universitätsarchivs Freiburg.

<sup>637</sup> Vgl. Schreiben des Magistrats von Groß-Berlin, Abt. Bevölkerungspolitik an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten vom 18.2.1954 (ebd., Nr. 9565, unpaginiert).

<sup>638</sup> Vgl. Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom 17.3.1954 (ebd., Nr. 9573, unpaginiert).

<sup>639</sup> Schreiben des Magistrats von Groß-Berlin, Referat Bevölkerungspolitik an das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten vom 29.3.1954 (ebd., Nr. 9553, unpaginiert).

<sup>640</sup> Vgl. Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom 17.3.1954 (ebd., Nr. 9573, unpaginiert).

<sup>641</sup> Vgl. Schreiben Kurt Magnus an den Dekan der Fakultät und Walther Pauer vom 4.3.1954 (UA TUD, Fak. Maschinenwesen, Fak. für Energiewirtschaft, Nr. 230, unpaginiert).

<sup>642</sup> Vgl. Brief Walther Pauers vom 19.2.1952 (UA TUD, Sektion 12 Pauer, unpaginiert). In diesem Brief geht es um die Berufungsbemühungen der THD, um die auch Pauer wusste. In einer vagen Äußerung schätzte er einen Dr. M. als „besonders empfehlenswert“ ein. Die Vermutung liegt nahe, dass er Kurt Magnus meint.

Auch zwischen den zwei hochrangigen Spezialisten Max Volmer<sup>643</sup> und Peter Adolf Thiessen, die an der Humboldt Universität Berlin re-integriert wurden, bestand ein enges Verhältnis. In diesem Zusammenhang wurden beispielsweise ausdrücklich Empfehlungen für eine Standortentscheidung in der DDR (hier Berlin) ausgesprochen.<sup>644</sup> Max Volmer, der wie Thiessen Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin war, kehrte am 22. März 1955 in die DDR zurück. Basierend auf einem Vorschlag des ZK der SED wurde er zum 1. Mai 1955 als Professor für Physikalische Chemie an die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät der Humboldt Universität berufen.<sup>645</sup> Eine nebenamtliche Professur für dasselbe Fach erhielt auch Peter Adolf Thiessen. Mit seiner Rückkehr am 5. Dezember 1956 hatten sich offizielle Stellen der DDR wegen der „fachlichen Arbeitsmöglichkeiten und der persönlichen Bedingungen [...] wie er sie wünscht“, bereits im Vorfeld, d.h. seit 1955, dem ursprünglich angedachten Jahr seiner Rückkehr, befasst.<sup>646</sup> Kurzweilig irritierten seine „recht regen“ Aktivitäten „in der Nazizeit“ bei seiner Berufung an die Humboldt-Universität.<sup>647</sup> Die vage Formulierung („recht rege“) umschreibt die Tatsache, dass Peter Adolf Thiessen bereits im August 1922 erstmals der NSDAP beigetreten war und somit zu den ‚alten Kämpfern‘ zählte.<sup>648</sup> Eine weitere Thematisierung der NS-Belastung erfolgte jedoch weder im Rahmen seiner nebenamtlichen Berufung auf den Lehrstuhl für Physikalische Chemie im Dezember 1955 noch zu einem späteren Zeitpunkt. Selbst retrospektiv führte das Zentralorgan der SED *Neues Deutschland* in einem Beitrag zum 100. Geburtstag Thiessen aus: „Die Mitgliedschaft der

---

<sup>643</sup> Max Volmer (1885-1965), Chemiker. 1945 bis 1955 Spezialist in der Sowjetunion, übernahm im Jahr seiner Rückkehr eine Professur an der Humboldt-Universität Berlin. Oskar Blumtritt begründet Volmers Verbleib in der DDR mit seinem hohen Alter und weniger mit seiner politischen Auffassung. Vgl. Blumtritt, Max Volmer 1885-1965, S. 54.

<sup>644</sup> Undatiertes Schreiben Volmers an Thiessen, indem Volmer ausführt: „Man wird Ihnen wohl verschiedene Vorschläge machen bezüglich des Arbeitsortes. Ich empfehle Ihnen die Nähe von Berlin.“ (BBAW, NL PA Thiessen, Nr. 12, unpaginiert).

<sup>645</sup> Schreiben der Kaderabteilung vom 29.4.1955 (UA HUB, V 97, PA Volmer, Bl. 2).

<sup>646</sup> Schreiben der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin an das Ministerium des Innern vom 12.7.1956 (BArch, DO 1, Nr. 9667, unpaginiert). Erste Schriftwechsel, die insbesondere die Wohnungsfrage thematisieren, datieren auf Dezember 1955.

<sup>647</sup> Schreiben des Rektors an das Staatssekretariat für Hochschulwesen in der DDR vom 9.10.1956 (UA HUB, T 198, PA Thiessen, Band 1, Bl. 4).

<sup>651</sup> NSDAP-Mitgliedsausweis (BArch, BDC, PK/Parteikorrespondenz, Film R 21, Bl. 2838); Personalbogen (UA HUB, T 198, PA Thiessen, Band 3, unpaginiert). Demnach war Thiessen zwischen 1922 und 1926 und dann erneut ab 1933 Parteimitglied. Die Mitgliedskarte im BDC weist den 21.4.1933 als Datum des Wiedereintritts in die NSDAP aus.

NSDAP reflektiert seine nationalen und sozialen Illusionen ebenso wie sein Verständnis von Loyalität gegenüber dem Staate.“<sup>649</sup> Die NS-Belastung deutscher Spezialisten spielte offensichtlich im Zuge ihrer Re-Integration in der Wirtschaft oder Wissenschaft der DDR wie bereits bei ihrer Deportation keine Rolle. Diese Tatsache lässt sich auch für die Berufungspraxis der THD nachweisen: Am 3. Juli 1954 kehrte Helmut Heinrich in die DDR und an seine ehemalige Arbeitsstätte, die THD zurück. Noch im Oktober 1946 hatte er wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft auf der Entlassungsliste der Hochschule gestanden. Seine Deportation kam der Entlassung jedoch zuvor.<sup>650</sup> Bei seiner Re-Integration unterblieb jede Thematisierung.

Mit dem gleichen Transport wie Heinrich gelangte im Juli 1954 auch der Dresdener Dozent Gustav Schulze in die DDR zurück, wo ihn die THD zum Professor mit Lehrauftrag für Sondergebiete der Physik ernannte.<sup>651</sup> Bereits zwei Jahre früher als Heinrich und Schulze waren die Professoren Walther Pauer und Hellmut Frieser sowie der Assistent Norbert Elsner mit dem Transport vom 18. Juni 1952 aus der Sowjetunion zurückgekehrt. Quasi nahtlos übernahmen sie ihre früheren Positionen, den Lehrstuhl für Thermodynamik (Pauer), den Lehrstuhl für wissenschaftliche Photographie (Frieser) sowie die Assistenz am Lehrstuhl für Thermodynamik (Elsner) an der Technischen Hochschule<sup>652</sup>, ohne gesonderte Berufungsverfahren zu absolvieren.<sup>653</sup> Die zügige, scheinbar unbürokratische Einbindung der zwei namhaftesten Spezialisten der THD spiegelt ferner Freude und Erleichterung sowohl auf institutioneller als auch auf persönlicher Ebene wider.<sup>654</sup> Allerdings verließ Hellmut Frieser trotz der zugesicherten und erfolgten „Förderungen, die [...] für die Intelligenz üblich [waren]“, u.a. wurden der Arbeitsplatz sowie „zweckentsprechende schöne Wohnungen“ bereitgestellt,<sup>655</sup> bereits am 3.

---

<sup>649</sup> Hoffmann, Horst: ‚Mit scharfem Blick und genialem Instinkt.‘ Zum 100. Geburtstag des Physikochemikers Peter Adolf Thiessen, in: Neues Deutschland vom 3.04.1999 (zitiert nach BBAW, NL P.A. Thiessen, Nr. 7).

<sup>650</sup> Vgl. Pommerin, Geschichte der TU Dresden 1828 – 2003, S. 235.

<sup>651</sup> Vgl. Schreiben vom 27.9.1954 (UA TUD, Rektorat I/296, Nr. 107, unpaginiert).

<sup>652</sup> Schreiben der THD an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 24.7.1952 (BArch, DO 1, Nr. 1872, unpaginiert).

<sup>653</sup> Vgl. Schreiben vom 9.12.1953 (UA TUD, Rektorat I/344, Nr. 141, Bl. 26).

<sup>654</sup> Vgl. Bekanntmachung der THD vom 21.6.1952 sowie Schreiben Walther Pauers vom 27.8.1952 (UA TUD Personalakte Walther Pauer, II/7799, Bl. 40).

<sup>655</sup> Offizielle Verlautbarung über die Rückkehr Walther Pauer und Hellmut Friesers, die am

Dezember 1952 die THD und die DDR.<sup>656</sup> Die Motive konnte die THD nicht ermitteln.<sup>657</sup>

Der Weggang Hellmut Friesers in die Bundesrepublik trübte die bis dato positive Integrationsbilanz der Technischen Hochschule Dresden. Immerhin gelang es im Gegensatz zu den Universitäten Greifswald und Rostock deportierte Mitglieder für eine Weiterführung ihrer Lehrtätigkeit zu gewinnen. Darüber hinaus erwies sich die THD – wie die Humboldt-Universität Berlin – auch bei der Anwerbung weiterer Spezialisten erfolgreich, die den Lehrkörper verstärkten. Das Vorgehen der THD indiziert konkret den Konnex zwischen ‚alten‘ und ‚neuen‘ Spezialisten, wenn sie persönliche Kontakte der Spezialisten untereinander nutzte, um neue Lehrkräfte zu akquirieren. Im Fall des Aerodynamikers Werner Albring, der gemeinsam mit Walther Pauer und Hellmut Frieser im Juni 1952 von Gorodomlia in die DDR transportiert wurde, richtete die THD einen eigens für ihn konzipierten Lehrstuhl am Institut für Angewandte Strömungslehre ein.<sup>658</sup> Die Regierung der DDR unterstützte die Ambitionen der Hochschule, um die Abwanderung des „sehr befähigten Aerodynamikers“ zu verhindern. Gleichsam galt es, den „Mangel an befähigten Aerodynamikern in der DDR“ zu kompensieren und ausgewählte Wissenschaftler „zu ihrer Zufriedenheit zu beschäftigen.“<sup>659</sup> Die Berufung Albrings erfolgte noch im Jahr seiner Rückkehr. Die Entscheidung für dessen Berufung basierte auch auf Gutachten, die Walther Pauer und Hellmut Frieser angefertigt hatten, welche die fachliche und pädagogische Eignung Werner Albrings für die Tätigkeit an der THD belegten.<sup>660</sup> Allein, die in der Sowjetunion geknüpften Beziehungen der Spezialisten untereinander garantierten nicht zwingend eine erfolgreiche Integration auf universitärer Ebene. So lehnte die THD die wiederholte Bewerbung eines Spezialisten ab, der nachweislich auch

---

21.6.1952 im gleichen Wortlaut als Artikel in der Sächsischen Zeitung veröffentlicht wurde (ebd., Bl. 40).

<sup>656</sup> Aufforderung des Staatssekretariats für Hochschulwesen an die Personalabteilung der THD zur Aufstellung aller 1952 geflohenen Universitätsangehörigen unter Angabe der Gründe (UA TUD, Rektorat I/334, Nr. 316, unpaginiert).

<sup>657</sup> Auflistung Hellmut Friesers und der Vermerk „k.A.“ bezüglich der Gründe (ebd.).

<sup>658</sup> Vgl. Schreiben der THD an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 3.10.1952 (UA TUD, Personalakte 011425, Albring, Bl. 14).

<sup>659</sup> Regierung der DDR an den Rektor der THD vom 17.7.1952 (ebd., Bl. 12).

<sup>660</sup> Schreiben des Dekans an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 3.10.1952 (ebd., Bl. 14). Die schriftliche Aufforderung der THD an Walther Pauer zur Erstellung des Gutachtens datiert auf den 5.9.1952 (vgl. UA TUD, Nachlass W. Straub, Nr. 63/2, unpaginiert).

mit Walther Pauer bekannt war und mit ihm in Kontakt stand. Die THD begründete ihre Entscheidung mit den erschöpften Kapazitäten der Hochschule, sie wies aber auch auf bestehende Vakanzen einer anderen Lehrinstitution hin.<sup>661</sup>

Der Atomwissenschaftler Heinz Pose, der vor seiner Deportation der Universität Halle angehörte, beschließt den Kreis der Spezialisten, die nach ihrer Rückkehr aus der Sowjetunion an der Technischen Hochschule integriert wurden. Noch in seiner Abwesenheit – Pose blieb bis 1959 in der Sowjetunion – ernannte ihn die THD am 1. Mai 1957 zum Professor mit vollem Lehrauftrag für Sondergebiete der Kernphysik. Bis zu seiner endgültigen Rückkehr galt Pose als beurlaubt.<sup>662</sup> Diese Flexibilität, Fächer und Lehrstühle entsprechend der Arbeitsinteressen der Spezialisten zu modifizieren, diente als Instrument, die praktizierte Re-Integration der namhaften Wissenschaftler auf der ‚rein wissenschaftlichen‘ Ebene auch qualitativ zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang leisteten auch die Universitäten und Hochschulen der DDR ihren Beitrag.<sup>663</sup>

---

<sup>661</sup> Berufungsangelegenheiten 1949-1954. Hier der Antrag eines Dr. Kirst vom 1.7.1952 und dessen begründete Ablehnung (vgl. UA TUD, Rektorat I/295, unpaginiert). Auch Kirst gehörte augenscheinlich zur Spezialistengruppe auf der Insel Gorodomlia (vgl. BBAW, Nachlass Werner Albring, Nr. 102, unpaginiert).

<sup>662</sup> Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen an den Rektor vom 7.5.1957 (UA TUD, Rektorat I/297, Nummer 341, Bl. 36f). 1959 wurde sein Arbeitsbereich in das Fachgebiet der Neutronenphysik der Reaktoren an der Fakultät für Kerntechnik umbenannt. Seine Funktionszuweisung blieb unberührt. Vgl. Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom 7.4.1959 (ebd., Bl. 25).

<sup>663</sup> Laut Burghard Ciesla stieg der Anteil der in der Forschung beschäftigten Spezialisten von 3,3 Prozent vor der Deportation auf 5,2 Prozent nach der Rückkehr. Vgl. Ciesla, Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR, S. 26.



## V. Biographische Retrospektiven

### V.1 Spezialisten in der amerikanischen Besatzungszone

#### V.1.1 *Heinrich Schmitthenner* – Universität Leipzig

Der Geograph Heinrich Schmitthenner lehrte seit 1928 an der Universität Leipzig und wurde am 23. Juni 1945 wie die anderen Universitätsangehörigen gemeinsam mit seiner Familie aus Leipzig unfreiwillig nach Weilburg an der Lahn verbracht. Briefe belegen die nachfolgende Auseinandersetzung um seinen wissenschaftlichen Besitz. So schrieb er im Oktober 1946 an den Rektor der Universität Leipzig, dass „auf dem Geographischen Institut Schillerstraße 6 noch zahlreiche Bücher“ wie auch „zahlreiche Manuskripte, darunter sämtliche Vorlesungsausarbeiten“ untergebracht seien.<sup>664</sup> Darüber hinaus befanden sich auch „einige Koffer mit Hausrat“, die Schmitthenner während des Krieges eingelagert hatte, im Institut.<sup>665</sup> Dies war für die Familie umso bedeutsamer, als sie im Dezember 1943 bei einem Brand den größten Teil ihres persönlichen Besitzes und ihres Hausrats verloren hatte.<sup>666</sup> In dem genannten Brief beansprucht Schmitthenner, seine persönlichen Dinge im Institut, „um von vornherein Irrtümer zu vermeiden.“<sup>667</sup>

Parallel zu Schmitthenners Bemühungen versuchte auch die Universität das Eigentum zu sichern, wie im Fall der Leipziger Wohnung Schmitthenners, die im Dezember 1945 beschlagnahmt werden sollte. Neben offiziellen Statements, dass ungeachtet seiner Abwesenheit, Heinrich Schmitthenner der rechtmäßige Eigentümer der Wohnung sei und seine Rückkehr zeitnah bevorstünde, argumentierte die Universität auch mit der Bedeutung der wissenschaftlichen Bibliothek, die sich noch in der Wohnung befand.<sup>668</sup>

Zum Zeitpunkt seiner Deportation übte Schmitthenner neben seiner Professur auch das Amt des Direktors des Geographischen Instituts aus. Zudem leitete er als Dekan die mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung der

---

<sup>664</sup> Schreiben Schmitthenners an den Rektor der Universität Leipzig vom 30.10.1946 (UAL, F 1428, PA Schmitthenner, unpaginiert).

<sup>665</sup> Vgl. ebd.

<sup>666</sup> Vgl. ebd.; Schreiben Schmitthenners an die Universität Marburg vom 7.11.1947 (Uni A Ma, 310, acc. 1992/55, Nr. 6422, Bl. 22).

<sup>667</sup> Vgl. Schreiben vom 30.10.1949 (UAL, F 1428, PA Schmitthenner, unpaginiert).

<sup>668</sup> Vgl. Schreiben des Universitätsrats an den Oberbürgermeister Leipzigs vom 7.12.1945 (ebd.). Darin heißt es, dass nach der Beschlagnahmung der Wohnung die Bibliothek nicht mehr adäquat erhalten werden könnte. Einzige Alternative, die Bestände unterzubringen, wäre der Keller des Gebäudes, was die Bücher beschädigen und ferner eine Nutzung durch die Studenten ausschließen würde.

Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig. Es liegt daher nahe, dass sich sein Name auf mehreren internen Listen der Universität fand, welche die Dozenten benannten, deren Rückkehr für die Universität und den Lehrbetrieb „besonders wichtig wären“<sup>669</sup> bzw. die eine vorrangige Rückführung bestimmter Universitätsmitglieder beantragten.<sup>670</sup> Doch obgleich die Frage nach einer möglichen Rückkehr Schmitthenners den schriftlichen Kontakt mit der Universität Leipzig dominierte, scheiterten auch in seinem Fall sämtliche Bestrebungen. In seinem Brief vom 12. März 1946 schien dies noch anders und hoffnungsvoll, denn „[die] Möglichkeit nach Leipzig zurückkehren zu können, ist wenigstens für einen Teil von uns [die Weilburger Gruppe, Anm. d. Aut.] sehr viel wahrscheinlicher geworden als es bisher war.“<sup>671</sup> Allerdings blieb die Situation für ihn und seine Familie ungewiss. Im Gegensatz zu den meisten seiner Leipziger Kollegen in Weilburg an der Lahn kategorisierten ihn die Amerikaner weder als gewollte noch als ungewollte Person.<sup>672</sup> Gleichzeitig wusste er, dass die amerikanische Militärregierung gegenüber der Hessischen Landesregierung Hilfe angedeutet hatte, eine „Rückkehr vom Kopf- um Kopfaustausch“ auszunehmen.<sup>673</sup> Doch selbst wenn amerikanische, deutsche und sowjetische Stellen zusammengearbeitet hätten, erschien eine Rückkehr schwer umsetzbar, da ungeklärt blieb, wie ein Transport der privaten sowie wissenschaftlichen Materialien über die Zonengrenzen erfolgen sollte.<sup>674</sup> Die theoretischen Überlegungen umfassten jedoch ausschließlich Personen, die als politisch unbelastet galten und für deren Rückkehr sich die Landesverwaltung in der SBZ ausschließlich einsetzte. Heinrich Schmitthenner, der kein NSDAP-Mitglied gewesen ist und lediglich als Mitglied des NSD gelistet war, gehörte zu diesem Personenkreis.<sup>675</sup> Ein Sühnebescheid in der amerikanischen Besatzungszone stufte ihn 1947 als Mitläufer ein, was er in einem Schreiben Prof. Hans-Georg Gadamer<sup>676</sup>, Rektor der Universität Leipzig, mitteilte und ihn

---

<sup>669</sup> Liste der Weggeführten vom 12.11.1945 (UAL, F 1310, unpaginiert).

<sup>670</sup> Vgl. Schreiben des Rektors der Universität Leipzig an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung vom 12.11.1945 (ebd.).

<sup>671</sup> Brief Schmitthenners vom 12.3.1946 (UAL, F 1428, PA Schmitthenner, unpaginiert).

<sup>672</sup> Vgl. ebd.

<sup>673</sup> Vgl. ebd.

<sup>674</sup> Vgl. ebd.

<sup>675</sup> Vgl. Brief des Rektors an Schmitthenner vom 26.1.1949 (UAL, F 1428, PA Schmitthenner, unpaginiert).

<sup>676</sup> Hans-Georg Gadamer (1900-2002), Philosoph. Zwischen 1946 und 1948 Rektor der Universität Leipzig.

bat, seine (Schmitthenners, Anm. d. Autorin) „ablehnende Haltung“ gegenüber dem Nationalsozialismus zur Sicherheit zu bezeugen.<sup>677</sup>

Die Universität Leipzig ihrerseits kalkulierte die Rückkehroption in ihr Handeln ein. So wurden „Lehrstühle sämtlich nur vertretungsweise besetzt“ und sie sicherte Schmitthenner zu, dass

„stets alles versucht werden [würde], um auch die Rückführung des wissenschaftlichen Materials zu ermöglichen, solange wir [die Universität, Anm. d. Aut.] nicht von Ihnen eine ausdrückliche Mitteilung haben, daß Sie in den Verband einer anderen Universität übertreten.“<sup>678</sup>

Doch wie die meisten der deportierten Wissenschaftler befand sich auch Heinrich Schmitthenner in einer finanziell angespannten Lage. Ungeachtet der räumlichen Distanz führte er bis November 1945 sein Amt als Dekan der nach Weilburg an der Lahn deportierten Universitätsmitglieder und die Geschäfte der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der Philosophischen Fakultät fort – zumindest solange, bis die Mehrheit der Deportierten aufgrund ihrer NS-Belastung aus dem Verband der Universität Leipzig entlassen wurde. Für seine fortgesetzte Tätigkeit bat Schmitthenner den Rektor der Universität Leipzig um eine entsprechende Vergütung.<sup>679</sup> Das Rentenamt Leipzig hatte die Zahlungen allerdings bereits im Juni eingestellt.<sup>680</sup> Die ihm unangenehme Bitte begründete er mit noch vorhandenen „Ausstände[n]“ in Leipzig, die er „von hier [Weilburg an der Lahn] aus nicht begleichen könne.“<sup>681</sup> Zum Zeitpunkt des Briefes hatte er bereits, obwohl er sich der Universität Leipzig weiter verbunden fühlte, „die Vertretung der geographischen Professur in Marburg“ im Wintersemester 1945/1946 übernommen und plante, diese zu verlängern, da „wir hier seit November ohne andere Einnahmen sind.“<sup>682</sup>

Hauptursache für die finanzielle Notlage der Familie war der Umstand, dass bei der Deportation nicht nur Hausrat und wissenschaftlicher Besitz in der SBZ verblieben waren, sondern ebenso das private Vermögen inklusive sämtlicher

---

<sup>677</sup> Vgl. Brief Schmitthenners an den Rektor der Universität Leipzig vom 23.4.1947 (UAL, F 1428, PA Schmitthenner, unpaginiert).

<sup>678</sup> Brief des Rektors an Schmitthenner vom 26.1.1946 (ebd.).

<sup>679</sup> Brief Heinrich Schmitthenners vom 30.10.1946 an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig (ebd.).

<sup>680</sup> Ebd.

<sup>681</sup> Ebd.

<sup>682</sup> Brief Heinrich Schmitthenners an Rektor Gadamer vom 12.3.1946 (ebd.).

Ersparnisse. In einem Schreiben an die Universität Marburg vom November 1947 fasste Heinrich Schmitthenner seine Lage wie folgt zusammen:

„[Ich] habe anzuführen, dass ich unter Zurücklassung meiner gesamten Habe, Möbel, Hausrat, Bibliothek und Bankguthaben, am 23.06.1945 zwangsweise von der amerikanischen Besatzungsmacht bei deren Räumung Sachsens nach dem Westen [...] verlagert wurde.“<sup>683</sup>

Der Transport seines Eigentums in die amerikanische Besatzungszone gelang erst Ende 1946, als seine Tochter nach Leipzig reisen und im „Flüchtlingszug das Wichtigste [des] wissenschaftlichen Apparates, Kleidung und Hausrat“ mitbringen konnte. Anderes Hab und Gut wurde sukzessive überführt.<sup>684</sup> Der Umzug nach Marburg belastete die Familie zusätzlich, da es Schmitthenner nicht möglich war, vorab die Kosten durch einen etwaigen Teilverkauf des Mobiliars zu decken. Stattdessen musste er sich das Geld leihen, weil sein Konto für ihn unerreichbar in der SBZ verblieb. Aus diesem Grund beantragte er für die Rückzahlung einen entsprechend höheren Zuschuss bei der Universität Marburg, der ihm auch gewährt wurde.<sup>685</sup> Obgleich er in Marburg arbeitete, wohnte seine Familie weiterhin in Weilburg, wo „sich die Gruppe allmählich aufzulösen [schien]“, wie es Schmitthenner im April 1947 nach Leipzig berichtete.<sup>686</sup> Für ihn selbst bedeutete die Verlagerung seiner Tätigkeit nach Marburg ein stetes Pendeln, da er „zum Wochenende [...] nach Weilburg gehe und [...] während der Arbeitstage auf [sic!] meinem Institut [hause].“<sup>687</sup>

Sein Verbleib in Marburg beschränkte sich nicht allein auf die Fortführung der Lehrvertretung: Im August 1946 wurde er als ordentlicher Professor der Geographie an die Universität Marburg berufen. „Nicht leichten Herzens“ entschied er sich, wie er in seinem Brief betont, gegen die „Arbeitsstätte, an der [er] so lange gewirkt hat.“ Da „unter den gegebenen Verhältnissen [...] keine andere Möglichkeit [bestand], als Marburg anzunehmen“, trat er aus dem Lehrkörper der Universität Leipzig aus.<sup>688</sup>

---

<sup>683</sup> Schreiben Schmitthenners an die Universität Marburg vom 7.11.1947 (Uni A Ma, 310, acc. 1992/55, Nr. 6421, Bl. 22).

<sup>684</sup> Vgl. Brief vom 7.11.1947 (ebd.).

<sup>685</sup> Vgl. ebd.

<sup>686</sup> Brief Schmitthenners vom 23.4.1947 (UAL, F 1428, PA Schmitthenner, unpaginiert).

<sup>687</sup> Ebd.

<sup>688</sup> Brief Schmitthenners an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig vom 30.10.1946 (ebd.); Vergleich auch Brief Schmitthenners an Rektor Gadamer vom gleichen Tag (ebd.).

Der Leipziger Rektor reagierte mit Verständnis. Die Probleme der Leipziger Universität vergrößerten sich indes, denn „die Lücke, die Sie hier hinterlassen haben, ist gegenwärtig nicht auszufüllen.“<sup>689</sup> Während die Universität Leipzig die Vakanz nicht ausgleichen konnte, verdeutlicht eine Pressemitteilung der Universität Marburg zum 65. Geburtstag Heinrich Schmitthenners aus dem Jahr 1952, wie wichtig seine Berufung für die Universität gewesen ist:

„1943 ausgebombt, wurde Prof. Schmitthenner mit zahlreichen anderen Naturwissenschaftlern 1945 nach Weilburg/Lahn abtransportiert, sodaß sich unsere Universität 1946 diesen hervorragenden Forscher und Gelehrten, anregenden Lehrer als Mitglied des Lehrkörpers sichern konnte.“<sup>690</sup>

Für die Universität Marburg erwies sich Heinrich Schmitthenner „schon in den schweren Anfangszeiten der Wiedereröffnung [als] eine unentbehrliche Stütze für den Wiederaufbau des Lehr- und Forschungsbetriebes.“<sup>691</sup>

### **V.1.2 Wilhelm Troll – Martin-Luther-Universität Halle**

Wie sein Leipziger Kollege wurde auch Wilhelm Troll, Professor für Botanik und Direktor des botanischen Instituts der Martin-Luther-Universität Halle, am 22. Juni 1945 von der amerikanischen Besatzungsmacht aufgefordert, Halle zu verlassen. Seine „energischen Versuche, [sich] der Maßnahme zu widersetzen“, blieben, wie er in einem Schreiben vom 1. März 1946 konstatiert, „erfolglos.“<sup>692</sup> In der Folgezeit bedingte nicht allein seine fachliche Kompetenz die Bemühungen um seine Rückkehr, sondern auch der Umstand, dass er, im Gegensatz zur Majorität der anderen deportierten Universitätsangehörigen,<sup>693</sup> als gänzlich unbelastet galt. Um den „für Unterricht und Forschung [...] auf Dauer unhaltbaren Zustand“ der Lehrstuhlvakanzen zu beseitigen, argumentierte die Universität Halle, dass Wilhelm Troll nach Halle zurückkehren sollte, da er „weder Mitglied der NSDAP, noch der SS, SA oder einer anderen

---

<sup>689</sup> Antwortschreiben Gadamers an Schmitthenner vom 11.11.1946 (ebd.).

<sup>690</sup> Pressemitteilung 1952 (Uni A Ma, 305a, acc. 1976/19, Nr. 2230, Bl. 13).

<sup>691</sup> Kondolenzschreiben des Rektors an seine Witwe vom 20.2.1957 (ebd.).

<sup>692</sup> Schreiben Trolls an den Kurator vom 1.3.1946 (UAH, PA 16126 Troll, unpaginiert).

<sup>693</sup> Ein Schreiben der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle vom 5.4.1946 verweist auf die durch die Deportation entstandenen Missstände bei den Lehrstuhlbesetzungen und die Probleme bei der Rückholung der Lehrstuhlinhaber, die „alle Mitglieder der NSDAP“ gewesen seien. (Ebd.).

Gliederung der nationalsozialistischen Partei [gewesen sei].<sup>694</sup> Wilhelm Troll selbst fürchtete dennoch „mögliche Verleumdungen oder dergleichen.“ Um etwaige Missverständnisse noch vor einer denkbaren Rückkehr nach Halle auszuräumen,<sup>695</sup> versuchte er vorab seinen Status zu klären. Seine schriftlichen Erklärungen aus den Jahren 1946, die das 1934 eingeleitete provisorische Aufnahmeverfahren in die NSDAP, das mit der Ablehnung seines Beitritts endete, thematisierten, belegen diese Unsicherheit.<sup>696</sup> Auch Emil Abderhalden hatte sich mehrfach für Troll verbürgt: „Troll war verfemt, weil er als Katholik galt und man wußte, daß er den Grundsätzen der Partei feindlich gegenüber stand.“<sup>697</sup> Letztlich manifestierte das Regierungspräsidium Mainz 1949 die Einordnung Trolls und stellte fest, dass „der Nichtbetroffenenbescheid [...] zu belassen [ist].“<sup>698</sup>

Trotz der prinzipiellen Einstufung als Nichtbelasteter dominierte wie auch bei Heinrich Schmitthenner eine strukturelle Unsicher- und eine emotionale Zerrissenheit die Verhandlungen über eine Rückkehr Wilhelm Trolls nach Halle. Nachdem sämtliche Interventionen seitens der Martin-Luther-Universität, die erzwungene Abreise Wilhelm Trolls zu verhindern, scheiterten, hatte dieser noch vor Ort versichert, daß er „die erste sich bietende Gelegenheit benützen würde, um nach Halle zurückzukehren.“<sup>699</sup> Eine derartige Chance bot sich ihm jedoch zukünftig nicht. Tatsächlich verwehrte ihm die amerikanische Besatzungsmacht jeden potentiellen Zonenwechsel. Selbst nachdem Wilhelm Troll 1946 eine mögliche Zustimmung der Amerikaner zu seiner Rückkehr zugetragen worden war, blieben seine Rückkehroptionen vage.<sup>700</sup>

Seine zwischenzeitlich erzwungene Handlungsunfähigkeit empfand er als Last und seine Unterbringung fernab jeder für ihn adäquaten Beschäftigungsmöglichkeit als unerträglich, wobei es ihm nach „monatelangem Exil in Nieder-Roden, einem im Kreis Dieburg (Hessen) gelegenen Dorfe“

---

<sup>694</sup> Schreiben vom 5.4.1946 (ebd.).

<sup>695</sup> Schreiben Trolls an den Rektor vom 29.4.1946 (ebd.).

<sup>696</sup> Vgl. Schriftwechsel zur NSDAP-Mitgliedschaft (UAMz, S 64 / 68-1 (PA Troll), Bl. 42-44).

<sup>697</sup> Erklärung Abderhaldens vom 27.10.1946 (ebd., Bl. 51).

<sup>698</sup> Der Entschluss fällt in Rücksprache mit dem Landeskommissar für politische Säuberung. Schreiben des Regierungspräsidiums vom 5.2.1949 (ebd., Bl. 64).

<sup>699</sup> So schildert es Wilhelm Troll in einem Schreiben vom 1.3.1946 dem Kurator der Hallenser Universität. Laut seiner Aussage scheiterte die von Prof. Nitsche initiierte Intervention daran, dass der versprochene Verbindungsmann am Tag der Deportation nicht vor Ort gewesen ist. (Vgl. UAH, PA 16126 Troll, unpaginiert).

<sup>700</sup> Vgl. ebd.

gelang, in die französische Besatzungszone überzusiedeln.<sup>701</sup> In seinem neuen Wohnort Kirchheimbolanden lehrte er interimswise an einer Oberschule, deren Leitung ihm ebenfalls oblag. Obgleich zwar nicht mehr arbeitslos, erfüllten ihn diese Aufgaben nicht, so dass andere Perspektiven stets interessant für ihn blieben. So sei er „von verschiedenen Universitäten der drei nichtrussischen Besatzungszonen zur Besetzung ihrer botanischen Lehrstühle in engere und engste Wahl gezogen“ wurden.<sup>702</sup> Um welche Universitäten es sich handelte, lässt sich nicht nachvollziehen. Feststeht, dass die Universität Mainz seit dem Frühjahr 1946 ihr Interesse an seiner Berufung bekundete. In seinem Schreiben an den Hallenser Rektor vom 20. Mai 1946 teilte er mit, diesem Ruf nach Mainz zu folgen: „In der Zwischenzeit ist man auch von der neuerrichteten Universität Mainz aus wegen der Übernahme der dortigen Professur für Botanik an mich herangetreten. Ich habe zugesagt.“<sup>703</sup>

Allerdings betonte Wilhelm Troll – der Wortlaut ist im Original unterstrichen – er habe „aber nur unter der Bedingung, daß ich jederzeit nach Halle zurückkehren kann“, den Ruf angenommen.<sup>704</sup> Diese innere Zerrissenheit spiegeln auch andere Briefpassagen wider, in denen Troll wiederholt seine Treue zur Hallenser Universität beschwor und wiederholte, nach Halle zurückkehren zu wollen.<sup>705</sup>

„[Ich] betrachte [...] die Mainzer Tätigkeit nur als eine Zwischenlösung, die meiner Rückkehr nach Halle nicht im Wege stehen soll. Ich habe mir die Möglichkeit hierzu ausdrücklich gesichert.“<sup>706</sup>

Doch wie bei Heinrich Schmitthenner avancierte die Interimslösung letztlich auch im Fall Wilhelm Trolls zu einer endgültigen, worüber sich die Verantwortlichen in Halle stets bewusst waren.

Die schlechten Rahmenbedingungen für eine Rückkehr der deportierten Universitätsangehörigen nach Halle ließen sich nicht verleugnen: Es galten „ganz allgemein nach Auffassung der Provinzialverwaltung und der

---

<sup>701</sup> Ebd.

<sup>702</sup> Ebd.

<sup>703</sup> Schreiben Wilhelm Trolls an den Rektor der Universität Halle vom 20.5.1946 (UAH, PA 16126 Troll).

<sup>704</sup> Ebd.

<sup>705</sup> Vgl. Schreiben Trolls an den Kurator der Martin-Luther-Universität vom 1.3.1946 (UAH, PA 16126 Troll).

<sup>706</sup> Wilhelm Troll nach seiner Berufung nach Mainz in einem weiteren Schreiben an den Rektor der Universität Halle am 12.6.1946 (ebd.).

Sowjetischen Militäradministration alle früheren Rechte als erloschen“, so dass die Rückkehr de facto einer Neuberufung unabhängig von früheren Verdiensten gleichkam.<sup>707</sup> Obgleich der Rektor sich überzeugt zeigte, dass es gegen die Neuberufung Wilhelm Trolls keine Einwände geben würde, belasteten andere administrative Hemmnisse die Verhandlungen weit stärker.

„Jedenfalls ist es schwerlich zu erreichen, daß Sie [...] die Neuberufung und Bestätigung durch die hiesigen Stellen dorthin gesandt erhalten, etwa gar mit einer Einreiseerlaubnis. Sie müssten schon selbst herkommen und an Ort und Stelle die nötigen Schritte unternehmen.“<sup>708</sup>

Verständnis und Ratlosigkeit prägen gleichermaßen den Ton des Briefes, wenn Eißfeldt in bzw. trotz seiner Funktion als Rektor nachvollzog, „dass für Sie die Erwägung, ob Sie dort bleiben oder hierher zurückkehren sollen sehr schwer ist.“ Er gestand, dass „[von] hier aus sich auch kaum ein maßgeblicher Rat geben [lässt].“<sup>709</sup> Seine weiteren Ausführungen lesen sich eher pessimistisch, wenn er einräumt, „bisher ist es uns in keinem Falle gelungen, einen außerhalb unserer Zone wohnenden Gelehrten, den wir an sich gern hier hätten, hierher zu ziehen.“<sup>710</sup>

Spätestens im Oktober 1946 entschied sich Wilhelm Troll gegen eine Rückkehr nach Halle. Ein Schriftstück aus diesem Zeitraum belegt, dass er seine kostbare, „aus 270 Präparatengläsern bestehende, in ihrer Art einmalige Tropensammlung [an das] Botanische Institut der Universität“ für die als gering einzustufende einmalige Ausgleichszahlung in Höhe von 1.000 Reichsmark übertrug.<sup>711</sup> Einen Monat zuvor hatte die Universität Mainz sich in einem Schreiben an den französischen General Hepp in Berlin gewandt. Sie bat ihn, die geplante Überführung der privaten Spezialbibliothek Wilhelm Trolls, welche er in Halle zurückgelassen und nunmehr der Universität Mainz in Aussicht gestellt hatte, zu unterstützen, um somit „eine wesentliche Lücke in unserem Lehr- und Forschungsbetrieb“ schließen zu können.<sup>712</sup>

Für Wilhelm Troll bedeutete die Berufung nach Mainz indes nicht nur, dass er seine wissenschaftliche Karriere fortsetzen konnte, sondern er erhielt ebenso

---

<sup>707</sup> Antwortschreiben des Rektors der Universität Halle an Wilhelm Troll am 17.05.1946 (ebd.).

<sup>708</sup> Schreiben vom 17.5.1946 (ebd.).

<sup>709</sup> Ebd.

<sup>710</sup> Ebd.

<sup>711</sup> Abschrift der Vereinbarung zwischen Troll und der Martin-Luther-Universität, datiert auf den 15.10.1946 (ebd.).

<sup>712</sup> Vgl. Schreiben vom 2.9.1946 (UAMz, Best. S 64/68-1, Bl. 38).



die Chance, seine sozialen Verhältnisse zu verbessern. Gleichzeitig mit der Übergabe seiner Ernennungsurkunde konnte er die Wohnungsfrage klären.<sup>713</sup> Bis dato verfügte die Familie über keine eigene Wohnung. Daher wünschte sich Wilhelm Troll auch eine möblierte Unterkunft in Mainz mit drei Zimmern und Küche, die ihm dann durch Vermittlung der Universität Mainz von der französischen Militärregierung zugewiesen wurde.<sup>714</sup> Allerdings musste der bisherige Mieter dieser Wohnung in die Mansarde des Hauses umziehen und wehrte sich gegen dieses Vorgehen noch vier Jahre später – eine Lösung konnte jedoch nicht erzielt werden, denn es gab keine Ausweichwohnungen für Wilhelm Troll und seine Frau auf dem Gelände der Universität Mainz, und so bewertete Troll die Einweisung in die Wohnung als gerechtfertigt.<sup>715</sup>

Wie schwer sich der Neuanfang in Mainz dennoch gestaltete und welchen Einschnitt die Zeit zwischen Deportation und Neuberufung an die Johannes-Gutenberg-Universität für Wilhelm Troll bedeutete, belegt die Sorge innerhalb seines wissenschaftlichen Netzwerkes. So schreibt die Botanikerin Agnes Barbar von der Universität Cambridge im Oktober 1946, wie glücklich sie sei, nach einer langen und für ihn deprimierenden Zeit wieder von ihm zu hören.

„But I'm deeply grieved to hear of your difficulties. It is indeed devastating that your great work should stop; I still hope that in future years you may recover your material and complete it.“<sup>716</sup>

Sie bedauert ebenso das strikte Reiseverbot, das weiterhin von der Kontrollkommission aufrechterhalten wurde und somit jede persönliche Kontaktaufnahme wie auch einen direkten wissenschaftlichen Austausch verhinderte.<sup>717</sup> Überzeugt, dass eine positive Wende trotzdem möglich sei, sichert sie Wilhelm Troll zu, dass seine Freunde und Kollegen ihn nicht vergessen hätten.

„So much that hoping, when the world has begun to recover which we both believe, you may be able to take up again the threads of your unique work, and that meanwhile you may keep the health and hopefulness that all your friends must wish for you.“<sup>718</sup>

---

<sup>713</sup> So offeriert ihm der Rektor der Mainzer Universität in seinem Schreiben vom 26.04.1946 ein Gespräch über diese beiden Fragen (ebd., Bl. 24).

<sup>714</sup> Vgl. Formblatt der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz (ebd., Bl. 20).

<sup>715</sup> Vgl. Beiakte zur Personalakte Wilhelm Trolls (UAMz, Best. S 64/68-2, unpaginiert).

<sup>716</sup> Der Brief ist auf den 9.10.1946 datiert (UAMZ, Best. S 64/68-1, Bl. 50).

<sup>717</sup> Vgl. ebd.

<sup>718</sup> Ebd.

## **V.2. Spezialisten in der UdSSR**

### **V.2.1 Werner Albring – Technische Universität Dresden**

Erstmals mit der Option eines Zonenwechsels in die SBZ konfrontiert, wurde Werner Albring durch das Gespräch mit zwei ihm bekannten Wissenschaftlern, darunter Kurt Magnus, im Frühjahr 1946. Kurze Zeit später erfolgte der Umzug von der britischen in die sowjetische Besatzungszone, gemeinsam mit seiner Familie. Werner Albring ist somit ein Vertreter der Gruppe deutscher Spezialisten, die durch Ab- bzw. Anwerbung aus den westlichen Besatzungszonen für die sowjetische Besatzungsmacht tätig wurden.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und bis zum Standortwechsel gehörte er zur Mehrheit der arbeitslosen deutschen Wissenschaftler, die sich in einem regelmäßigen Turnus zentral bei der britischen Besatzungsmacht zu melden hatten.<sup>719</sup> Die Briten interessierten sich insbesondere für seine früheren Tätigkeiten auf dem Feld der Aerodynamik und wollten zudem, dass er die Forschungsergebnisse in der Luftfahrt-Forschungsanstalt in Völkenrode protokollierte.<sup>720</sup> Diese Tätigkeit wies laut Werner Albring sukzessive den „Charakter der Geschäftsabwicklung und des Ausräumens“ auf. Nachdem die Forschungseinrichtungen demontiert worden waren, existierte für Werner Albring keine gesicherte Arbeitsgrundlage und beruflich-soziale Perspektive mehr in der britischen Zone.<sup>721</sup> Die denkbare Alternative ins Ausland zu gehen, um auch zukünftig für Briten oder Amerikaner zu arbeiten, wertete er für sich als „wenig reizvoll.“<sup>722</sup> Seine Kritik schloss insbesondere die Trennung von der Familie, die eingeschränkte Bewegungsfreiheit vor Ort und dass die unwägbare Dauer der Arbeitsverträge ein.<sup>723</sup>

Eine Tätigkeit für die sowjetische Besatzungsmacht hatte Albring bis März 1946 nicht in Betracht gezogen, als ihm Kurt Magnus, das Angebot offerierte, mit ihm nach Bleicherode in die SBZ zu gehen, wo die Forschungen an der A4<sup>724</sup> fortgesetzt wurden. Nachdem Werner Albring die Zentralwerke Bleicherode besichtigt hatte, entschied er sich, auch angesichts der in Aussicht gestellten

---

<sup>719</sup> Albring, Gorodomlia, S. 33.

<sup>720</sup> Ebd.

<sup>721</sup> Vgl. ebd., S. 34, 36.

<sup>722</sup> Ebd., S. 37.

<sup>723</sup> Ebd.

<sup>724</sup> Die technische Abkürzung A4 steht für Aggregat 4, eine Großrakete, die unter dem Euphemismus „Vergeltungswaffe 2“ (V2) in der Öffentlichkeit bekannt wurde.

großzügigen Versorgung und der Versicherung, dass die Forschung allein friedlichen Zwecken diene, im Mai 1946 mit seiner Familie in die SBZ überzusiedeln.<sup>725</sup> In der Familie herrschte vor dem Ortswechsel und der an sich illegalen Grenzüberschreitung Anspannung, suchten doch Briten und Amerikaner die deutschen Wissenschaftler in ihrem Einflussgebiet zu halten. Diese Bedenken, auch wie sich die Familie in dem neuen sozialen Umfeld integrieren würden, lösten sich zeitnah, wie ein Brief Stefan Albrings an seinen Sohn belegt: „Ich stelle fest, du fühlst dich wohl in neuer Umgebung, ich hatte mich gesorgt, weil der Ortswechsel doch riskant gewesen ist.“<sup>726</sup>

Tatsächlich erfolgte die Integration der Familie in Bleicherode privat wie beruflich scheinbar nahtlos. Einerseits pflegten die sowjetischen Offiziere und ihre Frauen einen „freundliche[n] gesellschaftliche[n] Kontakt“ zu den deutschen Familien,<sup>727</sup> andererseits wurde Werner Albring seinem fachlichen Wissen entsprechend in die Arbeitsprozesse in Bleicherode eingebunden.<sup>728</sup> Die offensiv militärische Ausrichtung der Forschungen stand diametral zu den im Zuge der Anwerbung gegebenen Versicherungen und tangierte die Integration Albrings insoweit, dass ihm die Situation missfiel. Einen Ausstieg aus dem Projekt vollzog er mangels Alternativen jedoch nicht.<sup>729</sup> Insbesondere die geografische Nähe Bleicherodes zur britischen Besatzungszone und die Tatsache, dass die militärischen Forschungen quasi vis-à-vis der Briten durchgeführt wurden, beunruhigte nicht allein Werner Albring. Faktisch ging die Mehrzahl der deutschen Wissenschaftler davon aus, dass ihnen der Vorschlag unterbreitet werden würde, in der Sowjetunion weiter zu arbeiten. Ein solches Vorgehen wäre kohärent zu dem Passus in Albrings Vertrag gewesen, der im Falle einer Verlagerung des Zentralwerkes die Option geboten hätte, dieser zuzustimmen oder den Vertrag aufzulösen.<sup>730</sup> Nicht alle Spezialisten vertrauten auf diese Zusicherung. Die unbestimmte Ahnung eines Freundes, dass „unsere

---

<sup>725</sup> Vgl. ebd., S. 38-42.

<sup>726</sup> Brief Stefan Albrings an seinen Sohn Werner Albring vom 10.10.1946, Albring/Albring (Hg.), Briefe an den ältesten Sohn, S. 36.

<sup>727</sup> Albring, Gorodomlia, S. 47.

<sup>728</sup> Vgl. ebd., S. 56.

<sup>729</sup> Vgl. ebd., S. 59.

<sup>730</sup> Vgl. ebd., S. 40.

schöne Arbeit durch einen gewaltsamen Abtransport in die Sowjetunion beendet werden würde“<sup>731</sup>, wurde im Herbst 1946 Realität.

Laut Werner Albring wurden alle Abteilungsleiter der Zentralwerke im Anschluss an eine Zusammenkunft am Abend des 20. Oktober 1946 durch den russischen General Gaidukow zu einem „Festmahl“<sup>732</sup> eingeladen. In seiner retrospektiven Wahrnehmung verlängerten die russischen Verantwortlichen bewusst die Feier, indem sie u.a. die deutschen Teilnehmer aktiv zum Wodka trinken animierten.<sup>733</sup> Wie die Mehrheit der deutschen Führungskräfte kam Werner Albring erst nachts nach Hause, so dass er das Geschehen des folgenden Tages, wie er retrospektiv betont, nur langsam realisierte.<sup>734</sup>

Gegen fünf Uhr weckte ein Oberstleutnant die Familie und informierte sie darüber, dass „die deutschen Spezialisten mit ihren Familien nach Moskau zu bringen [sind]“<sup>735</sup>. Weiterhin erklärte er, dass „um sechs Uhr [ein] Leutnant mit vier Soldaten eintreffen [wird]“, der „Sie auffordern [wird], Ihr ganzes Mobiliar, allen Hausrat für die Reise einzupacken.“<sup>736</sup> Darüber hinaus zeigte er Werner Albring einen Vertrag, der ihn für fünf Jahre zur Arbeit in der Sowjetunion als Wiedergutmachung im Sinne des Potsdamer Abkommens dienstverpflichtete.<sup>737</sup> Dem vermochte Werner Albring nicht zu widersprechen.

Bereits am Mittag desselben Tages befand sich die Familie in einem Personenwagen eines Zuges – das Mobiliar war zuvor in einem Güterwaggon untergebracht wurden – im Güterbahnhof Bleicherode. Sukzessiv trafen sämtliche Angestellten der Zentralwerke, die ebenfalls von der Aufforderung betroffen waren, mitsamt ihren Familien am Güterbahnhof ein. Trotzdem verzögerte sich die Abfahrt, so dass Werner Albring nach der ersten Nacht im Zug am 22. Oktober 1946 „im grauen Licht immer noch die dunklen Schuppen des Bleicheroder Güterbahnhofs“ sah.<sup>738</sup> Die Fahrt in die Sowjetunion „dauerte fast drei Wochen“<sup>739</sup> und erfolgte mit diversen Unterbrechungen. Diese Halte auf der Strecke, bei denen sich oftmals verschiedene Transportzüge zeitgleich

---

<sup>731</sup> Ebd., S. 63.

<sup>732</sup> Ebd., S. 65.

<sup>733</sup> Ebd., S. 66.

<sup>734</sup> Ebd., S. 69.

<sup>735</sup> Ebd., S. 68.

<sup>736</sup> Ebd.

<sup>737</sup> Ebd., S. 69.

<sup>738</sup> Ebd., S. 72.

<sup>739</sup> Ebd.

an einem Bahnhof sammelten, ermöglichten es den Spezialisten, sich untereinander auszutauschen, so dass die Reisenden laut Albring erstmals auch die Größenordnung der Deportationen erahnen konnten.

Bei der Ankunft des Zuges in Moskau erfuhren die Spezialisten, dass sie analog ihrer technischen Ausbildung in Gruppen aufgeteilt an verschiedenen Orten leben würden. Werner Albring zeigte sich angesichts der Tatsache, dass er „irgendwo fern von Moskau leben und arbeiten sollte“, „enttäuscht und deprimiert.“<sup>740</sup> Er zweifelte insbesondere an der wissenschaftlichen Infrastruktur des ländlichen Raumes. Seine skeptische Frage, ob am Bestimmungsort Windkanäle und die notwendige Technik vorhanden wären, beantworteten zwei russische Militärs mit Unverständnis: „Aber Sie brauchen zum Arbeiten doch nur Papier und Bleistift.“<sup>741</sup>

Nach der Weiterfahrt erreichte der Zug wenige Tage später mit der Insel Gorodomlia im Seligersee den zukünftigen Wirkungs- und Lebensort Werner Albrings, wo die Familie eine Dreizimmerwohnung im Erdgeschoss eines Hauses bezog. Bei der Einrichtung unterstützte die russische Inselverwaltung, die Spezialisten, indem sie fehlende Möbel oder andere Ausstattung aus ihrem Lager zur Verfügung stellte.<sup>742</sup> Andere Bedürfnisse und Versorgungsfragen prägten das Leben der Spezialisten über längere Zeit. Ein Hauptproblem bildete die unregelmäßige Belieferung der Insel mit Brennmaterial. Um Versorgungsengpässe in den Wintermonaten zu vermeiden, lernten die Spezialisten in Eigeninitiative, wie sie am schnellsten, sichersten und effektivsten im Wald Holz schlagen konnten.<sup>743</sup> Für die Wintermonate waren die Wohnhäuser mit Zimmeröfen, massiven Außenmauern und zweifachverglasten Fenstern ausgestattet. Zusätzlich isolierten die Spezialisten die Fenster mit Zeitungspapier, um die Wärme der Öfen in den Räumen zu halten.<sup>744</sup> Auch die Stromversorgung erwies sich als nicht ausreichend gesichert. Insbesondere in den Abendstunden waren Stromschwankungen bzw. –ausfälle keine Seltenheit. Dies änderte sich erst mit der Anschaffung eines Elektromotors in späteren Jahren.<sup>745</sup> Ähnlich umständlich gestaltete sich die Versorgung mit

---

<sup>740</sup> Ebd., S. 82.

<sup>741</sup> Ebd.

<sup>742</sup> Ebd., S. 87.

<sup>743</sup> Vgl. ebd., S. 88.

<sup>744</sup> Vgl. ebd., S. 89.

<sup>745</sup> Ebd., S. 95.

Lebensmitteln. Während die Familien in den ersten Wochen ihres Aufenthaltes gemeinsam im Restaurant der Insel gepflegt wurden<sup>746</sup>, reichte in der Folgezeit die Versorgung durch den staatlichen Laden auf der Insel für die Anzahl der Menschen nicht aus. In Ostaschkow, einer der Insel vorgelagerten Stadt auf dem Festland, „boten die Bauern [hingegen] reichlich Butter, Fleisch, Eier und Milch an“<sup>747</sup>, so dass die Spezialisten dort auf dem freien Markt Lebensmittel hinzu kaufen konnten.

Ein drängenderes Moment ließ sich für die Spezialisten indes während ihres gesamten Aufenthaltes nicht lösen: „die Frage nach [ihrer] staatsrechtlichen Stellung.“<sup>748</sup> Eine Antwort erhielten sie ebenso wenig wie die geforderten Pässe; es blieb bei Interimsausweisen und der Maßgabe, die von Stacheldraht umgebene Insel nicht ohne Begleitung zu verlassen.<sup>749</sup> Die fehlende Kommunikation mit Verwandten und Freunden, die in Deutschland zurückgeblieben waren, isolierte die Spezialisten zusätzlich. So schrieb Stefan Albring noch am 24. Oktober, zwei Tage nach der Deportation, an seinen Sohn, er sei „nun nur noch 40 Kilometer“ von ihm entfernt.<sup>750</sup> Der darauffolgende Brief belegt, dass die Angehörigen nichts über den Verbleib der Spezialisten wussten. Denn Stefan Albring drängte seinen Sohn, ihm mitzuteilen, „ob du noch in Bleicherode bist, oder ob ein Stellungswechsel erfolgte.“<sup>751</sup> Umso erleichterter reagierte er im April 1947: „Nach fast einem halben Jahr Unwissenheit ist heute euer Brief [...] angekommen. Welche Freude, ihr könnt es nicht ermessen.“<sup>752</sup>

Ab Frühjahr 1947 gelang es, einen regelmäßigen Postverkehr nach Deutschland aufzubauen, wobei die Briefe nicht immer zugestellt wurden.<sup>753</sup> Obgleich Briefe den unmittelbaren Dialog nicht ersetzen konnten, lange Wartezeiten und Zensur stellten die Geduld auf die Probe, passten die Partner Inhalt und Form der Briefe den Gegebenheiten an, um dem Gegenüber ein möglichst adäquates Bild der Lebensumstände vermitteln zu können. Werner

---

<sup>746</sup> Ebd., S. 89.

<sup>747</sup> Ebd., S. 95.

<sup>748</sup> Ebd., S. 90.

<sup>749</sup> Vgl. ebd.

<sup>750</sup> Albring/Albring (Hg.), Briefe an den ältesten Sohn, S. 38.

<sup>751</sup> Brief vom 1.11.1946, ebd.

<sup>752</sup> Brief vom 17.4.1947, ebd., S. 39 f.

<sup>753</sup> So schreibt Stefan Albring am 23.4.1947: „Ich will euch schreiben so oft ich kann, damit wenigstens ein Brief sicher ist, überzukommen. Denn es beunruhigt mich, dass deine beiden ersten Briefe verloren gingen.“ Ebd., S. 41.

Albring erzählte beispielsweise „ausführlich von Dingen des täglichen Lebens, man beschrieb genau die Spiele der kleinen Kinder, berichtete ausführlich von den Problemen der heranwachsenden Jugend.“<sup>754</sup> Neben dem klassischen Briefwechsel erhielten die Spezialisten die Möglichkeit, auch Lebensmittelpakete zu versenden. Diese Tatsache betont zum einen die Sonderstellung der Spezialisten hinsichtlich Gehalt und Versorgung, zum anderen die Mangelsituation im Nachkriegsdeutschland. In den Briefen Stefan Albrings spielten diese Pakete eine wichtige Rolle – Parallelen zum sogenannten ‚Westpaket‘ zu DDR-Zeiten scheinen augenfällig. Seine Ausführungen belegen Freude und Dankbarkeit über die zusätzliche Unterstützung mit Lebens- und Genussmitteln wie Kakao, Tee, Kaffee, Tabak, Gewürzen, aber auch „Dosen mit Fleisch und Fisch und den so lange nicht gesehenen Reis“, den er beabsichtige, „für besonders knappe Zeiten [aufzusparen].“<sup>755</sup>

Obgleich die Unterstützung der Spezialisten für ihre Familien verdeutlicht, dass sie durchaus eine überdurchschnittliche Versorgung erhielten bzw. sich diese leisten konnten, sei darauf verwiesen, dass die Verteilung der Gehälter und der ungeklärte Rechtsstatus eine Gleichstellung der Gruppe in finanzieller Hinsicht verhinderten. Um dieses auszugleichen, zahlten die besser verdienenden Mitglieder der Gruppe, ab einer von den Spezialisten selbst festgelegten Grenze, Geld in eine gemeinsame Hilfskasse ein. Je nach Bedarf konnten aus dieser Zuschüsse für bedürftige Familien gezahlt oder Witwen bzw. Angehörige erkrankter Spezialisten versorgt werden, da diese, wie Werner Albring ausführt, nicht von den sowjetischen Stellen unterstützt wurden.<sup>756</sup>

In Eigeninitiative gründeten die Spezialisten zudem wenige Wochen nach ihrer Ankunft eine Schule. Die Inselverwaltung stellte hierfür zwar ein Gebäude zur Verfügung, aber das Lehrpersonal mussten „wir aus unseren eigenen Reihen sammeln.“<sup>757</sup> Obgleich die Spezialisten fachlich vorrangig aus dem naturwissenschaftlichen Bereich stammten, gelang es relativ reibungslos auch künstlerische und geisteswissenschaftliche Schulfächer zu besetzen. Werner Albring unterrichtete beispielsweise die Schüler in den gemischten Klassen-

---

<sup>754</sup> Albring, Gorodomlia, S. 105.

<sup>755</sup> Vgl. Albring/Albring (Hg.), Briefe an den ältesten Sohn, S. 53 f, 67-71, 90.

<sup>756</sup> Vgl. Albring, Gorodomlia, S. 103.

<sup>757</sup> Ebd., S. 96.

und Altersstufen in „griechischer und römischer Geschichte.“<sup>758</sup> Sein Vater kommentierte seine Wahl mit den Worten: „Die Geschichte hatte dich immer interessiert.“<sup>759</sup> Wie bei den anderen Problemfeldern übernahmen auch im Fall der Schulbildung sukzessive die sowjetischen Stellen die Verantwortung.

Das Inselkollektiv gehörte zum Institut 88, dessen Hauptsitz in Moskau lag und einer sowjetischen Leitung unterstand. Die bis dato weitgehend bestehende Selbstständigkeit des deutschen Kollektivs, wie sie in Bleicherode existiert hatte, wurde gänzlich aufgehoben. Parallel erlahmte der gesellschaftliche Kontakt zwischen sowjetischen und deutschen Wissenschaftlern,<sup>760</sup> der ihnen in Bleicherode noch „ganz selbstverständlich“ gewesen war.<sup>761</sup> Die Spezialisten lebten und arbeiteten in der Sowjetunion gänzlich isoliert. In Reminiszenz an die Auseinandersetzung auf dem Moskauer Bahnhof bilanziert Werner Albring, wenn er sein Arbeitszimmer beschreibt, lapidar, dass „die angekündigten Arbeitsmittel ‚Papier und Bleistift‘ vorhanden [waren].“<sup>762</sup> Durch die isolierte Lage der Insel konnten die Spezialisten nicht auf die Arbeitsweisen der anderen aerodynamischen wie auch thermodynamischen Institute zugreifen. Dieses Defizit konnten sie auch durch Literaturstudien nicht ausgleichen, da sie weder Zugang zu wissenschaftlicher Literatur noch zu einer entsprechenden Bibliothek besaßen. Als positiv erwies sich nach Albrings Einschätzung jedoch die Heterogenität der Gruppe, in der Theoretiker und Praktiker zusammen lebten und arbeiteten. So ließen sich die sowjetischen Anforderungen mittels enger interdisziplinärer Zusammenarbeit lösen.<sup>763</sup> Für die deutschen Wissenschaftler ungewohnt war zudem die strikt kontrollierte Einhaltung der Arbeitspläne analog der Planwirtschaft, die auch auf dem Gebiet der Forschung galt. Russische Kollektive und Experten rezensierten jedoch ihre erarbeiteten Ergebnisse, was zumindest ansatzweise, wenn auch sehr limitiert, einen wissenschaftlichen Austausch offerierte.<sup>764</sup>

Seit 1950, das Wissen der deutschen Spezialisten galt als abgeschöpft und nicht mehr relevant, intensivierten sich Isolation und Geheimhaltung. Die

---

<sup>758</sup> Vgl. ebd., S. 96.

<sup>759</sup> Undatiertes Brief (vermutlich vom 16.5.1947), Albring/Albring (Hg.), Briefe an den ältesten Sohn, S. 46.

<sup>760</sup> Ebd., S. 47.

<sup>761</sup> Albring, Gorodomlia, S. 47.

<sup>762</sup> Ebd., S. 94.

<sup>763</sup> Vgl. ebd., S. 114.

<sup>764</sup> Vgl. ebd., S. 117-126.



Wissenschaftler erhielten fortan weder einen Einblick in sowjetische Forschungen noch Zugang zu Disputationen.<sup>765</sup> Bis dato hatten diese Disputationen unter anderem die Initiative Werner Albrings zum Bau eines Flachwasserkanals gestützt.<sup>766</sup> Obgleich die Dringlichkeit bzw. die Faszination des Forschens partiell ein längeres Arbeiten interessant gemacht hätten, gab es für die Spezialisten keine Überstunden. Erstens mussten diese beantragt und zweitens die Arbeitsstätten mit Dienstschluss unverzüglich verlassen werden. Dabei war es untersagt, begonnene Arbeiten zu Hause fortzuführen. Morgendliche Unpünktlichkeit führte indes zu empfindliche Geldstrafen. Demnach arbeiteten die Spezialisten exakt 48 Stunden in der Woche. Die restliche Zeit war als Freizeit kategorisiert, wobei laut Albring diese durch die kurzen Arbeitswege noch ausgeweitet wurde. Die emotionale wie räumliche Distanz zum tagespolitischen Geschehen, Nachrichten erreichten die Insel wenn überhaupt nur zeitlich verzögert, ließen die Spezialisten in einer eigenen Welt leben.

Die bestehende Sprachbarriere vertiefte diese Wahrnehmung, denn „sowohl bei uns als auch [...] bei den anderen sich mühenden Deutschen [blieb] das Niveau der russischen Sprachkenntnisse sehr niedrig.“<sup>767</sup> Ein sozialer Austausch fand nur untereinander statt. In den retrospektiven Ausführungen Werner Albrings dominiert daher die Darstellung der Freizeit. Dies ist insofern symptomatisch, als ablenkende wie ausgleichende Freizeitaktivitäten das Leben der Familien bestimmten, wie es auch der Briefwechsel zwischen Vater und Sohn verdeutlicht:

„Es ist ein Glück, dass in eurer deutschen Kolonie eine so schöne Harmonie herrscht, und dass soviel und so reiches geistiges Leben bei euch besteht. Ich lese immer mit Vergnügen und Bewundern von euren Theater- und Musikveranstaltungen, euren Leseabenden und Kostümfesten.“<sup>768</sup>

Detailliert beschreibt Werner Albring das eigene Engagement der Spezialisten, die unter anderem Kammerkonzerte organisierten und zwei Chöre<sup>769</sup>

---

<sup>765</sup> Vgl. ebd., S. 165, 171, 211.

<sup>766</sup> Vgl. ebd., S. 134 f.

<sup>767</sup> Vgl. ebd., S. 150 f.

<sup>768</sup> Brief vom 2.5.1949. Albring/Albring (Hg.), Briefe an den ältesten Sohn, S. 98.

<sup>769</sup> Vgl. Albring, Gorodomlia, S. 156-161.

installierten. Er selbst widmete sich der Malerei.<sup>770</sup> Neben den künstlerischen Beschäftigungen prägten insbesondere sportliche Aktivitäten das Leben auf der Insel: Skifahren im Winter, Schwimmen und Paddeln in selbst gebauten Holzbooten im Sommer. So errichteten die Bewohner einen Tennisplatz, wo sie Turniere veranstalteten, bei denen der „Inselmeister“ ermittelt wurde.<sup>771</sup> Wettkampfcharakter prägte auch die Pflege der ‚schönsten‘ Gärten, die auf sowjetische Anordnung bei den Wohnhäusern angelegt wurden. Allerdings erfüllten diese auch einen nicht zu verkennenden funktionalen Zweck: Neben Blumen wurden auch verschiedene Obst- und Gemüsearten angepflanzt.<sup>772</sup> Auffällig ist, dass laut Albring die sowjetischen Stellen die Freizeitaktivitäten der deutschen Spezialisten weitgehend akzeptierten. Verboten blieb allein die Gründung eines politischen Diskussionsclubs. Trotzdem verlagerte sich die Freizeitgestaltung, darunter die öffentlichen Theatervorführungen und Leseabende, zunehmend in den privateren Bereich. Denn die Differenzen innerhalb der Spezialistengruppe ließen sich mit der Zeit nicht mehr kompensieren.

Die Heterogenität der Gruppe, insbesondere jedoch das Moment des Heimwehs und der Zukunftsangst, führten zu Auseinandersetzungen. Partiiell kritisierten Mitglieder, dass die vielfältigen Aktivitäten die „Russen den Eindruck gewinnen [ließen], daß es uns hier herrlich gefiele, daß es uns gar nicht zurück in die Heimat, zurück nach Deutschland, ziehe.“<sup>773</sup> Dennoch gelang es den Inselbewohnern, den unterschiedlichen Haltungen und der daraus resultierenden psychischen Belastung zum Trotz, die latente „Gefahr des Verzankens“<sup>774</sup> zu vermeiden.

Noch 1996 erinnert sich Albring an die „besondere Verantwortung“, die alle „für das geregelte Leben innerhalb der deutschen Gemeinschaft und das Zusammenwirken mit dortigen Dienststellen“ trugen, deren Leben „auf unbestimmte Zeit auf die Größe dieser Dresdener Parkanlage<sup>775</sup> reduziert

---

<sup>770</sup> Sowohl im Buchdeckel seiner Autobiographie als auch in seinem Nachlass finden sich verschiedene Zeichnungen und Bilder, die Albring während seiner Zeit in der Sowjetunion angefertigt hat.

<sup>771</sup> Vgl. Albring, *Gorodomlia*, S. 153.

<sup>772</sup> Vgl. ebd., S. 161 f.

<sup>773</sup> Ebd., S. 185.

<sup>774</sup> Ebd., S. 210.

<sup>775</sup> Albring zieht hier unabhängig von, aber wie Walther Pauer, den Großen Garten in Dresden als Vergleichsparameter heran.

worden war.<sup>776</sup> Namentlich erwähnt Albring in seiner Autobiographie die beiden Dresdener Professoren Pauer und Frieser, die seiner Ansicht nach, auf ihre Art und Weise das Leben der deutschen Spezialisten auf der Insel und das Gemeinschaftsklima geprägt hatten. Ferner betont er in der retrospektiven Sicht dass auch die Hobbys – entgegen der thematisierten Kritik – zum Zusammenhalt beigetragen haben.<sup>777</sup>

Er äußerte sich trotzdem erleichtert über das absehbare Ende des Aufenthaltes in der Sowjetunion, wie ein im Februar 1952 verfasster Brief verdeutlicht und teilte seinem Vater mit, dass „am 10. Januar der erste [...] Transport aus unserer Gruppe heimwärts gefahren [ist]“, und dass „die Regierung beschlossen habe, das ganze deutsche Kollektiv nach Deutschland zurück zu befördern.“<sup>778</sup> Die Antwort Stefan Albrings lässt Gleiches erahnen, wenn er betont, „die Freude von eurer bevorstehenden Heimkehr“ in sich zu tragen „wie tiefes Atemholen nach langer Spannung und Unruhe“ sowie „nach langer, langer Hoffnungslosigkeit.“<sup>779</sup>

Die Rückreise der Familie Albring in die DDR erfolgte im Juni 1952.<sup>780</sup> Obwohl Stefan Albring „ein[en] Tropfen Wermut [im] Freudenbecher“ sah,<sup>781</sup> da sich Werner Albring letztlich entschied, die Dozentur auf dem Gebiet der angewandten Strömungslehre an der Technischen Universität in Dresden zu übernehmen und somit langfristig in der DDR verblieb.<sup>782</sup> Er begründete seine Entscheidung u.a. mit der Freundschaft, die ihn mit Walther Pauer und Helmut Frieser verband. Diese waren in der Sowjetunion „Vorbilder“ und „Freunde“ geworden und hatten ihm gesagt: „Kommen Sie nach Dresden.“<sup>783</sup> Obgleich Helmut Frieser 1952 die DDR verließ, blieben die Familien in engem Kontakt, wie es der intensive, zeitlebens geführte Briefwechsel belegt. 1984 schrieb Werner Albring:

„Bald vierzig Jahre liegt es zurück, als sich unsere Lebenskreise zum ersten Mal berührten, tausende von Kilometern entfernt von der Heimat,

---

<sup>776</sup> Werner Albring in seiner Gedenkrede am 26.10.1996. Zitiert nach Henze/Hebestreit, *Raketen aus Bleicherode*, S. 23.

<sup>777</sup> Vgl. Albring, *Gorodomlia*, S. 211.

<sup>778</sup> Brief Werner Albrings an seinen Vater vom 22.2.1952. Albring/Albring (Hg.), *Briefe an den ältesten Sohn*, S. 122-125.

<sup>779</sup> Brief Stefan Albrings vom 17.3.1952. Ebd., S. 126 f.

<sup>780</sup> Vgl. ebd., S. 129.

<sup>781</sup> Ebd., S. 126 f.

<sup>782</sup> Zur Re-Integration Werner Albrings siehe auch Kapitel IV.3.3 der Arbeit.

<sup>783</sup> Albring, *Gorodomlia*, S. 247 f.

auf der Insel im fernen Seligersee. Und trotz aller schweren Probleme, die uns das Leben auf der Insel stellte, machten wir, was das Beschäftigen mit Kunst und die Freundschaft im kleinen Kreise betraf, zu etwas uns alle bereichernden Schönen, so dass wir heute immer gern an diese [sic] Zeit zurückdenken.<sup>784</sup>

### **V.2.2 Werner Holzmüller – Universität Leipzig**

Wie Werner Albring wirkte auch der Leipziger Physiker Werner Holzmüller vor seiner Deportation in die UdSSR im Bereich der angewandten Forschung, mit dem Unterschied, dass er sich bereits bei Kriegsende in der SBZ befand und somit keinen Wechsel der Besatzungszone vollzog. Das unmittelbare Kriegsende erlebte Werner Holzmüller mit seiner Familie in Schildau, das zunächst von den Amerikanern befreit und doch bereits Anfang Mai 1945 an die sowjetische Besatzungsmacht übergeben wurde. Wenige Tage später erhielt er von der sowjetischen Kommandantur den Auftrag, für sie als Radiomeister zu arbeiten, da dem Kommandanten seine Profession als Hochfrequenzspezialist bekannt geworden war. Seine Hauptaufgabe bestand in der Reparatur alter Geräte und dem Bau von Verstärkern. Als Gegenleistung erhielt er Lebensmittel.<sup>785</sup> Nach mehreren Besuchen in Halle und Berlin, wo er von der Abreise seines früheren Mentors Peter Adolf Thiessen in die Sowjetunion erfuhr, erhielt Werner Holzmüller eine Stelle am Labor- und Versuchswerk Oberspree in Berlin und entwickelte fortan als Oberbeamter Isolierstoffe für Elektrotechnik.

Am 22. Oktober 1946 wurde die Familie Holzmüller in den frühen Morgenstunden gegen vier bzw. fünf Uhr<sup>786</sup> mit dem Hinweis geweckt, dass „ihre Arbeitsstätte [...] im Rahmen der Reparationen nach der Sowjetunion verlagert [wird].“<sup>787</sup> „Als wichtiger Mitarbeiter und Oberbeamter im Werk“ wurde er „verpflichtet, im Rahmen der Wiedergutmachung am künftigen Sitz des Werkes in der Sowjetunion für fünf Jahre zu arbeiten.“<sup>788</sup> Werner Holzmüller betont, dass er zum damaligen Zeitpunkt die Anordnung wie auch den Ablauf

---

<sup>784</sup> Brief Werner Albrings vom 20.5.1984 (BBAW, NL W. Albring, Nr. 25, unpaginiert).

<sup>785</sup> Vgl. Holzmüller, Ein Physiker erlebt das 20. Jahrhundert, S. 53.

<sup>786</sup> Hier differieren die Angaben Holzmüllers: In der Autobiographie nennt er vier Uhr, im Ergänzungsband hingegen schreibt er fünf Uhr. Vgl. ebd., S. 55; Werner Holzmüller, Fröhliche Stunden in ernsten Zeiten, S. 85.

<sup>787</sup> Ebd.

<sup>788</sup> Ebd.

der Aktion nicht unbedingt als widerrechtlich, sondern eher als Chance empfunden habe. Erst retrospektiv charakterisierte er sie als erzwungen und illegitim.<sup>789</sup>

In wenigen Stunden verluden die Holzmüllers Möbel, Bücher sowie den Hausrat der Familie und wurden noch am selben Tag zum Bahnhof Köpenick gebracht. Dort wiesen ihnen die sowjetischen Verantwortlichen einen Güterwagen sowie ein Abteil in einem der zwei Personenwagen des Zuges zu.<sup>790</sup> Die Versorgung charakterisiert Holzmüller als sehr gut: So erhielten die Reisenden täglich eine warme Mahlzeit und „ca. 30 Kilogramm“ Reiseproviant, bestehend aus „Mehl, Hülsenfrüchte[n], Konserven und Dauerbrot“ sowie „600 Zigaretten“, die wie er konstatiert, „für eine Reise von vier Wochen ausgereicht“ hätten.<sup>791</sup>

Nach neuntägiger Fahrt erreichte der Zug am 1. November 1946 das Sanatorium Karpowka bei Gorki<sup>792</sup> an der Wolga. Wie auf Gorodomlia wurden die Spezialisten auch in Gorki anfänglich gemeinschaftlich versorgt. Darüber hinaus verfügten sie ferner über die Möglichkeit, auf dem örtlichen Bauernmarkt Lebensmittel einzukaufen. Ab Dezember 1946 erfolgte die Grundversorgung zentral im Lagergebäude durch den sowjetischen Verwaltungsdirektor, der die Lebensmittel an die Familien nach einem Staffelungsprinzip, das die Akademiker bevorzugte, austeilte. Diese als ungerecht empfundene Zuteilung gegenüber den Technikern und Konstrukteuren suchten die deutschen Spezialisten untereinander auszugleichen.<sup>793</sup> Trotzdem bleibt festzuhalten, dass die deutsche Gruppe quantitativ eine hohe Kartenzuteilung erhielt, was sich laut Holzmüller begünstigend auf die Versorgung mit Lebensmitteln, aber auch mit Schuhen und warmer Winterbekleidung auswirkte. Die Zuteilung der Bezüge, gestuft nach Qualifikation und akademischen Rang, verlief ebenso schematisch: Doktoren erhielten „4.500 Rubel monatlich, Diplomingenieure 3.500 und Konstrukteure 2.500 Rubel.“<sup>794</sup> Holzmüller veranschaulicht dieses Schema anekdotenhaft in seiner Autobiographie: Bei der Zuteilung verwies er zwar auf seine abgeschlossene Habilitation, weil er jedoch noch kein „richtiger

---

<sup>789</sup> Die fehlende Legitimation bezog Holzmüller unter anderem auf seinen existenten Arbeitsvertrag im Oberspreewerk Berlin. Vgl. ebd., S. 55.

<sup>790</sup> Vgl. Holzmüller, Ein Physiker erlebt das 20. Jahrhundert, S. 55.

<sup>791</sup> Ebd., S. 56; Holzmüller, Fröhliche Stunden in ernsten Zeiten, S. 87.

<sup>792</sup> Das heutige Nishni Nowgorod.

<sup>793</sup> Vgl. Holzmüller, Ein Physiker erlebt das 20. Jahrhundert, S. 66.

<sup>794</sup> Ebd., S. 72.

Doktor war“, sollte er nur 4.000 Rubel erhalten. Sein Einspruch, dass sein Titel der übergeordnete wäre, lehnten die Verantwortlichen mit den Worten „Das höchste ist Dr.!“ ab. Nachdem andere Spezialisten ihn unterstützten, erhielt er letztlich doch die 4.500 Rubel für Doktoren.<sup>795</sup> Wie die Mehrheit der Spezialisten durfte Werner Holzmüller in den späteren Jahren seines Aufenthaltes „bis zur Hälfte [des] Verdienstes in die DDR überweisen.“<sup>796</sup> Außerdem verfügten die Spezialisten über die Möglichkeit, Pakete mit einem Maximalgewicht von acht Kilogramm nach Deutschland zu schicken.<sup>797</sup> Beide Optionen belegen, dass die Spezialisten „über vergleichsweise viel Geld verfügten“, wie Werner Holzmüller selbst referiert.<sup>798</sup> Seiner Aussage nach überstiegen sie auch die Gehälter der sowjetischen Akademiker und Ingenieure.<sup>799</sup>

Ab Januar 1947 arbeitete Werner Holzmüller im Leninwerk Gorki als Vorsteher eines Laboratoriums, in dem ihm auch sowjetische Laboranten zuarbeiteten. Seinen Einsatz und den der anderen Spezialisten kennzeichnet er retrospektiv als „industriefördernd und zweckmäßig.“<sup>800</sup> Trotzdem verstärkte auch hier die Geheimhaltung der Arbeiten selbst, wie auch über das Mitwirken deutscher Spezialisten an den Forschungen die Distanz zu den sowjetischen Technikern. Daher kam „trotz guter wirtschaftlicher Verhältnisse kein Zugehörigkeitsgefühl zu der Sowjetunion auf.“<sup>801</sup> Die Isolation beschränkte sich wie auf Gorodomlia nicht allein auf die wissenschaftliche Ebene. Sie setzte sich vielmehr auf der gesellschaftlichen Ebene fort, obgleich die Deutschen nach ihrer Ankunft nicht als Feinde, sondern als „Wissenschaftler, die bereit waren, am Wiederaufbau mitzuhelfen“ von der sowjetischen Bevölkerung wahrgenommen und behandelt wurden.<sup>802</sup> Trotzdem die Spezialisten sukzessive die bestehende Sprachbarriere minimieren konnten, blieb der Kontakt zur einheimischen Bevölkerung gering.<sup>803</sup> Holzmüller vermutet in seiner Autobiographie dahinter die Angst der Menschen vor „Überwachung und Bespitzelung.“<sup>804</sup> Im Unterschied zu Wissenschaftlern im Bereich der Atom- und Raketenforschung

---

<sup>795</sup> Vgl. ebd., S. 73; Holzmüller, Fröhliche Stunden in ersten Zeiten, S. 93.

<sup>796</sup> Vgl. ebd., S. 71.

<sup>797</sup> Vgl. ebd.

<sup>798</sup> Ebd., S. 71 f.

<sup>799</sup> Ebd.

<sup>800</sup> Vgl. ebd., S. 73-76.

<sup>801</sup> Ebd., S. 75.

<sup>802</sup> Ebd., S. 62 f.

<sup>803</sup> Ebd.

<sup>804</sup> Ebd., S.63.

verfügte die Spezialistengruppe in Gorki zwar über weniger Geld, dafür besaß sie anfänglich mehr persönliche Freiheiten, unter anderem Pässe und „damit de jure freie Reisemöglichkeit in der Sowjetunion.“<sup>805</sup> Nachdem die sowjetischen Stellen die Pässe eingezogen hatten, beschränkte sich ihre Reisefreiheit fortan auf die Region um Gorki. Das Verbot von Heimaturlauben bestand während ihres gesamten Aufenthalts.

Wie auch bei der Darstellung Werner Albrings nehmen auch bei Werner Holzmüller die Ausführungen zur Freizeitgestaltung viel Raum ein: Maskenbälle, Musizieren oder sportliche Aktivitäten wie Skifahren, Rodeln oder Schneewanderungen dienten im Winter als Ausgleich zur Laborarbeit.<sup>806</sup> Im Sommer organisierten die Spezialisten unter anderem Kinderfeste oder wanderten in dem nahgelegenen Waldgebiet, auch um zur Erntezeit Beeren oder Pilze zu sammeln.<sup>807</sup> Die Mehrheit der Familien hatte sich zudem einen Schrebergarten angelegt, indem sie beispielsweise Gemüse anbauten. Während sie Gärten und Wald als Rückzugs- und Erholungsraum nutzten, ergänzten die Familien partiell ihre Lebensmittelversorgung.<sup>808</sup> Eine weitere Aktivität mit mehr oder weniger Freizeitcharakter bildete der anfänglich in Eigeninitiative gestaltete und durchgeführte Schulunterricht der schulpflichtigen Kinder. Wie auf Gorodomlia unterstützten die Sowjets diese Bestrebungen erst zeitversetzt, indem sowjetische Lehrer ab 1947 die Lehre übernahmen.<sup>809</sup> Obgleich die wirtschaftliche Situation an sich befriedigend war, Labortätigkeit und diverse Freizeitaktivitäten die Routine durchbrachen,

„verhärtete sich unser Verhältnis [das der Spezialisten untereinander, Anm. d. Autorin] wegen der Unmöglichkeit des Heimaturlaubes der Überwachung aller Briefsendungen und der beengten Wohnverhältnisse. Dazu kam die Ungewißheit über unser weiteres Schicksal.“<sup>810</sup>

Ergänzt durch Fremdheitsgefühle, Isolation und Heimweh vertieften sich Unzufriedenheit, Unsicherheit und psychische Spannungen in der Gruppe. Obgleich „schwerwiegende Verwicklungen und Ehezerwürfnisse“ nach

---

<sup>805</sup> Ebd., S. 62.

<sup>806</sup> Vgl. ebd., S. 91.

<sup>807</sup> Vgl. Holzmüller, Ein Physiker erlebt das 20. Jahrhundert, S. 70.

<sup>808</sup> Vgl. ebd., S. 69.

<sup>809</sup> Vgl. ebd., S. 67.

<sup>810</sup> Ebd., S. 75.

Einschätzung Werner Holzmüllers ausblieben.<sup>811</sup> Es entstand ein Klima der Eintönigkeit: Weitgehend isoliert vom wissenschaftlichen Leben und vom gesellschaftlichen Austausch „kannte jeder die Stärken und Schwächen des anderen“, „waren alle mitgebrachten Bücher ausgetauscht und gelesen.“<sup>812</sup> Kontrastierend schufen die Gerüchte, dass die Rückführung anderer Spezialistengruppen Ende des Jahres 1950 begonnen hatte, eine Art Aufbruchsstimmung. Dennoch verblieben aus jeder Fachrichtung jeweils ein oder zwei Spezialisten in Gorki, „um bei der Überführung der wissenschaftlichen Ergebnisse zu helfen.“<sup>813</sup> Einzig Werner Holzmüllers Arbeitsgruppe, die sich zuletzt mit der „Entwicklung elektronischer Bauelemente“ beschäftigt hatte, reiste am 23. Dezember 1950 komplett aus der Sowjetunion ab. In Bezug auf Werner Holzmüller handelte es sich seinen Worten nach um ein Versehen der sowjetischer Seite, welches erst an der Grenze bei Brest mittels eines Telegramms, das ihn zurückbeordnete, korrigiert wurde.<sup>814</sup> Der offizielle Transportbericht des Ministeriums des Innern der DDR vermerkte den Vorfall unter der Rubrik „besondere Vorkommnisse“ und präziserte: „Ein Mann – Werner Holzmüller – [wurde] ab Brest telegrafisch zu Arbeitsbesprechungen zurückgerufen.“<sup>815</sup> Seine Familie setzte die Rückreise nach Leipzig ab Brest allein fort.

Die verbliebenen fünf Spezialisten verbrachten das zusätzliche Jahr in einem Vorort von Gorki, wo sie gemeinsam wohnten. Ihre Lebens- und Arbeitsumstände änderten sich kaum: Sie setzten ihre Freizeitaktivitäten fort, wobei sie nun die Möglichkeit besaßen, „Kino, Konzert oder Theater, Opern und Ballette“ zu besuchen.<sup>816</sup> Der Wert ihrer Arbeitsleistung sank indes weiterhin, sodass sie nunmehr „gelegentliche Konsultationen, Literaturstudien und Vorarbeiten für eine spätere Tätigkeit in Deutschland“ durchführten.<sup>817</sup> Auch der offizielle Grund für den verlängerten Aufenthalt schien hinfällig geworden zu sein, zumal „[sich] die noch bestehenden Fragen [...] als unbedeutend

---

<sup>811</sup> Ebd., S. 76.

<sup>812</sup> Ebd., S. 77.

<sup>813</sup> Ebd.

<sup>814</sup> Ebd.

<sup>815</sup> Bericht vom 2.1.1951 (BArch, DO 1, Nr. 8671, unpaginiert).

<sup>816</sup> Vgl. Holzmüller, Ein Physiker erlebt das 20. Jahrhundert, ebd., S. 78.

<sup>817</sup> Ebd.



[erwiesen].<sup>818</sup> Trotz der reduzierten Tätigkeit blieben die Gehaltszahlungen konstant, so dass Werner Holzmüller auch weiterhin einen Großteil des Geldes an seine Familie in Leipzig schickte.

Erst am 16. Mai 1952 kehrte er in die DDR zurück. Perspektivisch orientierte sich Werner Holzmüller nach Leipzig, wo das Physikalische Institut der Universität, das während des Zweiten Weltkrieges zerstört worden war, wieder aufgebaut wurde. Dort nahm er im selben Jahr seine Lehr- und Forschungstätigkeit in der eigens für ihn geschaffenen Abteilung für Technische Physik wieder auf. Nach eigener Aussage finanzierten ihn mehrere Planstellen sowie ein Grundfonds für Forschungsmittel.<sup>819</sup> Er berichtet zudem, dass ihm im Zuge des Neubaus mehrere Laborräume in Aussicht gestellt wurden. Dabei half sein Status als ehemaliger Spezialist, „beim Staatssekretariat einige Millionen zusätzliche Baukosten vorzeitig locker zu machen.“<sup>820</sup> Im Umfeld der Hochschulreformen und den veränderten Rahmenbedingungen verlor jedoch auch Werner Holzmüller an Bedeutung. 1968 entband ihn die Universitätsleitung von allen Leitungsfunktionen und dem Institut und hielt ihn an, die Hauptvorlesung über Experimentalphysik abzugeben. Dennoch entthob sie ihn nicht per se seiner Lehrtätigkeit: Er blieb als Dozent weiterhin tätig.<sup>821</sup> Auch ernannte ihn die Universität Leipzig zum Ehrensensator. In seinem Ergänzungsband aus dem Jahr 2000 kommentiert Werner Holzmüller die Vorgänge mit einem Zitat aus sowjetischen Akten an: So hätten bereits während seines Aufenthaltes in Gorki die verantwortlichen Stellen vermerkt, dass er „ein Weltbürger [sei] und nie ein Kommunist sein [wird].“<sup>822</sup> Ironisch wertete er die Ausführungen nicht allein als Grund seiner für ihn unrechtmäßigen Diffamierung 1968 in der DDR, – entgegen seines Status als Spezialist – sondern auch als Sicherheit, dass dies „alle Versuche der DDR, mich in das kommunistische System einzuordnen, [verhinderte].“<sup>823</sup>

---

<sup>818</sup> Ebd., S. 77.

<sup>819</sup> Vgl. ebd., S. 104.

<sup>820</sup> Ebd.

<sup>821</sup> Vgl. Holzmüller, Ein Physiker erlebt das 20. Jahrhundert, S. 89.

<sup>822</sup> Holzmüller, Fröhliche Stunden in ernsten Zeiten, S. 101.

<sup>823</sup> Ebd.

### V.2.3 Max Steenbeck – Friedrich-Schiller-Universität Jena

Nach Kriegsende in Berlin in Gefangenschaft geraten, inhaftiert in einem sowjetischen Straflager, schwer erkrankt erkannt, gepflegt in einem sowjetischen Sanatorium, avancierte Steenbeck zu einem der bedeutendsten Spezialisten und DDR-Wissenschaftler, ohne dass jemals seiner Ausgangssituation Rechnung getragen wurde.<sup>824</sup>

Ende des Zweiten Weltkrieges arbeitete Max Steenbeck als Technischer Leiter des Siemens-Röhrenwerkes in Berlin. Laut seinen Ausführungen diskutierten seine Mitarbeiter bereits vor Kriegsende mögliche Nachkriegsszenarien, die auch berufliche und territoriale Aspekte umfassten. In einer dieser Diskussionen vertrat Steenbeck nach eigener, retrospektiver Darstellung die Meinung, dass er in die Sowjetunion gehen würde, da „es im Westen so viele Menschen [gäbe], die ohnehin schon all das könnten, was ich wisse.“<sup>825</sup> Mit der Besetzung der Siemensstadt im April 1945 erfüllte sich sein ‚Wunsch‘. Bereits am 25. April 1945 bestellten ihn Vertreter der Roten Armee ein, um ihn zu befragen. In der Annahme einer baldigen Rückkehr folgte er ihnen „nur mit Luftschutzanzug und Hut, ohne groß Abschied zu nehmen.“<sup>826</sup> Dies, so konstatiert er in seiner Autobiographie lakonisch, „war ein Irrtum.“<sup>827</sup>

Gemeinsam mit anderen Betroffenen brachten die Soldaten Max Steenbeck für diverse Verhöre nach Bernau bei Berlin, die sich vorrangig um seine potentielle Mitgliedschaft in der NSDAP drehten. Dabei verdächtigten ihn die Soldaten allein aufgrund seiner Werksleiterposition per se Nationalsozialist gewesen zu sein.<sup>828</sup> Die Sowjets internierten ihn zuerst in einem Gefangenenlager in Schwiebus, später in Posen.<sup>829</sup> Der Charakter des Lagers schien einem Speziallager insoweit ähnlich, als die Gefangenen keine Arbeitseinsätze zu leisten hatten und in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt wurden. Dies führte in der Konsequenz zu einer schlechten, laut Steenbeck selbst, aber ausreichenden Versorgung, insbesondere jedoch zu einer psychischen Belastung bei den Gefangenen. Diese saßen, zur Untätigkeit gezwungen, „bei

---

<sup>824</sup> An sich wäre er nach Christoph Mick der vierten bzw. fünften Kategorie deutscher Spezialisten zuzuordnen und nicht der der hochrangigen ersten Gruppe, nach deren Kriterien er letztlich von den Sowjets behandelt wurde.

<sup>825</sup> Steenbeck, *Impulse und Wirkungen*, S. 141.

<sup>826</sup> Ebd., S. 143.

<sup>827</sup> Ebd.

<sup>828</sup> Vgl. ebd., S. 148 f.

<sup>829</sup> Ebd., S. 149.

völligem Abgeschnittensein von allen Nachrichten“ die Zeit ab. Die Monotonie durchbrachen nur die „regelmäßigen Entlausungen mit warmen Duschbädern.“<sup>830</sup> Neben dem psychischen Druck prägten Krankheiten wie Durchfall und Furunkulose, bedingt durch die einseitige, vitaminarme Ernährung und der räumlichen Enge, das Leben der Gefangenen. Auch Max Steenbeck erkrankte. Mitte Oktober 1945 – Steenbecks Zustand wurde mittlerweile als lebensbedrohlich eingestuft<sup>831</sup> – lud ihn der Lagerkommandant vor. In seiner Erinnerung war es der Berliner Koch des Kommandanten, der ihm den Zweck der Vorladung in Worte fasste: „Da is’n Telegramm aus Moskau jekommen, die müssen dir jeben, watt de willst.“<sup>832</sup> In den folgenden Wochen erfuhr Steenbeck ein umfassendes medizinisches Pflege- und Ernährungsprogramm, das ihn zu der Empfindung verleitete: „Mensch, was mußst du denen wichtig sein.“<sup>833</sup> Die Intensität der Behandlung lässt den Rückschluss zu, dass die sowjetischen Behörden sich der wissenschaftlichen Bedeutung Max Steenbecks bewusst geworden waren. Sie bemühten sich nunmehr, den Fehler zu korrigieren, ihn ohne sein Potential erkannt, inhaftiert und ihn nicht wie andere hochrangige deutsche Wissenschaftler bereits in den ersten Nachkriegsmonaten als Spezialist in die Sowjetunion verbracht zu haben. Dies belegt auch die veränderte Beziehung zwischen ‚Gefangenen‘ und Begleitern, die auf dem Flug nach Moskau sogar ihren Platz in der Maschine für Max Steenbeck räumten, wenn er es wünschte.<sup>834</sup> Die sowjetischen Stellen gewährten Steenbeck weitere exklusive Erholungsphasen in der Sowjetunion, bevor sie ihn informierten, dass er im Rahmen des geplanten Atomprogramms für sie arbeiten sollte.<sup>835</sup>

Der Forschungsgruppe um Manfred von Ardenne zugeteilt, erhielt Max Steenbeck in Suchumi ein großes möbliertes Wohn- und Arbeitszimmer mit Balkon und Blick zum Park im Institutsgebäude. Gespräche und Ausflüge in die

---

<sup>830</sup> Ebd., S. 156.

<sup>831</sup> Vgl. ebd., S. 162.

<sup>832</sup> Ebd., S. 164. Max Steenbeck hatte im Lager zum Zeitvertreib u.a. tragbare Sonnenuhren entwickelt, wobei ihn ein sowjetischer Zivilist beobachtete. Dieser deutete in einem Gespräch an, dass Steenbeck ihm nicht unbekannt wäre, dieser aufgrund seiner wissenschaftlichen Qualifikation gesucht werde und dass er beabsichtigte, den seinen Aufenthaltsort nach Moskau zu melden. Ebd. S. 160.

<sup>833</sup> Ebd., S. 166.

<sup>834</sup> So überließ ein Oberst seinen Sessel am Fenster für Max Steenbeck, der letztlich aus diesem nur aufstand, um zu sehen, ob die ihn begleitenden Offiziere allein für ihn aufstehen würden, wenn er einen Platzwechsel wünschte. Sie taten es. Die Episode findet sich ebd., S. 169.

<sup>835</sup> Vgl. ebd., S. 175-177.

nähere Umgebung des Instituts prägten Steenbecks erste Zeit in Suchumi. Trotzdem empfand Steenbeck sich ohne Familie<sup>836</sup>, ohne Eigentum und ohne Geld als Außenseiter.<sup>837</sup> Die finanziellen Nachteile glichen die sowjetischen Stellen aus, indem sie ihm fortan Gehalt zahlten und überdies die Zeit seiner Gefangenschaft vergüteten.

Im Unterschied zu den Wissenschaftlern, die direkt aus Deutschland in die Sowjetunion gebracht worden waren, misstraute Steenbeck, geprägt durch seine Lagererfahrung, dem Luxus und der exponierten Stellung der Spezialisten sowie ihrer vermeintlichen ‚Freiheit‘.<sup>838</sup> Zwei Wochen nach seiner Ankunft erhielt die Spezialistengruppe offiziell den Auftrag, die Isotopentrennung zu erforschen.<sup>839</sup> Sich bewusst, dass die Sowjets eine Wettbewerbssituation zwischen deutschen und sowjetischen Kollektiven, die parallel ein Forschungsfeld wie die Isotopentrennung bearbeiteten, schufen, berichtete Steenbeck den Stand der Forschung regelmäßig nach Moskau. Bei diesen Besuchen übernachtete er zumeist bei Max Volmer.<sup>840</sup> Um den Aufenthalt deutscher Wissenschaftler in der Sowjetunion und ihre Forschungen geheim zu halten, erfolgten diese Konsultationsreisen anonym. Partiiell kannten die Reisenden nicht einmal ihren Namen in den Passagierlisten der Flüge, wie Max Steenbeck ausführt.<sup>841</sup>

Nachdem im Februar 1946 das Gelände umzäunt und ihre Bewegungsfreiheit reglementiert wurde, veränderte sich die Situation in Suchumi grundlegend. Nunmehr sahen sich die Deutschen, die nicht wussten, wie lange sie in der Sowjetunion bleiben würden, mit einer neuen Art der ‚Gefangenschaft‘ konfrontiert. Die Protestbriefe Ardennes, Hertz‘ und Steenbecks blieben unbeantwortet, so dass sich die Spezialisten mit den geschaffenen Tatsachen arrangieren mussten. Steenbeck betont in der Folge, dass die Ankunft seiner Familie ihm die Anpassung erleichterte, da sich das Leben nunmehr an Alltäglichkeiten ausrichtete.<sup>842</sup>

---

<sup>836</sup> Steenbecks Familie war während seiner Gefangenschaft in der SBZ geblieben.

<sup>837</sup> Vgl. ebd., S. 185.

<sup>838</sup> Vgl. ebd., S. 186.

<sup>839</sup> Ebd., S. 189 f.

<sup>840</sup> Vgl. ebd., S. 203.

<sup>841</sup> Ebd., S. 234.

<sup>842</sup> Vgl. ebd., S. 207 f.

Die Heterogenität der Spezialistengruppe, bedingt durch soziale Herkunft, politische Einstellungen und persönliche Befindlichkeiten führte innerhalb der Gruppe zu Spannungen und Misstrauen im privaten wie beruflichen Umfeld.<sup>843</sup> Die „unbestreitbare Großzügigkeit [...] [der] Arbeits- und materiellen Lebensbedingungen“ vermochten die psychischen Belastungen, die durch die mangelnde Bewegungsfreiheit entstanden, nur bedingt zu relativieren. Trotzdem war es den Spezialisten in Suchumi möglich, „die sonst so schwere Nachkriegszeit ohne große Sorgen um Essen, Kleidung, Wohnung für die ganze Familie zu überstehen.“<sup>844</sup> Wie Werner Albring und Werner Holzmüller verweist auch Max Steenbeck auf die Möglichkeit, Angehörige in Deutschland über Paketsendungen aus der Sowjetunion zu versorgen, auch wenn der Briefwechsel nach Deutschland weiterhin zensiert wurde.<sup>845</sup> Ebenfalls streng überwacht wurden Ausflüge in die Stadt, die nur in Begleitung eines Aufsehers durchgeführt werden durften. Dass seiner Familie wie auch den Familien von Ardennes und Thiessens ein eigener Aufseher zur Seite gestellt wurde, wodurch die Bewegungsbeschränkung zwar nicht per se, aber zumindest partiell aufgelöst wurde, verdeutlicht auch ihre exponierte Stellung.<sup>846</sup>

Auch in Suchumi existierte eine rege Freizeitkultur. So veranstalteten die Spezialisten beispielsweise Sommerfeste mit „Tanz, Kabarettbühne [und] Zauberkunststücken.“<sup>847</sup> Eine wichtige Rolle spielten ferner Outdoor-Aktivitäten wie Schwimmen, Spaziergänge oder Naturbeobachtungen, für die sie vor allem den Park, der das Institut umgab, frequentierten. Daneben konzentrierten sich die Familien auf ihre Kinder: So initiierten die Erwachsenen nicht allein den Schulunterricht, – auch in Suchumi richteten die sowjetischen Stellen erst mit zeitlicher Verzögerung eine Schule ein – sondern veranstalteten auch Kinderfeste.<sup>848</sup> Trotzdem lebte die Majorität der Anwesenden „weniger in der Gegenwart als in der Hoffnung auf die Zukunft.“<sup>849</sup> Heimweh blieb das vorherrschende Gefühl, das mal mehr, mal weniger das Leben der Spezialisten bestimmte.

---

<sup>843</sup> Ebd., S. 210 f.

<sup>844</sup> Ebd., S. 217.

<sup>845</sup> Ebd., S. 217, 219.

<sup>846</sup> Vgl. ebd., S. 219.

<sup>847</sup> Ebd., S. 221 f.

<sup>848</sup> Ebd.

<sup>849</sup> Ebd., S. 223.

Ein weiteres Problem, die bestehende Sprachbarriere, konnte Max Steenbeck sukzessive überwinden, was ihm zumindest in kleinem Maßstab tiefergehende Kontakte zu den sowjetischen Mitarbeitern und Forschern ermöglichte, insbesondere während seiner Arbeitsgespräche in Moskau.<sup>850</sup>

Letztere boten ihm zudem die Plattform, persönliche Probleme zu thematisieren, wie die Sorge über die ungewisse Zukunft seiner fast erwachsenen Tochter oder allgemeine Befürchtungen der Spezialistengruppe, dass eine Rückkehr aus politisch taktischen Gründen verzögert würde. Allein die Resonanz blieb unbefriedigend.<sup>851</sup> Die Ungewissheit über die Dauer des Aufenthaltes in der UdSSR verstärkte auch der beginnende Abzug der Kriegsgefangenen aus den Arbeitsgruppen und deren sukzessive Kompensation durch sowjetische Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang bemühte sich Steenbeck, die sowjetischen Mitarbeiter seines Teams effizient einzuarbeiten, da er allein im Transfer seines Know-hows „die klare Voraussetzung für die Rückkehr der ganzen Familie“ sah.<sup>852</sup> Im April 1950 zeigten Steenbecks hartnäckige Apelle insoweit Wirkung, als die sowjetischen Stellen ihm offerierten, seine Familie aus der Sowjetunion in die DDR zurückkehren zu lassen und sie bei der Integration zu unterstützen. So halfen sie zum Beispiel, als postalische<sup>853</sup> bzw. finanzielle Probleme für die Familie in der DDR auftraten.<sup>854</sup>

Die Bemühungen um die Familie belegen, dass Steenbeck als „besonderer Spezialist“ eingestuft wurde, dem die „verantwortlichen Stellen [...] einen besonderen Dienst [...] [erweisen wollten].“<sup>855</sup> So war ferner die „vorgesehene Wohnung in Jena vollkommen instand gesetzt und entsprechend mit Gardinen usw. versehen.“<sup>856</sup> Frau Steenbeck sollte ferner aus einer Auswahl „die nach ihrem Geschmack stehenden Möbel bestimmen.“<sup>857</sup> Die Ausreise der Familie nach Jena erfolgte im Sommer 1950. Steenbeck selbst verblieb allein in Suchumi, wo er bis 1952 arbeitete.

---

<sup>850</sup> Ebd., S. 230-232.

<sup>851</sup> Ebd., S. 271.

<sup>852</sup> Ebd., S. 276.

<sup>853</sup> So ist ein Schreiben des Staatssekretariats an die Sowjetische Kontrollkommission vom 08.11.1950 überliefert, in dem auf Nachfrage Frau Steenbecks die Ursache des fehlenden Kontaktes in die UdSSR nachgeprüft wird. (BArch, DO 1, Nr. 9566, unpaginiert).

<sup>854</sup> Schreiben des Landes Thüringen vom 5.10.1950 (ebd.).

<sup>855</sup> Undatiertes Schreiben (ebd.).

<sup>856</sup> Undatiertes Schreiben (ebd.).

<sup>857</sup> Undatiertes Schreiben (ebd.).

Mit der Versetzung nach Leningrad im Herbst 1952 begann auch für Max Steenbeck ohne sein Wissen die Abkühlungsphase. Kontrolle, Überwachung und Isolation intensivierten sich. So durfte er die Wohnung beispielsweise für Konzert- und Theaterbesuche nur in Begleitung verlassen, wodurch sich der Kontakt zu anderen Personen minimierte.<sup>858</sup> Diese zunehmende Beschränkung erlebte Steenbeck auch an seiner neuen Arbeitsstätte. Zwar erkannten seine direkten Mitarbeiter ihn in seiner Leitungsfunktion an, von weiterführenden Prozessen insbesondere im Entwicklungs- und Konstruktionsbereich blieb er im Gegensatz zum Institut in Suchumi jedoch ausgeschlossen.<sup>859</sup> Diverse Reisen wie 1953 an den Baikalsee vermochten ihn abzulenken, das Heimweh blieb jedoch stets präsent und wurde durch den Besuch seiner Söhne im gleichen Jahr zusätzlich verstärkt.<sup>860</sup> Die Abkühlungsphase geriet laut seinen Ausführungen auch zur Sinnkrise. Praktisch für die Zukunft ganz wurzellos“ zu leben, ohne in eine feste wissenschaftliche Struktur integriert zu sein, stellte für Steenbeck eines der Probleme dar.<sup>861</sup> Die Hoffnung, irgendwann in die DDR zurückkehren zu können, bestärkte und ängstigte ihn zugleich. Dieses Spannungsverhältnis vertiefte seine psychische und physische Erschöpfung. Die Ankündigung im Jahr 1954, dass er noch zwei Jahre in der UdSSR verbleiben müsste und er sich nunmehr einem selbst gewählten Forschungsthema widmen dürfe, motivierte ihn. Auch wenn dies bedeutete, weiterhin separiert zu leben, von laufenden Forschungen ausgeschlossen zu sein und nicht über aktuelle Ergebnisse zu verfügen.<sup>862</sup>

Der letzte Ortswechsel brachte Max Steenbeck nach Kiew, wo er für ein Institut der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften auf dem Fachgebiet der Halbleiterforschung arbeitete. Im Rückblick wertet Steenbeck diese letzten Jahre als „fruchtbare Zeit“, wobei er die Aussage nicht auf die Wissenschaft allein beschränkt.<sup>863</sup> Erstmals waren Kontakte ohne Aufsicht zur einheimischen Bevölkerung möglich, auch wenn die Andersartigkeit der Spezialisten stets greifbar blieb.<sup>864</sup> Zudem entfielen die Limitierungen im Postverkehr, so dass er

---

<sup>858</sup> Steenbeck, *Impulse und Wirkungen*, S. 290f.

<sup>859</sup> Ebd., S. 290 f.

<sup>860</sup> Vgl. ebd., S. 297.

<sup>861</sup> Ebd., S. 301.

<sup>862</sup> Vgl. ebd., S. 308.

<sup>863</sup> Ebd., S. 311.

<sup>864</sup> Ebd., S. 312.

in dieser Zeit frühere Weggefährten und andere Wissenschaftler postalisch kontaktieren konnte.<sup>865</sup>

1956 nahm die Regierung der DDR Kontakt zu Max Steenbeck auf, um zu klären, ob er nach seiner Rückkehr in der DDR bleiben würde.<sup>866</sup> Geschenke wie die zusätzliche Zahlung eines Jahresgehaltes belegen, dass die verantwortlichen Stellen ihn in der DDR halten wollten, obgleich ihm zugesichert war, sich frei entscheiden zu können. Ende Juli wurde Max Steenbeck nach Berlin ausgeflogen. Bereits im Vorfeld seiner Rückkehr hatte das Amt für Kernforschung und Kerntechnik am Mdl der DDR Vorkehrungen für seinen Verbleib in der DDR getroffen. In einem Schreiben vom 2. November 1958 heißt es:

„Herr Prof. Dr. Steenbeck ist ein sehr bedeutender Wissenschaftler, der in absehbarer Zeit seine Tätigkeit im Amt für Kernforschung aufnehmen wird. In diesem Zusammenhang werden Sie gebeten, in Zusammenarbeit mit dem Magistrat von Groß-Berlin einen entsprechenden Wohnraum bereitzustellen. [...] [S]ie [sind] informiert, daß dem Wunsch des Prof. Dr. Steenbeck entsprechend eine 2mal 2-Zimmerwohnung in Friedrichshagen benötigt wird.“<sup>867</sup>

Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin stellte Steenbeck überdies ein Auto zur Verfügung. Wie ihm in Moskau zugesichert worden war, reiste Steenbeck damit sowohl durch die DDR als auch in die Bundesrepublik, um sich beruflich zu orientieren. Letztlich entschied sich Steenbeck gegen einen Wechsel in die Bundesrepublik, da ihm diese fremd erschien. Allerdings hatte ihn auch die DDR, wie er retrospektiv ausführt, nicht überzeugen können. Er hoffte daher, sich auch in der DDR etwas aufbauen zu können, was ihm gefiel.<sup>868</sup> Max Steenbeck lebte fortan mit seiner Familie in Jena. Am 1. Januar 1956 berief ihn die Friedrich-Schiller-Universität zum „Professor mit Lehrstuhl an der Fachrichtung Physik mit Wirkung vom 1. November 1956“, obgleich diese Berufung keine Planstelle umfasste. Vielmehr bot ihm die Akademie der Wissenschaften zu Berlin, deren Vorsitzenden Max Volmer er in Moskau kennengelernt hatte, an, das Institut für Ferromagnetische Werkstoffe der

---

<sup>865</sup> Ebd.

<sup>866</sup> Ebd., S. 318 f.

<sup>867</sup> Schreiben des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik am Mdl vom 2.11.1958 (BArch, Do 1, Nr. 13947, unpaginiert).

<sup>868</sup> Vgl. Steenbeck, *Impulse und Wirkungen*, S. 339.



Akademie in Jena zu leiten.<sup>869</sup> Es ist anzunehmen, dass die in der Sowjetunion durchlaufene Sinnkrise seine Entscheidung in Jena zu bleiben, zusätzlich stützte. Denn „[d]as wesentlichste [war] ihm, daß er die Gelegenheit erhält, Diplomanden und Doktoranden in einem Institut auszubilden.“<sup>870</sup> Faktisch bewegte sich Steenbeck nunmehr in einem strukturierten, gefestigten wissenschaftlichem Umfeld, das in der Sowjetunion gefehlt hatte.

Den Kontakt zu anderen ehemaligen Spezialisten wie Max Volmer hielt Steenbeck bis zu seinem Tod aufrecht. Nachdem er seine Autobiographie veröffentlicht hatte, schrieb ihm beispielsweise sein ehemaliger Institutsleiter in Suchumi, Manfred von Ardenne: „Das Schicksal hat es gut mit uns gemeint, aber uns auch kaum etwas geschenkt. Mögen Sie uns noch lange und mir als Freund erhalten bleiben.“<sup>871</sup> Und Werner Holzmüllers Ausführungen hoben die Parallelen und Unterschiede in den Erfahrungen zweier Spezialisten – seiner und Max Steenbecks – heraus. Er belegt somit auch die inhärente Vergleichbarkeit der autobiographischen Schilderungen selbst:

„Es [das Buch, Anm. d. Aut.] hat mich deshalb besonders fasziniert, weil es zum Teil die Schilderung meines eigenen Lebens und Strebens ist, und ich mich so ganz in Sie hineindenken kann. Auch meine Familie und ich waren nach dem Kriege in der Sowjetunion. [...] Ich hatte es leichter als Sie, in der UdSSR Fuß zu fassen. [...] Meine Tätigkeit in Gorki war weniger geheim (Bauelemente der Elektrotechnik) und meine Bewegungsfreiheit entsprechend größer. [...] Die Lebensumstände, Versorgung, Wohnung, das Verhältnis zu den sowjetischen Mitarbeitern, Erfahrungen in den Laboratorien usw. decken sich weitgehend mit den Ihrigen. Mein Hineinwachsen in die Verhältnisse der DDR nach meiner Rückkehr gestalteten sich wirtschaftlich außerordentlich gut, waren aber in ideologischer Beziehung für mich schwieriger als in Ihrem Fall.“<sup>872</sup>

---

<sup>869</sup> Vgl. Hausmitteilung des Sekretariats für Hochschulwesen, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Abteilung an die Kaderabteilung über die Berufungsverhandlungen mit Max Steenbeck, vom 5.11.1956 (UAJ, Bestand D, Nr. 4080, PA Steenbeck, unpaginiert).

<sup>870</sup> Aktenvermerk der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Abteilung vom 5.11.1956 (ebd.).

<sup>871</sup> Manfred von Ardenne in einem Brief an Max Steenbeck vom 16.1.1978 (Archiv der BBAW, NL Nr. 51, Max Steenbeck, unpaginiert).

<sup>872</sup> Der Brief Werner Holzmüllers an Max Steenbeck ist auf den 9.5.1978 datiert (ebd.).

## **VI. Schlussbetrachtung**

Vergessen ist die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz durch die amerikanische und sowjetische Besatzungsmacht nicht. Doch das Wissen um die Existenz deutscher Spezialisten und der sich aus ihrem Schicksal ergebenden Konsequenzen fehlt einer breiteren Öffentlichkeit.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges agierten alle Alliierten, gestützt durch die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands, aus ihrem Selbstverständnis als Siegermächte heraus. Die Forderung von Reparationsleistungen ist insofern folgerichtig und basierte auf den alliierten Verhandlungen und Bestimmungen der Schlussprotokolle. Für intellektuelle Reparationen gilt diese Annahme jedoch nicht. Tatsächlich formulierte lediglich das Communiqué von Jalta vage, dass deutsche Arbeitskräfte verwendet werden könnten, was in keinem der anderen Protokolle, auch nicht im Potsdamer Abkommen, erwähnt bzw. ausgeführt wurde. Die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz entbehrte somit einer konkreten rechtlichen Grundlage. Sie erfolgte ausschließlich im historisch-fixierten Commonsense der Alliierten, wodurch ein Patt zwischen den Parteien, insbesondere zwischen den USA und der Sowjetunion entstand.

Ausschlaggebend für das Interesse aller Alliierten am deutschen Know-how war der technologische Vorsprung, über den das nationalsozialistische Deutschland insbesondere auf dem Gebiet der Raketen- und Flugzeugentwicklung verfügte. Die Einsicht, sich auch auf der technologisch-wissenschaftlichen Ebene weiterzuentwickeln, um politisch handlungsfähig zu bleiben, forcierte im sich abzeichnenden Interessenkonflikt zwischen den USA und der UdSSR die Akquise der deutschen Spezialisten.

Die Universitäten und Hochschulen auf dem Gebiet der SBZ spielten bei den Eingriffen im Vergleich zu angewandten Forschungsbereichen quantitativ eine eher kleine, dafür qualitativ sehr wichtige Rolle. Die Deportationen betrafen ausschließlich die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereiche, insbesondere die Physik und die Chemie sowie deren Spezialdisziplinen. In der Größenordnung zeigt sich, dass die amerikanischen Entnahmen weit umfangreicher ausfielen als die sowjetischen. Für die mitteldeutschen Universitäten Halle, Jena und Leipzig bedeutete dies einen Aderlass, der neben den Kriegsverlusten und den Entlassungen im Zuge der Entnazifizierung des

Lehrkörpers als belastender Einschnitt zu charakterisieren ist. Insgesamt betraf die amerikanische Deportation gut 200 Professoren, Dozenten und Assistenten der Hochschulen und ihre Familien. Die sowjetischen Eingriffe, die an den Universitäten und Hochschulen der gesamten SBZ lediglich knapp fünfzehn Universitätsangehörige umfassten, erscheinen fast marginal. Angesichts des ohnehin bestehenden Mangels an pädagogisch erfahrenem, politisch unbelastetem und fachlich geeignetem Lehrpersonal in den Naturwissenschaften erschließt sich dennoch ihre Bedeutung auf universitärer Ebene. Für die Universitäten der SBZ bedeutete jede Deportation, unabhängig davon, welche Besatzungsmacht diese vornahm, stets den zusätzlichen Verlust dringend benötigter Fachkräfte. Insbesondere im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich blieben Lehrstühle über Jahre hinaus vakant. Partiiell kompensierten erst die zurückkehrenden Spezialisten aus der Sowjetunion in den 1950er Jahren die durch Deportation entstandenen Lücken in den Lehrkörpern.

Bedingt durch die historische Konstellation, erfolgten die amerikanischen Deportationen an den Universitäten bereits im Juni 1945 und somit prinzipiell früher als die sowjetischen, die zumeist erst mit der zentralen Aktion Ossawakim im Oktober 1946 die Universitäten tangierten. Daraus resultieren Unterschiede in der Ausgangslage sowie in der Organisation und im Ablauf der Deportationen der zwei Mächte. Zum Zeitpunkt der amerikanischen Besetzung Mitteldeutschlands waren die Universitäten Halle, Jena und Leipzig geschlossen und daher als nicht konsolidierte Institutionen handlungsunfähig. Vielmehr befanden sie sich in einer Phase der administrativen Neustrukturierung. Für die sowjetischen Eingriffe ist indes zu konstatieren, dass sie den in der Forschung gängigen Kategorisierungen folgten: Atomwissenschaftler griffen die Sowjets bereits 1945 heraus, anderes Fachpersonal deportierten sie im Rahmen der großflächigen Aktion Ossawakim im Oktober 1946.

Demnach eruierten die Amerikaner unter zunehmendem Zeitdruck die für sie relevanten Wissenschaftler an den Universitäten. Ausschlaggebend hierfür waren die alliierten Festlegungen, zum Stichtag des 1. Juli 1945 die militärisch besetzten Gebiete an die jeweils festgelegte Besatzungsmacht zu übergeben. Im Fall Mitteldeutschlands bedeutete dies, dass die Amerikaner die von Ihnen

besetzten Gebiete binnen zwei Monaten an die Sowjetunion übergeben mussten. Dieses enge Zeitfenster ließ die praktizierte Selektion seitens der Amerikaner abflachen, was aber die Quantität der Deportationen erhöhte.

Eine Basis für die amerikanische Selektion bildete die sogenannte Osenbergliste, die Wissenschaftler in rüstungsrelevanten Forschungen der NS-Zeit auswies. Andere Spezialisten fanden sie wie in Jena auf den „weißen“ Listen, welche die Fakultäten im Auftrag der Universitätsleitung für die vorgesehene Entnazifizierung erstellten. In der Regel führten sie diejenigen unbelasteten Dozenten auf, die für die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes aufgrund ihrer wissenschaftlichen Reputation als unentbehrlich galten. Trotz dieser ansatzweisen Selektion im Vorfeld sind die Deportationen der amerikanischen Besatzungsmacht in Mitteldeutschland eher als willkürlich zu bezeichnen. Angesichts des fortwährenden Krieges im Pazifik und der möglichen Inanspruchnahme der Spezialisten durch die Sowjetunion versuchten die Amerikaner, sich möglichst jeden potentiell relevanten Wissenschaftler zu sichern.

Für die sowjetische Seite ist demgegenüber ein konkret geplanter Transfer festzuhalten. Im Vorfeld der Deportation selektierten die Sowjets in einem mehrstufigen Prozess systematisch und sukzessiv die Professoren und Dozenten, die für die sowjetischen Forschungen wichtig schienen. Wie bei den Amerikanern spielte es neben der fachlichen Qualifikation unter anderem auch eine Rolle, ob die ausgewählten Wissenschaftler in Forschungen des angewandten oder rüstungsrelevanten Bereichs involviert waren. Partiiell setzten die Wissenschaftler ihre Zusammenarbeit mit der Industrie auch nach der sowjetischen Besetzung fort, was die sowjetischen Stellen wie an der Technischen Hochschule Dresden durchaus förderten. Aufgrund des späteren Zeitpunkts der Deportationen griffen die Sowjets, mit Ausnahme der zwei frühen Deportationen 1945 an den Universitäten Halle und Leipzig, in eröffnete, funktionsfähige und konsolidierte Institutionen ein. Die Universitäten nahmen diese Verluste noch deutlicher wahr, fiel das Fehlen der Lehrkräfte im laufenden Lehrbetrieb doch stärker ins Gewicht als zum Zeitpunkt der Schließung.

Dass die Universitäten die für sie schmerzhaften Eingriffe in ihre Autonomie als wissenschaftliche Institutionen passiv duldeten, wie es Henrik Eberle für die

Universität Halle zu suggerieren scheint<sup>873</sup>, ist so nicht haltbar. Tatsächlich intervenierten alle betroffenen Universitäten gegen die Deportationen und setzen sich für die Rückführung ihrer Mitglieder ein. Allerdings variierten diese Proteste und Bemühungen in Intensität und Beharrlichkeit, auch unabhängig davon, welche Macht in den Lehrkörper eingriff. Für die doppelt besetzten Universitäten ist charakteristisch, dass sie bei der amerikanischen Deportation prinzipiell eine höhere Aktivität zeigten als bei der nachfolgenden. So zählten z.B. alle drei Universitäten die fehlenden Dozenten 1945 weiterhin zu den Mitgliedern ihres Lehrkörpers, während nach der sowjetischen Deportation einzig die Universität Leipzig diese Argumentation beibehielt. Grundlegend reagierten die doppelt besetzten Universitäten auf die sowjetischen Eingriffe weitaus weniger intensiv als diejenigen, die allein sowjetisch besetzt waren. In diesem Zusammenhang fungiert die bestehende Kommunikation zwischen den Deportierten und den Universitäten als Gradmesser für die Aktivität auf institutioneller Ebene. Je früher die Universitäten den Kontakt zu ihren deportierten Mitgliedern aufbauten und je länger sie diesen aufrechterhalten konnten, desto beharrlicher waren auch ihre Bemühungen, eine Rückkehr der Dozenten zu erwirken. Die Universitäten sahen sich trotzdem ohnmächtig der Situation und dem Willen der Besatzungsmächte ausgeliefert. Es sei darauf verwiesen, dass weder die Interventionen nach den amerikanischen noch nach den sowjetischen Deportationen die (Nicht-) Rückkehr der Spezialisten beeinflussten. Für die amerikanischen Deportationen lassen sich zwar vereinzelte Rückkehrer nachweisen, inwieweit die Universitäten hierin involviert waren, ist jedoch nicht belegbar. Im Fall einer dieser Ausnahmen, Heinz Dunker, konnte eine doppelte Deportation sowohl durch amerikanische als auch sowjetische Stellen im universitären Sektor herausgearbeitet werden. Im Fall der Rückführung der Spezialisten aus der Sowjetunion erhielten die Universitäten zwar durchaus Chancen, ihre vakanten Lehrstühle zu besetzen und frühere wie auch neue Professoren zu integrieren. Allein der Impetus für diese Prozesse lässt sich ihnen nicht zuschreiben. Dieser Rückschluss ist analog auf die Bemühungen der Spezialisten, ihre Rückkehr und Re-Integration selbst voran zu treiben, übertragbar.

---

<sup>873</sup> Vgl. Eberle, Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945, S. 255.

Ein naheliegendes Charakteristikum bestätigt hingegen die Vergleichbarkeit im Vorgehen der zwei Besatzungsmächte bei der Deportation ebenso wie deren Pragmatismus: Eine mögliche NS-Belastung der ausgewählten Personen spielte eine untergeordnete Rolle, es entschied allein die fachliche Kompetenz. Für die Amerikaner mag dies auch im Zeitmangel begründet liegen, die sowjetische Seite ignorierte das Thema bewusst bzw. ordnete es dem Nutzen an zu gewinnendem Know-how unter. Mit Blick auf die spätere Integration der Spezialisten ist jedoch zu konstatieren, dass die Amerikaner ihre Entnazifizierungspraxis auch auf die deportierten Wissenschaftler und Techniker aus Mitteldeutschland erstreckten. In der Regel führten sie Einzelfallprüfungen durch, die auch Konsequenzen für die belasteten Personen nach sich zogen. Im Gegensatz dazu verzichtete die sowjetische Seite gänzlich auf eine Aufarbeitung der Problematik.

Übereinstimmend definierten beide Besatzungsmächte auch den rechtlichen Status der deutschen Spezialisten als „Gäste der amerikanischen Militärregierung“ oder „als Gäste der Sowjetunion“, ohne diese Bezeichnung inhaltlich auszufüllen. Vielmehr lebten die Spezialisten auf beiden Seiten in einem rechtlichen Vakuum und wurden in ihrer Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit limitiert. Die amerikanische Besatzungsmacht transferierte die Verantwortung für die Spezialisten zügig an die deutschen Behörden. Scheinbar existierten ihrerseits keine dezidierten Pläne für die Integration, was prinzipiell zeigt, wie spontan und unkoordiniert die Aktionen durchgeführt wurden. Teilweise war an den Bestimmungsorten nicht einmal bekannt, dass Spezialisten ankommen würden, wie im Fall des Hallenser Abderhaldentransports. Im Unterschied dazu planten die Sowjets im Voraus, wo und wie die deutschen Wissenschaftler in der Sowjetunion eingesetzt werden und leben sollten. Allerdings besaßen die Spezialisten in diesen zwei Fragen kein Mitspracherecht oder individuelle Entscheidungshoheit, was sich auch während ihres gesamten Aufenthalts in der Sowjetunion nicht veränderte. Die Fachleute in der amerikanischen Besatzungszone konnten sich indes in Eigeninitiative Arbeitsplätze suchen, wobei sie die deutschen Behörden unterstützten. Die Fremdbestimmung in der Sowjetunion dauerte somit länger, wie auch der erzwungene Aufenthalt selbst. Auch die Rückkehr und Integration in der DDR vermochten die Spezialisten nicht selbst zu initiieren: Diese wurde

nunmehr im Interesse der offiziellen Stellen der DDR akribisch vorbereitet. Trotzdem war es namhaften Spezialisten möglich, den Ort und die Institution ihrer Integration auszuwählen. Partiiell bedeutete dies aber auch, dass sie die DDR verließen. Für die Spezialisten, die 1945 in die amerikanische Besatzungszone gebracht wurden, war es indes verboten, in die SBZ zurückzukehren.

Wie die Integration differierte auch die wissenschaftliche Einbindung der Spezialisten. In der amerikanischen Besatzungszone partizipierten sie anfänglich nicht an wissenschaftlichen Beschäftigungen, wobei sich diese Situation für die unbelasteten Universitätsprofessoren relativ zeitnah veränderte. In der Regel konnten diese bis 1947 eine, ihrer Qualifikation entsprechende Tätigkeit aufnehmen. Die Sowjetunion schöpfte hingegen das Potential der deutschen Wissenschaftler vor allem in den ersten Jahren nach der Deportation ab. Je länger ihr Aufenthalt dauerte, desto weniger waren sie in die Forschungen involviert. Erst mit ihrer Rückführung begann für sie eine erneute Arbeitszeit. Die zwei Tendenzen verdeutlichen letztlich zwei unterschiedliche Nutzungskonzepte, auch wenn die Spezialisten auf beiden Seiten Phasen der Unproduktivität erlebten. Die USA suchten gemeinsam mit den deutschen Behörden, die Wissenschaftler aus Mitteldeutschland zu integrieren, um ihr Know-how adäquat nutzen zu können und perspektivisch dienstbar zu machen. Die Sowjetunion praktizierte indes die Isolation entsprechend dem angestrebten Kompetenztransfer. Dieser sah vor, den Wissensstand der deutschen auf die sowjetischen Wissenschaftler zu übertragen, wobei die Spezialisten sukzessive abgeschottet wurden, während sich parallel die Kompetenz der sowjetischen Fachleute intensivierte. Mit Erreichen dieses Ziels erschöpfte sich das Interesse am Potential der deutschen Spezialisten. Dieses wurde erst in der DDR wieder relevant, da die Behörden der DDR wie ihre Pendants in den westlichen Zonen darauf abzielten, die zurückkehrenden Fachleute nutzbringend zu integrieren.

Bei den Aktionen setzten beide Großmächte auf ein repressives Vorgehen, das keine Widerspruchsmöglichkeiten vorsah: Sie übten permanent Druck auf die ausgewählten Personen aus, indem sie militärische Präsenz zeigten und repressive Maßnahmen androhten. Das Vorgehen der Sowjetunion und gleichermaßen auch der USA besaß folglich Zwangscharakter. Das Handeln

der Spezialisten entbehrte demnach jeder Form von Freiwilligkeit und Wahlfreiheit<sup>874</sup>. Auch die von den Amerikanern gegebenen Anreize wie die versprochenen beruflichen Perspektiven, eine gute Versorgung und die Fürsorge der offiziellen Stellen vermochten die Ausweglosigkeit der Situation für die betroffenen Personen nicht zu kaschieren. Vielmehr schufen sie Erwartungen, die an den Zielorten nicht erfüllt werden konnten. So verschlechterte sich die Situation für die Mehrheit der deportierten Dozenten, die zumeist ihre materiellen und wissenschaftlichen Grundlagen in der SBZ zurückließen, partiell auf Jahre hinweg. Um dies zu ändern, organisierten sie sich in der Vereinigung zwangsevakuierter Wissenschaftler und Techniker Mitteldeutschlands, wobei insbesondere die Professoren der drei Universitäten die jeweiligen Ortsgruppen als Sprecher gegenüber den offiziellen Stellen vertraten. Es sei darauf verwiesen, dass die einheimischen Bevölkerung und die Kommunen die Ansiedlung der Spezialisten in der Nachkriegszeit anfänglich kritisch bewerteten und aus ihrem eigenen Interesse heraus deren Integration erschwerten. Das Grundproblem für das Gros der Spezialisten stellte indes die fehlende Inanspruchnahme ihres wissenschaftlichen Potentials durch die Amerikaner dar. Nachdem die eigentliche Nutzungsintention mit dem Ende des Krieges im Pazifik entfiel, hatten nunmehr die deutschen Behörden in der amerikanischen Besatzungszone ihre Integration zu verantworten. Als nachteilig erwies sich hierbei, dass die oft unverändert gebliebenen Spezialistengruppen vornehmlich im ländlichen Raum angesiedelt wurden. Trotzdem förderten die deutschen Behörden die Integration der politisch unbelasteten Professoren an den Universitäten in den westlichen Zonen. Dabei agierten sie auch über Zonengrenzen hinweg. Allerdings gestaltete sich der berufliche Wiedereinstieg in der britischen oder französischen Zone schwierig, da sich die Bewegungsfreiheit der Spezialisten per se auf die amerikanische Zone beschränkte. Eine Rückkehr in die SBZ wurde ihnen ausdrücklich untersagt. Die Bemühungen seitens der Spezialisten, in die SBZ zurückzukehren, verflachten zudem in dem Maß, wie sie in den westlichen Zonen integriert werden konnten. Als weitere Ursachen sind die veränderten Bedingungen in der SBZ wie die Beschlagnahme des Wohn- und Privateigentums oder die

---

<sup>874</sup> Als einzige Ausnahme sind hier die Spezialisten zu nennen, die sich den Abtransporten der Amerikaner freiwillig anschlossen.



Entnazifizierung an den Universitäten zu nennen. Nachdem die Professoren zunächst interimswise Lehraufträge und Gastprofessuren übernahmen, verblieben sie mehrheitlich dauerhaft an der neuen Arbeitsstätte und schieden somit endgültig aus dem Lehrkörper der ehemaligen Universität aus. Wenn sie eine universitäre Anstellung erhielten, prägten die mitteldeutschen Professoren den Aufbau von Lehre Wissenschaft in den westlichen Besatzungszonen bzw. in der Bundesrepublik maßgeblich. Diese Art der Integration entsprach somit durchaus auch dem intendierten Nutzungskonzept der Amerikaner, das eine direkte Beteiligung der deutschen Fachleute am Wiederaufbau vorsah.

Entsprechend dem sowjetischen Nutzungskonzept, das lediglich einen anleitenden Technologietransfer bis hin zur selbstständigen, von Fremdeinflüssen bereinigten Weiterentwicklung der Forschungen vorsah, gestaltete sich der Einsatz der deutschen Fachleute in der Sowjetunion. Die sowjetischen Stellen isolierten die deutschen Spezialisten sowohl auf der beruflichen als auch auf der privaten Ebene. So wurden die Fachleute zwar an den Entwicklungen beteiligt, sie fungierten jedoch eher als Katalysator und blieben von der eigentlichen praktischen Umsetzung ihrer Forschungen ausgeschlossen. Dabei lebten sie in nahezu homogenen, fachspezifisch-sortierten Gruppen, die nicht zwangsweise denen der Deportation entsprachen. Der Kontakt zu sowjetischen Fachleuten oder der einheimischen Bevölkerung blieb auch aufgrund der Sprachbarriere auf ein Minimum reduziert. Ihre Versorgung indes kann prinzipiell als gut, im Vergleich zu den sowjetischen Fachkräften gar als überdurchschnittlich charakterisiert werden. Wie in der amerikanischen Besatzungszone konnten jedoch die Spezialisten ihr wissenschaftliches Potential nicht voll ausschöpfen, wobei sie mit Beginn der Abkühlungsphase faktisch endgültig den Anschluss an die wissenschaftlichen Diskurse verloren. Doch auch die räumliche Isolation belastete die Spezialisten: Sie durften die Sowjetunion nicht verlassen und lebten in umzäunten Kolonien. Bedingt durch diese Unfreiheit gestalteten die Spezialisten intensiv ihre Freizeit, ohne dass sie die Einschränkungen relativieren oder das Gefühl des Heimwehs kompensieren konnten.

Auf die letztgenannte Emotion stützte sich auch ihre Hoffnung auf eine mögliche Rückkehr. Tatsächlich lässt sich die Rückführung der früheren bzw. zukünftigen Professoren, die 1950 einsetzte, den gängigen Phasen nach

kategorisieren. Die Fachleute, welche die DDR unbedingt an sich binden wollte und dies durch diverse Privilegien zu sichern versuchte, kehrten in der Regel zuletzt zurück. Im Gegensatz zu den Spezialisten in der amerikanischen Besatzungszone war für sie eine Re-Integration an den Universitäten der DDR prinzipiell möglich. Da viele Spezialisten an rüstungsrelevanten Forschungen mitgearbeitet hatten und diese in der DDR nicht (mehr) existierten, erfolgte ihre Re-Integration vorrangig in verwandten zivilen Industrien oder eben im universitären Bereich. Dementsprechend nahmen die Universitäten und Hochschulen neben ihren früheren Mitgliedern auch zusätzlich Spezialisten als Professoren und Lehrstuhlinhaber auf. Die Universitäten verfolgten aktiv ihre (Re-)Integration und sahen sie sich nunmehr in der Lage, ihren bestehenden Fachkräftemangel in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern oder dem Maschinenbau zu beheben. Bis dato hatten sie um die wenigen Wissenschaftler, die in der SBZ/DDR verblieben waren, konkurriert und versucht, sich diese gegenseitig abzuwerben.<sup>875</sup> Demnach erfolgten die (Re-)Integrationen an den Universitäten strukturiert und geplant, indem gezielt weitere bzw. neue Lehrstühle eingerichtet oder in Einzelverträgen überdurchschnittliche Gehälter festgeschrieben wurden. Das Sekretariat für Hochschulwesen in der DDR war dabei in sämtliche Beschlüsse und Entscheidungen involviert. Dennoch gelang es nicht in allen Fällen, die Spezialisten erfolgreich an den Universitäten und ostdeutschen Forschungseinrichtungen zu integrieren. Partiiell reichten die Kapazitäten der Universitäten nicht aus. In einigen anderen Fällen entschieden sich die Universitätsangehörigen, trotz der angebotenen Perspektiven und offerierten Privilegien sowie der Überwachung durch das MfS, die DDR zu verlassen und in der Bundesrepublik zu leben. Dabei ist zu konstatieren, dass die sozialen Bindungen innerhalb der Gruppe durchaus beeinflussten, ob sich ein Spezialist entschied, in der DDR zu bleiben (Werner Albring), oder sie zu verlassen (Theodor Schmidt bzw. Kurt Magnus). Es war auch üblich, dass Spezialisten füreinander Empfehlungen aussprachen und sich für eine Anstellung des anderen einsetzten. Der Kontakt untereinander setzte sich grenzübergreifend fort. Diese enge Bindung lässt sich mit der langjährigen Isolation der Gruppe in

---

<sup>875</sup> Ein Prozedere, was auch angesichts der erfolglosen Versuche, Fachleute aus den westlichen Zonen (zurück) zu gewinnen, erfolgte.

der Sowjetunion erklären, die einen gemeinsamen Erfahrungshorizont schuf und die einzelnen Mitglieder auch auf sozialer Ebene zusammen führte. Bindungen dieser (freundschaftlichen) Art lassen sich im eher zweckgebundenen Zusammenhalt der Spezialisten in der amerikanischen Zone nicht nachweisen.

Prinzipiell ist festzustellen, dass die zurückgekehrten Spezialisten die Lehre und Forschung an den Universitäten der DDR nachhaltig prägten. Zudem verfügten die Universitäten selbst über ein vergleichbares Integrationspotential wie in den westlichen Besatzungszonen. Institutionell sind die Universitäten als wichtiger Bestandteil im Kontext intellektueller Reparationen anzusehen und entsprechend zu verorten. Die Studie belegt, dass die Universitäten sowohl bei der Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz als auch bei deren (Re-)Integration wichtige Funktionen übernahmen. Insbesondere ihr Potential als Quelle an Know-how ist als durchaus hoch zu kennzeichnen. Obgleich die Deportationen quantitativ nicht an die Deportationen im angewandten Forschungsbereich heranreichten, sind sie qualitativ nicht zu vernachlässigen. Dies gilt sowohl für die amerikanischen als auch für die sowjetischen Deportationen. Im Rahmen der Re-Integration boten sie die Möglichkeit, die Fachleute perspektivisch zu binden und ermöglichten es ihnen, Forschung und Lehre aktiv zu gestalten. Demnach profitierten Universitäten wie Spezialisten in Wechselwirkung von der Re-Integration, wobei auch dieser Befund für ost- und westdeutsche Universitäten gleichermaßen gilt. Insbesondere in der DDR spielten die Universitäten in diesem Zusammenhang eine qualitativ entscheidende Rolle, da viele Wissenschaftler bevorzugt im akademischen Bereich integriert wurden.

Auf der personenbezogenen Ebene ermöglichten es die biographischen Retrospektiven im Ergebnis, einzelne theoretische Aspekte zu veranschaulichen und zu konkretisieren. Selbst wenn sich die Lebensumstände der Spezialisten nicht gänzlich rekonstruieren lassen, bietet der Vergleich die Möglichkeit, sich dem Gesamtbild anzunähern. Hier wäre es zumindest für die sowjetischen Deportationen denkbar, die Sichtweisen der Spezialisten mit denen ihrer Familien, insbesondere ihrer Kinder zu vergleichen. In der Kombination der Erfahrungshorizonte ließe sich ggf. eine umfassendere, generationenübergreifende Betrachtung der Lebens- und Arbeitsumstände

deutscher Spezialisten erreichen. Zudem bestünde die Option, diese mittels Zeitzeugeninterviews zu stützen. Für die amerikanische Seite wäre es interessant, die umfangreich überlieferten Schriftwechsel des Verbandes zwangsevakuiertes Wissenschaftler und Techniker Mitteldeutschlands auszuwerten. Ihre Analyse für die Gesamtheit der heterogenen Spezialistengruppe steht ebenso aus, wie eine genauere Betrachtung der mit ihrer Integration befassten kommunalen und administrativen Strukturen in den westlichen Besatzungszonen. Ähnlich grundlegend wäre es, den Einfluss des MfS auf die Spezialisten in der DDR zu untersuchen. Eine derartige Analyse würde den Forschungskomplex Wissenschaft und MfS um einen Teilaspekt erweitern. Davon ausgehend, dass die Rückkehr der Spezialisten Anfang der 1950er Jahre in einen Zeitraum fällt, indem das MfS sich konsolidierte, böte sich hier die Möglichkeit, strukturelle Veränderungen in der Wirkungsweise des MfS im Bereich der Wissenschaft zu erforschen.

Indem die vorgelegte Studie den Fokus auf die universitäre Ebene richtete, vermochte sie bestehende Forschungslücken hinsichtlich der intellektuellen Reparationen partiell zu schließen. Insbesondere für die Geschichte der Universitäten ergänzt sie die bisher vorhandenen Darstellungen um eine exaktere Betrachtung der Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz bzw. deren Re-Integration. Zudem belegt sie, dass das Vorgehen der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungsmacht grundsätzlich vergleichbar ist und durchaus Parallelen aufweist. Auf dieser übergeordneten Ebene konnte die Arbeit neue Aspekte zeigen, die interessante Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen anbieten.

## VII. Anhang

### VII.1 Abkürzungsverzeichnis

BArch	Bundesarchiv
BBAW	Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
BIOS	British Intelligence Objectives Subcommittee
CIC	Counter Intelligence Corps
CIOS	Combined Intelligence Objectives Subcommittees
FIAT	Field Information Agency, Technical
GI	Geheimer Informator (MfS)
HHSTAW	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
HStAD	Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
HUB	Humboldt-Universität Berlin
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (MfS)
KMU	Karl Marx Universität Leipzig
Mdl	Ministerium des Innern (DDR)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
MVD	Ministerstvo Vnutrennich Del (Ministerium für innere Angelegenheiten)

NKVD	Narodnyi Komissariat Vnutrennich Del (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten)
OKB	Opytnoe Osoboe konstruktorskoe bjuro/Osoboe konstruktorskoe bjuro (Versuchskonstruktionsbüro/Sonderkonstruktionsbüro)
PA	Personalakte
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMAS	Sowjetische Militäradministration in Sachsen
T-Forces	Target-Forces
THD	Technische Hochschule Dresden
TIIC	Technical Industrial Intelligence Committee
TUD	Technische Universität Dresden
UA	Universitätsarchiv
UAG	Universitätsarchiv Greifswald
UAH	Universitätsarchiv Halle
UAJ	Universitätsarchiv Jena

UAMz	Universitätsarchiv Mainz
UAL	Universitätsarchiv Leipzig
UAR	Universitätsarchiv Rostock
UniA GI	Universitätsarchiv Gießen
Uni A Ma	Universitätsarchiv Marburg
UWü	Universitätsarchiv Würzburg

## VII.2 Quellenverzeichnis

### Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

BBAW, Nachlass Peter Adolf Thiessen, Nr. 7, 12

BBAW, Nachlass Werner Albring, Nr. 25, 102

BBAW, Nachlass Max Steenbeck, Nr. 51

### Bundesarchiv Berlin

BArch, BDC, PK/Parteikorrespondenz, Film A 87

BArch, BDC, PK/Parteikorrespondenz, Film R 21

BArch, DC 3, Nr. 25, Nr. 32

BArch, DN 6, Nr. 1119

BArch, DO 1, Nr. 1872, Nr. 8410, Nr. 8414, Nr. 8415, Nr. 8417 Nr. 8671,  
Nr. 8674, Nr. 8679, Nr. 8688, Nr. 8699, Nr. 9529, Nr. 9535, Nr. 9553, Nr. 9565,  
Nr. 9566, Nr. 9557, Nr. 9667, Nr. 9573, Nr. 13947, Nr. 17288, Nr. 17289,  
Nr. 17291

BArch, DQ 2, Nr. 142, Nr. 818

### Bundesarchiv Koblenz

BArch, Bestand Z 1/1024

### BStU

BStU, MfS, AOP 646/57, Bd. 1

BStU, MfS, BV Dresden, AP 50/59

BStU, MfS, BV Dresden, AP 494/53



BStU, MfS, HA XVIII, Nr. 16227

BStU, MfS SAA, AOP, 10660/67, Band 2

BStU, MfS ZAIG, Nr. 942

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

HHStAW, Abteilung 503, Nr. 484a

HHStAW, Abteilung 504, Nr. 6861

HHStAW, Abteilung 506, Nr. 168

HHStAW, Abteilung 507, Nr. 3896, Nr. 3899, Nr. 3902, Nr. 3904, Nr. 3906,  
Nr. 3911, Nr. 3915, Nr. 3917

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

HStAD, Bestand H 1, Nr. 3800; Nr. 3801, Nr. 3802, Nr. 4186, Nr. 7771

Universitätsarchiv Bonn

UA Bonn, PA 3026, Helferich

Universitätsarchiv Gießen

UniA GI, Pers. Abt. 1. Lieferung, Karton 35, PA Scheunert

Universitätsarchiv Greifswald

UAG, PA 146 Schmidt, Band 1, Band 4

UAG Phil. Fak. II, Nr. 165

### Universitätsarchiv Halle

UAH, Rep. 4, Nr. 49, Nr. 703

UAH, Rep. 6, Nr. 2598, Nr. 2638

UAH, Rep. 31, Nr. 70, Nr. 218

UAH, PA 3826 (Abderhalden)

UAH, PA 10115 (Lieser)

UAH, PA 12588 (Pose)

UAH, PA 13184 (Roemer)

UAH, PA 16126 (Troll)

UAH, PA Fuchs

UAH, PA Smekal

### Universitätsarchiv der Humboldt-Universität Berlin

UA HUB, V 97, PA Volmer

UA der HUB, T 198, PA Thiessen, Bd. 1, Bd. 3

### Universitätsarchiv Jena

UAJ, Bestand BB, Nr. 1, Nr. 36, Nr. 85, Nr. 97

UAJ, Bestand BC, Nr. 922

UAJ, Bestand C, Nr. 16, Nr. 128

UAJ, Bestand D, Nr. 265, PA Bennewitz

UAJ, Bestand D, Nr. 318, PA Brintzinger

UAJ, Bestand D, Nr. 337, PA Bredereck

UAJ, Bestand D, Nr. 571, PA Schütz

UAJ, Bestand D, Nr. 1160, PA Hein

UAJ, Bestand D, Nr. 1810, PA Kühne

UAJ, Bestand D, Nr. 3308, PA Dunken  
UAJ, Bestand D, Nr. 4080, PA Steenbeck

UAJ, Bestand N, Nr. 121  
UAJ, Bestand S, Abt. XXVI

#### Universitätsarchiv Leipzig

UAL, F 511/94  
UAL, PA 006 Hund (F 835)  
UAL, PA 89 Kautsky  
UAL, PA 159 Scheunert  
UAL, PA 1184 Hertz  
UAL, PA Schmitthenner (F 1428)

UAL, Phil. Fak. A 1/13, Bd. 1 (F1310)

UAL, R 208 (F 1100)  
UAL, R 210, Band 5  
UAL, R 298

#### Universitätsarchiv Mainz

UAMz, Best. S 64/68-1 PA Troll  
UAMz, Best. S 64/68-2, PA Troll

#### Universitätsarchiv Marburg

Uni A Ma, 305a, acc. 1976/19, Nr. 2230, PA Schmitthenner  
Uni A Ma, 305a, acc. 1992/55, Nr. 662, Nr. 4309  
Uni A Ma, 307e, acc. 1971/35, Nr. 38  
Uni A Ma, 310, acc. 1978/15, Nr. 2984, Bd.1-2, PA Laves  
Uni A Ma, 310, acc. 1992/55, Nr. 6421, PA Schmitthenner  
Uni A Ma, 310, acc. 1992/55, Nr. 6422

Uni A Ma, 310, acc. 1992/55, Nr. 6250, PA Kautsky

Universitätsarchiv der Technischen Universität Darmstadt

Uni A DA, Best. 702, Nr. 7, PA Smekal

Uni A DA, Best. 304, Nr. 7, PA Smekal

Universitätsarchiv der Technischen Universität Dresden

UA TUD, Fak. F. Masch.-Wesen, Nr. 374, Nr. 376

UA TUD, Fak. Maschinenwesen, Fak. für Energiewirtschaft, Nr. 230

UA TUD, Fak. Math.-NW, Dekanat 038

UA TUD, Nachlass W. Straub, Nummer 63/1-2

UA TUD, Rektorat, Nr. 834, Nr. 835, Nr. 839, Nr. 840

UA TUD, Rektorat I/295

UA TUD, Rektorat I/296, Nr. 107

UA TUD, Rektorat I/297, Nr. 341

UA TUD, Rektorat I/334, Nr. 316

UA TUD, Rektorat I/344, Nr. 141

UA TUD, Sektion 12 (Pauer)

UA TUD, Personalakte II/7799, Pauer

UA TUD, Personalakte 011425, Albring

Universitätsarchiv Rostock

UAR, PA Ernst Lübcke,

UAR, Math.-Nat.-Fak. Nr., 180, Nr. 299

Universitätsarchiv Würzburg

UWü, PA 455, Kulenkampff

Privatbestände

Fanghähnel, Egon: Leben und Wirken von Professor Asinger, unveröffentlichtes Manuskript des Vortrags aus Anlass der 100. Wiederkehr seines Geburtstages in Aachen am 29.06.2007.

### VII.3 Literaturverzeichnis

Albrecht, Ulrich/Heinemann-Grüder/Andreas/Wellmann, Arend:

Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler in der Sowjetunion nach 1945, Berlin 1992.

Albring, Stefan/Albring Werner (Hg.): Briefe an den ältesten Sohn. 1938 – 1978, Dresden 2002.

Albring, Werner: Gorodomlia. Deutsche Raketenforscher in Rußland, Hamburg 1991.

Barwich, Heinz: Das rote Atom, Frankfurt a. M. 1970.

Berner, Kurt: Spezialisten hinter Stacheldraht. Ein ostdeutscher Physiker enthüllt die Wahrheit, Berlin 1990.

Bertaux, Daniel/Berataux-Wiame, Isabelle, Autobiographische Erinnerungen und kollektives Gedächtnis. In: Lutz Niethammer (Hg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis, S. 146-165.

Beyrau, Dietrich (Hg.): Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler, Göttingen 1997.

Blumtritt, Oskar: Max Volmer 1885-1965. Eine Biographie, Berlin 1985.

Borusiak, Horst: Die Universität Leipzig nach der Zerschlagung des faschistischen Staates und ihre Neueröffnung am 5. Februar 1946. In: Karl-Marx-Universität Leipzig 1409-1959. Beiträge zur Universitätsgeschichte, Bd. 2, Leipzig 1959, S. 340-389.

Brandes, Detlef/Sundhausen, Holm/Troebst, Stefan (Hg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberungen im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln 2012.

Brunner, Detlef/Niemann, Mario: Die DDR – eine Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung, Paderborn 2011.

Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995.

Ciesla, Burghard: Das Projekt Paperclip. In: Jürgen Kocka (Hg.): Historische DDR-Forschung, S. 287-301.

Ders.: „Intellektuelle Reparationen“ der SBZ an die alliierten Siegermächte? Begriffsgeschichte, Diskussionsaspekte und ein Fallbeispiel – Die deutsche Flugzeugindustrie 1945 – 1946. In: Christoph Buchheim (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten, S. 79-110.

Ders.: Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft. 49/50 (1993), S. 24-31.

Ders.: Die Transferfälle. Zum DDR-Flugzeugbau in den fünfziger Jahren. In: Hoffmann/Macrakis (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR, S. 193-211.

Ders./Krag, Bernd: Der Transfer der deutschen Hochgeschwindigkeitsaerodynamik nach 1945. In: Meier (Hg.): Die Pfeilflügelentwicklung in Ostdeutschland, S. 411-455.

Ders./Mick, Christoph/Uhl Matthias: Rüstungsgesellschaft und Technologietransfer (1945-1958). Flugzeug- und Raketenentwicklung im Military-Industrial-Academic Complex der UdSSR. In: Karlsch/Lauffer (Hg.): Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944 – 1949, S. 187-225.

Eberle, Henrik: Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933 – 1945, Halle 2002.

Fisch, Jörg: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992.

Ders.: Reparations and Intellectual Property. In: Judt/Ciesla (Hg.): Technology transfer out of Germany after 1945, S. 11-25.

Fischer, Alexander: Teheran. Jalta. Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „großen Drei“, 3. Auflage Köln 1985.

Flöter, Jonas: Leipziger Universitätsgeschichte(n). 600 Jahre Alma Mater Lipsiensis, Leipzig 2009.

Foitzik, Jan: Entnahmen der Besatzungsmacht aus der SBZ/DDR. In: Brunner/Niemann (Hg.): Die DDR, S. 55-84.

Ders.: SMAD-Handbuch. Die sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945 – 1949, München 2009.

Fügener, Jens: Amerikanisches Intermezzo. Jena zwischen Drittem Reich und Sowjetischer Besatzungszone (April bis Juli 1945). In: Stutz (Hg.): Macht und Milieu. Jena 2000, S. 25-51.

Gele, Ronald J.: Ziellose Bewegung. Methodologische und theoretische Probleme der Oral History. In: Niethammer (Hg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis, S. 195-220.

Geschichte der Universität Leipzig 1400 – 2009. Das zwanzigste Jahrhundert 1909-2009, Bd. 3. Hg. von der Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Leipzig 2010.

Gabathuler, Jakob: Emil Abderhalden. Sein Leben und Werk, St. Gallen 1991.

Gimbel, John: Deutsche Wissenschaftler in britischen Gewahrsam. Ein Erfahrungsbericht aus dem Jahre 1946 über das Lager Wimbledon. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 38 (1990), S. 459-483.



Ders.: U.S. Policy and German Scientists. The early Cold War. In: Political Science Quarterly, 1986, Volume 101(3), S. 433-451.

Gerstengarbe, Sybille/Hennig, Horst: Opposition: Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945 – 1961. Eine Dokumentation, Halle 2009.

Gröttrup, Irmgard: Die Besessenen und Mächtigen. Im Schatten der Roten Rakete, Hamburg 1959.

Hallpap, Peter: Kontinuität und Wandel – Überblick über 40 Jahre Jenaer Chemie. In: Hochschule im Sozialismus, S. 1436-1468.

Hardt, Karl Heinz: Geheimnisse um Raketen. Ein Bericht der Legenden zerstört, Neuenhagen b. Berlin (Ost) 1962.

Haritonow, Alexandr: Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945 – 1949, Weimar 1995.

Heinemann-Grüder, Andreas: Die sowjetische Atombombe, Berlin 1990.

Ders.: ‚Keinerlei Untergang.‘ German armaments engineers during the Second World War and in the service of the victorious powers. In: Renneberg/Walker: Science, Technology and National Socialism, S. 30-50.

Henke, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995.

Henze, Bernd/Hebestreit, Gunther: Raketen aus Bleicherode. Raketenbau und Entwicklung in Bleicherode am Südharz 1943 – 1948, Bleicherode 2008.

Hermann, Manfred: Project Paperclip. Deutsche Wissenschaftler in Diensten der U.S. Streitkräfte nach 1945, Diss. Nürnberg 1999.

Heydemann, Günther: Sozialistische Transformation. Die Universität Leipzig vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Mauerbau 1945 – 1961. In: Geschichte der Universität Leipzig 1409 – 2009, S. 335-565.

Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990). Hg. von Uwe Hoßfeld/Tobias Kaiser/Heinz Mestrop, Köln 2007.

Hoffmann, Dieter/Kristie Macrakis (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997.

Holzmüller, Werner: Ein Physiker erlebt das 20. Jahrhundert, Hildesheim 1993.

Ders.: Fröhliche Stunden in ernsten Zeiten. Unwissenschaftliche Ergänzungen zum Lebenswerk eines Physikers, Leipzig 2002.

Jeskow, Jan: Die Entnazifizierung des Lehrkörpers der Universität Jena von 1945 bis 1948. In: Hochschule im Sozialismus, S. 71-95.

John, Jürgen/Stutz, Rüdiger: Die Jenaer Universität von 1918-1945. In: Traditionen-Brüche-Wandlungen, S. 270-587.

Ders./Wahl, Volker/Arnold, Leni (Hg.): Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945. Dokumente und Festschrift, Rudolstadt/Jena 1998.

Judt, Matthias/Ciesla, Burghard (Hg.): Technology transfer out of Germany after 1945, Amsterdam 1996.

Kaasch, Joachim/Kaasch, Michael: ‚Für das Leben der Akademie ist ihr Zentrum hier im engeren mitteldeutschen Raum von größter Bedeutung‘. Die Leopoldina und ihre Mitglieder in Halle, Jena und Leipzig von 1945 bis 1961. In: Hochschule im Sozialismus, S. 762-806.

Dies.: Die Auseinandersetzung des XX. Leopoldina-Präsidenten und Schweizerbürgers Emil Abderhalden um sein Eigentum und Entschädigung mit der sowjetischen und der amerikanischen Besatzungsmacht (1945 – 1949). Eine Dokumentation zur Erforschung der letzten Lebensjahre von Emil Abderhalden (1877-1950). In: Acta Historica Leopoldina 36 (2000), S. 329-384.

Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz: Die Universität Jena in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. In: Traditionen-Brüche-Wandlungen, S. 588-841.

Karl-Marx-Universität Leipzig 1409 – 1959. Beiträge zur Universitätsgeschichte, Bd. 2, Leipzig 1959.

Karlsch, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945 – 1953, Berlin 1993.

Ders./Ciesla, Burghard: Vom „Kathargo-Frieden“ zum Besatzungspragmatismus. Wandlungen der sowjetischen Reparationspolitik und ihre Umsetzung 1945/46. In: Mehringer/Schwartz/Wentker (Hg.): Erobert oder befreit?, S. 71-92.

Ders./Laufer, Jochen (Hg.): Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944 – 1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, Berlin 2002.

Katsch, Gerhardt/Alvermann, Dirk (Hg.): Greifswalder Tagebuch 1946 – 47, Kiel 2007.

Kocka, Jürgen (Hg.): Historische DDR-Forschung, Berlin 1993.

Koop, Volker: Besetzt. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland, Berlin 2008.

Krause, Konrad: Alma Mater Lipsiensis – Geschichte der Universität Leipzig von 1409 bis zur Gegenwart, Leipzig 2003.

Kurowski, Franz: Alliierte Jagd auf deutsche Wissenschaftler. Das Unternehmen Paper Clip, München 1982.

Lasby, Clarence: Project Paperclip. German Scientists and the Cold War, New York 1971.

Lemuth, Oliver: Die Jenaer Hochschulphysik zwischen Entnazifizierung und ‚Dritter Hochschulreform‘ 1945 bis 1968. In: Hochschule im Sozialismus, S. 1436-1468.

Liesem, Kerstin: Die Reparationsleistungen der Bundesrepublik Deutschland nach dem II. Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Zwangsarbeiterentschädigung, Frankfurt a. M. 2005.

Magnus, Kurt: Raketensklaven. Deutsche Forscher hinter rotem Stacheldraht, Stuttgart 1993.

Matthes, Christopher: Wissenschaft und Wirtschaft. Zur Kooperation der Friedrich-Schiller-Universität Jena mit den Jenaer Glaswerken 1945 bis 1990. In: Hochschule im Sozialismus, S. 669-691.

Mehring, Hartmut/Schwartz, Michael/Wentker, Hermann (Hg.): Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone (1945/46), München 1998.

Meier, Hans-Ulrich (Hg.): Die Pfeilflügelentwicklung in Ostdeutschland. Die Geschichte einer Entdeckung bis zu ihren ersten Anwendungen, Bonn 2006.

Michels, Jürgen/Kuschinow, Sergej/Srelow, Wladimir/Woronkow, Juri: Deutsche Flugzeug-Spezialisten im sowjetischen Rußland. Leben und Arbeit 1945 – 1954 an den Orten Podberesje, Sawjelowo, Tuschino, Chimki in der Moskauer Region, Bd. 1, Moskau 1996.

Ders./Kuschinow, Sergej/Srelov, Wladimir/Woronkow, Juri: Deutsche Flugzeug-Spezialisten im sowjetischen Rußland. Leben und Arbeit 1945 – 1954 an den Orten Uprawlentscheski und Kasan, Bd. 2, Moskau 1996.

Ders./Werner, Jochen (Hg.): Luftfahrt Ost 1945 – 1990. Geschichte der deutschen Luftfahrt in der Sowjetischen Besatzungszone, der Sowjetunion und der DDR (= Die Deutsche Luftfahrt, 22), Bonn 1994.

Mick, Christoph: Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsforschung nach 1945. In: Beyrau (Hg.): Im Dschungel der Macht, S. 378-391.

Ders.: Forschen für Stalin. Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsindustrie 1945 – 1958, München 2000.

Naimark, Norman: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997.

Neubauer, Alfred: Im hohlen Zahn des Löwen. Deutsche Chemiker in der Sowjetunion unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Chemie in unserer Zeit, 26. (1992), Nr. 1, S. 13-17.

Nickel, Gisela: Wilhelm Troll (1897 – 1978). Eine Biographie, Leipzig 1996.

Niethammer, Lutz (Hg.): Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der Oral History, Frankfurt a. M. 1985.

Nikitin, Pjotr: Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“, Erinnerungen, Berlin 1997.

Obertreis, Julia (Hg.): Oral History, Stuttgart 2012.

Oleynikov, Pavel V.: German Scientists in the Soviet Atomic Project. In: The Nonproliferation Review, Summer 2000, S. 1-30.

Parak, Michael: Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen. Elitenaustausch an sächsischen Hochschulen 1933 – 1952, Köln 2004.

Plato, Alexander von: Oral History als Erfahrungswissenschaft. Zum Stand der ‚mündlichen Geschichte‘ in Deutschland. In: Obertreis (Hg.), Oral History, S. 73-92.

Ders.: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1954. Studien und Berichte, Bd. 1, Berlin 1998.

Pommerin, Reiner: Geschichte der TU Dresden 1828 – 2003, Bd.1, Köln 2003.

Renneberg, Monika/Walker, Mark (Hg.): Science, Technology and National Socialism, Cambridge 1994.

Riehl, Nikolaus/Seitz, Frederick: Stalin's captive. Nikolaus Riehl and the Soviet race for the bomb, Washington 1996.

Ritchie, Donald A.: Doing Oral History. A practical Guide, Oxford 2005.

Sieder, Reinhard: Gesellschaft und Person. Geschichte und Biographie, Nachschrift. In: Obertreis (Hg.), Oral History, S. 187-212.

Schmidt, Nadin: Die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz an den sächsischen Universitäten Leipzig und Dresden in die UdSSR nach 1945, unveröffentlichte Magisterarbeit Leipzig 2009.

Steenbeck, Max: Impulse und Wirkungen. Schritte auf meinem Lebensweg, 3. Auflage, Ost-Berlin 1980.

Steiner, André: The Return of German "Specialists" from the Soviet Union to the German Democratic Republic. Integration and Impact. In: Judt/Ciesla (Hg.): Technology transfer out of Germany after 1945, S. 119-130.

Steiner, Jürgen: Das Jenaer Glaswerk und die Folgen des Zweiten Weltkriegs (1945-1952). In: Stutz (Hg.): Macht und Milieu, S. 203-230.

Stutz, Rüdiger (Hg.): Macht und Milieu. Jena zwischen Kriegsende und Mauerbau, Jena 2000.

Tandler, Agnes Charlotte: Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955 – 1971, Freiberg 2000.

Traditionen-Brüche-Wandlungen. Die Universität Jena 1850-1995. Hg. von der Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert, Köln 2009.

Uhl, Matthias: Stalins V2. Der Technologietransfer der deutschen Fernlenk Waffen in die UdSSR und der Aufbau der sowjetischen Raketenindustrie 1945 – 1959, Diss. Bonn 2001.

Wege der Wissenschaft im Nationalsozialismus. Dokumente zur Universität Jena, Stuttgart 2007.

Weiss, Cornelius: Risse in der Zeit. Ein Leben zwischen Ost und West, Hamburg 2012.

Welsh, Helga: Entnazifizierung und Wiedereröffnung der Universität Leipzig 1945 – 1946. Ein Bericht des damaligen Rektors Bernhard Schweitzer. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 33 (1985), 2, S. 339-372.

Zeller, Marc: Intellektuelle Reparationen und westdeutscher Wiederaufstieg. Die chemische Industrie 1945-1955, Diss. Gießen 2009.

## **VII.4 Versicherung**

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Weitere Personen waren an der geistigen Herstellung der vorliegenden Arbeit nicht beteiligt. Insbesondere habe ich nicht die Hilfe eines Promotionsberaters in Anspruch genommen. Dritte haben von mir weder unmittelbar noch mittelbar geldwerte Leistungen für Arbeiten erhalten, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der vorgelegten Dissertation stehen.

Die Arbeit wurde bisher weder im Inland noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und ist auch noch nicht veröffentlicht worden.

Nadin Schmidt

Leipzig, den 06.11.2014